



Die Architektur auf der Pariser Weltausstellung des Jahres 1900.

XL. Der dekorative Schmuck des Inneren der Ausstellung.

(Fortsetzung.) Hierzu die Abbildungen auf S. 108 und 109.

Die Anordnungen Hoffacker's, Seidl's und Baumann's theilen sich grundsätzlich in zwei Gruppen: Hoffacker und Seidl bevorzugen die in Ersatzmaterial nachgebildeten Formen der Steinarchitektur, Hoffacker im Wesentlichen weiss, um nur der füllenden Fläche die durch den Gegensatz erhöhte Farbenwirkung zu lassen, Seidl mit dem ausgesprochenen Ziele weitgehendster Farbenwirkung unter Nachahmung der natürlichen Farben des kostbaren Ausstattungsmateriales. Durch diese verschiedene Behandlung war ein Gegensatz geschaffen, der aber insofern nicht unmittelbar empfunden wurde, als sowohl der Ehrenhof Hoffackers wie auch der Prunkraum Seidl's räumlich in sich abgeschlossen waren und durch ihre Lage und architektonische Anordnung nicht gegenseitig in Konkurrenz treten konnten. In der stilistischen Behandlung der Einzelformen hatte sich Hoffacker keine Beschränkungen auferlegt; er nahm das Gute, wo er es fand und verschweisste nordisch-romanisirende Bildungen mit modern-naturalistischen Formen zu voller Einheit. Em. Seidl verwendete im Wesentlichen die reichen Formen der Hochrenaissance, wie sie die Grottenarchitektur uns überliefert hat, ohne aber antike Motive da abzulehnen, wo sie ihm die gedachte Wirkung versprachen.

Eine grundsätzlich andere Stellung nahm seinem Auftrage gegenüber Baumann ein. Er folgte in der Stilistik der Wiener Strömung, die wir uns gewöhnt haben als die modern-sezessionistische zu bezeichnen. Seine Mitarbeiter standen unter dem Einflusse Otto Wagners einerseits, andererseits unter dem freieren Einflusse jener Strömung, die aus der Malerei hervorgegangen ist. Gleich Hoffacker ging auch Baumann von dem Grundsatz aus, dass es bei solchen Anordnungen nicht richtig sei, Häuser in Häuser zu bauen, er ging aber noch einen Schritt weiter als Hoffacker und Seidl, indem er seinem Ehrenraum durch Verwendung textiler Mittel mehr den leichteren Charakter vorübergehender Anordnung, wie sie einer Ausstellung mit beschränkter Dauer entspricht, gab. Er gab ihr etwas von dem beweglichen Zeltcharakter. Vielleicht darf man diese Auffassung gegenüber der deutschen als die richtigere bezeichnen. Darin aber war Hoffacker Baumann unstreitig überlegen, dass er durch Beseitigung des Treppenaufganges und durch Verlegung der Aufgänge an untergeordnetere Stellen eine ungleich grossartigere Wirkung erzielte. Lag somit der Vorzug Hoffackers in der geschlossenen Grösse der Anlage, der Seidl's in der malerisch prunkvollen Ausstattung mit dem Ziele reicher Pracht, so zeichnete sich die Anordnung Baumanns bei feinsten Farbenwirkung durch Festhalten des richtigen Grundgedankens aus. In diesem Dreigestirn haben sich uns Ausstellungskünstler offenbart, die uneingeschränkt zu den ersten dieses Gebietes zählen.

Wir fügen nun hier noch das bereits erwähnte Urtheil des „Temps“ vom 3. Oktober 1900 über die deutsche Abtheilung an. Derselbe schreibt wörtlich: „Was dem Besucher bei seinem Eintritt in die deutsche Abtheilung auf dem Invalidenplatze auffällt, das ist der Charakter des Wollens, der dort zum Ausdruck kommt. Ein weit geöffnetes Atrium, mit Marmor belegt und von kräftigen Arkaden umgeben; belebt mit Bronzestatuen und beschnittenen Lorbeerbäumen in schlanker Kegelform; gewölbte Vestibuls, reich (à profusion) mit Mosaik, plastischen Friesen, vielfarbigem Stuck, mit Nischen, Statuen, Brunnen, Nachahmungen aus dem alten Rom und aus Pompeji, geschmückt; Treppenhäuser, schulmässig angeordnet (magistralement ordonnées) nach altdeutschem Typus, Vertäfelungen mit Skulpturen in starkem Relief, deren Eichenholz mit schwerem Prunk seinen braunen Ton mit den tiefen Tönen des getriebenen oder geschmiedeten Eisens verbindet — alles das verkündet einen vorherrschenden



Gedanken; einen brennenden und eindringlichen (âpre) Wunsch, in Erstaunen zu setzen, auf die Welt Eindruck zu machen.

Trotz der Verschiedenheit des Stiles ist in dieser Dekoration Einheit. In ihren wesentlichsten Bestandtheilen entliehen und bis zu einem gewissen Grade umgebildet (truquée — sollte der Verfasser hier die Bedeutung „fälschen“ im Gegensatz zur Stilechtheit gemeint haben?), lässt sie doch halb und halb die Nachbildung erkennen. Die Architekten haben ihre Entleihungen mit Geschmack neben einander gestellt, sie haben sie mit Bewusstsein in das Deutsche umgeschaffen und das Ganze ist in freier Weise homögen. Das antike Vestibül des Münchener Seidl und das ernstere Atrium des Berliner Hoffacker ergänzen sich; sie sind durch ein gemeinsames Bestreben (souci) in der Haltung und durch einen gemeinsamen Ehrgeiz verbunden. Beide deutsch, gut deutsch, wie die Renaissance-Treppen an ihrer Seite, wie das Gitter, welches im Obergeschoss den Umgang abschliesst, bedeuten sie durchaus, was sie sich angesichts der

Ausstellung vorgenommen haben zu bedeuten: die gegenwärtige Grösse Deutschlands.

Im übrigen sind sie noch durch andere Eigenschaften ausgezeichnet. Der Schmuck fällt nicht heraus (n'y fait pas bande à part); er ist völlig seinem Zwecke dienstbar gemacht, und die Rolle, welche die Farbe spielt, hält sich in strengen Grenzen. Keine zu fröhlichen noch zu aufdringlichen (ni trop claires) Fanfaren: sie würden aus diesem strengen Ganzen falsch herausklingen. Aber eine herbe Harmonie stumpfer Stimmungen, Granit und Bronze, Kupfer und Eisen, Mosaik und Stuck mit ruhigen Tönen. Eine einzige falsche Note wäre zu beseitigen, die der Pfeiler, welche die gewölbten Durchgänge rechts und links tragen und deren Renaissance schmuck von einer schweren Ueberladung ist.“ Meint der Verfasser hiermit die Pfeiler, die S. 108 abgebildet sind, so kann man darüber auch anderer Meinung sein; im Ganzen aber wird man in dieser anerkennenden Besprechung den Grundzug ehrlicher Meinung kaum verkennen können. Und dafür dürfen wir dankbar sein. — (Schluss folgt.)

Zur Frage des Asphalt- und des Holzpflasters.

Es ist nicht die Absicht, in den nachfolgenden Zeilen in eine kritische Würdigung des Asphalt- und des Holzpflasters einzutreten, noch ihre Vortheile und Nachtheile zu besprechen und gegen einander abzuwägen. Vielmehr soll die Aufmerksamkeit der beteiligten Kreise auf die nicht wegzuleugnende Thatsache gelenkt werden, dass vielfach Ansichten und Meinungen — auch von solchen, die es eigentlich besser wissen sollten — laut werden, dahingehend, dass die und jene Stadt infolge ihres Klimas sich entweder nicht für Asphalt oder nicht für Holzpflaster oder endlich nicht für beide eigne. Das eine Mal ist das Klima zu feucht oder zu trocken, das andere Mal zu kalt oder zu heiss. Derartige Behauptungen werden meistens nicht begründet, sie entspringen vielmehr dem Gefühle, wenn sie aus den Bevölkerungskreisen der betreffenden Städte kommen, und stützen sich auf die oberflächliche Beobachtung, wenn einmal eine der oben erwähnten Pflasterarten irgendwo Schiffbruch erlitten hat.

Als in den 80er Jahren das Holzpflaster in Berlin — und zwar mit Recht — vollkommen in Misskredit gekommen war, taugte das Holzpflaster in den Augen der Bevölkerung überhaupt nichts. Es hat jahrelanger angestrengter Arbeit bedurft, um es einigermaassen wieder zu Ehren zu bringen. Auch heute noch ist das Misstrauen nicht überwunden. Dagegen erfreut sich das Asphaltpflaster, über welches in den ersten Jahren seines Aufkommens von berufener und unberufener Seite die härtesten Urtheile gefällt worden sind, allgemeiner Beliebtheit. Am 1. April 1899 besass Berlin 1 550 000 qm Asphaltpflaster, dagegen nur 74 600 qm Holzpflaster. Ebenfalls in den 80er Jahren erlebte dagegen das Asphaltpflaster in Paris, seiner ersten Heimstätte seit 1854, einen vollständigen Zusammenbruch, von dem es sich kaum erholt hat. Die Stadtgemeinde ging zum Holzpflaster über, das sie in Regie herstellt. Heute ist dieses das Lieblingspflaster der Pariser. Die mit Holz belegte Strassenamfläche beträgt zurzeit etwa 1 200 000 qm, die mit Asphalt befestigte dagegen nur rd. 400 000 qm. In München hat man längere Zeit vom Asphaltpflaster nichts wissen wollen, dagegen etwa 37 000 qm Strassenfläche mit Holz belegt. Da sich dies nicht bewährte, ist man zum Asphalt übergegangen. In Königsberg soll man für Holzpflaster eingenommen sein. Neuerdings soll sich in Breslau, das etwa 63 000 qm Asphaltpflaster besitzt, eine Missstimmung gegen dieses geltend gemacht haben.

Unmöglich kann für diese Thatsachen das Klima verantwortlich gemacht werden. Berlin, Königsberg, München und Breslau haben nicht derartige klimatische Verschiedenheiten, als dass man hierauf das Gelingen oder Misslingen der beiden Pflasterarten zurückführen könnte. Und wenn Berlin auch gewiss längere und härtere Winter aufweist, als Paris, so dürfte man eher annehmen, dass in Berlin sich eben das Asphaltpflaster weniger bewährt hätte, als in Paris. Aber gerade das Gegenteil ist der Fall! Es müssen mithin wohl andere Gründe als klimatische sein, die die Verschiedenartigkeit des Verhaltens der beiden Pflasterarten bedingt haben. Dem ist denn auch in der That so und die Ursachen lassen sich unschwer erkennen.

Als das Holzpflaster in Berlin aufkam, war man sich nicht nur hier, sondern auch anderwärts wenig klar über die Behandlungsweise dieses für Strassenpflasterungen gewiss eigenartigen Materials. Kein Wunder daher, wenn

das Pflaster erst die Kinderkrankheiten durchmachen musste. Es ist bekanntlich das bleibende Verdienst der Ingenieure der Pariser Stadtverwaltung, die Frage der Holzpflasterungen wissenschaftlich eingehend studirt und Grundsätze für die Herstellung dieses Pflasters aufgestellt zu haben. Aufgrund der Pariser Erfahrungen ist in Berlin weiter gearbeitet worden, und man kann ohne Ueberhebung sagen, dass das, was aus dem Holzpflaster überhaupt gemacht werden kann, gemacht worden ist. Einer der grössten Uebelstände war die mangelhafte Unterhaltung des Pflasters. Mit Schaudern kann man nur daran denken, wie es in dieser Beziehung früher aussah. Wo sich reparaturbedürftige Stellen zeigten, wurden diese sinnlos aufgehauen und die neuen Klötze sinnlos wieder eingesetzt, ganz gleich, ob das umgebende Pflaster 2–3 cm abgefahren war und die neuen Klötze dementsprechend um ebensoviel über die Oberfläche vorstanden. So kam es, dass reparirte Holzpflasterflächen wie geflickte Armeutekleider aussahen. Das ist gottlob anders geworden. Aber in den Provinzstädten und den übrigen grossen Städten des Reiches leidet man noch unter denselben Gebrechen allemal da, wo man unterlassen hat, sich die Pariser Erfahrungen nutzbar zu machen.

Inbezug auf den Asphalt ist Paris ausserordentlich lehrreich. Ueber den Zusammenbruch, den die Asphaltpflasterungen dort zu Anfang der 80er Jahre erlitten haben, theilt Léon Malo, der bekannte und verdienstvolle technische Direktor der Asphaltminen von Pymont-Seyssel folgendes mit:

Bis zum Jahre 1878 führte die „Compagnie générale des Asphaltes de France“ die Asphaltpflasterungen in Paris aus und unterhielt sie auch. Als mit dem genannten Jahre der Vertrag der Gesellschaft mit der Stadt sein Ende erreicht hatte, beschloss der Stadtrath, die Asphaltpflasterungen fernerhin aufgrund öffentlichen Verdinges zu vergeben. Die neue Gesellschaft, welche die mindestens erfordernde gewesen war, verstand einerseits nichts von der Technik der Asphaltpflasterungen, andererseits sah sie sich veranlasst, um einigermaassen auf die Kosten zu kommen, minderwerthige Materialien statt des reinen natürlichen Asphaltsteines zu verwenden. Nachdem sich etwa 200 000 qm Asphaltpflaster im Laufe von etwa 5 Jahren unter ihren Händen in Schutt verwandelt hatten, sah sie sich genöthigt, ihre Arbeiten unter Verzicht auf die von ihr gestellte Kautions aufzugeben. Dass diese vollkommen ungenügend war, um die ungeheure Oberfläche einigermaassen wieder instand zu setzen, liegt auf der Hand. Der Stadtrath von Paris zog seinerseits die nöthigen Lehren aus den mit dem öffentlichen Verdinge verbundenen Gefahren und vergab fernerhin die Asphaltpflasterungen nur im engeren Verding an bewährte Firmen, die ihrerseits gehalten waren, den Ursprung des zu den Pflasterungen verwendeten Rohasphaltes genau nachzuweisen.

Es sind also nicht klimatische Verhältnisse gewesen, die in diesen beiden Grosstädten einmal das Holzpflaster, das andere Mal das Asphaltpflaster haben Schiffbruch erleiden lassen. Aehnliches würde sich auch für die anderen Städte unschwer feststellen lassen; es mag aber bei diesen beiden markantesten Beispielen sein Bewenden haben.

Nach meiner Ansicht ist das Klima Mitteleuropas nicht so verschieden, dass es für Asphalt- oder Holzpflaster

nicht taugt, wenn solches nur ordnungsmässig aus gutem Material hergestellt und sorgfältig unterhalten wird. Von ausschlaggebender Bedeutung ist natürlich, dass nur anerkannt gute Materialien verwendet werden, worauf hier des Näheren einzugehen erübrigen dürfte. Ist die Herstellung der Strasse nach allen Regeln der Kunst erfolgt, so hat der Unternehmer sein volles Augenmerk auf eine sorgfältige Unterhaltung zu richten. Man wolle bedenken, dass die ersten Vertiefungen, die sich an der Oberfläche bilden, alsbald wie ein Geschwür um sich fressen. Durch das Hineinfallen der Räder in die Vertiefungen und durch die Stösse, denen die Ränder der Löcher ausgesetzt sind, macht die Zerstörung immer weitere Fortschritte. Je schneller mithin die Löcher beseitigt werden, um so besser ist es für den Bestand des Pflasters und für das Ansehen, welches es bei den Behörden und der Bevölkerung genießt. Gerade in dieser Beziehung wird aber noch ausserordentlich von den Unternehmern gesündigt, während, wie wir angedeutet haben, es gerade im ureigensten Interesse dieser liegt, dass von ihnen hergestellte Pflaster so sorgfältig wie nur möglich zu unterhalten.

Was insbesondere das Asphaltpflaster anbelangt, so ist dessen Unterhaltung an und für sich ja leicht und einfach. Es muss nur dafür gesorgt werden, dass die sich bildenden Löcher, die sich infolge der Schlagwirkung der Räder der Fuhrwerke ausserordentlich schnell vergrössern, so schnell wie möglich wieder geschlossen werden. Ein nicht wegzuleugnender Uebelstand ist allerdings, dass Stampfasphalt-Arbeiten während der schlechten Jahreszeit sich kaum herstellen lassen, da Schnee und Regen die Arbeiten unmöglich machen. Daher ist man dazu geschritten, während der Wintermonate reparaturbedürftige Stellen mit Gussasphalt auszufüllen. Zweifellos ein Nothbehelf! Die Gesellschaften sollten aber so viel Einsicht haben, vor Beginn der schlechten Jahreszeit, also etwa im Oktober, die in ihrer Unterhaltung stehenden Strassen auf ihren Zustand gründlich zu untersuchen und alle schlechten und verdächtigen Stellen zu beseitigen, um gut gerüstet in den Winter zu gehen. Die unvermeidlichen Reparaturen in Gussasphalt sollten dann im Frühjahr so bald wie möglich wieder beseitigt werden.

Während einer guten Unterhaltung des Asphaltpflasters in Berlin keinerlei Schwierigkeiten im Wege stehen, da die infrage kommenden Gesellschaften alle am Orte vertreten sind, ist dies für die Provinzstädte leider nicht der Fall. Die Reparatur von Asphaltpflaster, so leicht sie an und für sich ist, erfordert doch einen ziemlich umfang-

reichen Apparat, der nicht immer zur Stelle ist. Darin liegt aber auch die Gefahr, dass da, wo sich Reparaturen als nothwendig erweisen, diese ungebührlich verzögert werden. Es lohnt sich nicht, um ein paar kleiner Löcher willen mit Pulver, Kesseln, Stampfen usw. von X nach Y zu fahren, so mögen wohl die Vertreter mancher Gesellschaften denken. Und die Folge? Dass das Asphaltpflaster immer schlechter wird, in Verruf geräth, und die schnell urtheilende Menge dann zu der Meinung kommt: „Für unser Klima taugt Asphalt nicht.“ Das sollte den Gesellschaften zu denken geben!

Die Reparaturen im Holzpflaster sind viel schwieriger auszuführen, aber die Zerstörung des Pflasters geht nicht annähernd so schnell vor sich, wie beim Asphalt, und der Apparat der nöthig ist, ist ein ganz geringer. Ein paar Klötze verschiedener Höhe, um die zu reparierende Fläche ihrer Umgebung genau anzupassen, eine Axt, ein Beil und etwas Vergussmasse, seien es Zementmörtel oder bituminöse Stoffe, das ist alles, was man braucht. Gut hergestelltes Holzpflaster, richtig im Bewurf mit Porphyrit und in den Thonfugen unterhalten, bedarf in den ersten Jahren kaum einer Auswechslung an Klötzen. Worunter das Holzpflaster am meisten zu leiden hat, das sind die Aufbrüche der verschiedenen Verwaltungen zwecks Auswechslung oder Neueinlegung von Röhren und Kabeln. Aber auch in dieser Beziehung wird man mit der Zeit lernen, die Wiederherstellung des Pflasters so geschickt auszuführen, dass man nach Verlauf einiger Tage nicht mehr sehen kann, wo die Aufbruchstelle gewesen ist.

In meinen Mittheilungen über das Asphaltgewerbe in Deutschland in dieser Zeitung Jahrg. 1898, No. 101 und 102, habe ich am Schlusse Folgendes ausgeführt:

„Aus dem über die Herstellung des Asphaltpulvers sowohl, wie auch über die der Asphaltdecke Gesagten geht unzweifelhaft hervor, dass die Verwaltungen vollkommen auf die Gewissenhaftigkeit der Unternehmer angewiesen sind. Es liegt also in ihrem ureigensten Interesse, nur solche Firmen zu den Ausführungen heranzuziehen, die in jeder Beziehung als leistungsfähig und zuverlässig bekannt sind. Ferner ist aber auch einzusehen, dass das gewöhnliche Submissions-Verfahren, wonach der billigste oder einer der billigsten den Zuschlag erhält, bei der Vergebung von Stampfasphalt-Arbeiten nicht am Platze ist. Die mit dem Submissions-Verfahren verbundene Preisdrückerei würde unweigerlich den Verfall der Asphaltstrassen zur Folge haben.“

Dies gilt in vollem Umfange auch vom Holzpflaster. —

Pbg.

Zur Revision der Berliner Bauordnung.

Aus den Berichten dieses Winters über die Berathungen der „Vereinigung Berliner Architekten“ sind die Leser über die Bestrebungen zu einer Revision der Berliner Bauordnung flüchtig unterrichtet worden. Nachdem dann die „Vereinigung Berliner Architekten“, der „Verband der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten“, der „Grundbesitzverein des Westens“ und das „Aeltesten-Kollegium der Kaufmannschaft“ die Anregung zu gemeinsamen Berathungen über eine Revision der Berliner Bauordnung beschlossen hatten, traten mit den Delegirten der Aeltesten der Kaufmannschaft die Architekten Brth. Kayser (in Firma Kayser & von Groszheim), Prof. Cremer (in Firma Cremer & Wolfenstein), Bmstr. Kampffmeyer und Bmstr. Lachmann (in Firma Lachmann & Zaubler) zusammen, um die Dringlichkeit einer Revision der Bauordnung festzustellen. Das Ergebniss der Berathungen ist nach einer sehr übersichtlichen Zusammenfassung durch Hrn. Lachmann folgendes:

Die bestehende Baupolizeiordnung für den Stadtkreis Berlin vom 15. August 1897 hat in den §§ 37, 38 und 39 die besonderen Bestimmungen für die Benutzung von Gebäuden zusammengestellt. Historisch lässt sich über die Benutzung der Gebäude folgendes feststellen:

Die Bauordnung vom 21. April 1853 enthielt besondere Anforderungen in gesundheitlicher Beziehung nur für Wohn- bzw. Schlafräume, indem der § 88 derselben folgendes bestimmt:

„Alle zum täglichen Aufenthalte von Menschen bestimmten Wohnräume müssen in neuen Gebäuden wenigstens 2,51 m lichte Höhe erhalten. Alle Wohn- und Schlafräume mit weniger als 2,82 m lichter Höhe müssen zur Herstellung eines gehörigen Luftwechsels mit passenden Einrichtungen und mindestens mit Fenstern zum Oeffnen in hinreichender Zahl und Grösse und mit von innen zu heizenden Oefen versehen sein.“

Diese Bestimmungen sind bei Abfassung der B. P. O. vom 15. Januar 1887 als ungenügend angesehen worden, weil man die Fürsorge in gesundheits- und feuerpolizei-

licher Hinsicht auch auf Geschäfts- und Arbeitsräume mit ausdehnen wollte. Es wurde daher der Begriff der Wohn- und Schlafräume durch den Ausdruck „zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmte Räume“ ersetzt und erweitert.

In die jetzt bestehende Bauordnung vom 15. August 1897 ist der Begriff „zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmte Räume“ wörtlich mit übernommen worden. In den beiden Bauordnungen von 1887 und 1897 ist eine Definition des Ausdrucks „zum dauernden Aufenthalte von Menschen bestimmte Räume“ nicht enthalten. Wohl sind aber durch die Rechtsprechung hierüber Entscheidungen gefällt worden. Das Ober-Verwaltungsgericht hat vom Jahre 1897 bis zum Jahre 1900 den Standpunkt vertreten, dass in materieller Hinsicht die Verhältnisse des Einzelfalles maassgebend seien, dass es daher darauf ankomme, wie sich im Einzelfalle die tatsächliche Benutzung der inbetracht kommenden Räume gestalte bzw. gestalten würde.

Am 9. Juli 1900 hat jedoch das Ober-Verwaltungs-Gericht im Gegensatz zu allen vorherigen Rechtsprechungen entschieden: „Das unterscheidende Merkmal zwischen dauernd und vorübergehend für den Aufenthalt von Menschen bestimmten Räumen im Sinne der Baupolizeiordnung sei nicht die tatsächliche Dauer der Benutzung, sondern dass bei den dem vorübergehenden Aufenthalte von Menschen dienenden Räumen vor allem schon die Zweckbestimmung des Raumes die vorübergehende Benutzung verbürgen solle. Es sei die Absicht der Bauordnung, in Räumen, die nicht für den dauernden Aufenthalt von Menschen bestimmt seien, jede gewerbliche Thätigkeit zu untersagen, möge dieselbe eine dauernde oder auch nur eine nach Viertelstunden bemessene sein.“

Aufgrund dieser Entscheidung hat die Verwaltungs-Behörde, das königl. Polizei-Präsidium in Berlin, Verfügungen erlassen, welche die Benutzung der nicht zu dauerndem Aufenthalte von Menschen bestimmten Räume zu gewerblichen und geschäftlichen Zwecken unmöglich

machen. Das Polizei-Präsidium ist, der Entscheidung des höchsten Gerichtes folgend, zu der Ansicht gekommen, dass in den nicht zu dauerndem Aufenthalte von Menschen bestimmten Räumen das Ein- und Auspacken, das Abwiegen, das Expediren, das Eintragen in die Lagerbücher, das Umpacken der Waaren, das Photographiren, das Belichten von lichtempfindlichen Platten usw. zu verbieten sei. Auch die Besichtigung der in solchen Räumen befindlichen Lager durch einen Kauflustigen dürfe nicht stattfinden, da sich hierbei eine mit dem Kaufe verbundene vorbereitende Thätigkeit vollziehe. Ebenso sei es verboten, Wachen in Lagerräumen aufzustellen, was zur Folge hat, dass ausgedehnte und werthvolle Lager, Garderoben und Tresors ohne genügende Beaufsichtigung bleiben und so der Feuers- und Diebesgefahr preisgegeben werden.

Der gesammte Lederhandel in Berlin muss in tiefliegenden Kellern gewerbsmässig betrieben werden. Kokosläufer, Schwämme, verschiedene Lebensmittel, Gewebe von Stoffen, welche vermöge ihrer besonderen Beschaffenheit stets einen bestimmten Feuchtigkeitsgrad haben müssen, bedürfen ebenfalls tiefliegender Kellereien.

In gleicher Weise benöthigen andererseits bedeutende Zweige der Industrie und des Kunstlebens hochgelegene Räume mit besonders gutem und reflexfreiem Licht in grossem Umfange; und hierzu sind gerade die Bodenräume ihrer hohen, freien Lage wegen die geeignetsten.

Die Verwaltungs-Behörde wird zugeben müssen, dass in sanitärer Hinsicht Keller- und Bodenräume der Geschäftshäuser gegen früher eine durchgreifende Verbesserung erfahren haben; dass hauptsächlich die fast all-

gemeine Einführung des elektrischen Lichtes, der künstlichen Ventilations- und zentralen Heizanlagen wohl geeignet sind, diese Räume den Bestimmungen des § 37 näher zu bringen, und dass deshalb die Handhabung der Bauordnung gemildert, statt nach der Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichtes für neue Gebäude (nach 1887 erbaute) verschärft werden müsse.

Durch den grossen Umschwung infolge der Entwicklung Berlins zur Zentrale Deutschlands hat besonders das Centrum der Stadt, veranlasst durch die Ansprüche des Handels, sich immer mehr in ein reines Geschäftsviertel umgewandelt. Diesem Umwandlungs-Prozesse Rechnung zu tragen, ist Aufgabe der Bauordnung.

Es ist ohne Weiteres klar, dass an Räume, welche zum Tagaufenthalte von Menschen dienen sollen, geringere Anforderungen gestellt werden können, als an solche, welche zum Tag- und Nachtaufenthalte benutzt werden. Da aber die Dauer der Geschäftszeit durch die soziale Gesetzgebung beschränkt worden ist, sodass kein Missbrauch mehr mit derselben getrieben werden kann, wäre es nur billig, auch die baupolizeilichen Anforderungen im Hinblick darauf, dass die dem Geschäfts- und Industrieleben dienenden Räume nur für einen Tagesaufenthalt in Anspruch genommen werden, sachgemäss zu mildern. Das gewerbliche Leben der Hauptstadt wird Erleichterungen in den bisherigen beschränkenden Bestimmungen der Bauordnung auf die Dauer nicht entbehren können.

Es wäre deshalb wirthschaftlich von grösstem Nachtheile, wenn der unsichere Begriff „Räume zu dauerndem Aufenthalte von Menschen“ nicht durch den treffenderen „Räume zum Tag- und Nacht-Aufenthalte von

Menschen“ in der Bauordnung ersetzt werden würde.

Bei den Räumen, welche zum „Tagaufenthalt von Menschen dienen“, handelt es sich doch nur um einen Aufenthalt von 8–9 Stunden, und es findet bei der Beschäftigung in denselben immer eine gewisse Bewegung, auch eine zeitweise Unterbrechung der Arbeit statt; während der Aufenthalt in Räumen, welche zum „Tag- und Nachtaufenthalte“ benutzt werden, ein schon dem Begriffe nach mehr „dauernder“ ist, so dass hier in der That aus hygienischen Rücksichten in jeder Beziehung zulängliche Räume gefordert werden müssen.

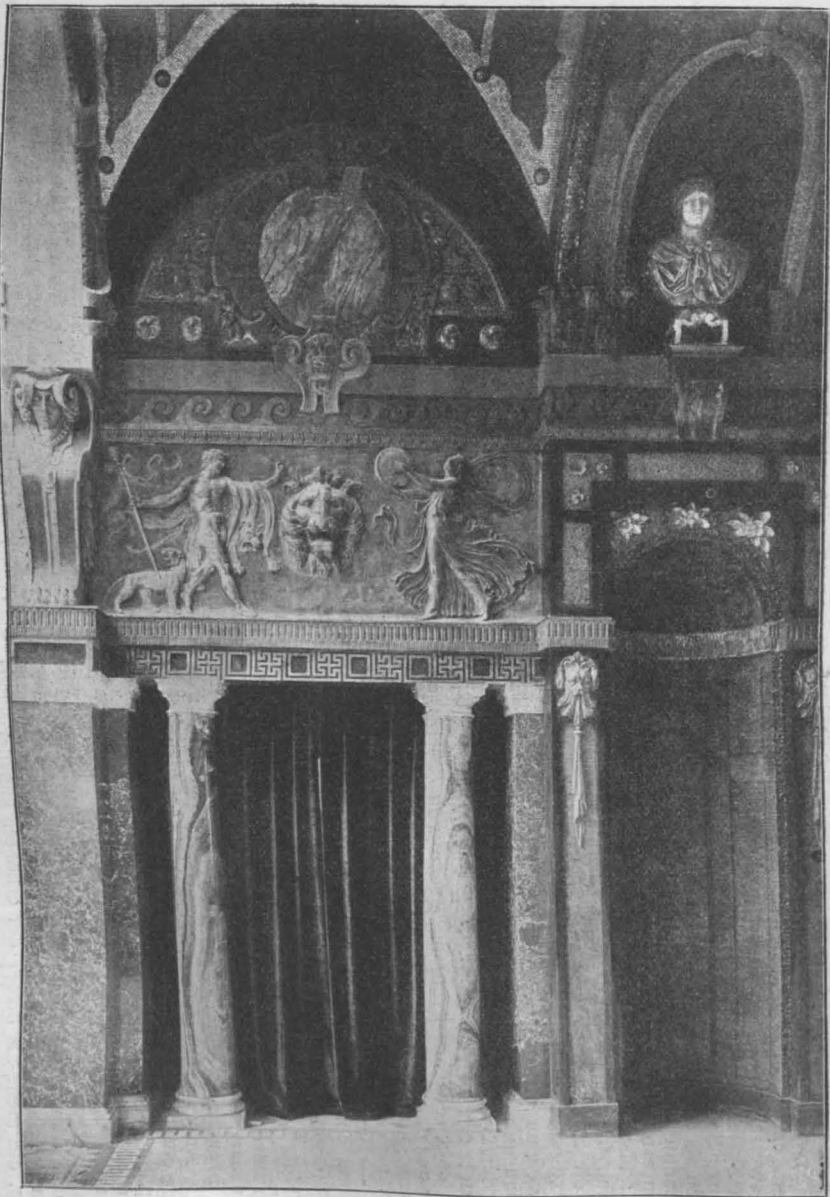
Die darnach umzuändernde Bauordnung würde dann an Räume, welche nur allein „zum Tagaufenthalt“ dienen, mildere Anforderungen stellen können und dadurch der



Die Architektur auf der Pariser Weltausstellung des Jahres 1900.

Architektur der diagonalen seitlichen Durchgänge. — Arch.: Prof. K. Hoffacker-Charlottenburg.

Keller- und Bodenräume sind aber für die gestattete Lagerung von Waaren fast unbrauchbar geworden, wenn man in ihnen nicht einmal ein- und auspacken darf, ferner die Waare bezeichnen, sortiren und abzählen darf. Wollte man in Berlin nur Keller bauen, welche höchstens 50 cm bis 1 m in das Erdgeschoss eingesenkt sind, und daher, den Bestimmungen der Bauordnung entsprechend, allein zu dauerndem Aufenthalte von Menschen geeignet wären, so würden für viele Geschäftsbetriebe derartige Kellereien unbrauchbar sein. Es giebt Waaren, abgesehen von Bier, Wein und Branntwein, welche in der Bauordnung als Ausnahmen angeführt sind, welche, falls ihre Lagerung und Aufbewahrung nicht in tiefliegenden Kellern stattfinden kann, verderben bzw. an Verkaufswerth erheblich verlieren.



Die Architektur auf der Pariser Weltausstellung des Jahres 1900. Prunkraum in der deutschen kunstgewerblichen Ausstellung.
Architekt: Professor Emanuel Seidl in München.

Entwicklung des Geschäfts- und Industrielebens der Hauptstadt in hohem Grade förderlich sein. Sie würde ferner dem gemeinsamen Wunsche der Berliner Architekten und Kaufleute Rechnung tragen, deren Bestreben es ist, dass das Geschäftsleben in der Hauptstadt des Deutschen Reiches dem der Grossstädte des Auslandes, besonders London, Paris und New-York, im Wettbewerbe nicht nachstehe.

Um zu diesem Ziele zu gelangen, wird es notwendig sein, dass dem preuss. Hrn. Minister für öffentliche Arbeiten Anträge und Vorstellungen vorgetragen werden, die dahin gehen, eine Berathung über die vorzunehmenden Aenderungen der Bauordnung zu veranlassen, in welcher sowohl Mitglieder der Aeltesten der Kaufmannschaft, der Berliner Architekten, als auch der Baugeschäfte zugezogen werden möchten.

Die neue „Gebührenordnung der Architekten und Ingenieure“.

(Schluss aus No. 14.)

Die Berechnungsweise der Gebühren der Architekten nach der neuen Norm ist grundsätzlich verschieden von der früheren. Abgesehen von einer zeitgemässen Erhöhung der Gebühren überhaupt, auf die wir nicht weiter einzugehen brauchen, da sie bei der Benutzung der Honorartabelle sofort in die Augen springt, wird eine andere Art der Abstufung für die Honorarbestimmung eingeführt, welche durch die Berücksichtigung nicht nur der Höhe der Baukosten und der Art des Bauwerks, sondern auch des Maasses des Ausbaues sowohl dem Umfang und der Bedeutung der betreffenden Aufgabe, als auch den aus ihr erwachsenden Mühen, dem zu ihrer Lösung erforderlichen grösseren oder kleineren Aufwand künstlerischer und technischer Leistungen Rechnung trägt. Die alte Norm macht bekanntlich nur einen Unterschied nach der Höhe der Baukosten und nach dem Range der Bauwerke, welche 6 verschiedenen Klassen in erster Linie je nach ihrer Zweckbestimmung zugewiesen werden. Maassgebend für die Zuteilung an die eine oder andere Klasse war ausserdem für Bauwerke derselben Zweckbestimmung bis zu gewissem Grade der Reichtum der Bauausführung, eine Festsetzung, die bei ihrer unsicheren Definition eine Quelle der mannigfachsten Streitigkeiten zwischen Bauherrn und Architekt werden musste, da sie einer persönlichen Auffassung zu weiten Spielraum lässt. Diesem Uebelstande hilft die neue Gebührenordnung dadurch ab, dass sie unter Beibehaltung der Einteilung nach dem Range, die sich im Laienpublikum nun einmal eingebürgert und die auch eine gewisse innere Berechtigung hat, zu den nach Rang und Baukostensumme zu berechnenden Grundgebühren einen Zuschlag macht, der nach dem Verhältniss der Ausbausumme zur Gesamtkostensumme abgestuft ist. Es bedingt das natürlich, dass im Kostenanschlag bzw. in der Abrechnung eine Trennung zwischen Rohbau und Ausbau gemacht wird, wobei unter letzterem die gesamte künstlerische und technische Durchbildung aller Einzelheiten zu verstehen ist. Der Absatz 31 § 5 giebt die genaue Anweisung, welche Ausführungen zum Rohbau, welche zum Ausbau zu rechnen sind. Es sind viele Erwägungen angestellt worden, und es hat lange Verhandlungen gekostet, bis eine Einigung über diese Berechnungsweise erzielt wurde, die gegenüber dem alten, einfachen System der Klassentheilung für den Bauherrn ja allerdings Schwierigkeiten bietet, die man aber doch schliesslich als den richtigen und verhältnissmässig klarsten Weg erkannte, um eine gerechte Bemessung der Gebühren zu ermöglichen.

Die früheren V Klassen, welche die Arbeiten des Architekten umfassten, sind in IV Gruppen zusammengezogen, die z. Th. eine etwas andere Gruppierung zeigen. Für jede dieser 4 Gruppen ist eine Grundgebühr festgesetzt, welcher ein gewisses übliches Mindestverhältniss der Ausbausumme zur Gesamtkostensumme in Hundertsteln der letzteren zugrunde gelegt ist. Für jedes weitere Hundertstel, um welches sich dieses Verhältniss steigert, tritt eine entsprechende Erhöhung in Form von Zuschlägen hinzu, die aus derselben Tabelle zu entnehmen sind, welche gemeinsam gilt für die Vorarbeiten — Vorentwurf, Entwurf, Kostenanschlag, Bauvorlagen — und die Ausführungsarbeiten — Bau- und Werkzeichnungen, Bauleitung. Die Festsetzung von Mindestgebühren in der genannten Form bietet den doppelten Vortheil, dass auch für solche Vorarbeiten, für welche ein näherer Kostenanschlag noch nicht vorliegt, die Gebührensätze aus derselben Tabelle entnommen werden können und dass ausserdem die Trennung nach Ausbau und Rohbau nur dann vorgenommen zu werden braucht, wenn ein reicheres Ausbauverhältniss vorliegt. Andererseits ist es durch die Festsetzung der Zuschläge nunmehr ermöglicht, für jede durch den Bauherrn später angeordnete reichere Ausführung nach bestimmten Sätzen die entsprechende Honorarerhöhung zu berechnen.

Neu hinzugefügt ist eine besondere V. Gruppe, welche Möbel und kunstgewerbliche Gegenstände aller Art umfasst, für welche wesentlich erhöhte Sätze zur Berechnung kommen, die mehr als bisher der erhöhten künstlerischen Thätigkeit bei der Lösung solcher Aufgaben gerecht werden.

III. Gebühren der Ingenieure.

§ 7. Art der Berechnung.

36. Für die Gebührenberechnung werden die Ingenieurarbeiten, sofern sie nicht als Hochbauten nach II zu verrechnen sind, in drei Gruppen getheilt, und zwar in solche, die

- A) nach Hundertsteln der Baukosten (§ 8),
- B) „ der Länge der Linie (§ 9),
- C) „ „ Grösse der Fläche vergütet werden (§ 10).

Die Gruppe A zerfällt in vier Bauklassen: 1, 2, 3 und 4.

37. Für die Arbeiten der Gruppen B und C werden Gebührengrenzen für einfache und schwierige Verhältnisse angegeben. Die zu zahlenden Gebühren sind in jedem Falle vertragsmässig zwischen diesen Grenzen mit dem Bauherrn zu vereinbaren.

38. Die Frage, ob einfache oder schwierige Verhältnisse vorliegen, wird gleichzeitig nach der Geländegestaltung, nach den wirthschaftlichen Umständen und nach technischen Gesichtspunkten entschieden.

39. Alle Arbeiten, deren Baukosten den Betrag von 5000 M. nicht erreichen, dürfen nach den Sätzen für Zeitgebühren (§ 4, 25) verrechnet werden.

40. Die Antheile der Einzelleistungen an der Gesamtgebühr werden für Ingenieurarbeiten folgendermassen festgesetzt:

Bezeichnung der Einzelleistung	Theilbeträge in Hundertsteln
a) Vorentwurf und Kostenschätzung	25
b) Entwurf	30
c) Kostenanschlag	5
d) Bauvorlagen	10
e) Bau- und Werkzeichnungen	30
f) Oberleitung der Bauausführung	

§ 8.

A. Gebührensätze für Arbeiten, welche nach der Bausumme vergütet werden.

41. Hierher gehören alle Bauwerke, welche nicht nach den Bestimmungen für die Gruppen B § 9 und C § 10 zu berechnen sind, nämlich:

Bauklasse 1.

Bohlwerke, Brücken, gerade feste bis 10^m Spannweite; einfache Deichsiele; einfache Durchlässe; Erdarbeiten jeder Art; Anlagen zur Fortleitung und Vertheilung der Elektrizität; Fashinenbauten; Felsprengungen; Futtermauern; Gerinne für Wasserleitungen ohne Kunstbauten; Gräben für Wasserleitungen ohne Kunstbauten; einfache Hafenanlagen ohne Kunstbauten; Pflasterungen als Uferdeckung; Rohrleitungen ohne Abzweige; einfache Strassenanlagen; Strassenbefestigungen; Stützmauern mit einfacher Gründung; Trockenmauern; einfache Uferdeckungen; einfache feste Wehre.

Bauklasse 2.

Einfache Anschlussgleise und Bahnhöfe mit mehr als 2 Nebengleisen für jedes Hauptgleis (kleinere Bahnhöfe werden mit den Strecken-km nach B § 9 verrechnet); unterirdische Behälter für Flüssigkeiten; feste Brücken von 10 bis 30^m Spannweite; Anlagen zur Entwässerung von Städten; schwierigere Deichsiele; Düker; schwierigere Durchlässe; Fabrikgebäude mit maschineller Einrichtung; kleine Fähren für Fussgänger und Wagen; Flusskanalisierungen; Flussregelungen; Anlagen zur Gewinnung, Reinigung, Aufbewahrung und Vertheilung von Gas; Gründungen ausschliesslich der Luftdruck- und Gefrier-Gründungen; schwierigere Hafenanlagen; Heizungs-Anlagen; Hellinge; Installationen für Elektrizität, Gas und Wasser; einfache Konstruktionen für Hochbauten; Lüftungsanlagen; Schöpfwerksanlagen; einfache Schiffschleusen; Speicher mit maschineller Einrichtung; schwierige Strassenanlagen; kleine Thalsperren; einfache Tunnel; Ufermauern mit schwieriger Gründung; Anlagen zur Gewinnung, Reinigung, Aufbewahrung und Vertheilung von Wasser; Wasserbauten für Kraftgewinnungs-Anlagen; einfache bewegliche Wehre; schwierige feste Wehre.

Bauklasse 3.

Schwierige Anschlussgleise und Bahnhöfe; oberirdische Behälter für Gase und Flüssigkeiten; hohe Wasserleitungsbrücken; bewegliche Brücken; schwierige Konstruktionen für Hochbauten; Doppelbrücken; schiefe Hausteinbrücken (falls der Steinschnitt ausgetragen wird); schwierige und grosse Brücken über 30^m Spannweite; Fähranstalten für Eisenbahnen; Gefriergründungen; geneigte Ebenen; Luftdruckgründungen; Schiffshebwerke; schwierige Schiffschleusen; Schiffswerften; Schwimmdocks; grosse Thalsperren; hohe Thalübergänge; Trockendocks; schwierige Tunnel; schwierige bewegliche Wehre.

Bauklasse 4.

Maschinentechnische Anlagen aller Art, insbesondere: Acetylen-Anlagen; Anlagen zur Verarbeitung von Abfallstoffen; Appreturanstalten; Aufbereitungen; Aufzüge; Badeanstalten; Bagger; Bergwerks-Maschinenanlagen; Brauereien; Brennereien; chemische Fabriken; Kompressoren für Luft und Gase; Dampfanlagen; Dampfkessel, Dampfmaschinen, Dampfleitungen, Dampfüberhitzer usw.; Destilliranlagen; Druckluftanlagen; Eiszeugungsanlagen; Anlagen zur Erzeugung, Aufspeicherung und Umformung des elektrischen Stromes; Färbereien; Feuerlöschanlagen; Gebläse; Gerbereien; Gesteinbohranlagen; Giessereien; Glashütten; Hammerwerke; Hebewerke; Hochöfen; Holzbearbeitungsanlagen; Holzschleifereien; Hüttenwerke; hydraulische Kraftanlagen; Kälteerzeugungsanlagen; Karbidfabriken; Kesselschmieden; Koch- und Waschküchen; Kokereien; Kondensationen; Kühlanlagen; Ladevorrichtungen; landwirthschaftliche mechanische Einrichtungen; Lederbearbeitungs-Anlagen; Mälzereien; Maschinenfabriken; Molkereien; Mühlen; Öfen für technische Zwecke; Papierfabriken; Pressen; Pumpwerke; Sägewerke; Schachtanlagen; Schiffe; Separationsanlagen; Spinnereien; Transmissionen; Transportvorrichtungen; Trockenanstalten; Walzwerke; Waschanstalten; Wasserdrukwerke; Wasserkraft - Anlagen; Webereien; Werkzeug - Maschinen; Windkraft - Maschinen; Zementfabriken; Zuckerfabriken usw.

42. Die Gebührensätze für diese vier Bauklassen sind nach der folgenden Zusammenstellung in Hundertsteln der Bausumme zu berechnen. Die Bausumme wird nach der nächst unteren Stufe abgerundet, solange die Gebühr dadurch höher ausfällt.

Gebühren der Ingenieure nach Hundertsteln der Bausumme.

Bausumme	Bauklasse			
	I	2	3	4
M.				
5 000	8,0	12,0	16,0	16,0
10 000	6,7	10,5	13,4	13,4
20 000	5,8	8,7	11,7	11,7
30 000	5,3	7,9	10,6	10,6
40 000	4,9	7,4	9,9	9,9
50 000	4,7	7,0	9,5	9,3
60 000	4,5	6,8	9,2	8,8
70 000	4,3	6,5	9,0	8,4
80 000	4,1	6,3	8,8	8,0
90 000	4,0	6,2	8,6	7,7
100 000	3,9	6,0	8,5	7,3
150 000	3,5	5,6	7,9	6,2
200 000	3,4	5,2	7,5	5,5
300 000	3,2	4,8	6,8	4,9
400 000	3,2	4,6	6,4	4,6
500 000	3,2	4,4	6,0	4,4
600 000	3,2	4,3	5,6	4,3
700 000	3,1	4,2	5,3	4,2
800 000	3,1	4,1	5,2	4,1
900 000	3,0	4,1	5,1	4,1
1 000 000	3,0	4,0	5,0	4,0
2 000 000	2,7	3,6	4,5	3,6
3 000 000	2,4	3,2	4,0	3,2

§ 9.

B. **Gebührensätze für Arbeiten, welche nach der Länge der Linie vergütet werden.**

43. Die Leistungen des Ingenieurs sind die folgenden:
Allgemeine Vorarbeiten (§ 1, 2a); Bereisung der
Linie, Eintragung der Linie in Abzeichnungen vorhandener
Karten, Anfertigung eines Höhenplanes auf Grund von
Höhenaufnahmen: Erläuterungsbericht, Kostenschätzung.

Ausführliche Vorarbeiten (§ 1, 2b) c) d); Aufstellung der besonderen Vorarbeiten unter Benutzung vorhandener, nach Bedarf zu ergänzender Karten; Auftragung des Höhenplanes und etwa erforderlicher Querschnitte; Aufstellung der Regelentwürfe für wiederkehrende Bauten und Bautheile; Eintragung der Streckenbauwerke; Erläuterungsbericht, Kostenanschlag. Alle Einzelbauwerke, welche nicht nach Regelentwürfen hergestellt werden können, werden nach § 8 nach Maassgabe ihrer Bausumme besonders vergütet.

Bauausführung; alle in § 1 unter e) und f) aufgeführten Arbeiten.

44. Deichanlagen, Strassenanlagen. Die Gebühren betragen für 1 km Länge bei einfachen Verhältnissen 800 M., bei schwierigen 2400 M.

45. Hauptseisenbahnen, Neben-, Klein- und Strassenbahnen aller Betriebsarten, Leitungs- und Schiffsfahrts-Kanäle. Die Gebühren betragen für 1 km Länge bei einfachen Verhältnissen 1200 M., bei schwierigen 3600 M.

§ 10.

C. Gebührensätze für Arbeiten, welche nach der Fläche vergütet werden.

46. Die Leistungen des Ingenieurs sind die folgenden:
Allgemeine Vorarbeiten (§ 1, 2a); Begehung der Fläche, Eintragung des Vorentwurfes in vorhand. Lage- und Höhenpläne, Darstellung der allgem. Anordnungen der beabsichtigten Anlage. Erläuterungsbericht, Kostenschätzung.

Ausführliche Vorarbeiten (§ 1, 2b) c) d); Beschaffung aller Unterlagen für die Bauausführung unter Benutzung vorhandener Lage- und Höhenpläne; Aufstellung der Regelentwürfe für wiederkehrende Bauten und Bauteile; Eintragung der Hauptmaasse der nicht nach Regelentwürfen herzustellenden Einzelbauwerke, welche nach § 8 vergütet werden; Erläuterungsbericht, Kostenanschlag. Bauausführung; alle im § 1 und e) und f) aufgeführten Arbeiten.

47. **Bebauungspläne.** Die Gebühren, welche den Theilleistungen a) und b) in § 7, 40 entsprechen und eintretenden Falles nach dem Verhältnisse 1:1 zu theilen sind, betragen bei 1 ha Fläche bei einfachen Verhältnissen 20 M., bei schwierigen 60 M.

48. Bewässerungs- und Entwässerungs-Anlagen für landwirthschaftliche Zwecke. Die Gebühren betragen für 1 ha Fläche bei einfachen Verhältnissen 30 M., bei schwierigen 90 M. —

Die alte Norm zieht die Arbeiten des Ingenieurs ein in die 5 Bauklassen, in welche auch die Arbeiten des Architekten zertheilt werden, und sieht nur eine besondere 6. Klasse vor für maschinentechnische Arbeiten. Die Berechnung des Honorares erfolgte lediglich nach Prozentsätzen der Baukostensummen, gleich wie bei den Ausführungen der Architekten. Die neue Gebührenordnung macht dagegen einen Unterschied der Berechnung nach drei verschiedenen Gesichtspunkten, indem einerseits für bestimmte Bauwerke eine Eintheilung in 4 Bauklassen geschaffen ist, für welche wie früher die Berechnung nach Hundertsteln der Baukostensumme nach einer Tabelle erfolgt, während für andere Arbeiten entweder eine Vergütung nach der Länge der Linie, oder nach der Grösse der Fläche stattfinden soll. Für die beiden letzten Fälle sind keine festen Gebührensätze für jeden Fall aufgestellt, sondern nur für „einfache und schwierige Verhältnisse“ obere und untere Grenzwerte festgelegt, so dass also hier dem freien Ermessen, der freien Vereinbarung weitere Grenzen gelassen sind, als dies bei der Gebührenordnung der Architekten der Fall ist. Es ist hierdurch nun allerdings wieder eine Unsicherheit in die Norm hineingetragen, die ihre Anwendung für den Laien, in Streitfällen für den Richter erschwert; aber einerseits lässt sich dem durch rechtzeitige vertragsmässige Festlegung der Honoraransprüche vorbeugen, wie dies auch nach § 7 Abs. 37 angerathen wird, und andererseits wird durch diese verschiedenartige Ermittlung der Gebühren der Eigenart verschiedener Ingenieur-Aufgaben mehr Rechnung getragen, als das bisher nach der ausschliesslichen Berechnung nach Prozentsätzen der Bausumme der Fall war. Ursprünglich war sogar noch eine weiter gehende Theilung, d. h. als 4. Art der Berechnung noch die nach dem Rauminhalte vorgesehen, welche namentlich vom Verein deutscher Zentral-Heizungs-Industrieller angestrebt wurde. Der grösseren Einheitlichkeit wegen ist hierauf dann aber doch verzichtet worden und man hat diese Ausführungen in die Bauklassen eingeordnet. Ueberhaupt stellt die Ingenieurnorm ein Kompromiss dar zwischen den nicht immer ganz zusammenfallenden Wünschen und Interessen der verschiedenen bei der Aufstellung beteiligten Verbände und Vereine. Umso freudiger ist die erzielte Einheitlichkeit, die dem Werke nach aussen jedenfalls besonderen Werth verleiht, zu begrüssen. Es wird jedoch erst im praktischen Gebrauche festgestellt werden können, ob in allen Punkten das Richtige getroffen ist, ob namentlich die Bemessung der Einzelsätze, über welche die Meinungen Anfangs auseinandergingen, den thatsächlichen Verhältnissen entspricht. —

Alles in Allem bedeutet die neue „Gebührenordnung für Architekten und Ingenieure“, mag nun auch in Einzelheiten derselben nicht Alles erreicht sein, was vielleicht dem oder jenem als nothwendig oder wünschenswerth vorgeschwebt hat, unleugbar einen Fortschritt für eine

gerechtere Bemessung der Gebühren nach Maassgabe der wirklichen Leistung. Aufgabe jedes einzelnen Architekten und Ingenieurs, namentlich aber auch der dazu besonders berufenen Vereine und Verbände wird es nun sein, diese neue Norm auch nach Aussen zur weitesten Geltung zu bringen. —
Fr. E.

Mittheilungen aus Vereinen.

Arch.- u. Ing.-Verein zu Hamburg. Vers. am 11. Jan. 1901. Vors. Hr. Zimmermann, anwes. 71 Pers. Aufgen. als Mitgl. Hr. Arch. Fr. Jacobsen. Der Vorsitzende theilt mit, dass unser Ehrenmitglied Hr. Arch. H. D. Hastedt, uns durch den Tod entrissen sei; die Anwesenden erheben sich zu Ehren des Verstorbenen von ihren Sitzen.

Nach Erledigung innerer Vereinsangelegenheiten erhält das Wort Hr. Haller, welcher in ergreifenden Worten ein Lebensbild Hastedt's entwirft. Der Vorsitzende dankt dem Redner für die Bereitwilligkeit, mit der er es übernommen habe, dieser Ehrenpflicht des Vereines gegenüber seinem langjährigen treuen Mitgliede gerecht zu werden.

Dann erhält das Wort Hr. Necker, welcher unter Benutzung eines reichen Materials an Plänen eine eingehende Schilderung des Entstehens und des weiteren Ausbaues des Verwaltungs-Gebäudes an der Bleichenbrücke liefert. Das Gebäude ist hervorgegangen aus einem 1851 bis 1852 von einer Gesellschaft „Lesehalle“ für ihre geselligen Zwecke, sowie die von Privaten erbauten Hause, dem später das benachbarte ehemalige Doppeletagenhaus angefügt wurde, welches bald nach dem grossen Brande von dem, später nach seiner Vaterstadt Bremen übergesiedelten, Architekten H. Müller erbaut ist. Durch zweimalige Erweiterungen des Hauptgebäudes nach der Fleethseite ist der gegenwärtige Zustand des Hauses entstanden, welcher sich aber schon lange als unzureichend erwiesen hat. Redner schildert nun die mit dem Ankauf des Krogmann'schen Grundstückes am 31. Mai bezw. 5. Juli 1893 begonnenen Verhandlungen über die Nutzbarmachung desselben für eine Erweiterung des Verwaltungsgebäudes und erörtert an Hand der Pläne die vielen Schwierigkeiten, welche zu überwinden waren, um geeignete, allen Anforderungen genügende Entwürfe, mit den vielen, dem angekauften Grundstück durch grundbuchliche Klauseln zugunsten von Ueberfahrtsberechtigten benachbarter Grundstücke auferlegten Beschränkungen, in Einklang zu bringen. Der nun endgiltig festgestellte, von der Bürgerschaft durch Beschluss vom 8. Februar 1899 genehmigte Entwurf, welcher einen Kostenaufwand von 1 180 000 M. erfordert, wird eingehend geschildert und zum Schluss der Thätigkeit der technischen Mitglieder des betr. bürgerschaftlichen Ausschusses, insbesondere des Hrn. Haller, bei Ausarbeitung des endgiltigen Entwurfes gedacht.

Der Vorsitzende dankt dem Redner für seinen Vortrag, dem die Anwesenden mit lebhaftem Interesse gefolgt sind. —
Hm.

Preisbewerbungen.

Einen Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für eine evangelische Kirche in der Kolonie Grunewald bei Berlin erlässt der dortige Gemeindekirchenrath mit Frist zum 15. Mai d. J. für alle evangelischen Mitglieder des „Architekten-Vereins“ zu Berlin und der „Vereinigung Berliner Architekten“. Es gelangen 3 Preise von 2500, 1500 und 1000 M. zur Vertheilung; ein Ankauf nicht preisgekrönter Entwürfe für je 500 M. ist vorbehalten. Preisrichter sind unter anderen die Hrn. Geh. Brth. Emmerich, Geh. Brth. Spitta, Prof. Joh. Vollmer und Bmstr. Wieck. Unterlagen gegen 2 M., die zurück erstattet werden, durch Pastor Hanschke, Hubertus-Allee 31 in Grunewald. —

Ein Wettbewerb unter Bremischen Architekten betrifft die architektonische Ausschmückung der geplanten kleinen Weserbrücke in Bremen. Als Summe für die architektonische Ausschmückung sind 35 000 M. angesetzt. Es gelangen 3 Preise von 600, 400 und 200 M. zur Vertheilung. Für weitere 2000 M. hat der Verfasser des zur Ausführung gewählten Entwurfes die weiteren Zeichnungen zu liefern und die Ausführungsarbeiten zu überwachen. Es besteht also in nicht genug anzuerkennender Weise die feste Absicht, einen erfolgreich aus dem Wettbewerb hervorgegangenen Entwurf zur Ausführung zu bringen. Preisrichter sind u. a. die Hrn. Ob.-Baudir. Franzius, Brth. Graepel, Dombmstr. Ehrhardt, Arch. Mänz und Arch. Gildemeister. —

In dem Wettbewerb betr. Entwürfe für die Murhard'sche Bibliothek in Kassel sind 48 Arbeiten eingelaufen. Den I. Preis von 3500 M. errang der Entwurf „1901“ des Hrn. Emil Hagberg in Friedenau; den II. Preis von

2500 M. der Entwurf „Am Eck“ des Hrn. Karl Müller in Hamburg; den III. Preis von 1500 M. der Entwurf „Du Ry“ des Hrn. Heinrich Mänz in Bremen; den IV. Preis von 1000 M. der Entwurf „Ehret den Stifter“ der Hrn. Emmingmann & Becker in Berlin. Zum Ankauf wurden keine Entwürfe empfohlen. Sämmtliche Entwürfe sind vom 3. März 14 Tage lang in der Gewerbehalle in Kassel öffentlich ausgestellt. —

Zu dem Wettbewerb Stadtparkhalle Remscheid sind 85 (!) Entwürfe eingelaufen. Der I. Preis fiel an den Entwurf „Sperrgut“ des Herrn Brantzky in Köln; der II. Preis an den Entwurf „Donnerkiel, beste ooch da?“ des Hrn. Reg.-Bmstr. a. D. Hartmann in Charlottenburg; zwei III. Preise an den Entwurf „Frohsinn“ des Hrn. Alex. Mannes jr. in Remscheid und an den Entwurf „Jugend“ des Hrn. H. Püschel in Berlin. Zum Ankauf empfohlen und auch angekauft wurden die Entwürfe Troost-Elberfeld. —

Wettbewerb Theater Jekaterinoslaw. Der kaiserl. St. Petersburger Architekten-Verein giebt bekannt, dass sich in den zumtheil auch an deutsche Fachgenossen versandten Bedingungen des Wettbewerbes Irrthümer befinden. Im Lageplan muss der mittlere Nivellirungspunkt 10,46 statt 0,46 gelesen und bei der Berechnung der Bau-summe muss der Kubikfaden mit 60 Rbl. angenommen werden. —

Wettbewerb Schmuckbrunnen Breslau. Der vor der interessanten barocken Universitätsfassade am Sperlingsberge aus Stein oder Erz zu errichtende Brunnen, dessen Beckenrand den Durchmesser von 5 m nicht überschreiten darf, soll in launiger aber würdiger Weise auf Universität und Studententhum Bezug nehmen. Die Architektur des Brunnens darf nicht in auffallendem Gegensatz zu derjenigen der Universität stehen. Es werden Modelle in $\frac{1}{8}$ der nat. Gr. verlangt. Die Wahl des Künstlers für die Ausführung behält sich die Stadt Breslau vor. Dem Preisgerichte gehören u. a. die Hrn. Prof. Ludw. Manzel-Berlin und Brth. Plüddemann in Breslau an. —

Todtenschau.

Architekt Georg Thielen †. In diesen Tagen ist der Hamburger Architekt Georg Thielen einem längeren Leiden erlegen. Unter den Baukünstlern Hamburgs nahm Thielen einen vornehmen Rang ein. Sein Ruf drang in weitere Kreise gelegentlich der Hamburger Gartenbau-Ausstellung, für welche er das weithin beachtete Hauptgebäude errichtet hatte. Auf der Pariser Weltausstellung zeichnete er sich durch das wohlgelungene Gebäude des Norddeutschen Lloyd aus und der hier, sowie die früher erzielten künstlerischen Erfolge waren Veranlassung, dass ihm nach einem erfolgreichen Wettbewerbe auch die Bauten der nächstjährigen Düsseldorfer Ausstellung übertragen wurden. Dafür aber scheint seine physische Kraft nicht mehr ausgereicht zu haben; er unterlag den aufreibenden Anforderungen der Ausstellungs-Thätigkeit. —

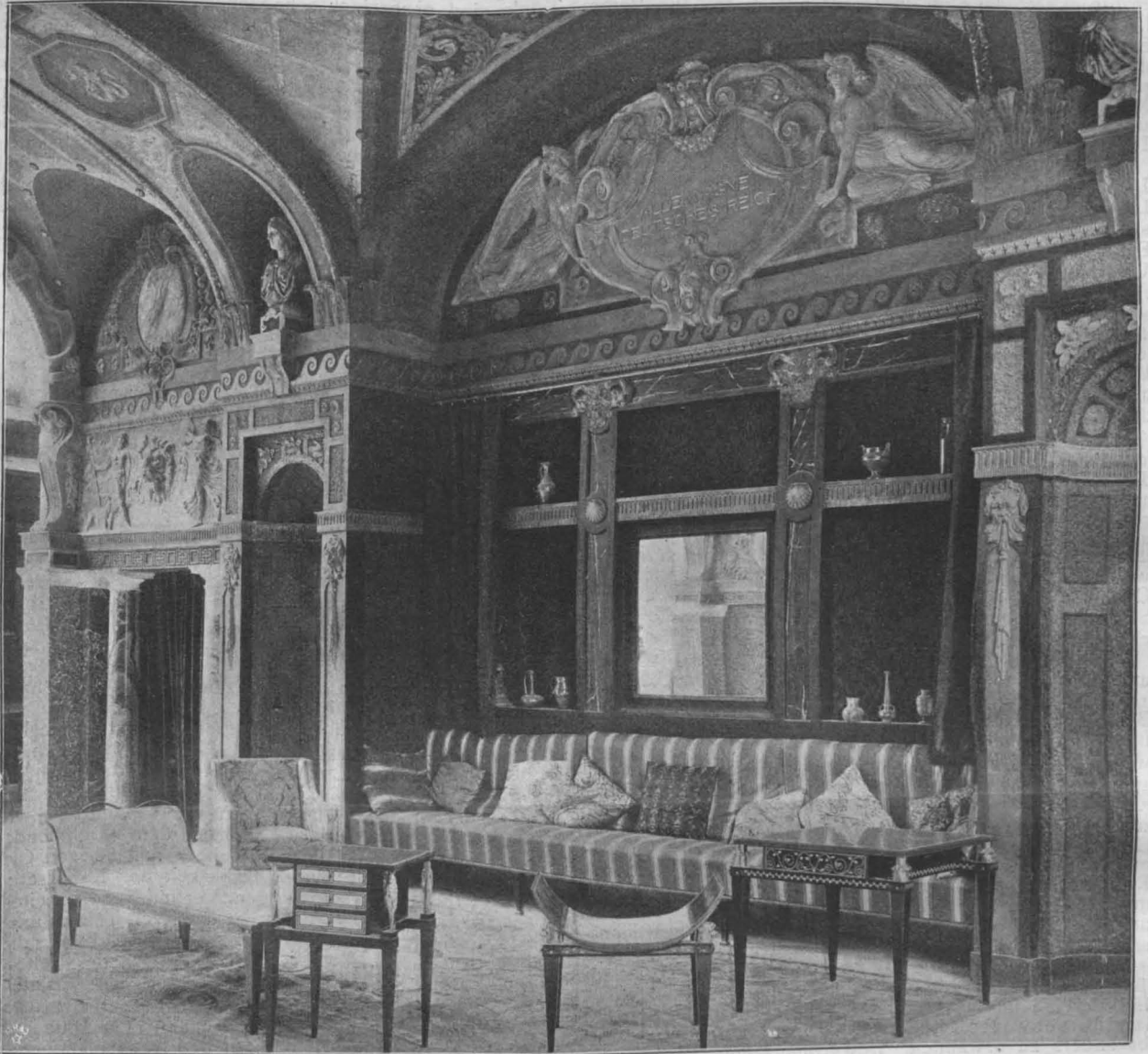
K. k. Baurath Otto Hofer †. Zu Beginn der Woche ist in Wien der k. k. Brth. Otto Hofer das Opfer einer Lungenentzündung geworden. Hofer war 1847 in Oedenburg geboren und trat nach Vollendung seiner fachlichen Studien in das Atelier Hasenauer's ein, unter dessen Einfluss er zeitlebens stand. Er war Mitarbeiter Hasenauer's am Hofburgtheater, an den Hofmuseen und an der Hofburg. Nach dem Tode Hasenauer's nahm er beim Neubau der Hofburg eine leitende Stellung ein, ohne aber mit seiner Kunst der Bedeutung des Baues gerecht werden zu können. Die Folge war die Berufung Ohmann's zur Leitung der Arbeiten für die innere Ausschmückung. Selbstständig führte Hofer eine grössere Zahl von Gebäuden aus, so das neue Krankenhaus der Barmherzigen Brüder in Wien, das Sparkassen-Gebäude in Oedenburg, die Palais der Barone Vranicsanyi, Wohnhäuser in Wien, Oedenburg usw. Auch für das Kunstgewerbe war Hofer mit Erfolg thätig. Mit ihm scheidet ein Vertreter der neueren Wiener Renaissance aus dem Künstlerkreise der Kaiserstadt an der Donau aus. —

Brief- und Fragekasten.

Hrn. A. H. in Andernach. Wir empfehlen Ihnen für Ihre Zwecke angelegentlichst das treffliche Werkchen von Rowald, „Brauch, Spruch und Lied der Bauleute“, 1892, welches Ihnen jede Buchhandlung besorgen kann. —

Inhalt: Die Architektur auf der Pariser Weltausstellung des Jahres 1900. XI. (Fortsetzung.) — Zur Frage des Asphalt- und des Holzpflasters. — Zur Revision der Berliner Bauordnung. — Die neue „Gebührenordnung der Architekten und Ingenieure“ (Schluss). — Mittheilungen aus Vereinen. — Preisbewerbungen. — Todtenschau. — Brief- und Fragekasten.

Kommissionsverlag von Ernst Toeche, Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann, Berlin. Druck von Wilh. Greve, Berlin SW.



Die Architektur auf der Pariser Weltausstellung des Jahres 1900.

Teil des Prunkraumes in der deutschen kunstgewerblichen Ausstellung. — Architekt: Prof. Emanuel Seidl in München.

Mittheilungen aus Vereinen.

Architekten-Verein zu Berlin. Vers. vom 21. Jan. 1901.
Vors. Hr. Hossfeld, Schriftf. Hr. Bückner. Anwes.
69 Mitgl., 1 Gast. Den Gegenstand der Tagesordnung bildet
hauptsächlich ein Vortrag des Direktors Hrn. Sander von
der Kunstanstalt für Freilicht-Glasmalerei in Barmen „Luc
Floreo“ über „Eine neue Technik auf dem Gebiete
der Glasmalerei“, wobei gleichzeitig einige Glasbilder
aus der genannten Anstalt ausgestellt waren, auf deren
Erzeugnisse sich der Vortrag auch im Wesentlichen bezog.
Das patentierte Verfahren, welches vor etwa 10 Jahren
von dem Münchener Maler Dillmann erfunden worden
ist, ergibt, ähnlich wie beim Dreifarbindruck, farbige
Wirkungen durch Uebereinanderlegen von drei Glasplatten
von blauer, gelber und rother Farbe. Durch Fortätzen
der Farbschicht der Ueberfanggläser mit Flusssäure in
entsprechender Tiefe, lassen sich die verschiedenartigsten
Wirkungen erzielen. Nach Angabe des Redners sollen
sich 4000 verschiedene Farbtönen erzeugen lassen.
Der Preis der auf diese Weise hergestellten Glasgemälde,
welchen Redner grosse Leuchtkraft und Unvergänglichkeit,
grösseren Widerstand gegen Bruch und Wärmeverluste
— da jede Scheibe an jeder Stelle wenigstens
doppelte Verglasung besitzt — sowie die bequeme Herstellung
grösserer Glasplatten ohne störende Bleieinfassung
und Zertheilung des Bildes durch Eisenstäbe nachrühmt,
stellt sich auf 100—500 M. für 1 qm einschl. des Kartons.

An den Vortrag schloss sich eine lebhafte Erörterung, an der sich die Hrn. Hossfeld, Cremer, Böckmann, A. Becker, K. Marggraff und Knoblauch beteiligten, deren Meinung übereinstimmend dahin ging, dass diese Technik zwar für besondere Zwecke geeignet, dagegen nicht berufen sei, die alte Glasmalerei zu ersetzen oder zu verdrängen, deren kraftvolle Wirkung und Eigenart durch dieses neue Verfahren nicht erreicht werde. —
Hr. Poetsch Bericht über

Zum Schlusse erstattete Hr. Poetsch Bericht über einen Monatswettbewerb um den Entwurf zu einer Unterkunftshalle. Ein Preis wurde dem Entwurf mit dem Kennwort „Im deutschen Parke“, Verf. Reg.-Baufhr. Hiecke zuertheilt, während der an sich beste Entwurf mit dem Kennwort „Beinahe“, welcher in seiner Darstellung gegen das Programm verstößt, einen Preis nicht erhalten konnte. Es wurde trotzdem, auf Wunsch der Versammlung der Verfasser festgestellt, als welcher sich Reg.-Bmstr. Petersen, Magdeburg, ergab. —

Am 4. Febr. 1901. Vors. Hr. Ruhendev.

Haupt-Vers. vom 4. Febr. 1901. Vors. Hr. Bubendey, Schriftf. Hr. Eiselen. Anwes. 61 Mitgl., 4 Gäste. Der Vorsitzende genügte zunächst wiederum der traurigen Pflicht, eines Verlustes zu gedenken, welchen der Verein durch den Tod seines langjährigen Mitgliedes, Hrn. Architekten Hastedt in Hamburg, erlitten hat, der im Jahre 1896 bereits 50 Jahre dem Verein angehört hatte. Sein Andenken wird durch Erheben von den Sitzen geehrt.

Unter den Eingängen ist eine Zuschrift des Senates der kgl. Akademie der Künste zu erwähnen, nach welcher die Einreichung der Arbeiten zum Wettbewerb um den grossen Staatspreis für Malerei und Architektur erst zum 31. Mai d. J. zu erfolgen braucht. Die Zuerkennung der Preise erfolgt dann im Juni. Vom Arch.- und Ing.-Verein f. Niederrh. und Westf. in Köln ist eine Einladung zur Subskription auf das von ihm herausgegebene Werk „Aus dem alten Köln“ eingegangen, und vom kgl. Polizeipräsidium die Mittheilung über Zulassung zweier neuer Massivdecken, der Hohlziegeldecke von Schmidt u. Weimar in Charlottenburg, und der Körting'schen Decke aus Herkules-Steinen.

Hr. Bubendey hielt sodann unter Vorführung von Lichtbildern einen interessanten Vortrag über „Das Leuchtfeuerwesen auf der Pariser Weltausstellung“, der in grossen Zügen ein Bild von der Entwicklung des Leuchtfeuerwesens überhaupt gab, die Verdienste der Franzosen, die auf diesem Gebiete die Führung übernommen haben, gebührend hervorhob und schliesslich an einigen deutschen Beispielen den Stand dieses Zweiges der Technik im eigenen Vaterlande darlegte. Wir können im übrigen bezüglich dieses mit reichem Beifall aufgenommenen Vortrages auf unsere Mittheilungen in No. 88 Jahrg. 1900 der Dtschn. Bztg. verweisen, mit denen sich derselbe ziemlich deckt.

Zum Schlusse berichtete Hr. Geyer über den Ausfall des Wettbewerbes um Gewinnung von Skizzen für die Gesamtanordnung der Bauten auf dem für die internationale Ausstellung für Feuerschutz- und Feuerrettungswesen 1901 ursprünglich in Aussicht genommenen Gelände des Gr. Exerzirplatzes in Moabit. Ueber den Ausfall dieses Wettbewerbes und die sich an die weitere Behandlung desselben durch das Ausstellungs-Comité knüpfenden Erörterungen ist bereits an anderer Stelle berichtet, sodass hier nicht wieder auf die Sache eingegangen zu werden braucht.

Die vorgesehenen Wahlen konnten wegen Beschlussunfähigkeit der Versammlung nicht vollzogen werden. —

Ausserord. Haupt-Vers. v. 11. Febr. 1901. Vors. Hr. Bubendey, Schriftf. Hr. Eiselen, anwes. 69 Mitgl., 1 Gast. In dieser Versammlung wurden die Wahlen vollzogen, welche folgendes Ergebniss hatten. 1. Vors. Hr. Ed. Beer, anstelle des bisherigen Vors. Hrn. Bubendey, der mit Rücksicht auf seine dienstliche Thätigkeit das Amt niederzulegen wünschte, 2. Vors. Hr. O. Hossfeld; Säckelmeister Hr. O. Plathner anstelle des ausscheidenden Hrn. Grassmann, Schriftführer wie bisher die Hrn. Bückner und Eiselen; Vorstandsmitgl. die Hrn. A. Becker, O. Grassmann, F. Haack, A. Haag, L. Kriesche, v. Münstermann, P. Wallé. Ausserdem wurde noch der Vertrauens- und der Haushalts-Ausschuss gewählt. Unter den Eingängen ist ein Ausschreiben zur Gewinnung eines künstlerischen Titelblattes für das vom Verbands deutsch. Arch.- und Ing.-Vereine herausgegebene Werk „Das Bauernhaus im deutschen Reiche und in seinen Grenzgebieten“ besonders zu erwähnen. Bewerbungsfähig sind die Mitglieder genannten Verbandes, sowie des Oesterreichischen bezw. Schweizerischen Ing.- u. Arch.-Vereins. Programme sind von den Vorständen der Einzelvereine zu beziehen.

Hr. Haag machte sodann interessante Mittheilungen über die Ausführung der Bahnhofsbrücke über die Oder in Stettin. Da eine Veröffentlichung seitens der Stettiner Baubehörde bevorsteht, beschränken wir uns auf die Angabe, dass der Firma Philipp Holzmann & Cie. in Frankfurt a. M. aufgrund eines 1896 ausgeschriebenen Wettbewerbes die Ausführung übertragen war. Diese hat die Ausführung der Eisenkonstruktion der festen Brücke an die Firma Beuchelt in Grüneberg, die Ausführung der 18 m weitgespannten Klappendurchfahrt einschl. Bewegungsvorrichtung der auf diesem Gebiete bereits erfahrenen Union in Königsberg i. Pr. übertragen, während die architektonische Ausgestaltung des Bauwerkes von den Architekten Becker & Schlüter, Berlin, übernommen wurde. Die Gesamtkosten der mit Luftdruck gegründeten, aus 3 grossen, mit versteiften Bögen überspannten Oefnungen, sowie der Klappenöffnung bestehenden Brücke betrugen 1 400 000 M., davon entfallen 600 000 M. auf den Unterbau einschl. einer 100 m langen Ufermauer, 320 000 M. auf die feste, 200 000 M. auf die bewegliche Brücke. Die Ausführungen, welche namentlich bezüglich der Gründung der Stropfeiler besonderes Interesse erregten, wurden mit Beifall aufgenommen. —

Zum Schlusse sprach sodann noch Hr. Hasak über die kunstgeschichtlichen Tafeln, die von Hrn. Marggraff in dem Nachlass des 1897 im 90. Lebensjahre verstorbenen, vielverkannten und oftmals ausgenutzten „altens Mertens“ gefunden worden sind. Es sind das im Ganzen 24 Tafeln, die eine tabellarische Zusammenstellung aller

bedeutenden Werke der Baukunst der abendländischen Welt von der Zeit der Römer bis zur Renaissance geben und ein überaus reiches, werthvolles Material darstellen, das Hr. Hasak durch Veröffentlichung der Allgemeinheit zugänglich machen will. Die Tafeln sind nach einer sehr sinnreichen, übersichtlichen Methode zusammengestellt. Die vorhandenen, kunstgeschichtlichen Textbruchstücke, die sich vorfinden, sind leider so unvollständig, dass eine Veröffentlichung ausgeschlossen ist; dagegen haben sich die lithographischen Steine, sowie auch noch Druckexemplare in grösserer Zahl von der bekannten Denkmalskarte des abendländischen Mittelalters gefunden, die von Hrn. Marggraff bezogen werden können. Die Versammlung nahm diese Mittheilungen, in welchen Hr. Hasak ein kurzes Lebensbild von Mertens entwarf und dann die Anordnung und Gebrauchsweise der Tafeln erläuterte, mit grossem Interesse auf. —

Fr. E.

Arch.- u. Ing.-Verein zu Wiesbaden. Die III. ord. Versammlung fand unter Vors. des Hrn. Brths. Winter am 8. Jan. d. J. statt. Anwesend waren 20 Mitglieder und 3 Gäste. Neu aufgenommen wurden als ord. Mitglieder die Hrn. Stdtbrth. Frobenius, Obering. a. D. Graff und Stdtbmstr. Thiel-Biebrich, bisher ausserord. Mitglied. Zu einer längeren Erörterung führte der Streitfall zwischen dem Architekten- und Ingenieur-Verein zu Hannover und dem Verbands-Vorstand betr. das Verbandsorgan.

Nach Erledigung weiterer geschäftlicher Angelegenheiten ertheilte der Vorsitzende das Wort Hrn. Stdtbrth. a. D. J. Brix, Direktor der Allg. Städtereinigungs-Gesellschaft m. b. H., Wiesbaden, zu einem Vortrag über „Die Kanalisation der Vororte von Berlin und die hygienische Bedeutung des Teltow-Kanals“. Nachdem der Vortragende einen Ueberblick über die örtlichen und geologischen Verhältnisse von Berlin und Umgebung gegeben und auf die grosse Bedeutung der Kanalisation von Berlin und namentlich der Reinigung der Kanalwässer durch die grossartige Rieselfeld-Anlage, um die Spree vor Verunreinigungen zu schützen, hingewiesen hatte, schilderte er das Aufblühen der Berliner Vororte und zeigte, wie die Bebaubarkeit dieser Gebiete an die Einführung von Wasserleitung und Kanalisation gebunden ist. Redner erläuterte, wie die einzelnen Vororte bis jetzt für die genannten sanitären Anlagen Sorge getragen haben, und hob hervor, dass sich die Vorfluthfrage immer schwieriger gestaltet habe. Die meisten der dem aufblühenden und günstig gelegenen Kreise Teltow angehörigen Orte mussten fürchten, die Durchführbarkeit der Kanalisation thatsächlich an der schwierigen Vorfluthfrage scheitern zu sehen. Aus diesem Grunde hat der Kreis Teltow unter der umsichtigen und energischen Führung des Landrathes von Stubenrauch die Frage der Erbauung des Teltow-Kanals, der, wenn er auch in erster Linie als Vorfluth für die Gemeinden bestimmt ist, doch als Schifffahrtskanal, und zwar als Verbindungsglied zwischen dem Mittellandkanal bezw. der Unter-Havel und den östlichen Wasserstrassen, den öffentlichen Schifffahrts-Interessen künftig dienen soll, aufgenommen. Der Kanal ist ein Werk höchster sanitärer Bedeutung, indem durch denselben die Gemeinden des Kreises Teltow einen öffentlichen Vorfluthweg erhalten und dadurch ein Gebiet der Entwässerung erschlossen wird, auf dem bereits jetzt eine viertel Million Menschen angesiedelt sind.

Der Vortragende, der für seine interessanten Darlegungen reichen Beifall erntete, illustrierte dieselben durch reiche Karten und Pläne, wovon er einen Theil Hrn. Brth. Havestadt, dem Ingenieur des Kanalentwurfes, verdankte. Auch über die seitens des Vortragenden auszuarbeitenden grossen Kanalisations-Entwürfe betr. die Entwässerung der Gemeinden Schöneberg, Deutsch-Wilmersdorf, Friedenau und Schmargendorf wurde in Ergänzung des Vortrages ein allgemeiner Ueberblick gegeben. An den Vortrag schloss sich ein angeregter Meinungsaustausch insbesondere über die Bedeutung öffentlicher Schifffahrtskanäle und Ansammlungsbecken für Regenwasser für die Entwässerung von Gemeinden. —

G—

Die IV. Hauptversammlung des deutschen Beton-Vereins. Von den Verhandlungen der in der Woche vom 25. Febr. bis 2. März d. J. in Berlin im Architektenhause abgehaltenen Versammlungen der verschiedenen Vereine der Thon-, Kalk- und Zement-Industrie, vergl. Dtsche. Bztg. No. 16 d. J., verdienen namentlich diejenigen des Beton-Vereins, der an den beiden letzten Tagen unter dem Vorsitz von Hrn. Eug. Dyckerhoff, Biebrich a. Rh., tagte, besonderes Interesse in den Kreisen des Bauwesens. Veranlasst durch den wachsenden Umfang der Anwendung des Betons im Bauwesen, hat sich eine besonders eingehende Bearbeitung dieses Gebietes als nothwendig herausgestellt und ist daher

vor einigen Jahren, aus dem Verein deutscher Portland-Zement-Fabrikanten hervorgehend, der deutsche Beton-Verein gegründet worden. Wohl die wichtigste Frage, die den Verein z. Zt. beschäftigt, ist diejenige „Wie prüft man Beton?“ Bekanntlich giebt die Festsetzung eines bestimmten Mischungsverhältnisses gar keinen Anhalt für die Güte des nach demselben hergestellten Betons. Die Festigkeit ist vielmehr je nach der Beschaffenheit der verwendeten Materialien trotz gleichen Mischungsverhältnisses eine überaus verschiedene. In No. 7 d. J. der Dtschn. Bztg. Berlin gegebene Anregung zur Prüfung des Betons auf seine Druckfestigkeit hingewiesen und eine Prinzip-Skizze einer zur Prüfung bestimmten Betonpresse wiedergegeben, die mittels Druckwasser eine Pressung von 300 t ausüben kann. Die Einzelheiten dieser Presse sind jetzt festgestellt; sie wird von der Maschinenfabrik Nürnberg hergestellt und auf Fahrgestell montirt, mit 2 Manometern ausgerüstet, für 2260 M. ab Nürnberg geliefert. Um nun eine einheitliche Behandlung bei Vergebung und Prüfung von Betonarbeiten zu erzielen, hat eine Kommission des Vereins „besondere Bedingungen für die Vergebung von Betonarbeiten“ aufgestellt, die dem preuss. Hrn. Minister der öffentl. Arbeiten mit der Bitte um Einführung vorgelegt werden sollen. Die Besprechung dieser Vorschläge ergab aber, dass die Sache doch noch nicht als spruchreif angesehen werden könne, und dass man sich jedenfalls auch vor zu weitgehender Bindung hüten müsse, namentlich in den Bestimmungen über die Ausführung des Stampfbetons. Auch die Frage, wie sich denn die Festigkeit des fertigen Betons im Bauwerk zu derjenigen der Probekörper verhält, wie man vergleichende Prüfungen anstellen solle, schien noch nicht genügend geklärt. Der Vorstand wurde daher noch mit der weiteren Bearbeitung dieses jedenfalls sehr wichtigen Gegenstandes betraut.

Sehr interessant waren auch die an den Vortrag des Hrn. Bauinsp. Böhm „Ueber den Einfluss von Eiseneinlagen im Zementbeton und das elastische Verhalten der Zement-Eisen-Konstruktionen“ sich anknüpfenden Auseinandersetzungen, die erkennen liessen, dass eine vollkommene Uebereinstimmung der Anschauungen über den Werth und die Bewährung der Eiseneinlagen im Beton noch nicht erzielt ist. Wir kommen auf diesen Gegenstand, sowie auf die Mittheilungen über das Bewähren wasserdichter Keller und Kanalbauten bei Anwendung von Betonkonstruktionen nochmals zurück. —

Vermischtes.

Die deutsche Städteausstellung für 1902 in Dresden. Einem Bericht über die am 8. Febr. d. J. in Dresden abgehaltene Sitzung des Vorstandes dieser Ausstellung entnehmen wir, dass von 153 zur Beschickung eingeladenen Städten 107 mit zus. etwa 12 Mill. Einwohnern bisher zugesagt haben, sodass also erwartet werden darf, dass diese Ausstellung ein umfassendes Bild von der Bedeutung und Entwicklung des deutschen Städtewesens geben wird, also auch von dem städtischen Bauwesen und den städtischen Betrieben der verschiedensten Art. Anschliessen soll sich eine von Gewerbetreibenden zu beschickende Ausstellung, welche neue und mustergiltige Einrichtungen und Gebrauchs-Gegenstände der städt. Verwaltungen vorführen wird. Die Geschäftsordnung und die Ausstellungs-Bedingungen sind jetzt festgestellt. Dem Vorstande gehören die Vertreter der Städte Dresden, Berlin, Breslau, Kottbus, Hannover, Leipzig, Köln, München und Würzburg an. —

Die erste elektrische Strassenbahn in Bulgarien wurde am 29. Jan. d. J. in Sofia eröffnet. Zur Gewinnung der Kraft für die elektrische Zentrale, welche gleichzeitig die Stadt mit Licht versorgt, ist das Gefälle des Isker-Flusses, etwa 14 km oberhalb Sofia ausgenutzt. Die Wasserkraft-Anlage giebt 3000 Pf.-St. ab. Die Konzession für beide Betriebe ist an den französischen Ingenieur Bertulus auf 40 Jahre ertheilt worden; nach Ablauf dieser Zeit fällt die ganze Anlage unentgeltlich an die Gemeinde. Das Beleuchtungs-Unternehmen ist an eine französische Gesellschaft mit 3½ Mill. Frs. Kapital, das der Strassenbahn an eine französisch-belgische Gesellschaft mit 4 Mill. Frs. übergeben. Die Ausdehnung des Strassenbahn-Netzes beträgt 20 km. Deutschland war an der Lieferung von Wagen, Maschinen und Kabeln betheiligt. —

Die Ausschmückung des Hansen'schen Parlamentsgebäudes in Wien mit plastischen Bildwerken ist nun auch für das Innere in Aussicht genommen und eingeleitet. Die Giebelfelder der Stirnseiten der grossen mittleren Säulen- und Wandelhalle werden mit plastischen Gruppen geschmückt, deren eine, dem Bildhauer Karl Sterrer übertragene, die Einigkeit im Vaterlande, ein augenblicklich

sehr zeitgemässes Thema, darstellen soll, während das Motiv der anderen, dem Bildhauer Hugo Haerdtl übertragenen Gruppe die Liebe zum Vaterlande ist. Die Giebelgruppen werden etwa 8 m breit und in der Mitte 1 m hoch. Ausser diesem Schmuck erhält das Haus einen weiteren, indem die Nischen zwischen den Säulen des Sitzungssaales des Abgeordnetenhauses und des Herrenhauses mit 18 marmornen Bildsäulen von je 1,83 m Höhe geschmückt werden, welche die hervorragendsten Männer des klassischen Alterthums darstellen und an 18 Wiener Bildhauer übertragen sind. —

Die Architektur auf der Grossen Berliner Kunstausstellung 1901. In diesem Jahre wird die Architektur auf der Berliner Kunstausstellung am Lehrter Bahnhof wieder würdig vertreten sein. Auf Anregung der „Vereinigung Berliner Architekten“ hat die Ausstellungs-Kommission einen aus 5 Mitgliedern der „Vereinigung“ gebildeten Unterausschuss, welchem Hr. Wolfenstein als Vorsitzender, sowie die Hrn. Doflein, Albert Hofmann, Georg Rönisch und H. Solf angehören, ernannt, welche mit der Vollmacht ausgestattet ist, alle auf die Architekturausstellung und das Kunstgewerbe bezüglichen Arbeiten selbständig vorzunehmen. Für diese Abtheilung der Ausstellung, welche auch eine Anzahl geschlossener Innenräume enthalten wird, sind grössere Räume im östlichen Theile des Ausstellungsgebäudes zur Verfügung gestellt. Die Anmeldefrist läuft am 10. März ab. Aus den bisherigen Anmeldungen kann bereits mit Sicherheit auf eine schöne Entfaltung der Ausstellung gerechnet werden. An dieser wird das kgl. preuss. Ministerium der öffentlichen Arbeiten mit einer Anzahl ausgewählter Arbeiten betheiligt sein. —

Zu dem Kapitel: „Offene und gesuchte Stellen des Baufaches.“ Das Annonciren in öffentlichen Blättern ist eine Kunst, die nicht Jeder versteht, wie man sich überzeugen kann, wenn man nur einige Seiten der „Deutschen Bauzeitung“ durchsieht. Der Verfasser, welcher in seinem Leben viel anoncirte, hat hierbei namentlich die Stellenvermittlung im Auge.

Eine Anzeige ist um so wirksamer, je klarer der Suchende sich über das, was er wünscht, und das, was er bietet, ausspricht. Unbestimmtheit und Geheimnissthuerei ist dabei gar nicht am Platze. Viele Anzeigen haben deshalb keinen Erfolg, weil man einem Unbekannten nicht gerne seinen Namen, seine Verhältnisse und Wünsche auseinandersetzt, da man nicht weiss, in wessen Hände die Auskünfte gelangen.

Ein Fehler wird auch häufig dadurch begangen, dass man dem Bewerber zuviel zumuthet, z. B. das Uebersenden von Original-Zeugnissen; man sollte im Gegentheil diese sich verbitten, da man verantwortlich ist für ihre richtige Rückgabe, wodurch schon viele Unannehmlichkeiten entstanden sind. Wenn man aber soweit geht, dass man Zeugnisse über körperliche Brauchbarkeit, polizeiliche Unbescholtenheit und wenn man ferner den Nachweis von geordneten Vermögensverhältnissen verlangt, so wird der Suchende ohne Zweifel eine Anzahl geeigneter Bewerber abhalten, sich zu melden. Es ist doch viel einfacher, wenn man sich zunächst darauf beschränkt, Angaben über den bisherigen Lebenslauf und die fachliche Thätigkeit zu verlangen, und dann von denen, die zur engeren Wahl gestellt sind, nachträglich die Beläge fordert, die für ein Engagement unbedingt nothwendig sind. —

Der Bau von zwei neuen Trockendocks auf der kaiserl. Werft in Wilhelmshaven wird in diesem Jahre in Angriff genommen werden, nachdem von den auf 12 Mill. M. veranschlagten Gesamtkosten die erste Baurate in Höhe von 2 Mill. M. bewilligt ist. Die Trockendocks erhalten je 170 m Länge, 25 m Sohlenbreite, 37 m obere Breite und 11,25 m Tiefe. Sie sind in der Lage, die grössten z. Zt. vorhandenen Kriegsschiffe aufzunehmen, und lassen noch erheblichen Spielraum für eine Weiterentwicklung im Kriegsschiffbau, da unsere grössten Panzerschlachtschiffe augenblicklich nur 127 m Länge besitzen. —

Die Berufung des städtischen Bauamtmannes Theodor Fischer in München an die Technische Hochschule in Dresden wird in Münchener Blättern mit grossem Bedauern und mit der Aufforderung an die zuständigen Kreise bezeichnet, alles was möglich ist, zu veranlassen, um diese werthvolle künstlerische Kraft der Stadt München zu erhalten. Wie aber verlautet, habe Fischer den Ruf bereits angenommen und werde im Herbst dieses Jahres nach Dresden übersiedeln. —

Ehrenbezeugung an Künstler. Auch Hr. Geh. Reg.-Rath Prof. H. Ende-Berlin ist zum Ehrenmitgliede des kaiserl. Architekten-Vereins in St. Petersburg ernannt worden. —

Preisbewerbungen.

Einen Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für Schulbauten erlässt das evangelische Presbyterium in Kronstadt. Es handelt sich um Entwürfe für den Neubau eines achtklassigen Gymnasiums mit vierklassiger Realschule mit einem Kostenbetrage von 240 000 Kr.; um Entwürfe für den Neubau einer sechsklassigen Mädchen-Volksschule mit Turnhalle, und für den Umbau des Gymnasial-Gebäudes auf dem Honterushof. Die entsprechenden Preise sind 2000, 800 und 1000 Kr. Die Frist ist auf den 31. Mai d. J. festgesetzt. Die Art der Ausschreibung des Wettbewerbes macht nicht den Eindruck, als ob das Presbyterium sachverständig berathen worden wäre. —

Wettbewerb Stadthalle Remscheid. Bei der Entscheidung dieses Wettbewerbes hat sich ein Zwischenfall ergeben, der wiederum auf eine Benützung vorhandener Arbeiten in unzulässigem Maasse zurückzuführen ist. Das vom Preisgericht erstattete Protokoll berichtet, dass der mit dem III. Preise ausgezeichnete Entwurf Frohsinn II. des Hrn. Arch. Alexander Mannes jr. in Remscheid — leider erst nach der Preisvertheilung und der Bekanntgabe der Verfasser — „als eine über das erlaubte Maass weit hinausgehende Wiedergabe der Fassaden des bei der Gelsenkirchener (Stadthallen-) Konkurrenz“ an erster Stelle ausgezeichneten Entwurfes darstelle, „die sogar bei der Nordfassade bis zur fast getreuen Wiedergabe ging“. Es ist das um so mehr zu bedauern, als das Protokoll von der Grundriss-Anordnung sagt, sie sei, „eine einwandfreie Grundrissanordnung, einfach und klar gegliedert, bei der die Lage der Haupträume zu einander, ihre Orientirung und Beziehung zu Veranden und Terrassen glücklich gelöst ist.“ Das Protokoll bemerkt zu der Angelegenheit weiter: „Das Preisgericht würde selbstverständlich, wenn es vorher von dieser Uebereinstimmung der Fassaden Kenntniss gehabt hätte, den betr. Entwurf nicht mit einem Preise bedacht haben. Da nun der Verfasser in Remscheid ansässig ist, hielt das Preisgericht es für richtig, denselben zu einer Besprechung zu bitten und ihm nahe zu legen, unter diesen bemerkenswerthen Umständen, die seine Arbeit in der Fassadenausbildung nicht als seine selbständige Schöpfung kennzeichneten, auf den Preis zu verzichten. Die Besprechung verlief jedoch erfolglos. Deshalb erachtete das Preisgericht es für gerecht, einen fernerer 3. Preis demjenigen Entwurf zu ertheilen, welchen es bereits vorher als den nächst besten zur Prämiirung würdig erachtet hatte. Es war der Entwurf: 67. Kennwort: „Jugend II“, als dessen Verfasser Hr. Arch. H. Püschel, Berlin W. 50, Nürnbergerstr. 16, 1 Tr., ermittelt wurde.“ Man kann dieser Erledigung der leidigen Angelegenheit durch das Preisgericht nur die rückhaltloseste Zustimmung ertheilen. —

Zu dem Wettbewerb betr. moderne Fassaden-Entwürfe der Firma Seemann & Co. in Leipzig haben wir bereits scharf gehaltene Zuschriften bekommen, welche an die in den Unterlagen enthaltene Bedingung anknüpfen, dass für sämtliche eingelebte Entwürfe dem ausschreibenden Verlage das erste Veröffentlichungsrecht zustehen soll. Für die Erwerbung dieses Rechtes bietet der Verlag nicht die geringste Gegenleistung. Auch erscheint uns die Berechtigung zum Ankauf von Entwürfen — es handelt sich u. a. um Fassaden bis zu 16^m Breite mit 4 Geschossen im Maassstabe 1:50 — bei der nur bescheidenen Gegenleistung von 150 M. nicht begründet. Der Wettbewerb wendet sich ausserdem an die Architekten deutscher Sprache. Nach welchem Kriterium soll das Preisgericht die Zugehörigkeit zur deutschen Sprache beurtheilen? Wir bedauern, eine Betheiligung am Wettbewerb vorläufig nicht empfehlen zu können. Sind den Preisrichtern die Bedingungen bekannt gewesen? —

Wettbewerb betr. die Wiederherstellung des Domes St. Peter und Paul in Brünn. Die Wiederherstellung dieser Domkirche ist für das an und für sich ausserordentlich reizvolle, vielthürmige, aber durch die ungeschlachten Massen der aus der nach-hansenschen Richtung hervorgegangenen Miethshäuser und Verwaltungs- und Schulgebäude vielfach entstellte Stadtbild insofern von hervorragender Bedeutung, als die Baugruppe der hoch gelegenen Domkirche ein architektonisches und landschaftliches Gegenstück zu der mit einer umfangreichen Gebäudegruppe gekrönten Masse des Spielbeins werden wird und so gleich diesem in dem Gesamteindruck der Stadt einen beherrschenden Punkt bilden dürfte. Zumtheil hiervon, zumtheil von dem Charakter des Bestehenden sind die Ergänzungen bzw. Umbildungen abhängig. Sie sind mit grösster Vorsicht und mit sorgfältigstem Studium des Bestehenden zu planen. Das letztere stammt hauptsächlich aus der gothischen und aus der Barockzeit, und zwar meistens aus einer guten Zeit. Das aus dem XV.

Jahrhundert stammende Schiff ist im XVIII. Jahrhundert im barocken Sinne umgebaut worden. Die Unterlagen des Wettbewerbes sagen von dem so geschaffenen Innern, dass nur die Seitenaltäre und die Kanzel „einen grösseren künstlerischen Werth“ hätten. Aus dem den Unterlagen beigegebenen Längsschnitt wird dieses Urtheil nicht ohne Weiteres bestätigt, ein Beweis dafür, dass kein Theilnehmer des Wettbewerbes, der erfolgreich sein will, sich ein genaues Ortsstudium versagen darf. Die Unterlagen für die Lösung dieser anziehenden Aufgabe sind mit anerkennenswerther Sorgfalt und in grosser Vollständigkeit gegeben. Eine Reihe von Stadtansichten mit dem Dom lassen dessen Lage zur Stadt mit voller Klarheit erkennen. Die in maassvoller Anzahl geforderten Zeichnungen sind 1:100 verlangsamt. Die Unterlagen werden gegen 10 Kr., die zurückerstattet werden, vom kgl. Domkapitel in Brünn versendet. Ueber die Ausführung ist volle Freiheit vorbehalten, jedoch bemerkt, dass wenn das Domkapitel mit dem einen oder anderen Verfasser über die Verfassung der endgültigen Baupläne sollte in Unterhandlungen treten, der zugesprochene Preis als ein Theil des zu vereinbarenden Honorars betrachtet wird. Wir können die Betheiligung an diesem interessanten Wettbewerbe nur wärmstens empfehlen. —

Zu dem vom Barmer Verschönerungs-Verein veranstalteten Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für einen Musik-Pavillon in den Barmer Anlagen, gegenüber der Stadthalle, erhielten den I. Preis Hr. Prof. Sauerborn (königl. Baugewerkschule), den II. Preis Hr. Dir. Werdelmann (städt. Handwerker- und Kunstgewerbeschule), beide in Barmen. —

Brief- und Fragekasten.

Hrn. V. J. J. Buenos Aires. Das einzige wirksame Mittel, um die Erschütterungen von den Gebäuden abzuhalten, dürfte ausser in einer möglichst tiefen Gründung, in der Loslösung der Kellermauern von dem umgebenden Erdrreiche durch einen tiefen Lichtschacht mindestens an der Strassenseite zu suchen sein, d. h. also in einem Mittel, wie es z. B. bei wissenschaftlichen Instituten, Sternwarten usw. angewendet wird zur Isolation genauer Instrumente, die freistehend in einem tiefen Brunnen gegründet werden.

Ihre zweite Anfrage bezüglich der Decken lässt sich allgemein nicht beantworten, da hier die Konstruktion der Decke in erster Linie mitspricht. —

Hrn. J. Bl. in Brieg. Nach B. G. B. § 621 gilt, da die vereinbarte Vergütung Ihrer Leistungen nach Monaten bemessen ist, das Dienstverhältniss als ein auf Monate abgeschlossenes. Ihre durch die militärische Einziehung veranlasste Behinderung soll 20 Tage dauern = $\frac{2}{3}$ Monat. Dies ist keine „verhältnissmässig nicht erhebliche Zeit“ im Sinne § 616. Folglich haben Sie keinen rechtlich geschützten Anspruch auf Fortzahlung des Gehaltes während der Dauer Ihrer Einziehungen zu militärischen Übungen.

K. H.-e.

Hrn. Arch. A. W. in Halberstadt. Wenden Sie sich an die Buchhandlungen von E. Wasmuth, A. Seydel und Schuster & Bulth in Berlin. —

Hrn. Bmstr. A. in Naumburg a. S. Ueber die Litteratur von Arbeiter-Wohnhäusern in Städten kann Ihnen jede grössere Architektur-Buchhandlung, z. B. die oben unter A. W. genannten, Auskunft ertheilen. —

Fragebeantwortungen aus dem Leserkreise.

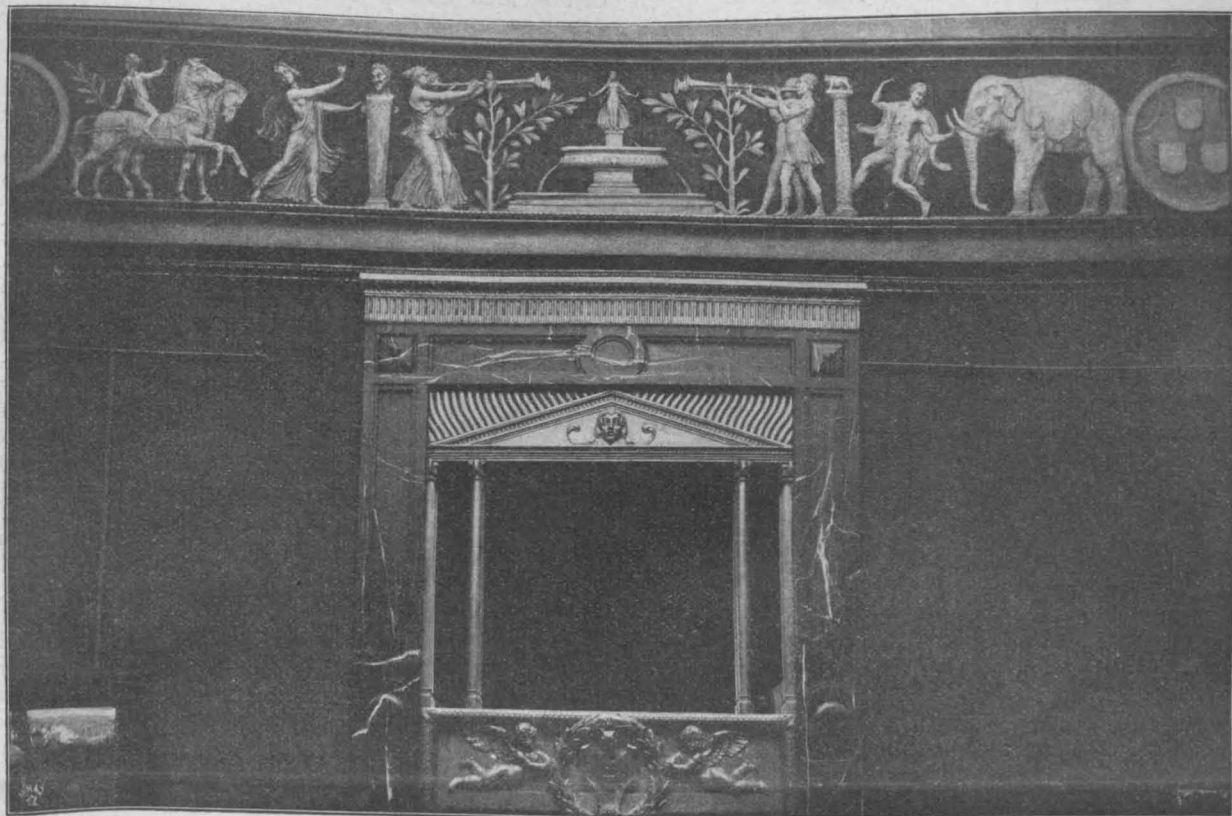
Zu den Anfragen 2 u. 3 in No. 7. Linoleum auf Gipsestrich hat sich bei grösseren Räumen nicht bewährt. Der Gipsestrich treibt vielfach und kann auch in Fäulniss übergehen. Man verwendet bei besseren Anlagen auf massiven Decken Zementestrich zur Unterlage für Linoleum. Es ist dabei aber zu beachten, dass das Verlegen vor der vollständigen Austrocknung des Estrichs nicht vorgenommen werden darf. Zum Kleben muss in diesem Falle Schellack verwendet werden, und es sind die Fussleisten erst nach dem Verlegen des Linoleums anzubringen, damit die an den Wänden unvermeidlichen Fugen gedeckt werden. Für Krankenzimmer ist, wenn es auf den Preis nicht ankommt, ein sorgfältig verlegter Fliesenbelag aus guten, gesinterten, glatten Thonfliesen mit ebensolchen Wandleisten zu empfehlen und dem Linoleumbelag vorzuziehen. F. St. in Berlin.

Das im Jahre 1892 erbaute Krankenhaus der Stadt Verden erhielt im oberen Stockwerke als Fussbodenbelag in der ganzen Ausdehnung des Fussbodens Linoleum auf Gipsestrich und dieser Belag hat sich bis heute sehr gut bewährt. Der Estrich wurde aus Estrichgips hergestellt und hatte einen ganzen Winter hindurch Zeit zum vollständigen Austrocknen. Das Linoleum ist mit der ganzen Unterseite mittels Schellackkitt auf den Estrich aufgeklebt und es scheint, dass dieses Klebemittel, da es nicht in Wasser, sondern in Alkohol gelöst wird, nach dem Erhärten also auch keine Feuchtigkeit aufnimmt, trotz des höheren Preises anderen Klebemitteln vorzuziehen ist. In den Erdgeschossräumen ist das Linoleum in gleicher Weise auf Zementbeton mit demselben guten Erfolge verlegt worden. —

Löwe, Reg.-u. Stdtbmstr.

Inhalt: Die Architektur auf der Pariser Weltausstellung des Jahres 1900. — Mittheilungen aus Vereinen. — Vermischtes. — Preisbewerbungen. — Brief- und Fragekasten.

Kommissionsverlag von Ernst Toeche, Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann, Berlin. Druck von Wihl. Greve, Berlin SW.



Die Architektur auf der Pariser Weltausstellung des Jahres 1900.

(Schluss.)

XI. Der dekorative Schmuck des Inneren der Ausstellung.

(Schluss.) Hierzu eine Bildbeilage und die Abbildungen auf S. 121.

Der Trausaal, welchen die Stadt Karlsruhe als ein bedeutsames Beispiel der badischen gewerblichen Kunst zur Ausstellung gebracht hatte, war nicht lediglich ein für die Pariser Weltausstellung gefertigter Raum, sondern es bildet der Saal ein Glied der künstlerischen Umgestaltungen, welche seit einiger Zeit schon an dem aus der Periode Weinbrenners stammenden Karlsruher Rathhause vorgenommen werden. Nun hätte es nahe gelegen, die Architektur dieses Saales entweder zum Gegenstande eines engeren Wettbewerbes unter Karlsruher Künstlern zu machen, welchen Weg man bekanntlich auch für einen Theil der übrigen Neugestaltungen am Rathhause beschritten hat, oder doch eine hervorragende architektonisch geschulte Kraft mit dem Entwurf und der Leitung dieser Aufgabe zu betrauen. Keiner dieser beiden Wege wurde gewählt, sondern es wurden Entwurf und Leitung der Ausführung — wir wissen nicht durch welche Einflüsse — dem Direktor der grossh. Kunstgewerbeschule in Karlsruhe, Prof. Herm. Götz, übertragen. Die freiwillige oder gezwungene Wahl dieses Künstlers für eine Aufgabe von so weittragender künstlerischer Bedeutung konnte in doppelter Beziehung den Beifall der unabhängigen, für das Wohl des badischen Kunstgewerbes besorgten Kunstkreise nicht finden. Einmal ist Götz ein das Gebiet der dekorativen Malerei zwar nicht ohne Manier, aber doch mit unleugbarem Geschick beherrschender Künstler, der auch auf dem Gebiete der Goldschmiedekunst bemerkenswerthe Erfolge errungen hat, jedoch ein Künstler, der das architek-

tonische Empfinden völlig entbehrt. Zum anderen beherrscht er die kunstgewerbliche Produktion nicht in Karlsruhe allein, sondern fast im ganzen badischen Lande durch seinen persönlichen, leider nicht durchweg hohen Anforderungen entsprechenden Einfluss in solchem Maasse, dass das Gesamtbild des badischen Kunstgewerbes eine verhängnissvolle Eintönigkeit gewonnen hat, die nur durch vereinzelte Kräfte, welche sich der Götz'schen Herrschaft zu entwinden wussten, wie Max Läger und wenige andere, in erfrischender Weise unterbrochen wird. So hat sich eine thatsächliche Gefahr für das badische Kunstgewerbe in bedrohlicher Weise herausgebildet. Diese Gefahr hätten die leitenden Kreise schon längst erkennen können und es hätte nicht erst des Misserfolges in Paris bedurft, um dem, der sehen will, die Augen zu öffnen. Will man aber in Karlsruhe sehen? —

Was den Karlsruher Trausaal im Einzelnen anbelangt, so sei es gestattet, das mehrfach erwähnte Urtheil des Pariser „Temps“ wiederzugeben, welches sich völlig mit unseren eigenen Anschauungen deckt. Derselbe schreibt: „Man hat sich damit begnügt, in dem für das Rathhaus bestimmten Trausaal in überlieferter Weise das Alte und Neue aufzunehmen. Die Vertäfelungen sind Renaissance, von einer, braucht es noch besonders gesagt zu werden, von einer Art ganz deutscher Renaissance. Man hat dafür die schwerste, plumpeste und ungefügste Art (le type le plus épais, le plus massif, le plus lourd) gewählt. Holzvertäfelungen in Manneshöhe an den Wänden, geschwungene Verdachungen über den Thüren, eine



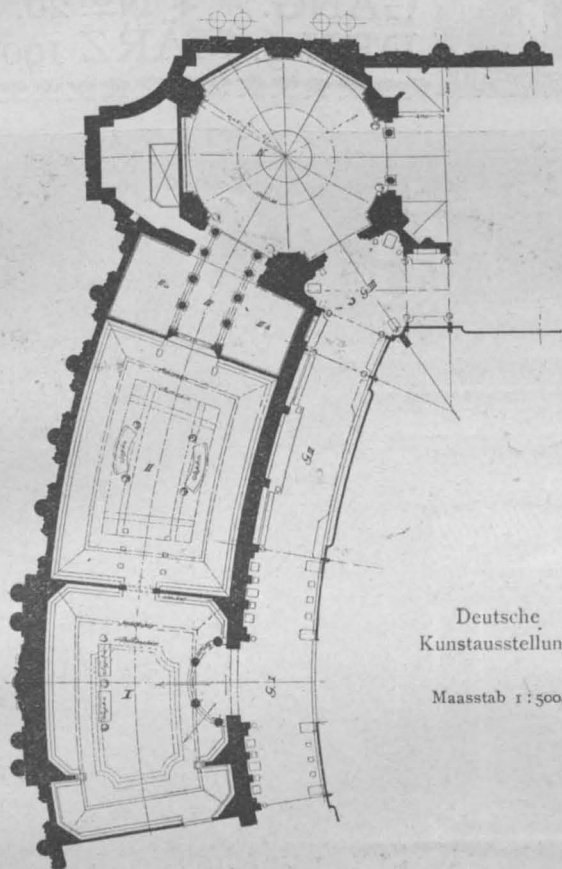
DIE ARCHITEKTUR *
* AUF DER WELTAUSSTELLUNG ZU PARIS *

IM JAHRE 1900 * DER DEKORATIVE SCHMUCK DES INNEREN DER AUSSTELLUNG *
* ANORDNUNG DER DEUTSCHEN KUNSTAUSSTELLUNG *
ARCHITEKT: PROF. EMAN. SEIDL IN MÜNCHEN *
* AUTOTYPIE: MEISENBACH, RIFFARTH & CO. DRUCK: WILH. GREVE IN BERLIN * * * * *
DEUTSCHE BAUZEITUNG * XXXV. JAHRG. NO. 20 *

* *
*

Kasettendecke, ein schwer profilirtes Hauptgesims, von kurzen runden Säulen getragen.

Indessen doch ein Schimmer einer neueren Regung, ein Versuch der Verjüngung durch Einbeziehung der



Farbe. Die Hölzer haben zwei verschiedene Töne, in dunkelbraunen Umrahmungen befinden sich eingelegte

Füllungen. Und die Motive dieser Einlegearbeiten sind modern, leider zu modern. Der Blume entnommen, übersetzen sie dieselbe, ohne sie zu stilisieren, in viel zu scharfer und lebhafter Farbengebung, in Formen, welche viel zu unmittelbar der Natur entnommen sind, um nicht aufzufallen (*pour ne pas détonner*) durch die Empfindung, die sie zum Ausdruck bringen im Gegensatz zu dem Formencharakter des Ganzen. Zwischen den kleinen Säulen und ihrer Verzierung, zwischen den Kassetten der Decke und ihrem Schmuck grosser Lilien sind der Gegensatz und die mangelnde Uebereinstimmung schreiend. An schlechtem Geschmack und an Hässlichkeit ist das das Vollkommenste (*comme mauvais goût et comme laid, c'est complet*).“

Etwas günstiger kommt der Pallenbergsaal von Melchior Lechter fort. Da wir denselben nicht selbst sehen konnten — man könnte vielleicht fragen, wie es komme und sich mit den Interessen der Ausstellung vereinbare, dass dieser Saal 2½ Monate nach der Eröffnung der Ausstellung noch nicht dem allgemeinen Besuche zugänglich war — aber die Hoffnung haben, bei der Besprechung des Kunstgewerbe-Museums in Köln auf ihn zurückkommen zu können, so behalten wir uns ein näheres Eingehen für diesen Zeitpunkt vor.

Und nun noch ein kurzes Wort dem dekorativen Schmuck, welchen Emanuel Seidl der deutschen Kunstausstellung gegeben hatte. Aus dem nebenstehenden Grundriss geht die Gesamtanordnung hervor, aus den Ansichten nach der Natur die Durchbildung der Einzelheiten. Bei voller Freiheit in der Verwendung der Ornamentmotive der verschiedensten Zeiten ist eine Einheit und durch die Wahl der Farben ein Zusammenschluss mit den ausgestellten Kunstwerken erzielt worden, welche diese Abtheilung neben der österreichischen Kunstabtheilung zum werthvollsten Bestandtheil der Ausstellung in dekorativer Beziehung gemacht haben. Wenn die deutsche Kunst in Paris in der That einen nachhaltigen Erfolg davongetragen hat, so haben daran die dekorativen deutschen Anordnungen einen wesentlichen Antheil gehabt.

— H. —

Einiges über die Wohnungsnoth.

Von R. Goldschmidt, Regierungs-Baumeister.

Wiederum ist in den grossen Städten das Gespenst der Wohnungsnoth aufgetaucht. Periodisch erscheint es immer zu Zeiten, wo die Industrie ihren Höhepunkt erreicht hat, um scheinbar zu verschwinden, sobald es mit der Industrie bergab geht. Gänzlich verschwindet es für die Aermsten nie. Hat die Wohnungsnoth solchen Umfang angenommen, dass sie durch die Ueberfüllung der Asyle auch dem kurzsichtigsten Auge klar wird, so erhebt sich eine allgemeine Entrüstung. Im Reichstag, in den Landtagen, in den Stadtverordneten-Versammlungen und in Vereinen werden Umfragen beschlossen und Gesetze beraten, welche die Wohnungsnoth endgiltig abstellen sollen. Und nachdem sich der Sturm gelegt, nachdem sich die Asyle nach und nach geleert haben, hält man die Sache für erledigt und glaubt das Aeusserste gethan zu haben, wenn man durch Stiftung einiger Millionen Einigen geholfen oder einzelnen Baugenossenschaften Gelegenheit gegeben hat, Muster-Arbeiterhäuser zu beschaffen, deren Ausführung im grösseren Umfange leider ausgeschlossen bleibt. Im Sonstigen ist alles beim Alten geblieben. So ist es jedesmal gewesen. Hoffen wir, dass wir dieses Mal nicht auch denselben Ausgang erleben, sondern dass die diesmalige Aufwerfung der Frage auch zu der Erkenntniss führe, dass dieser Frage mit einmaliger Geldbewilligung oder mit einmaligen Gesetzen nicht beizukommen ist, dass die Wohnungsnoth nur zu beseitigen ist, wenn ihre Bekämpfung nicht mehr von der Tagesordnung verschwindet, wenn ihr bei jeder Gelegenheit wie bei der Aufstellung von Bebauungsplänen, bei der Herstellung von Strassen, bei Bemessung der Grundsteuern, bei Schaffung von Baugesetzen, bei der Ausleihung von öffentlichen Geldern die nöthige Berücksichtigung geschenkt werde. Nur dann ist eine schrittweise Beseitigung der Noth und eine langsame allgemeine Besserung der Arbeiter-Wohnverhältnisse zu erreichen.

Wir müssen immer im Auge behalten, dass Arbeiter-Wohnhäuser den anderen Gebäuden gegenüber sehr im Nachtheile sind; sie haben die am wenigsten günstigen Ertragsverhältnisse und sind, weil schwer zu verwalten,

auch sonst nicht sehr beliebt. Deshalb müssen ihnen eben überall Erleichterungen und Vortheile geschaffen werden, welche die anderen Gebäude nicht nöthig haben. Diese Nothwendigkeit ist leider von unseren Behörden im Laufe der Jahre nie anerkannt und berücksichtigt worden, dieselben haben im Gegentheil durch Erhöhung der Lasten und ungünstige polizeiliche Verfügungen die Lage der Besitzer wesentlich verschlechtert. Deshalb haben sich auch die Wohnverhältnisse der Arbeiter nicht bessern können.

Wie sich die Wohnverhältnisse der Arbeiter in Berlin jetzt und in den vergangenen Jahren gestaltet haben, geht ungefähr aus den folgenden Zahlen hervor. Berlin soll im ganzen 500 000 selbständige Wohnungen haben (s. Dix, Die Wohnungsfrage), darunter sind 330 000 Wohnungen, die unter 500 M. Miete für das Jahr kosten; 200 000 Wohnungen bestehen nur aus Stube und Küche. Ob diese Zahlen genau richtig sind, kann ich nicht feststellen, ungefähr sind sie es jedenfalls. Man sieht daraus, welchen wichtigen Spielraum die Beschaffung der kleinen Wohnungen in der ganzen Bauthätigkeit Berlins einnehmen müsste, aber nicht einnimmt. Auf Veranlassung des Oberbürgermeisters von Berlin ist eine Statistik über die seit 1869—1899 leer stehenden Gelasse gefertigt worden, diese giebt folgendes Bild.

Im Jahre 1869 standen 3557 Wohnungen leer. Diese Zahl ging bis zum Jahre 1873 herunter auf 1042, ist seit 1877 auf 14 000 gestiegen und bis 1879 auf 20 000. Dann ist sie wieder bis 1887 auf 6900 gesunken und hat dann 1895 das Maximum von 31 599 erreicht. Im vorigen Jahre standen nur noch 7095 Wohnungen leer, heute voraussichtlich kaum mehr wie 2000. Wenn diese Zahlen auch nicht die Bewegungen der kleinen Wohnungen allein, sondern der ganzen Wohnungen überhaupt angeben, so geht doch klar und deutlich aus ihnen hervor, dass wir in den Jahren 1873, 1887 und heute, immer in den Zeiten hochgehender Konjunkturen für die Industrie, eine akute Wohnungsnoth hatten, bezw. haben. Dem entspricht auch die Preisbewegung der kleinen Wohnungen.

Ich habe in der Deutschen Bauzeitung im Jahre 1891

in No. 21 einen Aufsatz über von der Privatspekulation gebaute Arbeiterhäuser veröffentlicht, in welchem ich eine normale Wohnung von Stube und Küche, dazu Entrée und Kloset, den damaligen Verhältnissen entsprechend, mit 215 M. für das Jahr ansetzen konnte. Der Preis für eine solche Wohnung ist Mitte der neunziger Jahre bis auf 180 M. gefallen und bis heute auf 240 M. gestiegen.

Wenn man bedenkt, dass 1895 noch 31 599 Wohnungen leer gestanden, voriges Jahr nur noch 7095, zurzeit aber vielleicht kaum mehr als 2000, so hat sich die Wohnungsnoth dieses Mal ganz besonders rasch entwickelt, jedoch noch immer nicht so rasch, dass es nicht der Sache Näherstehende seit 2—3 Jahren deutlich sehen konnten. Es bleibt deshalb ein schwerer Fehler, besonders unserer städtischen Behörden, dass sie diese Verhältnisse sich haben entwickeln lassen, ohne vorbeugende Maassregeln irgend welcher Art zu ergreifen. Dabei bin ich zwar nicht der Ansicht, dass dieselben Arbeiterwohnungen selbst hätten bauen sollen, denn diese Nothwendigkeit dürfte nur denjenigen Personen gegenüber eintreten, deren Einkommen so gering ist, dass sie die niedrigste ortsübliche Miethe nicht bezahlen können. Sie hätten nur alles thun sollen, was die Aufschliessung von Geländen zum Bau solcher Häuser befördert, gegebenenfalls auch die Sparkassen und sonst ihnen unterstehende und von ihnen abhängige Institute anweisen sollen, das verfügbare Kapital vorwiegend in Hypotheken auf Häuser mit kleinen Wohnungen anzulegen.

Sie hätten dafür sorgen sollen, dass der Geschäftsgang, der zur Erlangung einer Strassenkonzession Jahr und Tag erfordert, abgekürzt werde; auch dafür, dass nicht wegen irgend einer kleinen Kanalisations-Schwierigkeit, die mit gutem Willen im allgemeinen leicht zu lösen ist, aus dem Jahr und Tag 3—4 Jahre werden. Sie hätten in denjenigen Stadttheilen, die sich besonders für Arbeiterwohnhäuser eignen, sehr energisch selbst mit Strassenbauten vorgehen müssen, um es dadurch zu ermöglichen, dass auch die ursprünglichen, kleinen Besitzer selbst bauen können. Endlich hätte man durch eine Grundsteuerpolitik, aufgrund deren die kleinen Wohnungen günstiger, als die grossen gestellt würden, gleichsam Prämien für die Beschaffung solcher stellen müssen. Von alledem ist aber nichts geschehen, und so konnten sich die Verhältnisse bis zu der heutigen Schärfe auswachsen.

Die folgende, dem „Vorwärts“ entnommene Tabelle, die wohl die Ergebnisse der Volkszählung von 1895 bringt, giebt an, wieviel Menschen eine kleine Arbeiterwohnung unter Umständen beherbergen muss. Im Jahre 1890 waren 3576 Wohnungen ohne heizbare Räume in Berlin, die Zahl stieg im Jahre 1895 auf 4718. Im Jahre 1890 wohnten in denselben 8324, im Jahre 1895 13 792 Personen.

In Wohnungen mit nur einem heizbaren Zimmer, also in den gewöhnlichen, kleinen Wohnungen von Stube und Küche, wohnten 1895:

in einem Falle . . .	14 Personen,
„ 14 Fällen . . .	13 „
„ 31 „ . . .	12 „
„ 127 „ . . .	11 „
„ 370 „ . . .	10 „
„ 1 262 „ . . .	9 „
„ 3 173 „ . . .	8 „
„ 7 239 „ . . .	7 „
„ 14 944 „ . . .	6 „
„ 26 371 „ . . .	5 „
„ 38 006 „ . . .	4 „
„ 44 664 „ . . .	3 „
„ 42 971 „ . . .	2 „
„ 23 771 „ . . .	1 „

Diese Tabelle entrollt ein trauriges Bild über die Arbeiter-Wohnverhältnisse, und wenn ich auch glaube, dass heute die Verhältnisse besser geworden, dass viel mehr Familien der gebesserten Lohnverhältnisse wegen in der Lage waren, sich eigene Wohnungen zu miethen, sodass die Anzahl der Personen, die in einer Wohnung wohnen, sich verringert haben dürfte, so muss sich doch sehr vieles anders gestalten, bis wir auf geordnete Verhältnisse kommen.

So sehr ich auch der Ansicht bin, dass die Privat-Bauthätigkeit die nöthige Anzahl von entsprechenden guten Wohnungen für Arbeiter schaffen kann, besonders, wenn ihre Thätigkeit in jeder Weise gefördert und nicht wie heutzutage unterbunden wird, so giebt die Tabelle doch eine Grenze an, unter der ihr Machtbereich aufhört. Hier muss dann die Stadt eingreifen und auf gemeinschaftliche Kosten Wohnungen herrichten, deren Preis dann nicht nach dem Herstellungswerth, sondern nach der Zahlungsfähigkeit der Miether zu berechnen ist. Hat die Arbeiter-Familie ein geringeres Einkommen, als es der geringsten Miethe entspricht, unter der die Privat-Bauthätigkeit noch

bauen kann, so bleibt den Leuten nichts anderes übrig, als zu Zweien eine Wohnung zu miethen, oder sich Schlafburschen zu halten, die zu den Kosten der Wohnung beitragen. Dadurch entstehen Verhältnisse, wie sie in der obigen Tabelle in der grossen Anzahl der Personen, die eine solche kleine Wohnung bewohnen, zum Ausdruck gebracht werden. Nimmt man an, dass es noch ungefähr möglich wäre, dass in einer so kleinen Wohnung 6 Personen, besonders, da es sich ja meistens um Kinder handelt, wohnen können, so stellen die Positionen 1—8 Fälle dar, die polizeilich nicht mehr gestattet werden dürften. Sieben bis vierzehn Personen in einer Wohnung von Stube und Küche bilden zweifellos in gesundheitlicher wie sittlicher Hinsicht eine stete Gefahr für die Inwohnenden wie für die Allgemeinheit.

In dem schon erwähnten Aufsatz in der Dtschn. Bztg., Jahrg. 1891, hatte ich dargethan, dass bei einem Durchschnitts-Miethspreis für eine kleine Wohnung von 215 M. jährlich ein als normal angenommenes Haus mit 178 000 M. Herstellungskosten gegen 1000 M. Netto-Ueberschuss brachte. Beim Herabgehen der Miethspreise auf 180 M., wie oben erwähnt, war der Ueberschuss fort, und die Ausfälle durch Leerstehen der Wohnungen brachten solche Mindereinnahmen, dass häufig nicht einmal das Geld für die Verzinsung der letzten Hypotheken da war. Alle diejenigen Häuser, die in schwachen Händen waren, kamen dieserhalb damals zur Subhastation. Heute ist der Miethspreis für dieselbe Wohnung auf 240 M. gestiegen. Für die Fernstehenden und von dem Mietherstandpunkte aus gesehen, ein ungeheuer hoher Preis, und trotzdem kann man nicht eigentlich sagen, dass eine wucherische Ausnutzung des Nothstandes vonseiten der Hausbesitzer vorliegt, da durch diesen Preis bis jetzt doch nur die jahrelangen Verluste der schlechten Jahre ausgeglichen werden. Durch eine gesunde Politik der Stadt und sonstiger Behörden der Bauspekulation gegenüber, besonders durch leichtere Beschaffung erster Hypotheken, dürfte sich bald eine solche gesteigerte Bauthätigkeit einstellen, dass die Konkurrenz sattsam die Preise wieder herabdrücken dürfte.

Im allgemeinen folgt aus obigen Angaben, dass im Wege der Privat-Bauthätigkeit Wohnungen wesentlich unter 200 M. jährlicher Miethe, im Durchschnitt der letzten 10 Jahre gerechnet, nicht geschaffen werden können, auch dort kaum, wo der Grund und Boden noch etwas billiger ist. Bei dem hier erwähnten Hause ist der Grund und Boden mit 600 M. für die □ Ruthe, im Ganzen mit 34 000 M. bezahlt worden. Da die Baukosten sich damals auf 144 000 M. beliefen, so beträgt der Werth für Grund und Boden nicht mehr als 20 % des Gesamtwertes. Eine Verringerung des Preises für den Grund und Boden könnte also nur einen aliquoten Theil von 20 % der Miethe zur Folge haben.

Nehmen wir an, dass eine Arbeiter-Familie höchstens 25 % ihres Einkommens für Miethe abgeben darf, und, dass man unter 200 M. keine Wohnung mehr schaffen kann, so folgt daraus, dass alle diejenigen Familien, deren Lohn im Jahre weniger als 800 M. beträgt, und die mindestens aus 5 Personen bestehen, nicht in der Lage sind, sich eine Wohnung allein zu miethen. Halten wir diese Thatsache fest, so geht aus obiger Betrachtung klar und deutlich hervor, dass die Fürsorge für die Beschaffung von Wohnungen zwei getrennte Wege gehen muss. Für die Familien mit 5 Personen, die unter 800 M. verdienen, oder in Ausnahmefällen auch für sehr kinderreiche Familien mit mehr Verdienst, muss die Stadt Wohnungen auf öffentliche Kosten errichten, ohne darauf zu rechnen, dass sie mehr Miethe einziehen kann, als den Einnahmen der Miether entspricht. Für die sämtlichen Anderen hat die private Thätigkeit die Wohnungen zu bauen, was sie auch kann und thun wird, wenn ihr von oben herab mit dem nöthigen Verständniss in die Hand gearbeitet wird. Aus den obigen Tabellen von 1895 ergiebt sich, dass unter die erste Kategorie doch immer 100 000 Personen fielen, heute allerdings voraussichtlich wesentlich weniger, während zu der zweiten Kategorie wohl 6- bis 700 000 Personen gehören. Man sieht hieraus, was für eine gewaltige Arbeitsleistung für die städtische Verwaltung auch dann noch übrig bleibt, wenn selbst für diejenigen Personen, die ihre Wohnung bezahlen können, genügend Wohnungen vorhanden sind, was augenblicklich ja leider nicht der Fall ist, während es in den Jahren 1893—1897 überreichlich gewesen ist.

Nachdem ich versucht habe klar zu stellen, wie gross die Noth zurzeit ist und wie weit sich dieselbe erstreckt, auch versucht habe, in grossen Zügen anzugeben, wo man einsetzen muss, um Abhilfe zu schaffen, will ich kurz hier diejenigen Maassnahmen aufführen, die demgegenüber von den Behörden und einzelnen Städten zurzeit geplant und beschlossen oder bereits in Ausführung begriffen sind.

Der Reichstag hat sich in letzter Zeit zweimal mit der Wohnungsfrage zu beschäftigen gehabt. Einmal im Novem-

ber 1899, wo aufgrund einer Petition der Reichskanzler ersucht wurde, eine Kommission zu berufen, in welcher auch Mitglieder des Reichstages vertreten sind, mit der Aufgabe, durch Untersuchung der bestehenden Wohnungsverhältnisse und der auf dieselben bezüglichen Gesetze und Verwaltungs-Bestimmungen festzustellen, ob und in welcher Weise ein Eingreifen des Reiches zur Beseitigung der Wohnungsnoth angezeigt ist.

Das zweite Mal vor kurzer Zeit, wo der angenommene Antrag schon wesentlich weiter ging. Derselbe forderte eine dauernde Reichs-Wohnungs-Kommission zur Veranstaltung einer Wohnungs-Umfrage zur Prüfung und Begutachtung der bisher in der Bewegung für allgemeine Wohnungs-Verbesserung hervorgetretenen Vorschläge und zur Ausarbeitung von Vorschlägen über die zweckmässige Einrichtung der öffentlichen Wohnungs-Fürsorge, über staatliche und kommunale Vermittelung des erforderlichen Kredites für gemeinnützige Baugesellschaften und Baugenossenschaften. Nach der Antwort des Grafen Posadowsky scheint wenig Aussicht zu bestehen, dass sich die Reichsregierung mit diesen Anträgen viel befassen wird, dagegen hat derselbe erklärt, dass die preussische Regierung sich mit der Frage ernstlich beschäftigt und dass Gesetzesvorschläge in den Einzelparlamenten zu erwarten wären. —

Mir will nun auch scheinen, dass das Reich als solches nicht die Stelle ist, die da viel Wandel schaffen kann. Die Frage ist so individuell verschieden, je nach den Sitten und Gewohnheiten der einzelnen Provinzen und Städte, dass sie stets nur örtlich behandelt werden kann. Meiner Ansicht nach gehört sie in erster Linie vor das Forum der betreffenden Städte und Gemeinden. Der Staat hat nur da einzugreifen, wo die Gemeinde zu leistungsarm ist, oder wo böser Wille vorliegt, oder wo er durch Gesetze die Auftheilung von Gelände zu Arbeiter-Wohnzwecken und Anlagen von Strassen für dieselben erleichtern kann. Eine weitere Aufgabe des Staates wäre auch, alle diejenigen ihm unterstellten Anstalten, die in der Lage sind, Gelder auf Hypotheken auszuleihen, anzuweisen, dass sie solche in erster Linie auf Häuser mit kleinen Wohnungen geben.

Der Beschluss des Reichstages, eine Umfrage über den Umfang und die Art der Wohnungsnoth anzuregen, war aber jedenfalls ein verdienstliches Werk, und es ist zu bedauern, dass die Regierung dieser Anregung bis jetzt keine Folge gegeben hat. Genaue, jährliche statistische Angaben über diese Verhältnisse fehlen fast ganz. Aufnahmen über die Anzahl der leerstehenden Wohnungen, deren Preise, über die Anzahl der Personen, die in den kleinen Wohnungen wohnen, müssten jedes Jahr gemacht und so rasch wie möglich veröffentlicht werden. Nur durch solche Angaben sind die augenblicklichen Verhältnisse festzustellen, ist die Möglichkeit gegeben, vorbeugend schnell einzuschreiten. —

In der Stadtverordneten-Versammlung von Berlin hat die Wohnungsnoth einmal Anlass zu einer Stiftung gegeben, die den Zweck hat, unbemittelten Einwohnern billige und gesunde Wohnungen zu verschaffen, andererseits zur Einsetzung eines Ausschusses, welcher weitergehende Vorschläge zur Begegnung der Noth ausarbeiten soll. Die Stiftung, welche den Namen „König Friedrich-Stiftung“ führt und mit einer Million bedacht ist, will Wohnungen beschaffen, welche sie an minder bemittelte Einwohner, die mindestens seit fünf Jahren in Berlin ihren Wohnsitz haben, abgibt. Für die Benutzung der Wohnung ist ein Entgelt zu entrichten, durch welches eine landesübliche, angemessene Verzinsung der Herstellungskosten und die Kosten der Unterhaltung der Wohnung, jedoch ausschliesslich der allgemeinen Unterhaltungskosten, gedeckt werden; jedoch können in besonderen Fällen auch weitere Ermässigungen eintreten. Die Gründung dieser Stiftung ist nach dem, was ich in Vorstehendem über die Wohnverhältnisse der Aermsten der Armen gesagt habe, mit Genugthuung zu begrüssen, doch hat sie einen Fehler: das Stiftungs-Kapital hätte statt einer Million zehn betragen sollen. Die Arbeiten des eingesetzten Ausschusses zur Beseitigung der eigentlichen Wohnungsnoth sind noch nicht beendet, so dass man noch nicht weiss, nach welcher Richtung sich diese Vorschläge bewegen werden.

Voraussichtlich werden wohl all' die weitergehenden Forderungen, dass die Stadt den ganzen Arbeiter-Wohnhausbau allein in die Hand nehmen soll, oder dass sie die Wohnungen für ihre Beamten und Arbeiter selbst baut, abgelehnt werden. Ersteres wäre wohl nur im sozial-demokratischen Zukunftsstaat möglich, nachdem die Stadt Besitzerin der ganzen Gelände ohne weiteres Entgelt geworden ist. Letzteres ist auch nicht zu empfehlen, da es nicht rathsam ist, die in städtischen Diensten stehenden Arbeiter und kleinen Beamten zu einer weiteren selbstständigen Klasse einzuordnen und abzusondern, und es

ferner auch nicht billig wäre, diese ganz besonders gesuchten, guten Miether der Privat-Bauhätigkeit zu entziehen.

Hoffen wir, dass aus dem Ausschusse sich eine dauernde Einrichtung entwickelt, die es mit einmaligen Vorschlägen nicht bewenden lässt, sondern dauernd diese Angelegenheit im Auge zu behalten und stets da einzugreifen in der Lage ist, wo für den Bau von kleinen Wohnungen Erleichterungen geschaffen werden können: sei es bei neuen Strassenanlagen, sei es auf baupolizeilichem, steuerpolitischem oder finanztechnischem Gebiete. Sie möge auch Versuche mit Heranziehung von gemeinnützigen Baugesellschaften und Baugenossenschaften machen und es ihnen ermöglichen, in grösserem Umfange gute und billige Wohnungen herzustellen als bisher. Vielleicht werden diese dann wirklich auch in Berlin zu einem Faktor werden, der bei der Beschaffung der jährlich nöthig werdenden Anzahl von neuen, kleinen Wohnungen infrage kommt. —

Was andere deutsche Städte im Kampfe gegen die Wohnungsnoth und die elenden Wohnverhältnisse der Arbeiter gethan haben, oder bereit sind zu thun, will ich nun in Folgendem kurz zusammenstellen. Ich bemerke, dass die Angaben meistens den politischen Tageszeitungen, besonders dem Berliner Tageblatt entnommen sind. Voraus zu schicken ist dabei, dass in kleineren und mittleren Städten die Frage meistens leichter zu lösen ist, als in den Weltstädten. Von den ersteren sind diejenigen Städte natürlich wieder am glücklichsten daran, die den meisten Grundbesitz selbst haben, da sie einerseits hierdurch stets die Spekulation mit dem Grund und Boden einengen, andererseits Gelände ganz billig oder überhaupt kostenfrei an gemeinnützige Gesellschaften und an Private zwecks Beschaffung von kleinen Wohnungen abgeben können. Die Stadt Berlin hat deshalb hauptsächlich einen so schweren Standpunkt in der Frage der Beseitigung der Wohnungsnoth, weil sie selbst leider fast gar kein dafür geeignetes Gelände besitzt. Ein Ankauf aber solchen Landes, selbst im Wege der Enteignung, würde viel zu theuer werden, als dass davon ernstlich die Rede sein könnte.

Eine Anzahl von Städten haben in eigener Ausführung den Bau von Wohnungen für weitere Kreise der unbemittelten Bevölkerung unternommen. Zeitlich vorangegangen mit diesem System ist Freiburg i. B., das etwa 1866 mit dem Bau solcher Regiewohnungen begonnen und jetzt deren 300 fertiggestellt hat. Gefolgt sind Ulm, Strassburg i. E., Schweinfurt, Lambrecht, Emden und neuerdings Düsseldorf, das mit Hilfe der rheinischen Invaliditäts- und Altersversorgungs-Anstalt für rd. 1 Million Mark Wohnungen für kleine Leute herstellt. In einer anderen Anzahl von Städten hat man sich darauf beschränkt, Wohnungen in eigener Unternehmung nur für die im eigenen Dienst beschäftigten Arbeiter und kleinen Beamten zu bauen. Hierzu gehören Altona, Kassel, Darmstadt, Dresden, Frankfurt a. M., Hanau, Heidelberg, Karlsruhe, Köln, Königsberg i. Pr., Mannheim, Nürnberg, Osnabrück, Pforzheim.

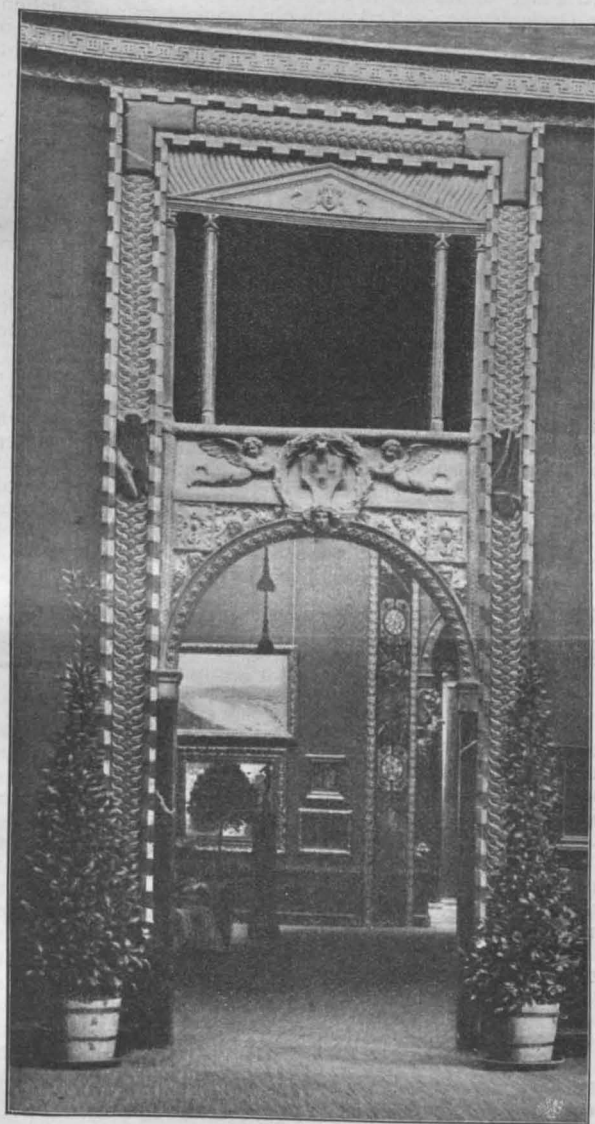
Die Arbeiter-Wohnverhältnisse von Frankfurt a. M. werden übrigens nach der Thronrede noch das Abgeordnetenhaus zu beschäftigen haben. In Frankfurt liegen nämlich der Aufschliessung von Geländen zu solchen Zwecken alt hergebrachte Besitzverhältnisse so hindernd im Wege, dass ein Gesetz für die Stadt geschaffen werden soll, welches sich an den Adickes'schen Gesetzentwurf betreffend zwangsweise Zusammenlegung von zur Bebauung nicht geeigneten Geländestücken und Zonenent-eignung anlehnt. Es soll hierdurch ermöglicht werden, Gelände aufzuschliessen, sobald es die Mehrheit der Besitzer des betreffenden Viertels oder die Stadt will, so dass eine solche Gelände-Aufschliessung und Regulierung nicht mehr an dem Widerstande eines Einzelnen scheitern kann. Sollte das Gesetz sich bewähren, so würde dasselbe auch zur allgemeinen Einführung gelangen. Ein werthvolles weiteres Machtmittel für Aufschliessung von brauchbarem Gelände für Arbeiter-Wohnzwecke würde hierdurch zweifellos den Städten in die Hand gegeben, das sie unter Umständen sehr gut gebrauchen könnten.

Zu den Städten, welche selbst nicht bauen, sondern nur städtisches Gelände gegen Nachlass des ganzen oder theilweisen Kaufschillings an gemeinnützige Bauunternehmungen abtreten, gehört Mannheim. Die Stadt verlangt natürlich von diesen Unternehmungen als Gegenleistung, dass sie gewisse Bedingungen eingehen, welche die dauernde Erhaltung der auf den abgetretenen Grundstücken zu erbauenden Wohnungen als Kleinwohnungen gewährleisten. Ausserdem müssen die Baupläne durch den Stadtrath genehmigt werden. Ferner erlässt die Stadtgemeinde den Bauenden die gesamten Strassenkosten, und zwar gilt das Letztere auch für private Bauunternehmer, die sich zur Herstellung kleiner Wohnungen von 2—3 Zimmern und zur dauernden, guten Unterhaltung derselben als Miethswohnungen verpflichten. Mit der Ab-

tretung billigen Baulandes an gemeinnützige Bauunternehmungen sind des weiteren Erfurt, Konstanz, Lennep, Linn, Saarbrücken, Strassburg, Hamburg und Lübeck vorgegangen. Andere Städte wie Barmen, Bonn, Kaiserslautern, Lahr, München - Gladbach usw. haben aus städtischen bezw. aus Mitteln der städtischen Sparkassen niedrig verzinsliche Darlehen an gemeinnützige Baugesellschaften gewährt, während wieder andere diese Gesellschaften durch Uebernahme der Garantie in bestimmter Höhe den hypothekarischen Beleihungen gegenüber unterstützt haben. Eine weitere Reihe von Städten hat sich darauf beschränkt, den Bau von kleinen Wohnungen durch Erleichterung in der Befestigung und Anlage der Strassen, durch Ermässigung der Kanalisations- und Wassergebühr usw. zu fördern und endlich haben einige angefangen, durch theilweisen und ganzen Erlass der kommunalen Grund-

obigem andere Städte in Bekämpfung der Wohnungsnoth geleistet haben, will es mir doch scheinen, als ob der Weg, den die beiden letzten Städte beschritten, ein hauptsächlich da zu empfehlender wäre, wo die besonderen Verhältnisse eine unmittelbare Unterstützung der Bauthätigkeit durch Abgabe billigen Geländes nicht gestatten. Da das auf Berlin zutrifft, will ich diesen Aufsatz nicht schliessen, ohne die Gemeindebehörden aufzufordern, doch mal einen Versuch in dem Sinne zu machen. Ich glaube, dass dieser mit einem gewissen Erfolge gekrönt werden dürfte.

Vorzuschlagen wäre für einen solchen Versuch z. B., den Hausbesitzern für jede kleine Wohnung, deren Miethspreis 250 M. nicht übersteigen darf, die sie in ihrem Hause besitzen oder einrichten, einen gewissen Prozentsatz der Gebäudesteuer zu erlassen. Der Prozentsatz müsste nach einer gewissen Formel nach der Grösse



Die Architektur auf der Pariser Weltausstellung des Jahres 1900.

Dekorative Anordnung aus der Deutschen Kunstausstellung. — Architekt: Prof. Emanuel Seidl in München.

steuer eine besondere Belohnung auf den Bau der kleinen Wohnungen zu legen. Zu ihnen gehören Essen und München-Gladbach. In Anerkennung alles dessen, was nach

des Hauses sich verändern, so dass ein grosses Haus mit vielen Wohnungen nicht vorthelhafter dastände, als ein solches mit wenigen Wohnungen. —

Die Erderschütterungen der Londoner Zentral-Untergrundbahn.

Die elektrisch betriebene Zentral-Untergrundbahn in London wurde im Juli des vergangenen Jahres der Benutzung übergeben, nachdem sie seit März desselben Jahres versuchsweise befahren worden war. Der Tunnel dieser Bahn zeichnet sich durch eine reine gute Luft aus, besonders im Gegensatz zu der Metropolitan-Untergrundbahn, auf welcher noch Dampf-Lokomotiven laufen. Da im übrigen auch der Betrieb glatt und ohne schwere Unfälle verlief, so war man anfangs mit der neuen Errungenschaft sehr zufrieden. Wenn auch ein-

zelne Klagen laut wurden, dass die Luft in dem Tunnel wohl rein, aber sehr kalt sei, während in dem der Metropolitanbahn stets eine gemässigte Temperatur herrsche, so hatte die Direktion doch keine besondere Veranlassung, sich hierüber zu grämen. Nun sind aber schon seit einigen Monaten immer stärkere Klagen darüber geführt worden, dass durch den Betrieb auf dieser neuen Bahn an mehreren Punkten oberhalb derselben Erderschütterungen in solchem Umfange hervorgerufen werden, dass sie den Bewohnern der Häuser in der Nähe der Bahnlinie ausserordentlich lästig

fallen. Diese Beschwerden haben schliesslich dazu Veranlassung gegeben, dass nunmehr seitens der Behörden eine Kommission, bestehend aus dem Ingenieur John Wolf Barry, dem bekannten Physiker Lord Rayleigh und Prof. Ewing, eingesetzt wurde, um die Sache gründlich zu untersuchen und womöglich Vorschläge zur Abhilfe zu machen.

Wir entnehmen dem „Engineer“ vom 11. Jan. d. J. einige Einzelheiten, und verweisen dabei auf die Mittheilung in der Dtschn. Bztg. S. 344, Jahrg. 1896, und S. 123, Jahrg. 1899, bezüglich der baulichen Anlage dieser Bahn. Da die ganze Bahnstrecke, welche von dem Mittelpunkt der Stadt, von der Bank von England bis nach Shephard's Bush, sich in einer Länge von etwa 10 km erstreckt, in einer Tiefe zwischen 18 m und etwa 28 m unter Strassenoberfläche liegt, so sind diese Erschütterungs-Erscheinungen sowohl den ausführenden Ingenieuren, wie auch den davon betroffenen Hausbesitzern in der Nähe der Bahnlinie vollkommen überraschend gekommen. Da sich ferner die Erschütterungen nicht überall gleichmässig zeigen, der Tunnel auf der ganzen Strecke aber der Hauptsache nach gleichmässig mittels zweier eiserner Tunnelringe von je 3,5 m innerem Durchmesser hergestellt ist, so kann der Ursprung dieser Erscheinung in erster Linie wohl nur in der verschiedenartigen Beschaffenheit des unterfahrenen Bodens gesucht werden. Es ist auch bereits festgestellt worden, dass die grössten Erschütterungen dort sind, wo der Tunnel Kies durchdringt, während an solchen Stellen, wo Thon (der bekannte London clay) durchfahren wird, die Erschütterungen fast ganz verschwinden. Es ist ferner beobachtet worden, dass die Erschütterungen eine um so grössere Ausdehnung an der Oberfläche der Strasse erreichen, je tiefer der Tunnel unter der Oberfläche des Geländes liegt, während der Wirkungsgrad innerhalb der vorhandenen Grenzen ungeschwächt bleibt. Die Ausdehnung der Bewegung entspricht (nach den Untersuchungen über Erdbeben von Mallet) einem Kegel, dessen Spitze auf dem Tunnel steht, während die Grundfläche mit der Erdoberfläche zusammenfällt. Da nun der Winkel an der Spitze auf dem Tunnel immer der gleiche bleibt, so wächst die Ausdehnung auf der Oberfläche mit der Tiefenlage des Tunnels.

Wenn nun auch von verschiedenen Personen die Belästigung durch die Erschütterungen nicht in gleichem Maasse empfunden wird, und wenn auch unzweifelhafte Uebertreibungen mit im Spiele sind, so ist doch die ganze Angelegenheit für die Eisenbahnverwaltung von umso schwerwiegenderer Bedeutung, als sich die Erschütterungen selbst in solchen Häusern noch bemerkbar machen sollen, die

über 100 m weit ab zu beiden Seiten der Bahn belegen sind. — Der „Engineer“ kommt sodann auf die Feststellung der Ursache des Uebels und führt diese auf die nicht zweckmässige Konstruktion der elektrischen Lokomotiven und des Oberbausystems, sowie auf die dadurch schon jetzt eingetretene ausserordentlich schlechte Verfassung der Gleise zurück. Es wird behauptet, dass die Schienen schon jetzt mehr Höhlungen aufweisen, als der Verfasser des Artikels jemals auf ausgefahrenen Eisenbahnschienen gewöhnlicher Bahnen gesehen haben will, und dass daher die Züge mit grossem Lärm und Gepolter den Tunnel durchfahren.

Die aus Amerika stammenden elektrischen Lokomotiven, welche ein Gesamtgewicht von 45 t haben und aus einem Unterbau mit zwei vierräderigen Drehgestellen mit Zentral-Achsenlagerung und einem, 4 Motoren und eine Luftbremse enthaltenden, Aufbau bestehen, werden als vollständig unpraktisch geschildert. Der Unterbau mit den Drehgestellen soll nämlich ein Gewicht von 30 t haben und da in den Achsbüchsen Federn fehlen sollen, so kommt auf jedes Rad ein todtes federloses Gewicht von 7,5 t, während zwischen dem Untergestell und dem nur 15 t schweren Aufbau Federn liegen sollen.

Nun wird hervorgehoben, dass dieses 30 t betragende federlose Gewicht der Lokomotiven bei einer Geschwindigkeit von etwa 50 km in der Stunde wohl im Stande sein müsse, die beste Konstruktion des Unterbaues in kurzer Zeit zu zerstören. Nach der aber nunmehr eingetretenen Zerstörung der Schienen bringen die dadurch entstehenden hämmernden Bewegungen der Lokomotive bei der Fahrt starke Erschütterungen im Oberbau hervor, welcher durch die Einbettung mit dem Tunnelring in starrer Verbindung steht, also diese Bewegungen der äusseren Tunnelhülle mittheilt, von wo sie sich dann weiter in das anliegende Erdreich fortpflanzen.

Als einziges Mittel, in dieser Hinsicht eine Besserung zu erzielen, wird empfohlen, die schlechten Schienen auszuwechseln, die amerikanischen Lokomotiven abzuschaffen und statt dessen jeden einzelnen Wagen mit einem oder zwei Motoren zu versehen. Sollten aber die Lokomotiven von der Verwaltung doch beibehalten werden, so wird endlich eine besonders starke Federung für alle senkrecht wirkenden Stösse als unumgänglich nothwendig erachtet werden müssen.

Man darf hoffen, dass die Ergebnisse der Untersuchungen der eingesetzten Kommission demnächst veröffentlicht werden, damit die in London gemachten Erfahrungen jedenfalls auch für andere Untergrundbahnen nutzbringend verwerthet werden können. — (.)

Mittheilungen aus Vereinen.

Verein für Eisenbahnkunde. In der Vers. vom 12. Febr. führte Oberstleutnant Buchholtz den Vorsitz. Er zollte den verstorbenen Vereinsmitgliedern Lucae und Taubert Worte ehrender Erinnerung. Es hielt dann Hr. Geh. Reg.-Rth. Prof. Dr. Reuleaux einen Vortrag über „die Stellwerkanlage des Bostoner Südbahnhofes“. In diesem grössten Bahnhofs der Vereinigten Staaten laufen 8 verkehrsreiche Hauptbahnen zusammen. Ausserdem enthält er eine Station für mehrere lebhaft benutzte Stadtbahnlinien, die indessen in den Untergrund unter den 28 Kopfgleisen der Fernbahnen verlegt ist (s. D. Bztg. 1897 S. 89). Die Entwürfe für die gesamte Ausrüstung des Bahnhofes sind von einem Stabe von 15 hervorragenden Ingenieuren in sehr kurzer Zeit, Anfang 1896, ausgearbeitet worden. Es handelte sich dabei um die elektro-pneumatische Stellwerkanlage, die Ausrüstung des Krafthauses, die Aufzüge, die Heizung und Lüftung, die Eisbereitungs-Anlage für die Erfrischungssäle und die Wagen, die Pressluft-Anlage für die Ladung und Prüfung der Zugbremsen und dergleichen mehr. Der Umzug der beteiligten 9 Bahnen in den neuen Bahnhof begann im Januar 1899 und war im Oktober desselben Jahres in der Hauptsache beendet. Seitdem laufen 737 Züge täglich ein und ebenso viele aus. Das Kraftwerk ist für eine Leistung von 1551 Pf.-St. eingerichtet. Die vom Vortragenden eingehend erläuterten Stellwerksanlagen sind so eingerichtet, dass zur Umstellung der Weichen und Signale Pressluft verwendet wird, die auf die unmittelbar an den Weichen und Signalen angebrachten Bewegungs-Vorrichtungen wirkt, während die Ingangsetzung dieser Vorrichtungen von einer Stelle aus mittels elektrischen Stromes erfolgt. Diese Anordnung rührt von Westinghouse, dem Leiter der Union Switch Signal Company in Pittsburg her. An den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag schloss sich eine Besprechung, an der die Hrn. Semler, Blank, Kriesche und Pfeil theilnahmen. Es wurde erörtert, in welcher Weise die Oberleitung über die Stellwerke geregelt ist;

auch wurden die Fortschritte erwähnt, die inzwischen dadurch gemacht worden sind, dass die Elektrizität nicht nur zur Auslösung der Bewegungen der Weichen und Signale, sondern auch zur Durchführung dieser Bewegungen selbst verwendet wird.

Ferner machte Hr. Oberstleutnant Buchholtz Mittheilungen über die Ergebnisse der vom Grafen Zeppelin mit seinem Luftschiff angestellten Versuche. An der Besprechung theilnahmen sich die Hrn. zur Nieden u. Wiebe.

Als ord. einheim. Mitgl. wurden in den Verein aufgenommen die Hrn. Reg.-Bmstr. Buhle, Oder und Schwandt.

Vermischtes.

Ein neues Verfahren zur Konservirung von Holz ist dem Ziv.-Ing. C. B. Wiese in Hamburg unter No. 118101 patentirt. Wie bekannt, sind die Zinksalze ausgezeichnete Antiseptika; so vorzüglich die antiseptischen Eigenschaften des Chlorzinks nun aber auch sind, so haftet ihm doch ein grosser Nachtheil an. Weil es im Wasser leicht löslich ist, so wird es auch leicht durch Regen und Bodenfeuchtigkeit wieder aus dem damit getränkten Holze ausgewaschen und schützt somit Hölzer, die den atmosphärischen Einflüssen oder der Bodenfeuchtigkeit ausgesetzt sind (Bahnschwellen, Telegraphenstangen usw.) nicht genügend lange gegen Fäulniss. Das patentirte Verfahren will nun diesen Uebelstand durch Anwendung eines geeigneten Zinksalzes beseitigen. Es besteht darin, dass zur Imprägnirung eine heisse, gesättigte, wässrige Lösung von β naphthalinsulfosaurem Zink verwendet wird. Diese Zinklösung besitzt die Eigenschaft, dass sie in heissem Zustande flüssig ist, beim Erkalten aber in dem damit getränkten Holze kristallisirt und durch Wasser von gewöhnlicher Temperatur nicht, oder doch nur sehr schwer auswaschbar ist, das Holz also dauernd gegen Fäulniss schützt und demselben eine grössere Härte verleiht. Ausserdem empfiehlt es sich wegen seiner grossen Sauberkeit und Geruchlosigkeit; auch bleibt die ursprüngliche Farbe des Holzes erhalten. —

• **Durch den Evāngel. Kirchenbau-Verein für Berlin** sind in den 10 Jahren seines Bestehens nach einem in der am 21. Januar d. J. abgehaltenen 11. Generalversammlung erstatteten Berichte nicht weniger als 56 neue Kirchen und zahlreiche Pfarr- und Gemeinde-Häuser in und um Berlin im Gesammtwerthe von 28 Mill. M. entstanden. 4 Mill. M. sind hierzu von der kaiserlichen Familie gegeben worden, während sich die sonstigen Gaben auf einen Gesammtwerth von 11,5 Mill. M. beliefen. Aus den Angaben über die Thätigkeit im verflossenen Jahre entnehmen wir die Mittheilung, dass in der Kaiser Wilhelm-Gedächtniss-Kirche die Mosaikarbeiten für die grossen Gewölbe nach Kartons von Prof. Linnemann, Frankfurt a. M., in der Rixdorfer Glasmosaikanstalt Puhl & Wagner in Angriff genommen worden sind. Trotzdem man das Budget des vergangenen Jahres auf 100 000 M. hatte beschränken wollen, da man einsah, dass sich die Begeisterung für den Kirchenbau doch allmählich legen würde, hat man infolge unerwarteter grosser Einnahmen doch wiederum erheblich mehr verwenden können. —

Die Berufung des Architekten Prof. K. Hoffacker in Charlottenburg zum Direktor der Züricher Kunstgewerbeschule werden alle die mit grösstem Bedauern vernehmen, welche die nie versiegende Schaffenskraft Hoffackers auf den verschiedensten kunsttechnischen Gebieten, namentlich dem der Ausstellungen, und seine grosse künstlerische Befähigung kennen und würdigen gelernt haben. Dass sich der hervorragende Künstler nach der aufreibenden Thätigkeit, die er im Dienste unserer letzten grossen Ausstellungen mit grösstem Erfolge entfaltet hat, nach einer ruhigen, inneren künstlerischen Weiterentwicklung sehnt, wird man ihm lebhaft nachfühlen können. Dass ihm aber das nicht im Inlande geboten werden konnte, das veranlasst doch zu tiefem Nachdenken. —

Das Stipendium der Louis Boissonnet-Stiftung in Höhe von 2500 M. ist in diesem Jahre zu einer grösseren Studienreise an einen Architekten zu vergeben, dem die Aufgabe gestellt wird, die wenig bekannten, in ihrem Bestande bedrohten Holzkirchen im Osten der Monarchie in ihren Haupttypen aufzunehmen und in ihrem geschichtlichen Zusammenhange zu untersuchen. Bewerber müssen einen wesentlichen Theil ihrer Ausbildung auf der Technischen Hochschule oder der Bauakademie zu Berlin erhalten haben. Bewerbungen sind bis zum 20. März an den Rektor der Technischen Hochschule zu richten. —

Todtenschau.

Oberbaurath Ernst Kohl †. Am 23. Febr. d. J. verschied in Weimar nach kurzem Krankenlager der grossh. sächs. Oberbaurath und Eisenbahn-Direktor a. D. Hr. Ernst Kohl. Geboren am 4. Dez. 1825 zu Höckendorf im Kgr. Sachsen, besuchte er in den Jahren 1840—1845 das Polytechnikum in Dresden, welches damals den Namen „Technische Bildungsanstalt“ führte. 1846 wurde er techn. Hilfsarbeiter bei der kgl. Wasserbau-Direktion in Dresden und war 1851—1855 Wasserbau-Assistent in Leipzig. Dort hörte er gleichzeitig mathematische Vorlesungen an der Universität und bestand 1853 die Staatsprüfung. Nachdem er 1855 und 1856 zur Leitung des Neubaus der Eisenbahn von Leipzig nach Corbetta aus dem Staatsdienste beurlaubt gewesen war, trat er am 1. Juli 1856 in den Dienst der Thüringischen Eisenbahn-Gesellschaft und wurde Abtheilungs-Baumeister in Weimar. Die wenig günstigen Verbindungen des hochgelegenen Bahnhofes mit der Stadt Weimar veranlassten ihn, für die zu erwartende Bebauung des damals meistens aus Gärten bestehenden Geländes südlich des Bahnhofes einen Bebauungsplan zu entwerfen, der die Genehmigung des Grossherzogs Carl Alexander fand. Bei dem damaligen Mangel eines Enteignungs-Gesetzes wurde Kohl durch eine namhafte Beihilfe in Gewährung eines unverzinslichen Darlehns seitens des Landesherrn in den Stand gesetzt, die Gärten und Feldgrundstücke auf eigene Rechnung erwerben, die Strassenzüge anlegen und durch Verkauf von Baustellen das Darlehen noch vor der festgesetzten Zeit zurückzahlen zu können. Der erste Bau in diesem neuen Stadtheile war der Museumsbau, der im Jahre 1863 begonnen wurde. Wenn jetzt die vom Bahnhofe zur Stadt führende Sophienstrasse mit den an ihr liegenden Schmuckplätzen und dem an ihrem Süende befindlichen Monumentalbau des Museums den Besuchern der Stadt Weimar einen angenehmen Eindruck erweckt, so ist das wesentlich das Verdienst des damaligen Abtheilungs-Baumeisters Kohl, des Begründers des nördlichen Stadtheiles. Während des Kriegsjahres 1870/71 war Kohl stellvertretender Betriebsdirektor der Thüringischen Eisenbahn in Erfurt. Von Ostern 1871—1872 leitete er von Leipzig aus den Bau der Bahnlinie Leipzig-

Zeitz. Vom Juli 1872 bis Anfang 1875 war Kohl in Jena als Baudirektor beim Bau der Eisenbahn von Weimar nach Gera beschäftigt, trat alsdann in die Direktion dieser Bahn ein und verwaltete sie vom 1. Jan. 1878 bis zu ihrer Verstaatlichung am 1. Okt. 1895 als alleiniger Direktor. Im Jahre 1880 erhielt Kohl den Titel eines Baurathes, im Jahre 1894 den eines Oberbaurathes.

Von seiner grossen Geschicklichkeit im Verwaltungsfache und seiner vielseitigen Erfahrung im Ingenieurwesen hat die Stadtgemeinde Weimar, in welcher er seit 1884 bis zu seinem Tode dem Gemeinderathe und besonders dem Bauausschusse angehörte, unschätzbaren Vortheil gehabt. Durch das Vertrauen seiner Mitbürger wurde er auch in den Landtag des Grossherzogthums Sachsen gewählt, dem er 9 Jahre angehört hat.

Sein freundliches, allzeit hilfsbereites Wesen, sein Scharfblick in technischen Angelegenheiten und sein ehrenfester Charakter sichern ihm ein treues Andenken.

Baurath Wilhelm Haeger †. Im 67. Lebensjahre verstarb am 2. d. M. in Friedenau bei Berlin der kgl. Brth. Wilhelm Haeger, der als Leiter des Neubaubüreaus des Reichstagsgebäudes 18 Jahre seines Lebens rastlos und mit allseitig anerkanntem Erfolge thätig gewesen ist. Haeger, der seine Ausbildung auf der Bauakademie erhalten hatte, war bei der kgl. Ministerial-Baukommission zu Berlin als Bauinspektor beschäftigt — neben anderen Aufgaben hatte ihm die Ausführung der nach Gropius'schen Entwürfen erbauten Universitäts-Frauenklinik in der Artillerie-Strasse obgelegen — als er im Jahre 1883 sofort bei Beginn der Einleitung der Bauarbeiten für das Reichshaus mit der technischen und geschäftlichen Leitung des Baues neben Wallot als dem künstlerischen Oberleiter betraut wurde. Dieser verantwortungsvollen Aufgabe, die ihm eine überaus grosse Arbeitslast auferlegte, ist er in vollem Maasse gerecht geworden und ausserdem hat er es mit feinem Takte verstanden, die einer solchen Stellung stets innewohnenden persönlichen Schwierigkeiten zu überwinden. In dem Dahingeschiedenen ist ein Mann von liebenswürdigen Charaktereigenschaften und von hoher praktischer Erfahrung und Tüchtigkeit dahingegangen. —

Preisbewerbungen.

Der Wettbewerb um den Schinkelpreis im Berliner Architekten-Verein. Die Betheiligung an dem diesjährigen Wettbewerb ist eine ausserordentlich lebhaft gewesene. Für die Aufgabe aus dem Gebiete der Architektur, die den Entwurf zu einem in der Wilhelmstrasse gedachten prinziplichen Palais zum Gegenstand hatte, waren nicht weniger als 26 Lösungen eingegangen, unter denen sich eine grosse Anzahl vortrefflicher Leistungen befindet. 5 Entwürfe konnten mit der Schinkelmedaille ausgezeichnet werden. Den Schinkelpreis erhielt der Entwurf mit dem Kennwort „Yverdon“, Verf. Hr. Reg.-Bfhr. P. Kanold, Breslau, und ein II. Preis wurde für den fast gleichwerthigen Entwurf „Grandezza“, Verf. Hr. Reg.-Bfhr. C. Dammeier, Berlin, beantragt und ist vom Ministerium auch bewilligt worden. Schinkelmedaillen erhielten die Arbeiten „Tausendgüldenblatt“, „Johannisfeuer“, „Fridericus“, als deren Verfasser sich die Hrn. Reg.-Bfhr. Fr. Wendt, Schmieden und G. Königsberger, sämmtlich in Berlin, ergaben. Einschliesslich der genannten 5 Arbeiten wurden 16 als häusliche Probearbeiten für die 2. Staatsprüfung im Baufache angenommen. —

Weniger befriedigend ist der Ausfall des Wettbewerbes auf dem Gebiete des Wasserbaues. Die Schwierigkeit der gestellten Aufgabe, den Entwurf zu einem Nordkanal für Berlin betreffend, an welchem sich schon erfahrene Männer der Praxis erfolglos abgemüht haben, trägt hieran wohl in erster Linie die Schuld. Von den 13 vorgelegten Entwürfen konnte keiner als eine so befriedigende Lösung angesehen werden, dass sie die Zuerkennung eines Preises gerechtfertigt hätte. Es wurden nur 2 Schinkel-Medaillen an die Arbeiten mit dem Kennworte „Helene“ bzw. dem Kennzeichen eines Doppelkreises, Verf. die Hrn. Reg.-Bfhr. K. Ziegler-Königsberg i. Pr., und E. Klehmet-Potsdam, verliehen. Als Probearbeit für das Baumeister-Examen wurden vom Techn. Oberprüfungsamte, einschl. der beiden genannten, im ganzen 8 Arbeiten angenommen. —

Erfreulich ist wiederum das Ergebnis des Wettbewerbes im Eisenbahnbau, trotzdem auch hier die gestellte Aufgabe, Entwurf zu einer Eisenbahn-Verbindung zwischen der Rhein-Nahe-Bahn und der rechtsrheinischen Eisenbahn, die auch den Entwurf zu einer grossen Rheinbrücke in sich schloss, recht erhebliche Anforderungen an die Leistungsfähigkeit der Bewerber stellte. Die Aufgabe hat 14 Bearbeitungen gefunden. Den Schinkelpreis erhielt der Entwurf mit dem Kennworte „Betrieb“, Verf. Hr.

Reg.-Bfhr. Giese-Berlin, während an 3 weitere Entwürfe mit den Kennworten „Rheinland“, „Betriebssicherheit“, „Fortschritt“, als deren Verf. die Hrn. Reg.-Bfhr. G. de Jonge und P. Bathmann-Berlin, sowie G. Schaper-Hannover ermittelt wurden, je eine Medaille verliehen werden konnte. Einschliesslich der 4 genannten Arbeiten wurden 9 als Baumeister-Arbeiten angenommen.

Die sämtlichen Arbeiten sind in der Zeit vom 6. bis 11. März von 10—4 Uhr, am Sonntag d. 10. v. 10—1 Uhr in der Aula der Techn. Hochschule in Charlottenburg öffentlich ausgestellt.

Konfessionelle Wettbewerbe. Zu dieser Frage erhalten wir die nachstehenden Ausführungen, welchen wir eine gewisse Berechtigung nicht aberkennen können: „Die zur Ausschreibung gelangte Preisbewerbung für eine evangelische Kirche in der Kolonie Grunewald bei Berlin (s. No. 18 d. Bl.) giebt uns zu einigen besonderen Bemerkungen Veranlassung. Die Fälle mehrten sich in neuerer Zeit, dass die evangelischen Gemeinden bei öffentlichen Wettbewerben für ihre Kirchen von vornherein den Kreis der Theilnehmer auf evangelische Architekten beschränken. Das Recht hierzu kann ihnen selbstverständlich nicht bestritten werden; das absichtliche Hineintragen der konfessionellen Unterschiede in die künstlerische Thätigkeit des Architekten begegnet aber vielfach geäussertem Missfallen und scheint auch in mancher Hinsicht nicht unbedenklich in seinen daraus entstehenden allgemeinen Wirkungen zu sein. Am wenigsten möchten wir glauben, dass von Fachgenossen, welche an den Vorarbeiten für solche Preisbewerbungen theilgenommen waren, jene Bedingung angeregt worden sei. Bei dem Ausschreiben für die Kirche in Grunewald liegt die Sache besonders unschön. Hier wird das Preisausschreiben auf zwei Architekten-Vereine beschränkt und innerhalb derselben wieder auf deren evangelische Mitglieder. Man kann wohl die Vermuthung aussprechen, dass beide Vereine, wenn vor Erlass des Ausschreibens mit ihnen verhandelt worden wäre, jene Bedingungen abgelehnt haben würden. Wir wollen daher den weiteren befremdlichen Umstand nicht unerwähnt lassen, dass der Architekten-Verein zu Berlin und die Vereinigung Berliner Architekten durch das Ausschreiben vollständig überrascht worden sind.“ —

Ein Preisausschreiben der photographischen Union in München betrifft Rahmen zu Böcklin'schen Bildern. Es gelangen 3 Preise von 300, 200 und 100 M. zur Vertheilung. Termin ist der 31. Mai 1901. Als Architekt gehört dem Preisgerichte an Hr. Prof. Fritz Schumacher in Leipzig. —

Wettbewerb Rathhaus Nehlm. Dieses Verwaltungs-Gebäude für eine Stadt von 12000 Einwohnern weicht in seinen Raumforderungen von den üblichen Ansprüchen nicht ab, sodass es uns zweifelhaft erscheint, ob die Berechtigung vorliegt, für die bescheidene Aufgabe einen grösseren Kreis von Fachgenossen in Bewegung zu setzen, wo doch vielleicht ein beschränkter Wettbewerb zum gleichen Ziele geführt haben würde. Die ganze Art des Ausschreibens sowie die geforderten Arbeitsleistungen lassen nicht die Berathung eines mit dem Konkurrenzwesen unserer Tage vertrauten Fachmannes erkennen. Das Preisgericht entscheidet zugleich darüber, welcher Plan auszuführen ist. Diese, wie wir annehmen sichere, Aussicht dürfte es wünschenswerth machen, die Ausschreibungs-Bedingungen einer nochmaligen Durchsicht zu unterziehen. —

Engerer Wettbewerb betr. Entwürfe eines Kreishauses für Hanau. Der Landrath des Kreises Hanau hat die Architekten Claus Mehs in Frankfurt a. M., Prof. Pützer in Darmstadt und Franz Thyriot in Köln zur Einreichung von Skizzen für den Neubau eines Kreishauses mit Landrathswohnung aufgefordert. Die Bausumme soll 200000 M. betragen. Als Sachverständige gehören dem Preisgerichte an die Hrn. Geh. Ob.-Brth. Prof. Hofmann in Darmstadt, Kreisbauinsp. Becker in Hanau und Stadtbauinsp. Reinicke in Frankfurt a. M. Jeder Theilnehmer erhält für seine Entwurfsskizze den Betrag von 500 M., ausserdem wird „dem Sieger im Wettbewerbe die Ausarbeitung des Entwurfes, der Theil- und Werkzeichnungen, sowie die künstlerische Oberleitung des Baues unter Honorar-Bewilligung entsprechend der Honorarnorm bezw. nach besonderer Vereinbarung zugesichert.“ —

Wettbewerb Murhard-Bibliothek Kassel. Der Gewinner des II. Preises ist Hr. Karl Müller in Hannover. —

Personal-Nachrichten.

Baden. Der Maschineninsp. Brth. Behaghel in Freiburg i. Brsg. sowie der Bez.-Ing. Selden in Emmendingen sind in den Ruhestand getreten.

Preussen. Dem Postbauinsp. Sell in Königsberg i. Pr. ist der Rothe Adler-Orden IV. Kl. verliehen.

Den Eisenb.-Dir. Reck in Halle a. S., Rustemeyer in Berlin, Reichmann in Elberfeld, Farwick in Mainz, Garbe in Berlin, Meyer in Elberfeld, Meyer in Kassel, Bork in Berlin, Kohn in Essen a. R., Esser in Köln, Schmitz in Essen a. R., Klopsch in Halle a. S., Lüken in Stettin, Goepel in Hannover, Fein in Köln, Bindemann in Breslau und Nöh in Altona, sowie den Reg.- u. Brthn. Kistenmacher in Danzig, Goos in Kassel, Roskoth in Altona, Grapow in Berlin, Clausnitzer in Elberfeld, Bischof in Halle a. S., Richard in Magdeburg, Thelen in Hannover, Schwedler in Magdeburg, Wiegand in Stettin, Treibich in Posen, Alken in Hannover, Rebentisch in Hannover, Schlemm in Bromberg u. Daub in Frankfurt a. M. ist d. Charakter als Geh. Brth. verliehen.

Die Reg.-Bfhr. Osk. Müller aus Braunschweig u. Selmar Hatzky aus Gerterode (Wasserbfsch.), Wolf Niemeyer aus Hannover u. Heinrich Köhler aus Linden (Hochbfsch.) sind zu Reg.-Bmstrn. ernannt.

Dem Reg.-Bmstr. Rud. Schaar in Elberfeld ist die nachges. Entlass. aus dem Staatsdienst ertheilt.

Der Reg.- u. Brth. z. D. v. Geldern in Wesel ist gestorben.

Württemberg. Verliehen ist: Dem Ob.-Brth. Graner in Stuttgart u. dem Ob.-Brth. Prof. Dollinger an der Techn. Hochschule in Stuttgart das Ehrenkreuz des Ordens der Württemberg. Krone; dem Brth., tit. Ob.-Brth. Schmoller, den Ob.-Brthn. Leibbrand und Ehmann in Stuttgart das Ritterkreuz des vorgen. Ordens; — den Eisenb.-Bauinsp. Wagner in Weikersheim u. Eberhardt in Balingen, dem Strassen-Bauinsp. Neuffer in Ludwigsburg, dem städt. Gas- u. Wasserwerks-Direkt. Schimpf in Ulm und dem Prof. Bentele an der Baugewerkschule in Stuttgart das Ritterkreuz I. Kl. des Friedrichsordens; — dem Vorst. des bautechn. Bür. der Gen.-Dir. der Staatseisenb. Laistner, dem Ob.-Masch.-Mstr. Beyerlen bei der Gen.-Dir., dem Eisenb.-Bauinsp. Hiller in Leutkirch, den Bauinsp. Gugenhan u. Reihling bei der Minist.-Abth. f. Strassen- u. Wasserbau, dem Prof. Gaiser an der Baugewerkschule in Stuttgart und dem Bez.-Bauinsp. Landauer in Stuttgart der Titel und Rang eines Bauathes; — den Abth.-Ing. Hoffacker, Jori u. Mützel bei der Gen.-Dir. der Staatseisenb. und Kleemann b. d. Bauinsp. in Stuttgart der Titel eines Eisenb.-Bauinsp.; dem Ob.-Brth. v. Sauter der Titel u. Rang eines Baudir.

Brief- und Fragekasten.

Hrn. Arch. D. R. in Oberrad. Der gebrauchte Ausdruck „Reparaturen an Dach und Fach“ ist in der Rechtssprache und im gewöhnlichen Sprachgebrauch nicht geläufig. Mithin kann nicht beurtheilt werden, was die Vertragsschliessenden darunter gemeint haben. Muthmaasslich würde die richterliche Auslegung dahin gehen, dass die Instandhaltung der Dächer und der Wände in baulichen Würden darunter gemeint sein wird. Dann wären aber auch grössere Ausbesserungen darunter einbegriffen. Uebrigens lässt sich der Vertragswille nur mit dem gesammten Inhalte des Vertrages, nicht aber schon aus einer Redewendung erkennen, zumal wenn solche sowohl in der Rechts- wie in der Volkssprache ungebrauchlich ist. Da die Zeit des Vertragsabschlusses unerwähnt blieb, lässt sich nicht einmal bestimmen, ob noch die Auslegungsregeln des französischen Rechts oder schon diejenigen des Bürgerl. Gesetzbuches für die Erforschung des Vertragswillens massgebend sind. —

K. H-e.

Hrn. Arch. M. H. in Halle. Nicht der bei den Verhandlungen betheiligte Rechtsanwalt oder der beurkundende Notar, sondern Sie sind derjenige, welcher für den vorgefallenen Irrthum verantwortlich ist. Sie hätten eben die Rechtmässigkeit der Hypothek nicht behaupten dürfen, wenn Sie Ihrer Sache nicht sicher waren. Gewissheit konnten Sie jedoch verschaffen, wenn Sie Ihre Auskunftsperson nannten und so bewirkten, dass deren Wissen festgestellt wurde. Im übrigen handelt es sich um keine Angelegenheit von allgemeinem Interesse, sodass wir Ihnen nur rathen können, um unliebsamen Weiterungen, die auf das Strafrechtsgebiet hinübergespielt werden könnten, zu entgehen, sich des Beistandes eines zuverlässigen Rechtskundigen zu bedienen und thunlichst zu versuchen, einen angemessenen Vergleich herbeizuführen, falls zu besorgen ist, was wir ja nicht wissen können, dass der Zeuge jetzt für Ihren Gegner aussagt und das Ihnen Erklärte nicht mehr wahrhält. —

K. H-e.

Hrn. E. R. in Strelitz. Wenden Sie sich an die A.-G. für Beton- und Monierbau, Berlin W., welcher das reichste Material auf diesem Gebiete zur Verfügung steht. —

Hrn. F. S. K. in München. Die Firma Martenstein & Josseaux, Offenbach a. M., welche für das System „Hennebique“ die Vertretung in Deutschland hat, wird Ihnen am besten Aufschluss geben können. Im übrigen finden sich verschiedene Mittheilungen über dieses System in „Le Génie Civil“ letzte Jahrgänge. —

Anfragen an den Leserkreis.

Liegen Erfahrungen darüber vor, ob sich Zechen-Koks für Zentralheizungen (Niederdruck-Dampfheizung) besser eignet als Gas-Koks? Welche Sorte greift die Heizung am wenigsten an?

F. J. Sch. in M.

Inhalt: Die Architektur auf der Pariser Weltausstellung des Jahres 1900 (Schluss). — Einiges über die Wohnsnoth. — Die Erderschütterungen der Londoner Zentral-Untergrundbahn. — Mittheilungen aus Vereinen. — Vermischtes. — Todtenschau. — Preisbewerbungen. — Personal-Nachrichten. — Brief- und Fragekasten.

Hierzu eine Bildbeilage: Anordnung der Deutschen Kunstausstellung auf der Weltausstellung zu Paris i. J. 1900.

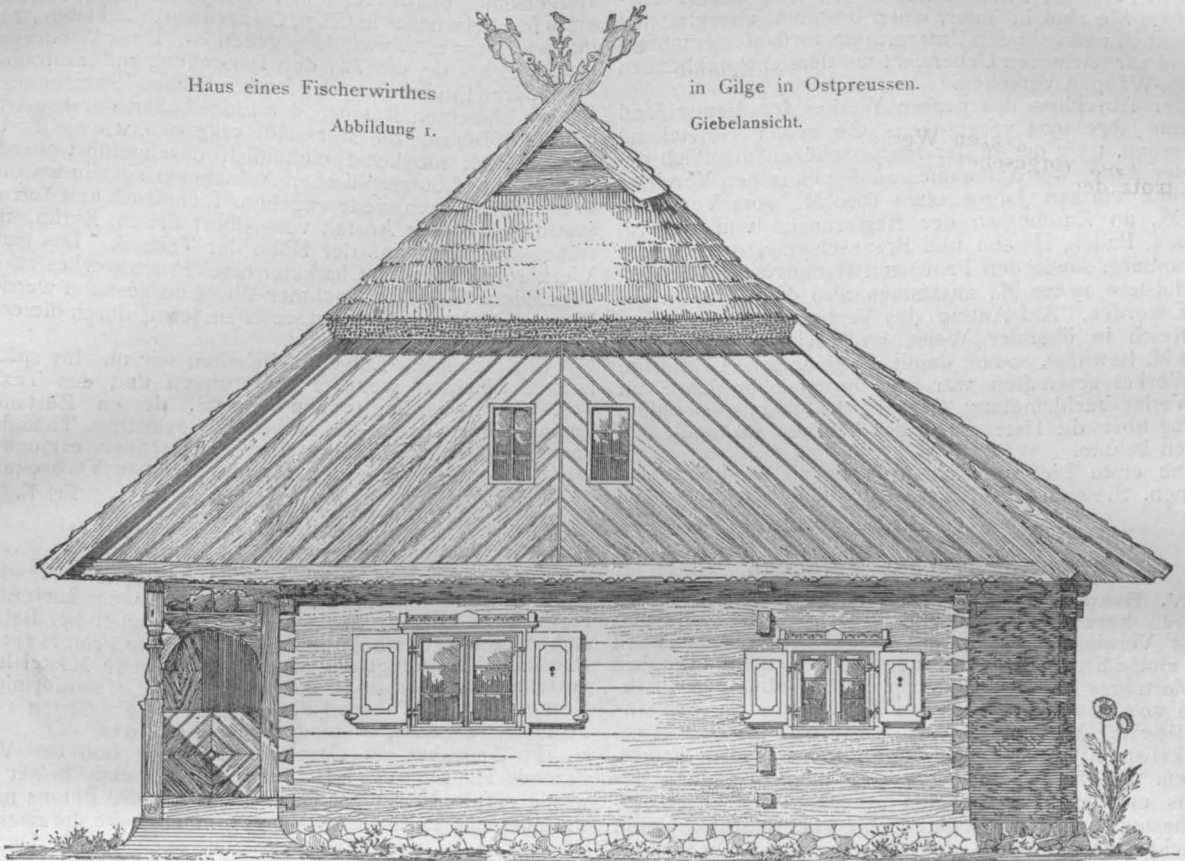
Kommissionsverlag von Ernst Toeche, Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann, Berlin. Druck von Wihl. Greve, Berlin SW.

Haus eines Fischerwirthes

Abbildung 1.

in Gilge in Ostpreussen.

Giebelansicht.



Das Bauernhaus im deutschen Reiche und in seinen Grenzgebieten.

Herausgegeben vom Verbands deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine.^{*)}

Fast 9 Jahre sind verflossen, seit auf der Abgeordneten-Versammlung in Leipzig im Jahre 1892 auf Anregung der Vereinigung Berliner Architekten der Beschluss gefasst wurde, eine „Darstellung und Entwicklungsgeschichte des deutschen Bauernhauses durch sachgemässe Aufnahmen typischer Formen“ auf den Arbeitsplan des Verbandes deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine zu setzen, um so die interessanten Reste aus der ländlichen Eigenart hervorgegangener Werke einer volksthümlichen Baukunst, die leider den Anforderungen der Bauordnungen in gesundheitlicher und feuerpolizeilicher Hinsicht, namentlich aber auch der Verbreitung der gesteigerten städtischen Bedürfnisse und Gewohnheiten mehr und mehr zum Opfer fallen, vor ihrem gänzlichen Verschwinden in Wort und Bild festzuhalten, und damit gleichzeitig neue Grundlagen für die „Erkenntniss über das Wesen und die Entwicklungsgeschichte der Volksbaukunst“ überhaupt zu gewinnen. Bekanntlich übernahm die Vereinigung Berliner Architekten zunächst die vorbereitenden Arbeiten zur Aufstellung der Grundsätze sowie eines Arbeitsplanes, nach welchem die weitere Bearbeitung auf die Einzelvereine vertheilt werden sollte, denn auf deren freiwillige Mitarbeit musste in erster Linie gerechnet werden, wollte man nicht das gross angelegte Unternehmen von vornherein an den Kosten scheitern sehen. Die Vorarbeiten waren dann 1894 so weit gediehen, dass auf der Abgeordneten-Versammlung in Strassburg ein besonderer Ausschuss mit der Inangriffnahme des Werkes betraut werden konnte, dessen Vorsitz der damalige Verbands-Vorsitzende, der jetzige Ob.-Baudir. Hr. Hinckeldeyn, übernahm und bis heute noch führt. Gleichzeitig wurde aber das Unternehmen noch auf eine gleichzeitige Basis gestellt, indem auch mit den deutsch-stämmlichen Nachbarländern, mit Oesterreich und der Schweiz, vertreten durch ihren Ingenieur- und Architekten-Verein, in Verbindung getreten wurde, um auch diese zum Anschluss, zur Aufnahme des Bauernhauses in ihrem Gebiete zu veranlassen, um so ein vollständiges Bild zu gewinnen. Der Vorschlag wurde dort ebenfalls mit Beifall

aufgenommen und man einigte sich dahin, nach gleichen Grundsätzen und in gleicher Darstellung und Ausstattung ein gemeinsames Werk „Das Bauernhaus in Deutschland, Oesterreich-Ungarn und der Schweiz“ herauszugeben, das in 3 selbständige, von den Vereinen der betr. Länder für sich zu bearbeitende Einzelbände zerfallen sollte.

Wir haben in der Dtschn. Bztg. seit 1895, dem eigentlichen Beginne der Aufnahmen, die theils von den Vereinen selbst bewirkt bzw. unterstützt, theils von einzelnen Persönlichkeiten, von den Kreis- und Provinzial-Baubeamten, auch von Studierenden unter Leitung von Fachmännern vorgenommen wurden, fortlaufend berichtet, mehrmals auch unter Beibringung von Beispielen einzelner als Muster dienender Aufnahmen, vergl. namentlich Jahrg. 1895, 96 und 98, sodass wir uns mit einem Verweise auf diese Vorgänge begnügen können. Man ging nun energisch an die Arbeit und überall in Deutschland wurde gesammelt und gezeichnet, und so ein überreiches Material zusammengetragen, dessen Sammlung, Sichtung und weitere Bearbeitung für Norddeutschland Hr. Provinzial-Konservator Baurath Lutsch in Breslau, für Süddeutschland Hr. Architekt Professor Kossmann, Karlsruhe, übernahmen, welchen auch die Bearbeitung des Textes vom fachtechnischen Standpunkte obliegt, während Hr. Geh. Baurath Hossfeld, Berlin, die technische Herstellung und Drucklegung der Tafeln überwacht. Hr. Prof. Dr. Dietrich Schäfer in Heidelberg wird sich schliesslich der Herstellung des wissenschaftlichen Textes vom historischen und kulturhistorischen Standpunkte unterziehen.

Der Umfang des ganzen Werkes, das Deutsche Reich betreffend, ist jetzt auf 120 Tafeln von 38/34 cm Grösse festgesetzt, welche in 10 Lieferungen zu je 12 Tafeln erscheinen. Dem letzten Hefte wird der Text beigegeben, der auf einem Umfang von 25 Bogen gleicher Grösse (das Format ist noch nicht endgültig festgestellt) bemessen werden soll. Die Tafeln werden, wo angängig, unmittelbar nach den Originalzeichnungen in Strichätzung, bzw. zum kleineren Theile in Lichtdruck nach photographischen Aufnahmen hergestellt. Der Stoff gliedert sich nach 4 Hauptgebieten, welche Westdeutschland bis zur Elbe innerhalb

^{*)} Verlag von Gerhard Köhmann, Dresden. Preis des ganzen Werkes für Verbandsmitglieder 30 M., für Nichtmitglieder bei Subskription 60 M., Ladenpreis 80 M.

der niederdeutschen Sprachgrenze, das ostelbische Kolonisationsgebiet, Mitteldeutschland bis Main und Saar und schliesslich Süddeutschland umfassen. Die Blätter aus den einzelnen Unterabtheilungen dieser Hauptgruppe erscheinen natürlich zwanglos, nach der Zeit ihrer Fertigstellung. Sie sind in jeder, einen bestimmt abgegrenzten Landestheil umfassenden Untergruppe, fortlaufend nummeriert und zur leichteren Uebersicht mit dem entsprechenden Landes-Wappen versehen.

Der Abschluss des ganzen Werkes für Deutschland ist zum Jahre 1903 vorgesehen. Zu seiner Herstellung sind schon, trotz der in der Hauptsache unentgeltlich geleisteten Arbeit der Aufnahme von den einzelnen Vereinen bis Mitte vorigen Jahres etwa 6600 M., vom Verbands 7700 M., an Zuschüssen der Regierungen von Bayern, Sachsen, Baden, Hessen und Braunschweig, dem Senate in Hamburg, sowie den Provinzen Hannover und Schleswig-Holstein 19800 M., zusammen also rd. 34000 M. geleistet worden. Auf Antrag des Verbandsvorstandes hat das Reich in liberaler Weise im Vorjahre schliesslich 30000 M. bewilligt, sodass damit die finanzielle Grundlage des Werkes geschaffen war und im gleichen Jahre mit der Verlagsbuchhandlung Gerhard Kühtmann, Dresden, Vertrag über die Herstellung des Werkes abgeschlossen werden konnte.

Die erste Lieferung ist Anfangs dieses Jahres erschienen. Sie enthält Aufnahmen aus dem Schwarzwalde,

dem Odenwald, aus Westfalen, Hannover, Oldenburg, Bremen, Mecklenburg, Schlesien, Ostpreussen, von denen wir einige 1895 und 1896 in der Deutschen Bauzeitung schon veröffentlicht haben. Wir entnehmen diesem ersten Hefte ferner die interessante Zeichnung des Bauernhauses eines Fischerwirthes in Gilge, Ostpreussen, die in den Abbildungen S. 125 u. 127 wiedergegeben ist. Diese Wiedergabe lässt gleichzeitig die Art der Darstellung mit Eintragung der inneren Einrichtung, der landesüblichen Bezeichnungen für die einzelnen Räume, der Einzelheiten der konstruktiven Anordnung, die Maassstäbe erkennen, wie sie für das ganze Werk möglichst einheitlich durchgeführt werden sollen. Die photographischen Aufnahmen sind in warmen, bräunlichen Tönen wiedergegeben. Lichtdruck und Aetzung stammen aus der Anstalt von Albert Frisch, Berlin, und stehen durchaus auf der Höhe der Technik. Das ganze Werk soll, ohne den Charakter eines Prachtwerkes zu erhalten, in würdiger, vornehmer Weise ausgestattet werden. Dieses Ziel ist, wie der Augenschein lehrt, durch die erste Lieferung jedenfalls erreicht.

Ein sachliches Eingehen behalten wir uns für später, nach Erscheinen weiterer Lieferungen und des Textes vor. Dem verdienstvollen Werke, dessen Zustandekommen nur durch die mühevollen, selbstlose Thätigkeit einer grossen Zahl berufener Fachmänner ermöglicht werden konnte, wünschen wir die weiteste Verbreitung.

Fr. E.

Mittheilungen aus Vereinen.

IV. Hauptversammlung des deutschen Betonvereins. Unseren kurzen Mittheilungen über die Verhandlungen dieses Vereins in No. 19 d. Jahrgs. seien nachstehend noch einige Ergänzungen hinzugefügt, namentlich bezüglich des Vortrages des Hrn. Bauinsp. Böhm über den „Einfluss von Eiseneinlagen im Zementbeton und das elastische Verhalten von Zement-Eisen-Konstruktionen“ und der sich daran anknüpfenden Erörterungen. Redner hob hervor, dass die Verbindung des Eisens mit dem Zementbeton als einer der beachtenswerthesten Fortschritte auf dem Gebiete der Baukonstruktion betrachtet werden könne, der seit langem gemacht worden sei. Vor etwas über 2 Jahrzehnten von einem Nichtfachmanne zufällig erfunden, hat sich diese Konstruktion bald eine grosse Beliebtheit erworben und ist anfangs namentlich in Deutschland praktisch und theoretisch besonders ausgebildet worden. Neuerdings aber steht Frankreich, wie die letzte Weltausstellung dargethan hat, an der Spitze auf diesem Gebiete, es sind dort zahlreiche verschiedene Systeme entstanden, die eine mehr oder weniger grosse Abweichung von der gemeinsamen Stammutter der Monier-Konstruktion zeigen. Es mag dieses rasche Aufblühen in Frankreich wohl in der grösseren Freiheit, der grösseren Beweglichkeit in baupolizeilicher Beziehung liegen. Man begnügt sich dort mit den praktisch nachgewiesenen Ergebnissen, während die deutsche Gründlichkeit zunächst noch nach allen Richtungen hin den theoretischen Nachweis der durch Versuche gewonnenen Erfahrungen verlangt. Vor allem bestand bisher noch eine Lücke, es fehlte an der erschöpfenden Erkenntniss des elastischen Verhaltens der beiden verbundenen Materialien. Hier haben sorgfältige Versuche des französischen Ingenieurs Considère, die dieser vor 2 Jahren mit der Biegung unterworfenen Betonstäben mit und ohne Eiseneinlage anstellte, wichtige Aufschlüsse ergeben. Es wurden die Dehnungen an den Kanten genau gemessen, daraus die Lage der neutralen Axe und der auf das Eisen bezw. den Beton entfallende Druck bezw. Zug berechnet. Während nun bei reinen Betonstäben schon bei $\frac{1}{10}$ mm Dehnung auf 1 m Länge die einer 3fachen Sicherheit entsprechende Zugbelastung von 7 kg auf 1 qcm entsteht, ertrugen Stäbe, die 6 cm im Quadrat Stärke besaßen und in 7 mm Tiefe unter der Oberfläche Eisendrähte von 4,25 mm Durchmesser zeigten, Dehnungen auf 1 m Länge von 2 mm, also das 20fache obiger Zahl, ohne die geringsten Risse zu zeigen. Die Stäbe wurden 139000 Mal belastet und entlastet; dann schnitt man mittels feiner Säge aus der gezogenen Seite des Stabes zwischen den Eisendrähten einen kleinen Betonstab heraus, der beim Zerreißen noch 22 kg Festigkeit auf 1 qcm zeigte. Es ist damit durch wissenschaftliche Versuche nachgewiesen, was man aus den praktischen Ergebnissen bisher ja schon schliessen musste, dass in der Verbindung von Eisen und Beton ersteres den letzteren in seiner Festigkeit unterstützt. Considère vergleicht diese Verbindung einem aus weichem und hartem Stahl zusammengeschweissten Stabe. Wird der weiche Stahl allein gezogen, so bildet sich bei Ueberschreitung einer bestimmten Belastung an der schwächsten Stelle eine Einschnürung, dann folgt rasch der

Bruch des Stabes. Die Bildung dieser Einschnürung wird durch das härtere Material verhindert, die Dehnungsfähigkeit dadurch wesentlich erhöht. Dass ähnliche, wenn auch nicht messbare Einschnürungs-Erscheinungen auch bei Betonstäben auftreten, scheint aus Versuchen von Prof. Hartig, Dresden, hervorzugehen, der aus demselben Mörtel hergestellte Probekörper in der üblichen und in stabförmiger Gestalt prüfte. Während die ersteren nach 7 Tagen 15 kg Festigkeit ergaben, besaßen letztere nur 6 kg. —

Im Anschluss an diese Ausführungen hob der Vorsitzende Hr. Dyckerhoff hervor, dass man bisher zu wenig auf die Veränderung der Elastizität des Betons nach Verlauf längerer Zeit Rücksicht genommen habe, die zweifellos vorhanden sei. Man baue aber doch für die Dauer. Diese wichtige Frage hat in Frankreich Veranlassung zur Bildung einer besonderen, vom Minister der öffentlichen Arbeiten einberufenen Kommission gegeben, zu welcher ausser bekannten Ingenieuren auch die drei grössten französischen Zementfirmen (darunter Hennebique) zugezogen seien. Auch der Vorstand des Betonvereins werde sich mit dieser Frage beschäftigen. Er selbst stehe zurzeit noch auf einem abwartenden Standpunkte der Verbindung von Zementbeton und Eisen gegenüber, weil die Dauer dieser Konstruktionen, da das Eisen dem Rosten unterworfen, noch nicht hinreichend erwiesen sei. Besonders bei Konstruktionen im Freien halte er diesen Umstand, namentlich in Hinsicht auf die Veränderlichkeit des Elastizitätsmoduls des Betons, der zu Rissbildung führen werde, für nicht ungefährlich. Diese Ausführungen des Vorsitzenden erfuhren lebhaften Widerspruch von verschiedenen Seiten, namentlich von Hrn. Reg.-Bmstr. Koenen, der die Dauerhaftigkeit der Monierkonstruktion bei dem dauernden Schutz der eingelegten Stäbe gegen Rosten doch für nachgewiesen erachtete. Rosterscheinungen am Eisen könnten bei sorgfältig hergestellten Konstruktionen in Stampfbeton nicht auftreten, während sie bei Guss, in dem sich Blasen bildeten, vielleicht möglich wären. Allseitig erkannte man an, dass es wünschenswerth sei, möglichst alle Fälle zu untersuchen, bei denen Konstruktionen abgebrochen werden, die im Zement bezw. sonstigen Mörteln Eiseneinlagen enthalten. Hr. Reg.-u. Brth. Eger theilte hierzu mit, dass in Berlin die Organe der Baupolizei jetzt angewiesen seien, bei Abbrüchen überall hierauf besonders zu achten, sodass man hoffe, allmählich ein grösseres Erfahrungsmaterial zusammenbringen zu können. —

Von allgemeinem Interesse waren schliesslich die Ausführungen und Betrachtungen, welche Hr. Prof. Büsing an ein sehr abfälliges süddeutsches Gutachten über die Anwendung von Zementröhren und Stampfbetonkanälen bei städtischen Entwässerungs-Anlagen knüpfte. In diesem Gutachten wird dem Zement vorgeworfen, dass er treibe, also die Muffen der mit ihm vergossenen Zementröhren sprengte, dass er von dem säurehaltigen Kanalwasser angegriffen werde, und dass er ausserdem nicht dicht sei. Die letzte Behauptung bedarf keiner ausdrücklichen Widerlegung, da sie der Erfahrung in jeder Hinsicht widerspricht, die erstere ist ebenfalls als allgemein gefasstes Urtheil durchaus unrichtig, wenn ja auch stellenweise treibender Zement vorkommt. Dass Säuren den Zementbeton an-

greifen, ist bekannt; aber ebenso bekannt sollte sein, dass die Säuren im allgemeinen in die Kanalwässer in so verdünnter Form eintreten, dass sie nicht mehr schädlich werden können. Die Versuche des Hrn. Prof. Kämmerer, Nürnberg, aus den 70er Jahren, auf welche sich das Gutachten stützte, sind mit zerkleinerten Materialien mit Säure von 2% ausgeführt worden und haben dabei für Beton grössere Verluste, als z. B. für Ziegelbrocken und Thon ergeben; eben dieser Prof. Kämmerer hat aber spätere Untersuchungen der Nürnberger Kanalwässer vorgenommen, die wegen der hochentwickelten Metallindustrie Nürnbergs verhältnissmässig hohen Säuregehalt enthalten, und hat dort nur einen Prozentsatz von $\frac{1}{160}$ gefunden. An den Ein-

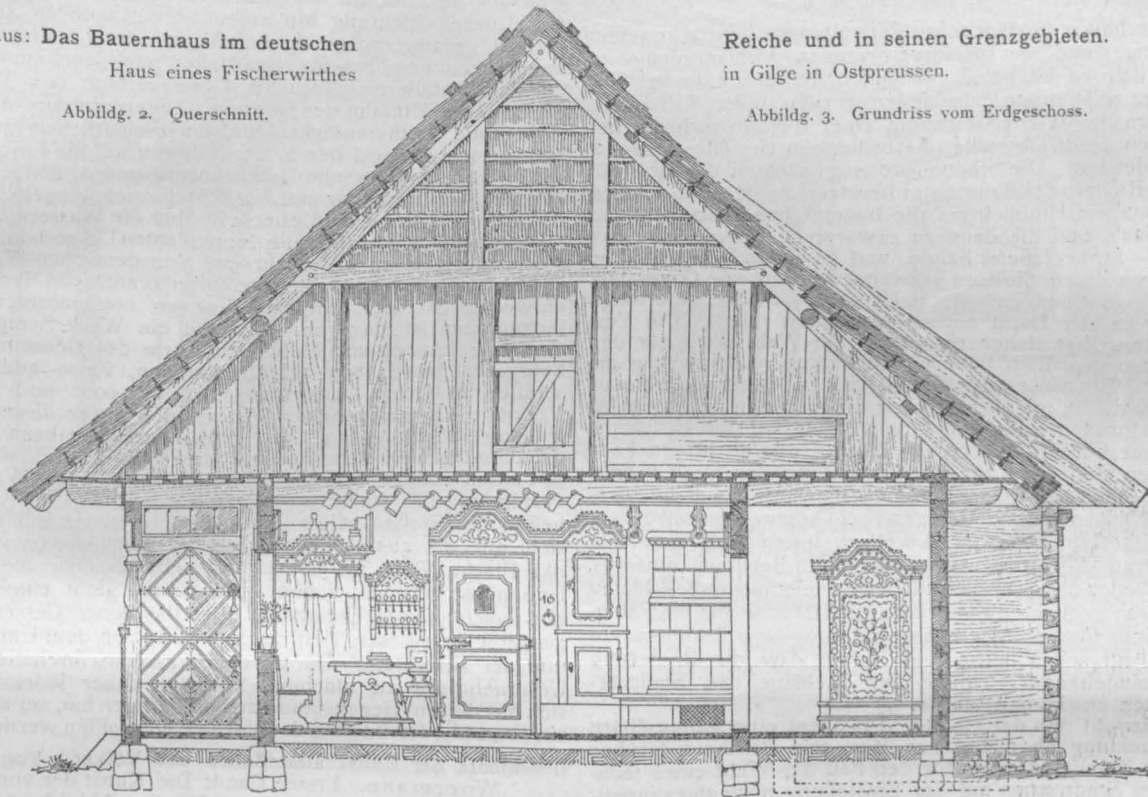
Vermischtes.

Auf ein 125jähriges Bestehen konnte die bekannte Berliner Steinmetz-Firma P. Wimmel & Co. am 11. d. M. zurückblicken, ein um so selteneres Jubiläum, als noch heute in der 4. Generation dieselbe Familie im Besitze des Hauses geblieben ist, dem nunmehr seit 1868 der Urenkel des Begründers Hofsteinmetzmeister Paul Wimmel, seit Anfang der 70er Jahre in Gemeinschaft mit dem Hofsteinmetzmeister Paul Rasche als Mitinhaber vorsteht. Es ist ein interessantes Stück Berliner Baugeschichte, das sich aufrollt, wenn man die Bauwerke betrachtet, an deren Entstehen die Werkstatt thätig und erfolgreich mitgewirkt

Aus: Das Bauernhaus im deutschen

Haus eines Fischerwirthes

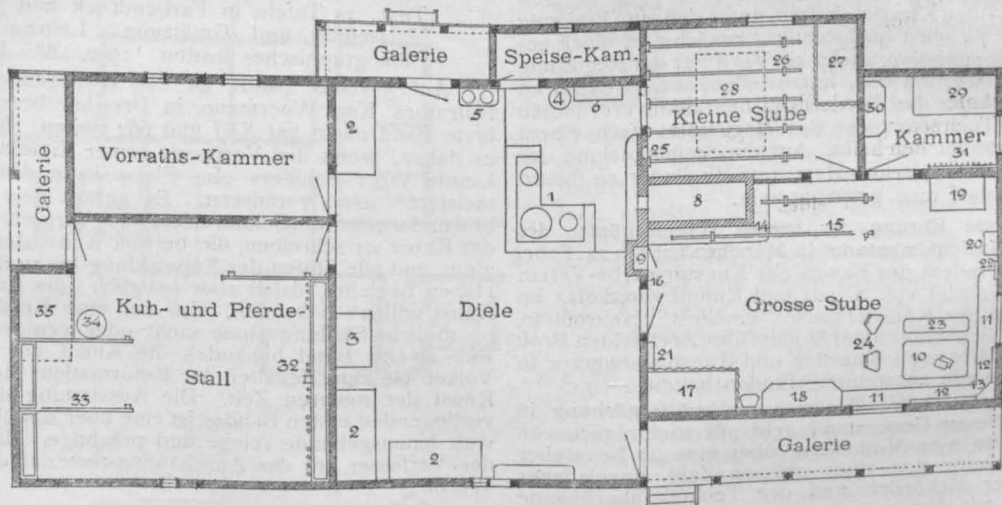
Abbildg. 2. Querschnitt.



Reiche und in seinen Grenzgebieten.

in Gilge in Ostpreussen.

Abbildg. 3. Grundriss vom Erdgeschoss.



läufen usw. findet sich naturgemäss unter Umständen ein höherer Säuregehalt, dessen zulässige Grenze z. B. für Berlin auf $\frac{1}{10}$ festgesetzt ist.

Wenn sich nun also einzelne Fälle gezeigt haben, wo infolge zu hohen Säuregehaltes Beton- bezw. Zementrohre angegriffen worden sind, so sind das solche Ausnahmefälle, dass mit ihnen in der Praxis bei guter Herstellung nicht gerechnet zu werden braucht. Die Erfahrung hat im Gegensatz zu den Behauptungen des Gutachtens erwiesen, dass sich Betonkanäle und Zementrohre in städtischen Entwässerungs-Anlagen vollkommen bewährt haben und ihrer Anwendung gegenüber den anderen Materialien durchaus keine besonderen Hindernisse im Wege stehen. —

hat. 1776 liess sich der aus Hessen eingewanderte Begründer des Geschäftes Johann Heinrich Wimmel als Meister in Berlin nieder und führte unter anderem für Gontard die Königskolonnen und die Kuppelhürme des Gensdarmenmarktes, wie später für den älteren Langhans das Brandenburger Thor aus. Das Mausoleum in Charlottenburg, das Schauspielhaus, die neue Wache, das alte Museum und das Palais Kaiser Wilhelms I. brachten die Firma mit Schinkel und dem jüngeren Langhans in Beziehung, während in der 3. Generation Arbeiten für die Schlosskuppel und Schlosskapelle, das neue Museum, das Opernhaus und andere Bauten die Namen von Stüler, Persius, Strack, Gropius, Rauch und Schadow unter die Auftraggeber des Hauses Wimmel einreihen. In neuerer

Zeit hat die Firma an fast allen Monumentalbauten in Berlin regen Antheil genommen, so am Siegesdenkmal auf dem Königsplatze, Reichshaus, Technische Hochschule Charlottenburg, dem Nationaldenkmal, Schlossumbau, Landtagsgebäude, sowie an mehreren Brücken der Stadt Berlin usw. Zu erwähnen ist bei letzteren die Neuherstellung des Marmor-Sockels vom Denkmal des Grossen Kurfürsten. Selbstverständlich entwickelte die Firma eine lebhaftere Thätigkeit auch ausserhalb Berlin, es kann jedoch nicht unsere Aufgabe sein, hierauf näher einzugehen. Hingewiesen sei nur auf die auch 1896 auf der Gewerbe-Ausstellung in Berlin ausgestellten Ausführungen für die St. Rochus-Kapelle in Bingen a. Rh., die als ein Bravourstück der Steinmetztechnik der Firma die goldene Staats-Medaille für gewerbliche Leistungen eintrugen. —

Techniker in städtischen Verwaltungen. Zwischen dem Magistrat und der Stadtverordneten-Versammlung zu Spandau ist ein Streit entstanden, der durch die kgl. Regierung zu Potsdam entschieden werden sollte. Es handelt sich um die Wiederbesetzung einer frei gewordenen besoldeten Stadtrathsstelle, die bisher ein Gerichts-Assessor bekleidet hat. Die Stadtverordneten wollten dieselbe mit einem Regierungs-Baumeister besetzen, da sie einen solchen — zumal im Hinblick auf die bevorstehende Entfestigung Spandau's und die dann zu erwartende Entwicklung der Stadt — für geeigneter halten, und da einige Dezerenate, die jetzt von einem Juristen verwaltet werden, wie Gasanstalt, Grundeigenthumssachen, nach ihrer Ansicht überhaupt besser in der Hand eines Baubeamten ruhen. Die Versammlung hat daher einmüthig die Wahl eines für den Hochbau geprüften höheren Technikers in Vorschlag gebracht. Ebenso einmüthig hat sich indessen andererseits der Magistrat mit sämmtlichen anwesenden Stimmen für einen Juristen entschieden und zwar auf die Erklärung des Oberbürgermeisters hin, dass er nur in diesem Falle die Verantwortung für die Verwaltung der Stadt fernerhin übernehmen könne. Bemerkenswerth erscheint, dass diese Erklärung durchschlagend sein konnte, obwohl ausser dem Oberbürgermeister 2 weitere Juristen als besoldete Magistrats-Mitglieder angestellt sind. Betrübend muss es, dass weder der Stadtbaurath noch einer der unbesoldeten technisch gebildeten Stadträthe mit Thatkraft für die Fähigkeit eines Fachgenossen eingetreten zu sein scheinen. In der Bürgerschaft hoffte man sicher, dass die Regierung nach eingehender Prüfung der Sachlage den Stadtverordneten zustimmen werde.

Obwohl nun der Hr. Reg.-Präsident eine unmittelbare Entscheidung abgelehnt hat, lässt sein Bescheid darüber keinen Zweifel, dass er für den Fall der Wahl eines technischen Stadtrathes auf der Einstellung noch eines juristischen Magistrats-Mitgliedes bestehen wird. Im übrigen überlässt er beiden Körperschaften, unter sich eine Einigung zu erzielen. Es wird beabsichtigt, zunächst in einer gemeinsamen Kommission, zu der ein Vertreter der Regierung hinzugezogen werden soll, festzustellen, inwieweit durch die Geschäftslage die Forderung der Stadtverordneten nach einem Techniker, die des Magistrates nach einem Juristen begründet erscheint. Auf die Stellungnahme der verschiedenen technischen Magistrats-Mitglieder zu diesen Beratungen darf man gespannt sein. —

Eine grosse Ehrung der beiden Hauptschöpfer des bayerischen Nationalmuseums in München hat am 24. Febr. stattgefunden, indem der Bayerische Kunstgewerbe-Verein den Herren Gabriel von Seidl und Rudolf von Seitz im grossen Saale des Künstlerhauses ein Fest veranstaltete, zu welchem sich unter dem Vorsitz des Architekten Prof. Friedr. von Thiersch Künstler und Kunsthandwerker in schöner Harmonie zusammengefunden hatten. —

Feuersicheres Holz. Zu unserer Veröffentlichung in No. 4 über diesen Gegenstand geht uns nachträglich von amtlicher Seite eine Mittheilung über eine im November v. J. in Hamburg vor einer grossen Zahl eingeladener Vertreter der Behörden und der Technik abgehaltene Brennprobe mit dem von der Zernsdorfer Fabrik präparirten Holze zu, die wir glauben im Interesse unserer Leser wiedergeben zu müssen. Bei dieser Probe, die von den Vertretern der Fabrik, allerdings nach besonderer Angabe anwesender Feuerwehroffiziere geleitet wurde, stürzte das Dach des aus gewöhnlichem Holze hergestellten Holzbaues nach 13 Minuten Brennzeit, dasjenige des aus dem imprägnirten Holze hergestellten nach 30 Minuten zusammen. Nach Ablösung des aufgehäuften Brennstoffes mit Wasser, also nach Beseitigung der Feuerwirkung von Aussen, brannte das als feuersicher bezeichnete Holz weiter, sodass der betreffende Holzbau in 1½ Stunden vollständig vom Feuer verzehrt war. Von derselben Seite geht uns jedoch auch die Mittheilung zu, dass kleinere, anderweit angestellte Proben bessere Ergebnisse erzielt

haben. Das letzte Wort ist in dieser Sache also noch nicht gesprochen und es wäre zu wünschen, wenn es der Fabrik gelänge ihr Verfahren so zu vervollkommen, dass man wirklich von „feuersicherem Holze“, soweit das überhaupt möglich ist, sprechen kann. —

Bücherschau.

Die wasserwirtschaftliche Vorlage von Sympher, Reg.- und Brth., mit 3 Karten. Berlin 1901. Verlag von Mittler & Sohn. Preis 1,50 M.

Die vorliegende Schrift, aus der Feder wohl unseres besten Kenners der Verkehrs- und wirtschaftlichen Verhältnisse unserer Wasserstrassen entstammend, der, soweit uns bekannt, an der Bearbeitung der Vorlage selbst nach dieser Richtung hin einen hervorragenden Antheil hat, ist gerade rechtzeitig bei Beginn der Landtags-Verhandlungen erschienen. Bearbeitet nach den amtlichen Quellen zerfällt sie gleich der Gesetzvorlage in 2 Theile, deren 1. den Umfang des Gesamt-Unternehmens, dessen Bedeutung, Nothwendigkeit und wirtschaftlichen Einfluss behandelt, während der 2. des Näheren auf die Einzelentwürfe, deren technische Durchführung und zu erwartende Wirkung in kultureller und Verkehrshinsicht eingeht. Von den 3 Karten sind 2, die Uebersicht über die Wasserstrassen Deutschlands mit Eintragung der geplanten Umgestaltungen, sowie die Karte des Verkehrs auf den deutschen Wasserstrassen i. J. 1895, welche letztere übrigens auch von Sympher entworfen ist, der amtlichen Vorlage entnommen. Neu hinzugefügt ist dagegen, ebenfalls ein Werk Symphers, die sehr interessante Uebersichtskarte des Gesamtverkehrs im Jahre 1899 auf Eisenbahnen, Fluss- und Seeschiffen in Orten Deutschlands mit 500 000^t und mehr Verkehr. In schlagendster Weise wird durch diese Darstellung die Bedeutung der geplanten neuen bzw. auszubauenden Verkehrswege hervorgehoben, durch welche fast alle wichtigen Verkehrszentren in unmittelbare Wasser-Verbindung mit einander gesetzt werden. Auf die Einzelheiten des Stoffes näher einzugehen, erübrigt mit Rücksicht auf die ausführlichen Mittheilungen, welche wir in der Dtschn. Bztg. im Januar und Februar über die Vorlage selbst gebracht haben. Die Schrift giebt eine klare und erschöpfende Uebersicht über das ganze Gebiet und gestattet dem Leser, sich rasch ein Bild von dem Umfange und der Bedeutung des grossen wasserwirtschaftlichen Unternehmens zu machen. Sie kann daher Jedem, der sich mit diesem Gegenstande zu beschäftigen hat, sei er nun ein Freund oder Gegner der Vorlage empfohlen werden. —

Geschichte der Kunst aller Zeiten und Völker. Von Karl Woermann. Erster Band: Die Kunst der vor- und ausserchristlichen Völker. Mit 615 Abbildungen im Text, 15 Tafeln in Farbendruck und 35 Tafeln in Holzschnitt und Tonätzung. Leipzig und Wien. Bibliographisches Institut. 1900. 8°. Pr. 17 M.

Auf 3 starke Bände ist das vorliegende Werk des Hofrathes Karl Woermann in Dresden berechnet. Der erste Band allein hat XVI und 667 Seiten. Man begreift es daher, wenn der Verfasser seiner Einleitung das bekannte Wort Schillers „Im Fleiss kann dich die Biene meistern“ usw. voransetzt. Es gehört eine starke und bewundernswürthe Selbstverleugnung dazu, eine Geschichte der Kunst zu schreiben, die bei der Kunst der Thiere beginnt, und alle Stufen der Entwicklung bis zu den höchsten Höhen begleitet, dabei aber lediglich „die Kunst um der Kunst willen“ behandelt, also auf eine Kritik oder eine persönliche Stellungnahme mehr oder weniger verzichtet. Der zweite Band behandelt die Kunst der christlichen Völker bis zum Zeitalter der Reformation, der dritte die Kunst der neueren Zeit. Die Ausstattung des zunächst vorliegenden ersten Bandes ist eine über das übliche Maass weit hinausgehende reiche und prächtige. Mit Recht legt der Verfasser auf das Anschauungsmaterial den grössten Werth. —

Preisbewerbungen.

Bei dem internationalen Wettbewerb für das Stadthaus in Riga erhielten die Hrn. Arch. Rich. Walter und Hugo Heger in Charlottenburg den II. Preis in Höhe von 2000 Rbl. Den I. Preis von 3000 Rbl. erhielten die Hrn. Grahn, Hedmann Wasastjerna & Lindberg in Helsingfors. Weitere Preise fielen an die Hrn. Architekten Chessex & Chamorel-Garnier in Lausanne, Carl Jankowsky in Warschau und August Reinberg in Riga. —

Inhalt: Das Bauernhaus im deutschen Reiche und in seinen Grenzgebieten. — Mittheilungen aus Vereinen. — Vermischtes. — Bücherschau. — Preisbewerbungen.

Kommissionsverlag von Ernst Toeche, Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann, Berlin. Druck von Wihl. Greve, Berlin SW.

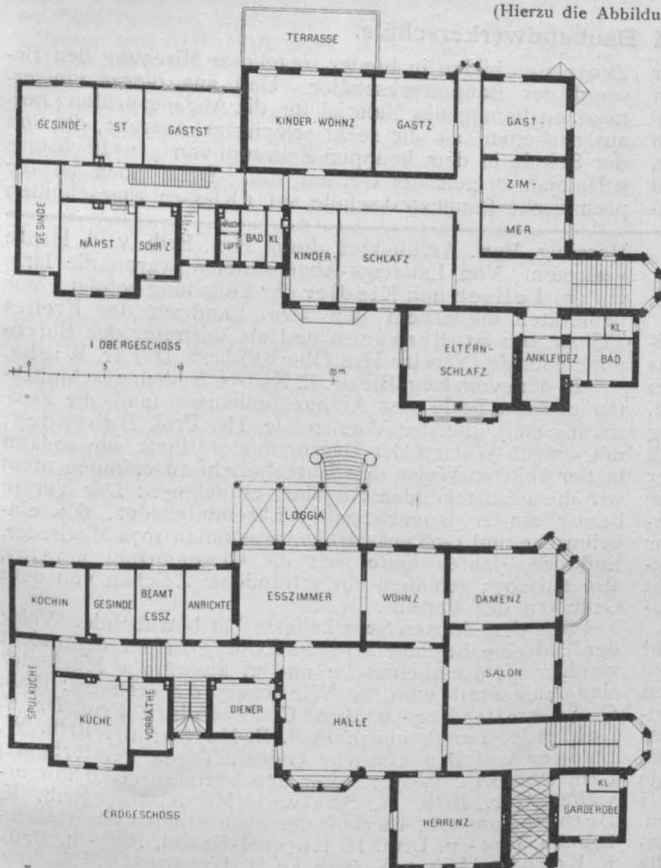


Ansicht der Halle.

Schloss Ornontowitz bei Gleiwitz.

Architekt: Professor Hugo Hartung in Grunewald bei Berlin.

(Hierzu die Abbildung auf S. 133.)



Schloss Ornontowitz bei Gleiwitz, dem Mittelpunkt des oberschlesischen kommerziellen Hütten- und Bergwerks-Verkehres, ein charakteristischer Neubau nach den Entwürfen des Architekten Professor Hugo Hartung in der Kolonie Grunewald bei Berlin, hat seine Lage mitten im Gutsparke des Besitzers, unmittelbar am Wirtschaftshofe erhalten und liegt auf einer Höhe, sodass die Baugruppe weithin sichtbar ist. Das Gebäude ist zum dauernden Aufenthalte des Gutsherrn bestimmt und mit dieser Bestimmung zugleich für die Ausübung umfangreicher Gastfreundschaft durch Beherbergung von Jagdgesellschaften usw. eingerichtet. Dem Wunsche des Bauherrn, die Jagd- und anderen Gäste des Hauses ihre Zimmer betreten zu lassen, ohne die Wohnräume der Familie zu berühren, erschwerte die Lösung der Grundriss-Anlage nicht unwesentlich und war zugleich die Veranlassung, das Gebäude nicht konzentrisch zu gruppieren, sondern es in seiner Anlage in zwei deutlich geschiedene Theile zu zerlegen, die gleichwohl aber sich unmittelbar berühren: in das Wohnhaus der Familie mit den Fremden-Gelassen, und in das Wirtschaftsgelände. Die so gegebene Verschiebung des Schwerpunktes der Gebäudegruppe wurde durch die Anlage eines Aussichtsturmes noch stärker betont.

Das Gebäude ist in seinem ganzen Umfange unterkellert. Die Kellerräume des Herrenhauses dienen zumtheil zu Wirtschaftszwecken, d. h. zur Aufnahme von Vorräthen und der Heizungs-Anlagen, zum anderen Theile sind die Wohnzwecke für den Diener nutzbar gemacht, dessen Räume

unter dem Eingangsflur, der Garderobe und dem Herrenzimmer liegen. Eine Nebentreppe vermittelt die unmittelbare Verbindung mit dem Eingangsflur. Die Kellerräume des Wirthschaftsgebäudes liegen in zwei Geschossen über einander; im oberen dieser Geschosse liegen Waschküche, Plättstube, Gesindebad, Backstube, Milch- und Obstkeller. Die Waschküche hat einen besonderen Eingang vom Hofe aus, damit die Wrasen nicht in die Vorrathskeller eindringen können. Das untere Kellergeschoss dient nur Vorrathszwecken. Durch diese Anlagen ergaben sich in diesem Gebäude theile andere Stockwerkshöhen wie im Herrenhause; der Höhenunterschied ist durch Treppenstufen ausgeglichen.

Die beiden Eingänge, der zum Wirthschaftsgebäude wie der zum Herrenhause, liegen dem Gutshofe zugekehrt. Den Haupteingang schützt ein hölzernes, mit Kupfer gedecktes Dach. Durch den gewölbten Eingangsflur erreicht man nach Zurücklegung einiger Treppenstufen und vor Betreten eines weiteren Treppenflures zur Rechten die Garderobe mit Kloset usw. Von hier aus gelangt man in den Treppenflur der Haupttreppe, welche nicht als Dielentreppe ausgebildet, vielmehr aus der Gruppe der Wohnräume ausgeschaltet worden ist, um, wie schon angedeutet, den Gästen des Hauses einen ungehinderten Verkehr mit ihren Wohnräumen zu ermöglichen, ein Ziel, welches andererseits auch wieder auf das ungestörte Familienleben zurückwirkt. Um die geräumige, mit einem Erker ausgebaut bereicherte, also diesmal treppenlose Halle lagern sich, mit Ausnahme des Damenzimmers jeweils mit besonderem Eingang, die Wohn- und Gesellschaftsräume in guten Abmessungen zu einer geschlossenen Raumgruppe. An die Halle schliesst sich unmittelbar der Wirthschaftsflur an; an diesem liegen einerseits Dienstzimmer, Nebentreppe, Küche mit Nebenräumen, andererseits Anrichte, Beamten-Esszimmer und Räume für Gesinde und Köchin.

Im Obergeschoss hat eine mehrfache Untertheilung der Räume stattgefunden. Es galt zunächst, vier Gastzimmer im Herrenhause, eines im Wirthschaftshause unterzubringen, dann das Eltern-Schlafzimmer mit Ankleidezimmer und Nebenräumen wie Bad usw. anzu-

legen, und schliesslich den Kindern zwei geräumige Schlaf- und ein Wohnzimmer vorzubehalten. Im Wirthschaftsgebäude liegen dann noch Gesindestuben, ein Schrankzimmer und eine Nähstube. Die im Erdgeschoss dem Esszimmer vorgelagerte Loggia mit Abstieg nach dem Park ist im Obergeschoss vor dem Kinderwohnzimmer freie Terrasse geworden. Weitere Räume enthält das zumtheil ausgebaute Dachgeschoss.

Für die Gestaltung des Aeusseren war die Vorliebe des Bauherrn für die heimische Kunst des 16. Jahrhunderts maassgebend. Bei der Wahl der Bauformen entschied sich der Architekt für die sächsische Färbung der deutschen Renaissance. Indem ihm als zu erreichendes Ziel eine einfache Baugruppe von guter Umrisslinie und dementsprechend günstiger Fernwirkung im Landschaftsbilde vorschwebte, gab er dem Bauwerke in unbefangener Weise jenes schlichte Gepräge natürlicher Wohnlichkeit, welches die Wohnhausbauten der sächsischen Renaissance überhaupt auszeichnet. Das liegt unter anderem in der Ausbildung der Einzelheiten, welche bei einer gewissen naiven Haltung eine urwüchsige Kraft zeigen, zumtheil aber auch in der grossen Flächenbehandlung des Daches und der Fassaden. Es will uns scheinen, als ob sich der Thurm nicht so glücklich in die Baugruppe einordne, wie die übrigen Bautheile. Jedenfalls ist das Werk eine reife Arbeit mit tiefer Empfindung für die eigenartige Feinheit der Bauweise der lausitzer und sächsischen Lande.

Der Bau ist im wesentlichen als Putzbau erstellt; nur an den Stellen ist Werkstein zur Verwendung gekommen, an welchen die Dauerhaftigkeit des Werkes dies erforderte. Die Putzflächen der Giebel wurden glatt behandelt, die der Geschosse dagegen rauh mit glatten Eckstreifen. Auf die künstlerische Erscheinung des Daches wurde kein geringerer Werth gelegt, wie auf die der übrigen Theile des Baues. Die Dachflächen zeigen Neigungen zwischen 45 und 60°; sie sind als Doppeldach mit Steinkehlen ausgeführt.

Von der Art des inneren Ausbaues giebt die am Kopfe dieser Nummer mitgetheilte Ansicht der Halle eine ungefähre Vorstellung. Die Ausführung des Baues erforderte eine Summe von rd. 150 000 M. —

Baugewerkschule und Bauhandwerkerschule.

Einer der am meisten fühlbaren Uebelstände, unter denen die Baugewerkschulen zu leiden haben, ist von jeher die Verschiedenheit der Vorbildung gewesen, die von den Schülern in die Anstalt mitgebracht wurde. Volksschüler, Mittel- und Realschüler, Gymnasiasten, Quartaner, Tertianer, Leute, die nicht richtig sprechen und schreiben können und solche im Besitz des Einjährigen-

Zeugnisses bilden in bunter, regelloser Mischung den Bestand der Baugewerkschüler. Und aus dieser einigermaassen homogenes Material für die Abgangsprüfung herauszuarbeiten, ist die recht schwierige Aufgabe, die von der Schule in dem knappen Zeitraum von 4 bis höchstens 5 Halbjahren geleistet werden soll. Denn noch ist die preussische Baugewerkschule auf 4 Klassen zugeschnitten

Das Schinkelfest des Architekten-Vereins zu Berlin.

Den Höhepunkt des Vereinslebens im Berliner Architekten-Verein bildet alljährlich das Jahresfest, das nach altem Brauche zum ehrenden Gedenken des Altmeisters Schinkel an seinem Geburtstage, dem 13. März, festlich begangen wird und in der feierlichen Ueberreichung der Medaillen an die Sieger im Schinkel-Wettbewerb durch den Hrn. Minister der öff. Arbeiten oder seinen Vertreter gipfelt. An diesem Tage findet sich dann auch so Mancher ein, der im Getriebe des öffentlichen Lebens den Bestrebungen und der Thätigkeit des Vereins mehr und mehr fremd geworden ist, um wenigstens diesen Ehrentag mitzufeiern, das Gefühl der Zusammengehörigkeit aufrecht zu erhalten und mit alten Freunden Erinnerungen auszutauschen.

Auch das diesjährige Schinkelfest war gut besucht und hatte einen schönen Verlauf. Leider war der Hr. Minister der öffentl. Arbeiten, nebst den Hrn. Ministerialdirektoren durch eine Ausschuss-Sitzung für die Berathung der Kanalvorlage verhindert, an dem Feste theilzunehmen. Das Ministerium war daher lediglich vertreten durch Hrn. Ob.-Baudir. Hinckeldeyn. Für die technische Hochschule war der derzeitige Rektor Hr. Geh. Brth. Prof. Fr. Wolff erschienen, der Berliner Künstlerverein war durch die Hrn. Prof. Jacoby und Manzel, der Verein für Eisenbahnkunde durch Hrn. Wirkl. Geh. Ob.-Brth. Streckert, die

Vereinig. Berl. Architekten durch Hrn. Brth. v. d. Hude vertreten. Von Landtags-Abgeordneten waren die Hrn. Daub, Felisch und Kindler der Einladung gefolgt. Wir bemerkten ausserdem den Hrn. Landrath des Kreises Teltow von Stubenrauch und als Vertreter der Ehrenmitglieder des Vereins Hrn. Oberbaudir. a. D. Exc. Wiebe.

In dem vom Reg.-Bmstr. E. Kohte festlich geschmückten grossen Saale des Architektenhauses fand die Festsetzung statt, die der Vorsitzende, Hr. Prof. Bubendey, mit einigen Worten der Begrüssung eröffnete, um sodann in der üblichen Weise den Jahresbericht zu erstatten, dem wir die nachstehenden Angaben entnehmen: Der Verein besass am 1. Januar 1900 5 Ehrenmitglieder, 669 einheimische und 1298 auswärtige, zusammen 1972 Mitglieder. Ende des Jahres hatte sich die Gesamtzahl um 103, also auf 2075 gehoben, ein erfreuliches Zeichen von dem Gedeihen des Vereins.

Seit dem letzten Schinkelfeste hat betrübender Weise der Tod eine besonders reiche Ernte gehalten, denn nicht weniger als 6 einheimische und 31 auswärtige Mitglieder sind dahingerafft worden. Wir nennen die ersten: Brth. G. Tolkmitt, Reg.- u. Brth. C. Schnebel, Prof. Dr. P. Lehfeldt, Landbauinsp. Prof. E. Hoffmann, Brth. W. Haeger und den erst vor einigen Tagen verstorbenen Geh. Oberbrth. Wetz; unter den letzteren seien nur erwähnt Geh. Brth. A. Skalweit-Magdeburg, Brth. K. Bethge-Bangkok, Direktor der siamesischen Staatseisenbahnen, Reg.- u. Brth. H. Rüppel-Kassel, Reg.- u. Brth. K. Koehne-Halle a. S., Brth. Fr. Hoffmann-Gr.-Räsch, No. 22.

und die 5., die Vorklasse, erst seit einem Jahre eingerichtet, um wenigstens die Möglichkeit zu haben, dass alle in die 4. Klasse eintretenden Schüler diejenigen Kenntnisse besitzen, welche der mehrklassigen Volksschule entsprechen; früher war selbst dieses bescheidene Maass nicht erreichbar, sodass in der 4. Klasse wohl die Hälfte der ganzen Unterrichtszeit zu Lehrgegenständen, wie Deutsch, Rechnen usw. verwendet werden musste, die in dieser Ausdehnung auf eine Fachschule schlechterdings nicht gehören. Die Einrichtung der Vorklasse hat es ermöglicht, dass die genannten Lehrgegenstände eine Verkürzung erfahren konnten, die den Fachwissenschaften zugute kommt. Aber auch jetzt noch müssen von den 44 Wochenstunden in Klasse 4 nicht weniger als 14, also fast $\frac{1}{3}$, und in Klasse 3 noch 7 Stunden für Elementarfächer, zu denen hier auch noch Trigonometrie und Stereometrie gerechnet seien, verbraucht werden. Dabei ist noch nicht einmal erwiesen, dass die Einrichtung der Vorklasse es ohne Schaden für die Mehrzahl der Schüler möglich erscheinen liess, das Freihandzeichnen so einzuschränken, wie es geschehen ist.

Wenn also auch die Einrichtung der Vorklasse mit Freuden begrüsst werden konnte, so hat sie doch noch nicht die Quellen der Unzuträglichkeiten verstopft, die aus der ungenügenden Vorbildung der Schüler entspringen; das Mindestmaass ihrer Vorkenntnisse ist etwas gehoben; aber es steht immer noch recht tief. Und der eine Uebelstand, die Ungleichmässigkeit der Vorbildung, ist überhaupt damit noch nicht berührt, geschweige denn beseitigt. Diese Ungleichmässigkeit aber kostet noch viel mehr Zeit und Mühe, als die Geringfügigkeit der Vorkenntnisse. Sie legt dem Lehrer nicht nur in der darstellenden Geometrie und in der Statik, sondern auch in den praktischen Fächern Hemmschuhe an, deren Wirkung sich nicht ziffernmässig nachweisen lässt, die aber nicht zu unterschätzen ist. Ueberall muss im Vortrage und bei Erklärungen auf die Volksschüler Rücksicht genommen werden, die im Gebrauch abstrakter Begriffe, in Ausdrucks- und Denkweise nicht so ausgebildet und geübt sind, wie die Minderzahl besser Vorgebildeter; vieles, was diesen auf den ersten Blick verständlich und mit wenigen Worten klar zu machen ist, muss weitschweifig und wiederholt vorgetragen werden, um den Anderen gerecht zu werden. Diese Ungleichheit verschwindet ja allmählich und wird in den oberen Klassen kaum noch bemerkt; aber in den unteren ist sie ein böses Hemmniss.

Der ganze Unterricht auf den Baugewerkschulen ist nun aber allmählich derartig angespannt, dass mit jeder Stunde in der Woche gerechnet werden muss. Die Fortschritte in der Technik und die Anforderungen, die heute an jeden Techniker schon bei Eintritt in seinen Beruf gestellt werden, zwingen die Schulen zu einer so intensiven Ausnutzung der vier Halbjahre, dass beide, Schulen und Schüler, an den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit angelangt sind. Mehr kann nicht geleistet werden und was schon jetzt geleistet wird, ist nur möglich, weil die jungen Leute in den kräftigsten Jünglingsjahren stehen und allenfalls einmal ein Sommerhalbjahr praktischer Arbeit in die Schulzeit einschalten können, in dem sie sich körperlich

zu erfrischen und geistig auszuruhen vermögen. Nur so ist es möglich, von ihnen das zu verlangen, was leider verlangt werden muss, ohne mehr als einige Prozent so zu überanstrengen, dass sie die Schule verlassen müssen, was trotz aller modern eingerichteten Schulen mit elektrischem Lichte, guter Heizung und Lüftung in jedem Winterhalbjahre zu verzeichnen ist. Und trotz dieser auf das Höchste angespannten Lage der Schulen wird neuerdings*) der Wunsch laut, die Baugewerkschulen dadurch zu heben, dass man ihnen das Recht erteilt wissen will, das Zeugnis für den Dienst als Einjährig-Freiwilliger auszustellen. Gegen diesen Gedanken muss ganz energisch Einspruch erhoben werden. Wir wollen dabei die Frage, ob der reife Baugewerkschüler zum Einjährig-Freiwilligen geeignet ist, ganz unberücksichtigt lassen; wir wollen ohne Weiteres anerkennen, dass Klarheit über die Anwendung des sogenannten Künstler-Paragraphen in der deutschen Wehrordnung dringend wünschenswerth ist, da jetzt die eine Ober-Ersatzkommission so und die andere anders darüber denkt. Das sind Sachen, über die hierbei gar nicht zu reden ist. Aber ganz undenkbar ist es, dass die maassgebenden Behörden den mit so ungleicher allgemeiner Bildung ausgerüsteten Baugewerkschülern das viel umstrittene Recht zum Einjährigendienste bewilligen werden, ohne die Forderung, dass auch Kenntnisse in den allgemein bildenden Fächern, in Sprachen und Geschichte z. B., nachgewiesen werden. Wollte man aber dafür Unterrichtsstunden vorsehen, so würde eine vollständige Umwälzung des mühsam aufgebauten Lehrplanes die nothwendige Folge sein. Denkt man sich die Abgangs-Prüfung zu einer solchen für das Einjährigen-Zeugnis erweitert, so müssten alle allgemeinen Fächer, wie Sprachen usw., neben den Fachwissenschaften in allen, auch den oberen Klassen, gelehrt werden. Bei der jetzigen Einrichtung der Baugewerkschule ist das, wie oben dargelegt, nicht möglich. Es müsste also mindestens eine, wahrscheinlich aber mehrere neue Klassen eingerichtet werden; und das alles, um eine bis jetzt gut bewährte, wenn auch verbesserungsfähige Fachschule in ein unglückliches Zwitterding von einer solchen und einer Einjährigenpresse zu verwandeln. Die wenigen nichtpreussischen Anstalten, die, um den Schülerzuwachs zu vermehren, zu solchen Auskunfts Mitteln gegriffen haben, treten als Fachschulen gegen die übrigen Anstalten zurück und sollten warnende Beispiele hierfür sein.

Sehr viel näher liegt es und sehr viel fruchtbarer wäre es, wenn man einen Schritt weiter ginge und die Einjährigen-Berechtigung nicht den reifen Baugewerkschülern in Aussicht stellte, sondern sie von den Eintretenden forderte. Damit wäre allerdings für die Entwicklung und Leistungsfähigkeit der Baugewerkschule ein ungemein wirksamer Schritt gethan. Von den 14 Stunden für Hilfswissenschaften in der 4. Klasse könnten 4 für Wiederholungen im Rechnen und Mathematik verbleiben, 10 aber dem eigentlichen Fachunterrichte zugute kommen; die 7 Stunden in der 3. Klasse würden ebenfalls frei werden.

*) Im Abgeordnetenhaus Frühjahr 1900, aber auch auf den Versammlungen des Vereins deutscher Baugewerkschulmänner.

der Erfinder des Ringofens, und Arch. H. Hastedt-Hamburg, deren wir z. Th. in der Dtschn. Bztg. schon an anderer Stelle ehrend gedacht haben.

Diplome für 50jährige Mitgliedschaft konnten im vergangenen Vereinsjahre 5 erteilt werden.

Die Vermögensverhältnisse des Vereins sind nicht ungünstig. Der Etat für 1900/1901 schliesst in Einnahme und Ausgabe mit rd. 106 000 M. ab. Die Einnahmen aus dem Hause haben sich gegen früher gehoben, sodass auch weiterhin eine Einlösung von Schuldscheinen des Vereins stattfinden kann. Das Vermögen der vom Verein verwalteten Richter-Stiftung betrug am 1. April 1900 im Ganzen 21 800 M. Zu Unterstützungen konnten 1100 M. verwendet werden. Die Hilfskasse hatte zu gleicher Zeit ein Kapital von 9900 M., aus welchem 250 M. an Unterstützungen vergeben wurden. Aus der Springer-Stiftung, die ein Kapital von 10 000 M. besitzt, wurden von den aufgelaufenen Zinsen 750 M. zur Beschaffung einer Stüler-Büste verwendet. Für die Vergrösserung der Bibliothek, die sich einer recht regen Benutzung erfreut, wurden rd. 3200 M. aufgewendet. Der Bücherbestand wurde im August 1900 auf 13 864 Bände ermittelt.

Das Vereinsleben war im allgemeinen ein reges. An den 21 im Jahre 1900 abgehaltenen Versammlungen, in denen 24 Vorträge gehalten wurden, nahmen durchschnittlich 93, an den 16 Besichtigungen im Sommer 71 Personen theil. Es wurden 2 Vortragsabende mit Damen, 1 Sommer und 1 Winterfest veranstaltet. Monats-Preisaufgaben waren im Landbau 8 gestellt, von denen 7 in 51 Entwürfen be-

arbeitet wurden. Von den 5 gestellten Ingenieur-Aufgaben wurden nur 3 gelöst. Starke Theilnehmung und, abgesehen vom Wasserbau, ein sehr befriedigender Erfolg war das Kennzeichen des diesjährigen Wettbewerbes um den Schinkelpreis, dessen wir in No. 20 der Dtschn. Bztg. schon ausführlich gedacht haben. —

An diese Berichterstattung schloss sich der feierliche Akt der Uebergabe der Schinkelmedaillen an die anwesenden Sieger und besonders Ausgezeichneten im Schinkelwettbewerb. Von einer Medaille kann jetzt allerdings nicht mehr gesprochen werden, es ist vielmehr eine grosse künstlerisch hergestellte Bronzeplakette, die nach einem zeitgenössischen, dem Kunstgewerbe-Museum gehörigen Schinkelporträt hergestellt wurde. Die Ueberreichung dieser Ehrengabe des Vereins wurde von Hrn. Oberbaudir. Hinckeldeyn bewirkt, der in warmen Worten den Siegern seinen Glückwunsch zu dem schönen Erfolge aussprach, der ihnen ein Ansporn sein möge zu weiterem Streben nach hohen Zielen. Diesem Glückwunsche und dieser Hoffnung schloss sich auch der Vorsitzende des Vereins im Namen des letzteren an.

Hiernach bestieg Hr. Brth. Havestadt die Rednertribüne, um den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen interessanten Festvortrag „Rückblicke auf die Weltausstellungen des vorigen Jahrhunderts“ zu halten, dessen reichen Inhalt wir nachstehend in kurzem Auszuge wiedergeben:

„Die erste Weltausstellung fand im Jahre 1851 in London statt, sodass wir also in diesem Jahre das 50jährige

Dazu käme aber noch der nicht hoch genug zu veranschlagende Vortheil der gleichmässigen und besseren Vorbildung, die ein weit fruchtbarer Unterricht in allen Fächern ermöglichen würde.

Schon jetzt müssen eine ganze Anzahl von Bautechnikern die Berechtigung zum Einjährigendienst nachweisen, nämlich alle diejenigen, welche den technischen Subalterndienst wählen und in dessen bessere Stellen aufzurücken beabsichtigen. Die Vortheile, die aus der Verallgemeinerung dieser Forderung für die Baugewerkschulen zu erwarten sind, würden sehr gross sein.

Freilich müsste für alle diejenigen Techniker, denen das Einjährigen-Zeugniss nicht erreichbar ist, eine neue Schule gegründet werden, die weniger Ansprüche an die Vorbildung der Schüler erhebt und nicht so hohe Ziele verfolgt, wie die jetzige Baugewerkschule. Eine solche niedere Bauschule würde aber überhaupt eine sehr segensreiche Einrichtung sein. Viele junge Leute, die das Zeug zu einem tüchtigen Techniker haben, müssen heute auf den Besuch einer Fachschule verzichten, weil ihnen die Baugewerkschule zu kostspielig ist, oder weil sie infolge zu geringer Vorbildung an den theoretischen Fächern scheitern und nicht über die untersten Klassen hinauskommen. Diese unfertige Schulausbildung ist aber kein Segen für die Betreffenden, sondern schadet meist mehr, als sie nützt. Die Fortbildungsschule ist nur ganz ausnahmsweise in der Lage, den Technikern eine genügende Fachbildung zu vermitteln. Und so ist tatsächlich das Fehlen einer Bauhandwerkerschule mit geringen Ansprüchen und bescheidenen Zielen eine Lücke in unserem gewerblichen Schulwesen, die dringend der Ausfüllung bedarf. Die verhältnissmässig hohe technische Ausbildung, welche die Baugewerkschule bietet, ist sicherlich für viele Techniker unentbehrlich; aber sehr viele können sie eben nicht erwerben, müssen mit weniger Theorie auskommen suchen und kommen auch tatsächlich damit aus. Gründet man Schulen, in denen von der darstellenden Geometrie z. B. nur das gelehrt wird, was jeder Polier wissen muss, das Austragen einer Treppe und einer Schiftung, in denen auf Statik nur soweit eingegangen

wird, dass der Schüler die in jedem Baukalender vorhandenen Formeln für Berechnung eines Balkenquerschnittes oder Trägers benützen lernt, so fällt eine grosse Menge Theorie fort, über die jetzt so mancher sonst brauchbare Techniker stolpert und fällt. Desto eingehender kann neben den unentbehrlichen Hilfsfächern wie Baustofflehre, Naturlehre, Feldmessen usw., Baukunde und Baukonstruktionslehre getrieben und gezeichnet werden. In dem knappen Raum von zwei Halbjahren würde es möglich sein, den Schülern eine begrenzte, aber in sich abgerundete Fachbildung zuteil werden zu lassen, die für zahlreiche Techniker eine genügende theoretische Grundlage bieten würde.

Bekanntlich hat der preussische Handelsminister eine Umfrage über die Gründung solcher Schulen gehalten; das Ergebniss ist noch nicht bekannt geworden. Leider hat der Innungsverband der Deutschen Baugewerksmeister auf der Tagung zu Dresden eine ablehnende Stellung dazu eingenommen. Gründe wurden aber fast gar nicht angegeben, so dass es den Anschein hat, dass der Verband damit nur einen Druck auf die Regierung ausüben wollte, um endlich den langersehnten Befähigungsnachweis durchzusetzen*).

Es darf aber angenommen werden, dass, wenn die Regierung den gesunden Gedanken, niedere Bauhandwerkerschulen zu gründen, thatkräftig weiter verfolgt, das grosse Interesse, das der ganze Baugewerksstand an der Fortentwicklung unserer technischen Schulen haben muss, eine solche ablehnende Haltung des Verbandes in freudige Zustimmung und Mitarbeit verwandeln wird. Denn in der That kann das gesammte Baugewerbe doch nur Vortheil davon erwarten, wenn die Leistungsfähigkeit der Baugewerkschulen durch Hebung der Vorbildung ihrer Schüler gesteigert und für alle übrigen Techniker die Gelegenheit zur Erwerbung genügender Fachkenntnisse geschaffen wird. —

M.

*) Anmerkung der Redaktion. Diese Anschauungen sind auch in den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses vom 20. u. 21. Februar d. Js. von derselben Seite zum Ausdruck gebracht worden. Im Gegensatz hierzu hat sich der deutsche Techniker-Verband unbedingt für die Errichtung von Polierschulen ausgesprochen. —

Der Schutz des geistigen Eigenthums an Werken des Architekten.

Eine Neuberathung der Reichsgesetze zum Schutze der Urheberrechte steht bevor, und die Tageszeitungen bringen bereits Mittheilungen über die Kommissions-Verhandlungen. Schon früher ist — auf eine Anregung der „Vereinigung Berliner Architekten“ hin — ein Antrag des Verbandes D. Arch.- u. Ing.-V. auf Schutz des geistigen Eigenthums an Werken des Architekten zustande gekommen, welcher bei dem Hrn. Reichskanzler eingereicht worden ist.

Der Antrag hatte folgenden Wortlaut:

„In Erwägung, dass das Wesen des baukünstlerischen Schaffens in der baukünstlerischen und der bautechnischen Konzeption des Werkes liegt.

In Erwägung, dass das baukünstlerische Schaffen in seinen individuellen Erzeugnissen ebenso schutzwürdig

ist, wie das Schaffen des Schriftstellers oder des anderen bildenden Künstlers.

In Erwägung, dass die baukünstlerische Konzeption durch graphische und plastische Darstellung und durch die bauliche Ausführung wirthschaftlich verwerthet wird, und dem Schöpfer dieser Konzeption die wirthschaftliche Verwerthung seines Werkes ausschliesslich vorbehalten werden soll.

In weiterer Erwägung, dass die graphische und plastische Nachbildung, sowie die bauliche Ausführung ein wesentlich technisches Können erfordert und infolge dessen der künstlerischen Konzeption im Range nachsteht, wird, vorgeschlagen dahin zu wirken:

Dass bei der Revision des künstlerischen Urheberrechtes die Baukunst den übrigen bildenden Künsten gleich-

Jubiläum dieser Art von Veranstaltungen feiern könnten, die sich in diesem Zeitraume zehnmal wiederholt haben. Diese erste Ausstellung, welche der Anregung des Prinz-Gemahls Albert ihre Entstehung verdankte, verfolgte nach seinen Worten den ideellen Zweck, „ein lebendiges Bild der geistigen und materiellen Entwicklung, die die Menschheit bisher bei Erfüllung der ihr gestellten grossen Aufgabe erreicht habe“ zu geben, ausserdem den praktischen Zweck, den anderen Nationen des Kontinentes die Segnungen des Freihandels zu zeigen, dem England damals allein, im Gegensatz zu allen anderen huldigte. Der Erfolg der Ausstellung, der England auf der Höhe als Industriemacht zeigte, war glänzend. Unter den 14 000 Ausstellern waren auch Preussen und die übrigen deutschen Staaten als „Zollverein“ zu einer Kollektivgruppe von 1270 Ausstellern zusammengefasst. 6 Millionen betrug die Zahl der Besucher, 10 Mill. M. die Summe der aufgewendeten Kosten.

1855 folgte die 2. Weltausstellung in Paris, die der Anregung Napoleons III. entsprang, inhaltlich an die Londoner vielleicht nicht heranreichte, aber im äusseren Glanze sie weit übertraf. Zum ersten Male erschien hier die Kunst im Verein mit Handel und Industrie. Diese Ausstellung schenkte Paris den Industriepalast, der erst der letzten Weltausstellung zum Opfer fiel. Der Besuch war schwächer als in London, und es ergab sich ein erheblicher Fehlbetrag. Auch die 3. Ausstellung in London im Jahre 1862 war nicht von besonderem Erfolge gekrönt, wozu allerdings der wenige Monate vorher erfolgte Tod des Prinz-Gemahls

wohl in erster Linie beitrug. Neu war hier die Heranziehung der Hilfsmittel und Erzeugnisse der Landwirthschaft zu den Ausstellungs-Gegenständen.

Die 4. Weltausstellung 1867 in Paris entsprang noch mehr als die erste aus politischen Beweggründen und sollte Frankreich nach den Ereignissen von 1864/66 in besonderem Glanze zeigen. Sie wurde auch vom König Wilhelm und von Bismarck besucht. Das bisher wüste Marsfeld wurde zum ersten Male benutzt, die ehemaligen Steinbrüche des Trocadéro erhielten ihren gärtnerischen Schmuck, sodass die Ausstellung Paris eine dauernde Verschönerung brachte. Ausser den, dem materiellen Wohle dienenden Ausstellungs-Gegenständen wurde auch der geistige Fortschritt der Völker im Unterrichtswesen, in Wohlthätigkeits-Einrichtungen aller Art zur Darstellung gebracht; man führte zum ersten Male kleine Fabrikationszweige im Betriebe vor, fügte eine kulturhistorische Abtheilung und schliesslich die der Zerstreuung, dem Vergnügen dienenden Anlagen hinzu, welche später sich vielfach zu Ungunsten des ernstesten Zweckes der Ausstellungen vordrängten. Von 4200 Ausstellern waren 3400 Deutsche, der Besuch stieg auf 10 Millionen Personen, der Kostenaufwand auf 21 Mill. M.

Die Wiener Weltausstellung von 1873 zeigte einen weiteren Ausbau nach der theoretischen Seite durch Vorführung geschichtlicher Darstellungen bestimmter Kunst- und Lehrgebiete, durch statistische Zusammenstellungen der Preisbildung für bestimmte Handelswaren unter Vor-

(Fortsetzung auf Seite 134.)

gestellt und § 3 des Gesetzes vom 9. Januar 1876 durch eine Bestimmung folgenden Inhaltes ersetzt wird:

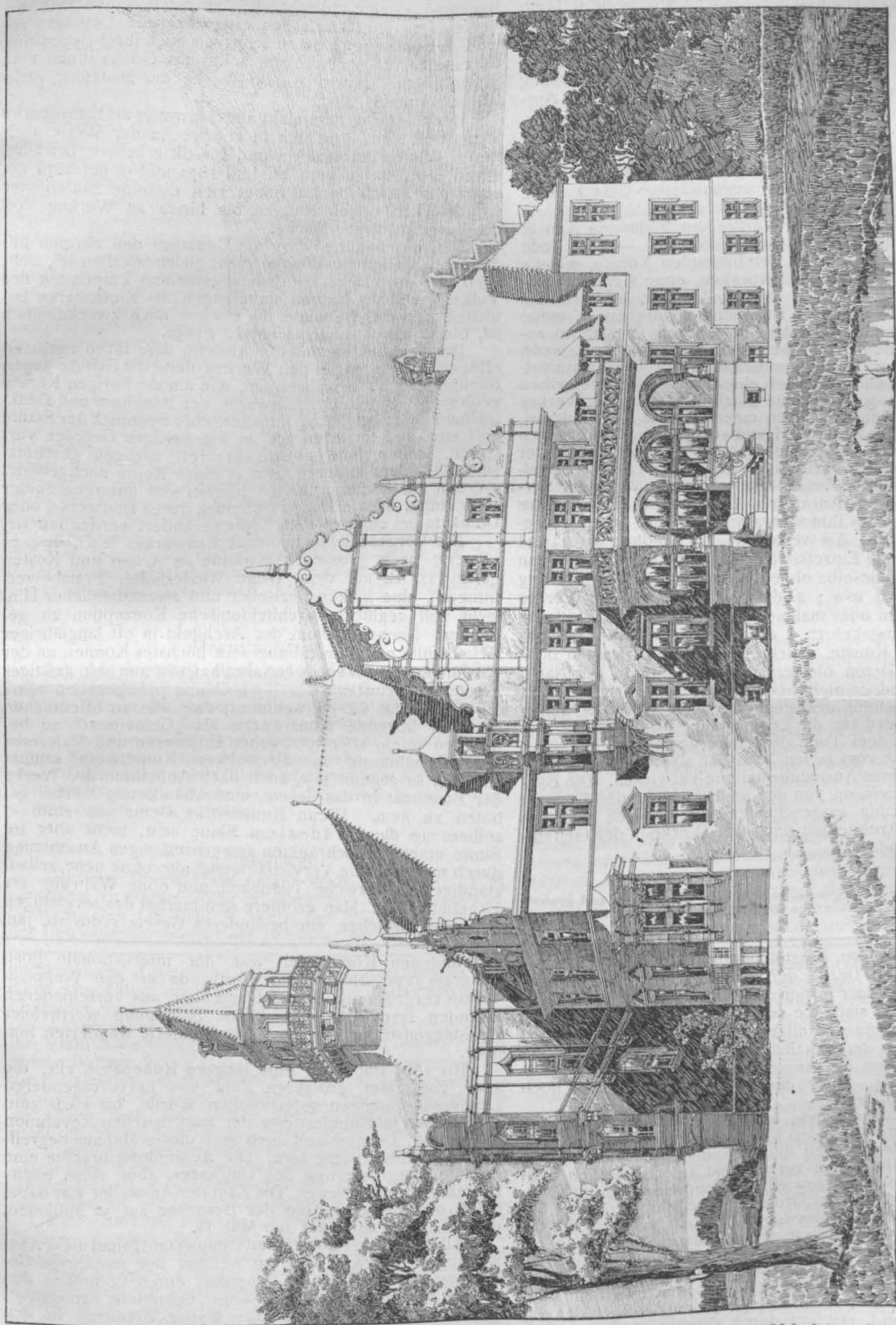
1. Der Schöpfer eines Werkes der Baukunst hat das ausschliessliche Recht der Nachbildung, sowie der baulichen Ausführung des Werkes.

2. Unter einem Werk der Baukunst wird jede individuelle baukünstlerische oder technische Konzeption ver-

gebrauche, die nicht die Zwecke gewerblicher Verwendung verfolgt, erlaubt sein.

Der Vorstand des „Verbandes D. A. und I.-V.“

In dankenswerther Weise hat dann vor kurzem der preuss. Hr. Kultusminister u. a. auch die Vereinigung B. A. aufgefordert, mit etwa erwünschten Abänderungs-Vorschlä-



SCHLOSS ORNONTOWITZ BEI GLEIWITZ IN SCHLESIEN * ANSICHT DER PARKSEITE * ARCHITEKT: PROFESSOR HUGO HARTUNG IN GRUNEWALD BEI BERLIN * * *



standen, gleichviel ob dieselbe in graphischer Darstellung (Skizzen, Pläne, Entwürfe) oder in einem Modelle oder in der baulichen Ausführung zum Ausdruck gelangt ist.

3. Wer ein Werk ohne Genehmigung des Urhebers ganz oder theilweise nachbildet oder ausführt, kann wegen Verletzung des Urheberrechtes straf- und zivilrechtlich verfolgt werden. Jedoch soll die Nachbildung zum Privat-

gen zum Gesetze betr. das Urheberrecht hervorzutreten.

Eine Ausarbeitung des Unterzeichneten über diese Angelegenheit, die in verkürzter Form in das Antwortschreiben an den Hrn. Minister übernommen wurde, dürfte zurzeit wohl zur Mittheilung an dieser Stelle geeignet sein, um die Aufmerksamkeit der Fachgenossen auf jene wichtigen Gesetze erneut zu lenken und sie zu lebhaftem Ein-

treten für ihre Abänderung zu veranlassen. — Von den Gesetzen zum Schutze des geistigen Eigenthums*) betrifft das Reichsgesetz vom 11. Juni 1870 das Urheberrecht an Schriftwerken, Abbildungen, musikalischen Kompositionen und dramatischen Werken; in § 43 desselben werden die gegen Nachdruck schützenden Bestimmungen auch auf „architektonische, technische und ähnliche Zeichnungen und Abbildungen, welche nach ihrem Hauptzwecke nicht als Kunstwerke zu betrachten sind“, ausgedehnt. Ganz anders liegt die Sache bei dem R.-Gesetz vom 9. Jan. 1876 betr. das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste, von welchem hier zur Klarstellung der ganzen Angelegenheit einige Bestimmungen im Auszuge mitgetheilt werden sollen.

Es lautet dort der § 1: Das Recht, ein Werk der bildenden Künste ganz oder theilweise nachzubilden, steht dem Urheber desselben ausschliesslich zu. — Dagegen § 3: Auf die Baukunst findet das gegenwärtige Gesetz keine Anwendung. — § 4: Als Nachbildung ist nicht anzusehen die freie Benutzung eines Werkes der bildenden Künste zur Hervorbringung eines neuen Werkes. — § 5: Jede Nachbildung eines Werkes der bildenden Künste, welche in der Absicht, dieselbe zu verbreiten, ohne Genehmigung des Berechtigten (§§ 1, 2) hergestellt wird, ist verboten. Als verbotene Nachbildung ist es auch anzusehen: 1. wenn bei Hervorbringung derselben ein anderes Verfahren angewendet worden ist, als bei dem Originalwerk; 2. wenn die Nachbildung nicht unmittelbar nach dem Originalwerke, sondern mittelbar nach einer Nachbildung desselben geschaffen ist; 3. wenn die Nachbildung eines Werkes der bildenden Künste sich an einem Werke der Baukunst, der Industrie, der Fabriken, Handwerke oder Manufakturen befindet; 4. wenn der Urheber oder Verleger dem unter ihnen bestehenden Verträge zuwider eine neue Vervielfältigung des Werkes veranstalten, sowie 5. wenn der Verleger eine grössere Anzahl von Exemplaren eines Werkes anfertigen lässt, als ihm vertragsmässig oder gesetzlich gestattet ist. — § 6. Als verbotene Nachbildung ist nicht anzusehen: 1. die Einzelkopie eines Werkes der bildenden Künste, sofern dieselbe ohne die Absicht der Verwerthung angefertigt wird usw.; 2. die Nachbildung eines Werkes der zeichnenden oder malenden Kunst durch die plastische Kunst, oder umgekehrt; 3. die Nachbildung von Werken der bildenden Künste, welche auf oder an Strassen oder öffentlichen Plätzen bleibend sich befinden. Die Nachbildung darf jedoch nicht in derselben Kunstform erfolgen. — § 9. Der Schutz des gegenwärtigen Gesetzes gegen Nachbildung wird für die Lebensdauer des Urhebers und 30 Jahre nach dem Tode desselben gewährt.

Das Gesetz vom 9. Jan. 1876 hat also die Architekten in eine schutzlose Ausnahmestellung verwiesen. Die Baukunst wird gleichsam von den anderen bildenden Künsten als minderwerthig ausgeschieden und dadurch auch das Ansehen der Architekten und ihrer Werke in der Öffentlichkeit vermindert.

*) Vergl.: Die Reichsgesetze zum Schutze des geistigen und gewerblichen Eigenthums. Erläutert von Dr. M. Stenglein, Reichsgerichtsrath a. D. Berlin, Otto Liebmann.

führung von Mustern, Darstellung des Welthandels in bezug auf Abgabe und Bezug der grossen Hafenplätze. Zum ersten Male fand hier ferner die Organisirung wissenschaftlicher Kongresse statt, die seitdem auf keiner Ausstellung fehlen. Die ungünstige allgemeine wirtschaftliche Lage, besonders aber der plötzliche Ausbruch der Cholera gestalteten trotzdem die Ausstellung zu einem wirtschaftlichen Misserfolg, unter dem die alte Kaiserstadt noch lange zu leiden hatte.

Mit der 6. Ausstellung in Philadelphia im Jahre 1876 trat auch Amerika auf den Plan gelegentlich der 100-Jahrfeier der Unabhängigkeit der Vereinigten Staaten. Diese Ausstellung trug einen vorwiegend amerikanischen Charakter, und das Schwergewicht lag nicht wie bisher im Klein-gewerbe, sondern in der Grossindustrie, der Erzeugung der Rohprodukte, im Maschinen- und Bergbau, sowie im Hüttenwesen. Deutschland lernte viel auf dieser Ausstellung, namentlich auf dem Gebiete der Werkzeug- und Maschinen-Industrie. Ueber die deutsche Industrie fällt der eigene Reichskommissar Reuleaux damals das harte Urtheil „billig und schlecht“, das, schon damals jedenfalls über das Ziel hinausschiessend, seitdem durch allseitig anerkannte Leistungen wett gemacht ist.

Die 7. Ausstellung fand wiederum in Paris 1878 statt. Die junge Republik wollte zeigen, dass sie den Schlag von 1870/71 überwunden habe, dass sie wieder in dem wirtschaftlichen Wettbewerb der Nationen den alten Platz einnehmen wolle. Die Ausstellung war noch umfangreicher, glänzender als die von 1867. Unter den mit ihr

In der Anschauung früherer Zeiten war die Baukunst die oberste der drei bildenden Künste; ihren höchsten künstlerischen und ihren monumentalsten Ausdruck hat die Kultur aller Völker und Zeiten durch Bauwerke gefunden. In Frankreich kann auch heute noch von einem Vorrang der Baukunst gesprochen werden.

In dem Bestreben hervorragender Architekten, die Baukunst wieder volksthümlich zu machen, den Sinn des Volkes für den Werth des eigenartigen Gepräges sowohl der einzelnen Bauten selbst, als auch ihrer Bedeutung für eine Stadt zu erwecken, sollte das Gesetz ihnen eine Stütze bieten, indem es die Werke der Baukunst nicht länger schutzlos lässt.

Der Einwand, dass nicht alle Bauwerke als Kunstwerke anzusehen sind, lässt sich in entsprechender Weise auch gegen Werke der Malerei und Plastik erheben; bei allen durch die Gesetze vom 11. Juni 1870 und 9. Jan. 1876 geschützten Produktionen findet sich dieselbe Stufenleiter von Werken ersten Ranges bis hinab zu Werken von handwerksmässiger Mache.

Die Anschauung, dass die Baukunst den übrigen bildenden Künsten im Werthe nicht gleichzustellen sei, steht auch im Gegensatz zu dem allgemeinen Empfinden des Volkes, welches Bauten unbefangen als Kunstwerke beurtheilt; ob das Gebäude als solches auch zweckdienlich ist, bleibt dabei zunächst ausser Frage.

Die Architekten sind der Ansicht, dass ihren meist an offener Strasse stehenden Werken derselbe Schutz gegen Nachbildung zu gewähren sei, wie ihn die übrigen Künste geniessen. Indem Originalwerke der Baukunst und Denkmalkunst zugleich als künstlerischer Schmuck der Städte auftreten und letzteren oft ihr eigenartiges Gepräge verleihen, sollten jene grundsätzlich dagegen geschützt sein, an jedem anderen Orte in einer Kopie nachgebildet werden zu können. Es ist hierbei von untergeordneter Bedeutung, dass etwaiger Schmuck durch Bildwerke oder Gemälde bei einer solchen Kopie verändert werden müsste.

Die Vorgeschichte manches Bauwerkes lehrt, dass es oft erst nach grossem Aufwande an Arbeit und Kosten gelang (z. B. auf dem Wege wiederholter Preisbewerbungen), eine in künstlerischer und zweckdienlicher Hinsicht voll geglückte architektonische Konzeption zu gewinnen. Nachdem dann der Architekt in oft langjähriger Arbeitsfülle und Kunstübung sein höchstes Können an der Ausführung des Werkes entfaltet hat, soll nun sein geistiges Eigenthum schutzlos der Nachbildung preisgegeben sein?

Wenn das Gesetz annimmt, dass alle an öffentlichen Strassen liegende Kunstwerke als „Gemeingut“ zu betrachten seien, aber jetzt schon Bildwerke und Malereien vor Nachahmung in derselben Kunstform schützt (z. B. 3), so scheint mir, auch nach Aufnahme der Werke der Baukunst in das Gesetz, eine Abänderung hierbei geboten zu sein. Wenn Kunstwerke Gemeingut sind, so sollten sie dies in idealem Sinne sein, nicht aber im Sinne einer unbeschränkten gewerbmässigen Ausnutzung durch mechanische Vervielfältigung, also ohne neue, selbstständige künstlerische Thätigkeit und ohne Wahrung der Urheberrechte. Man erinnere sich hierbei des sorgfältigen Schutzes, welchen ein besonderes Gesetz (vom 10. Jan.

verbundenen Kongressen war der internationale Postkongress von bleibendem Werth, da er den Weltpostverein vergrösserte. Deutschland blieb aus verschiedenen Gründen fern, nur eine kleine Sammlung werthvoller Kunstgegenstände aus der Nationalgalerie wanderten hinüber.

Bis 1889 trat dann eine längere Ruhepause ein, die aber von einer grösseren Zahl von hervorragenden Landesausstellungen unterbrochen wurde, bis Paris zum 4. Male zur Jahrhundertfeier der französischen Revolution hervortrat. Deutschland blieb auch dieses Mal aus begreiflichen Gründen völlig fern. Die Ausstellung brachte eine erneute Vergrösserung des Umfanges, aber sonst nichts charakteristisches Neues. Die Zahl der Aussteller war dabei auf 60 000 gestiegen, die der Besucher auf 32 Millionen, der Kostenaufwand auf 100 Mill. M.

Alles Bisherige übertraf an Umfang und Inhalt die 9. Ausstellung in Chicago 1893, zu welcher der 400-jährige Gedenktag der Entdeckung Amerikas durch Columbus den Anlass bot, daher auch der Name „Columbian exposition“. Diese Ausstellung sollte alles bisher Erreichte in den Schatten stellen und übertrumpfen. Bekannt sind die verschiedenen phantastischen Ideen, die man allen Ernstes erwog, um einen bisher noch nicht dagewesenen Anziehungspunkt zu schaffen. 289^{ha} bedeckte die Ausstellung im Jackson-Park am Ufer des Michigan-Sees, also das 4fache der Fläche vom Jahre 1889 in Paris. Deutschland hatte hier Gelegenheit, die Scharte von Philadelphia auszuwetzen und zeigte namentlich auch in der Architektur-

1876) jeder photographischen Aufnahme z. B. eines ungeschützten Bauwerkes zuteil werden lässt!

Die Architekten werden nicht allein durch die erlaubte Nachbildung ihrer ausgeführten Bauwerke selbst, sondern durch veröffentlichte Abbildungen jeder Art (Photographien, Drucke usw.) in ihren Urheberrechten geschädigt. Denn die veröffentlichten Abbildungen eines Bauwerkes dürfen wieder zur Nachbildung desselben Baues verwertet werden, sei es, dass dies durch die Ausführung geschieht, oder durch zeichnerische Kopie ein Erfolg zu erringen versucht wird.

Das ausserordentliche Anwachsen der photographischen und buchhändlerischen Veröffentlichungen auf dem Gebiete der Baukunst ist bekannt; dieselben Architekten, deren schutzlose Werke hierfür so reichlich zur Verfügung stehen, bilden auch wieder die Käufer jener Reproduktionen.

In neuerer Zeit ist mehrfach die deutsche Architektenschaft in Bewegung gesetzt worden, um für Bauwerke eine künstlerisch werthvolle Vorlagensammlung zu gewinnen. Unter dem jetzigen Gesetz läuft dies auf eine, wie mir scheint bedauerliche, Unterstützung der Aneignung fremden geistigen Eigenthums hinaus. Wäre z. B. eine schöne Fassadenvorlage geschützt, dann würde in jenem Falle nicht allein für den Urheber des Entwurfes, sondern auch für einen Bauherrn, der sich dafür findet, ein dankenswerther Erfolg veranlasst worden sein.

Gewisse Schwierigkeiten, die sich für die Anwendung des veränderten Gesetzes, welches die Baukunst mit umfasste, daraus ergeben würden, dass eine Nachbildung auch andere Gegenstände (ungeschützte ältere Bauwerke, landschaftliche Umgebung usw.) mit umfasst, werden sich dadurch beseitigen lassen, dass für solche Nachbildungen einige Normen aufgestellt werden können. Meist wird aber schon aus der Art der Veröffentlichung hervorgehen, ob in der Hauptsache die Nachbildung eines geschützten Kunstwerkes beabsichtigt wird.

Neben dem vom Vorstande des Verbandes D. A. und I.-V. formulirten und eingereichten Antrage auf Abänderung des Gesetzes betreffend den Schutz des geistigen Eigenthums des Architekten könnte auch nachstehend

vorgeschlagene Abänderung des Gesetzes vom 9. Januar 1876 als eine solche bezeichnet werden, die den Ansprüchen des Architekten genüge leisten würde:

I. Der § 3 des R.-Gesetzes vom 9. Jan. 1876: Auf die Baukunst findet das gegenwärtige Gesetz keine Anwendung

— ist zu streichen.

II. In § 6 No. 3 (dass als verbotene Nachbildung nicht anzusehen ist):

„Die Nachbildung von Werken der bildenden Kunst, welche auf oder an Strassen oder öffentlichen Plätzen bleibend sich befinden. Die Nachbildung darf jedoch nicht in derselben Kunstform erfolgen“.

ist zu streichen.

Hierdurch würde erreicht:

1. Dass auch dem Urheber eines Werkes der Baukunst ausschliesslich das Recht zusteht, sein Werk ganz oder theilweise nachzubilden (§ 1).

2. Dass die Nachbildung eines Bauwerkes in der Absicht, dieselbe zu verbreiten, nur mit Genehmigung des Urhebers erfolgen kann (§ 5, 1).

3. Dass veröffentlichte Abbildungen eines Bauwerkes nicht zur Herstellung einer Kopie des Bauwerkes benutzt werden dürfen (§ 5, 2).

4. Dass auch an öffentlichen Strassen usw. liegende Werke der Baukunst — ebenso der Malerei und Plastik — vor unberechtigter Nachbildung geschützt sind. —

Bei der kurzen Zeit, welche voraussichtlich noch bis zur Beschlussfassung des Reichstages über die Abänderung des Gesetzes vom 9. Jan. 1876 verbleiben wird, scheint es dringend erwünscht, wenn die Architekten-Vereine und einflussreiche Fachgenossen zum Schutze unserer Kunst und unserer geistigen Arbeit zu wirken versuchen. Geht die jetzt gebotene Gelegenheit erfolglos für uns vorüber, so wird auf unabsehbare Zeit die Baukunst in der unwürdigen Ausnahmestellung verharren müssen, wohin sie mangelndes Verständniss bisher leider verwiesen hatte! —

Berlin, im Februar 1901.

Carl Dofflein.

Vermischtes.

Zur Angelegenheit eines neuen Kurhauses für Wiesbaden. Der Magistrat und die Stadtverordneten-Versammlung in Wiesbaden haben sich in ihrer letzten Sitzung schlüssig gemacht, das sogenannte Paulinen-Schlösschen als Provisorium auszuführen, damit man bei dem Bau des neuen Kurhauses völlig freie Hand habe. Hoffentlich gewinnt dadurch der vortreffliche preisgekrönte Entwurf des Hrn. Mänz (vergl. Dtsch. Bztg. Jahrg. 1898, S. 62 f.) Aussicht, ausgeführt zu werden. —

Todtenschau.

Gehelmer Oberbaurath Arthur Wetz †. Am 10. d. M. verschied in Berlin völlig unerwartet der grossherzogl. hessische Geh. Ob.-Brth. A. Wetz, der infolge der Bildung der Betriebsgemeinschaft der preussischen und hessischen

und Ingenieur-Ausstellung Vortreffliches. Im übrigen trug diese Ausstellung noch mehr als die von Philadelphia den Charakter einer amerikanischen.

An der Wende des Jahrhunderts brachte schliesslich die letzte Ausstellung in Paris Deutschland einen vollen, unbestrittenen Erfolg auf verschiedenen Gebieten. Auf die Ausstellung selbst brauchen wir nicht einzugehen, sie ist noch zu frisch in der Erinnerung. Sie brachte übrigens im allgemeinen auch keine überraschenden Neuheiten, weder in ihren Ausstellungs-Gegenständen, noch in den für die Ausstellung geschaffenen Bauten, wenn man nicht die bleibenden Werke, die beiden Kunstpaläste und die Brücke Alexanders III. in Betracht zieht. Mit ihren 47 Mill. Besuchern übertraf sie alle bisher dagewesenen Ausstellungen.

Betrachten wir nun die Entwicklung der Ausstellungsbauten. London 1851 zeigte ein grosses Ausstellungsgebäude in Eisen und Glas mit 75 000 qm Grundfläche, einst als Ingenieurwerk ersten Ranges bewundert, jetzt als Krystallpalast in Sydenham noch immer der Beachtung werth. Paris brachte 1855 den Industriepalast, einen mehrgeschossigen Massivbau mit 112 000 qm Grundfläche; London besass 1862 ebenfalls ein mehrgeschossiges Gebäude. 1867 kehrte man in Paris zum eingeschossigen Gebäude von elliptischem Grundriss zurück; man wies den einzelnen Ländern hierin Sektoren zu, während man die Ausstellungs-Gegenstände nach Gruppen in konzentrischen Ringen ordnete, was sich als nicht sehr zweckmässig erwies. 1873 gab man in Wien die Unterbringung der Ausstellung in einem Hauptgebäude auf, woran man seit-

16. März 1901.

Staatseisenbahnen vor einigen Jahren als vortragender Rath in das Ministerium der öffentl. Arbeiten in Berlin zur Bearbeitung der besonderen hessischen Eisenbahn-Angelegenheiten berufen wurde. Wetz wurde 1851 zu Köln a. Rh. geboren, erhielt 1870–1874 seine technische Vorbildung auf der Bauakademie in Berlin, nachdem er vorher bei dem damaligen Stdtbmstr. Raschdorff in Köln sein Elevenjahr abgemacht hatte, wurde nach mehrjähriger praktischer Thätigkeit im Reichseisenbahndienste 1878 Baumeister und trat dann in den preussischen Staatseisenbahndienst ein. 1887 wurde er zum Bauinspektor ernannt und schied dann 1889 gleich verschiedenen jüngeren Fachgenossen aus dem preuss. Staatsdienste aus, um in den grossherzogl. hessischen Staatsdienst einzutreten, woselbst ihm sofort die Stellung eines vortragenden Rathes im Finanzministerium verliehen wurde. In dieser Eigenschaft lag ihm die Leitung des gesamten Bauingenieurwesens, so-

dem festgehalten hat. Man gewann dadurch den Vortheil klarer Trennung der Ausstellungs-Gegenstände und schönerer architektonischer Wirkung, durch entsprechende Gruppierung der Bauten. 1878 war die Anlage einer rue des nations etwas Neues, neben dem Haupt-Ausstellungs-Gebäude entstand der Trocadéro-Palast für kunstgewerbliche Erzeugnisse. Philadelphia brachte nichts wesentlich Neues, dafür Paris 1889 den Eiffelthurm und die 110 m weit gespannte, 45 m hohe Maschinenhalle, welche 45 000 qm überdeckt. Sie darf als vorbildlich in ingenieur-technischer Beziehung und auch vom Standpunkte architektonischer Wirkung als reiner Eisenbau bezeichnet werden. Das Hauptgebäude zeigte, wie später allgemein, eine massive Blendarchitektur in Stuck und Putz. Leider ist der 1889 unternommene Versuch einer künstlerischen Durchbildung des Eisenbaues nicht weiter durchgeführt worden. Ausserordentlich weit ging Chicago in seiner Theilung in Einzelbauten, die, durchweg als scheinbar massive Bauwerke in Putz mit hölzernem und eisernem Kern hergestellt, ihr den Namen der weissen Stadt eintrugen. Das Hauptgebäude zeigte eine Halle von noch etwas grösserer Spannweite als die Maschinenhalle, dabei 65 m Höhe. Neu waren die z. Th. massiven eigenen Bauten der verschiedenen vertretenen Staaten an der Midway Plaisance. Glänzend gelöst war die technische Durchführung des Verkehres zur Ausstellung, weniger die des Verkehres innerhalb derselben. Keine andere Ausstellung reicht hier heran. Namentlich in Paris ist das Verkehrswesen stets die schwächste Seite gewesen und auch 1900 hat die mangelhafte Entwicklung der

wie die Aufsicht über die Eisenbahnen ob. Besondere Verdienste erwarb er sich bei den Vorarbeiten und Verhandlungen für die Bildung der preussisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft. Dieser Umstand, seine hervorragende Thätigkeit und sein rastloser Fleiss, sowie auch seine Kenntniss der preussischen Verhältnisse führten zur Berufung in seine letzte Stellung, in welcher er mit grossem Geschick den Interessen der beiden verbundenen Verwaltungen gerecht zu werden wusste. Sein Tod wird daher auf beiden Seiten als ein schwerer Verlust empfunden. —

Ober-Regierungsrath Adolf Funke †. Gegen Ende Februar starb in Strassburg i. E. der frühere Abtheilungs-Vorstand der III. Abtheilung der kais. General-Direktion der elsass-lothringischen Bahnen **Adolf Funke**, ein in den weitesten Kreisen geschätzter Fachmann des Eisenbahnwesens. Im Jahre 1828 in Magdeburg geboren, begann der Verstorbene seine fachliche Thätigkeit 1845 bei der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn-Gesellschaft, um später in die Verwaltungen der Bergisch-Märkischen und der Nassauischen Bahnen überzutreten und am Bau der schlesischen Gebirgsbahn theilzunehmen. Nach vorübergehender Thätigkeit in Berlin, Hörter, Göttingen, Frankfurt a. M., ging er nach Beendigung des deutsch-französischen Krieges nach Strassburg und erwarb sich durch den Ausbau des reichsländischen Eisenbahnnetzes hohe Verdienste. Bis 1898 widmete er seine hervorragende Thätigkeit dem Eisenbahnwesen der Reichslande und erwarb sich durch dieselbe einen über die Grenzen Deutschlands weit hinausdringenden Ruf. —

Preisbewerbungen.

Wettbewerb Zierbrunnen Bonn. Es liefen 96 Entwürfe zu einem Zierbrunnen vor der Münsterkirche in Bonn ein. Zur Ausführung gelangt der Entwurf „Martinitreiben“ des Bildhauers **Götschmann** und der Giesserei **Gladenbeck** in Friedrichshagen. Die Preise wurden den Bildhauern **Paul Tüppe** in Berlin, **Joh. Degen** in Köln und dem Architekten **Küster** in Köln zuerkannt. Eine lobende Erwähnung fanden die Entwürfe der **Hrn. Fuchs** in Charlottenburg und **Belz & Hub** in Frankfurt a. M. —

Personal-Nachrichten.

Deutsches Reich. Der Mar.-Schiffbmstr. **Schirmer** ist unt. Aufhebung der Versetzung nach Wilhelmshaven im Reichs-Mar.-Amt belassen; der Mar.-Schiffbmstr. **Wellenkamp** ist der kais. Werft in Wilhelmshaven überwiesen.

Baden. Der Masch.-Insp. **Obering. Schönfeld** in Konstanz ist nach Freiburg versetzt. Dem Reg.-Bmstr. **Waltz** in Konstanz ist die Amtsstelle des Masch.-Insp. das. übertragen. Der Maschinen.-Prakt. **Kaufmann** von Kälbershausen ist z. Reg.-Bmstr. ernannt und der Gen.-Dir. der Staatsseisenb. zugetheilt. —

Der Reg.-Bmstr. **Baumann** bei der Gen.-Dir. ist z. Masch.-Insp. in Konstanz versetzt.

Bayern. (Pfälz. Eisenb.) Der Staatsbauprakt. **Deibel** ist als Ing. in Homburg aufgenommen; der Ing. **Rimpel** in Homburg ist ausgetreten.

Preussen. Dem Chef der Bauverwaltung bei Krupp in Essen, Brth. **Schmohl** ist der Rothe Adler-Orden IV. verliehen.

Versetzt sind: die Eisenb.-Bau- u. Betr.-Insp. **Storck** in Hannover als Mitgl. (auftrw.) an die kgl. Eisenb.-Dir. in Kattowitz

u. **Grimm** in Essen nach Dortmund als Vorst. der Bauabth. das. der Eisenb.-Bauinsp. **Guillery** in Kassel zur kgl. Eisenb.-Dir. in Köln a. Rh.

Die Reg.-Bfhr. **Ferd. Teichmüller** u. **Arth. Becker** aus Gnesen (Masch.-Bfch.) sind zu Reg.-Bmstrn. ernannt.

Dem Eisenb.-Bau- u. Betr.-Insp. **Raspel** in Altona und dem Reg.-Bmstr. **Johs. Golcher** in Bilbao (Spanien) ist die nachges. Entlassg. aus dem Staatsdienste ertheilt.

Sachsen. Verliehen ist: Dem Geh. Brth. **Peters** bei der Gen.-Dir. der Staatsseisenb. das Offizierkreuz u. den Brthn. **Krüger** u. **Siegel** das Ritterkreuz I. Kl. vom Albrechtsorden; dem Reg.-Rath **Barthold** b. d. Brandversch.-Kammer der Titel u. Rang als Ob.-Reg.-Rath; dem Stadtbrth. **Klette** der Titel u. Rang als Ober-Brth. —

Der Priv.-Doz. **Prof. Hartung** in Berlin ist z. ord. Prof. f. Hochb. an d. Techn. Hochschule in Dresden, die Reg.-Bmstr. **Wahl** in Dresden z. Landbauinsp. u. **Kluge** z. Masch.-Insp. ernannt.

Der Arch. **Schumacher** in Leipzig ist z. ausserord. Prof. für Bauformenlehre usw. der Techn. Hochschule in Dresden ernannt und dem ord. Prof. **Geh. Hofrath Weisbach** ist die ord. Prof. für Hochbau an der Techn. Hochschule übertragen.

Brief- und Fragekasten.

Hrn. Arch. H. S. in Düsseldorf. Ohne Kenntniss des Wortlautes der Verträge ist ein unfehlbares Urtheil nicht zu gewinnen, weil aus dem Wortlaute möglicherweise Verpflichtungen abgeleitet werden können, die Ihrer Sachdarstellung widersprechen. Sollte jedoch eine Wortfassung gewählt sein, welche jede Zweideutigkeit ausschliesst, so würde es zu einer Verurtheilung Ihres Vertreters wegen fahrlässiger Körperverletzung nicht kommen können. Diese würde nämlich nur denkbar sein, wenn entweder eine bestimmte Handlung (nämlich der Auftrag zum Beginn der Arbeit der Mauer) von Ihrem Vertreter ausgegangen wäre, oder derselbe umgekehrt gesehen hätte, dass die Maurerarbeiten vorgenommen wurden, ohne deren Einstellen zu verlangen, weil es seine Pflicht gewesen wäre, diese als gefahrvoll erkennbare Vorrichtung zu hintertreiben, oder wenn er endlich im Besuche der Baustelle und Beaufsichtigen der Arbeiten nachlässig gewesen sein würde. Nur wenn ihm keiner dieser drei Fälle nachzuweisen ist, wird die Verurtheilung gänzlich ausgeschlossen sein. Dass jedoch schon „Nachlässigkeit in der Aufsicht“ genügt, eine strafbare Verschuldung festzustellen, hat die Rechtsprechung in Strafsachen unter Billigung des Reichsgerichtes wiederholt angenommen. Es kommt also weniger darauf an, ob Ihr Bauführer zur Vorfallszeit thatsächlich abwesend war, sondern ob er bei pflichttreuer Geschäftsführung hätte anwesend sein und die Vornahme der Arbeiten hätte wahrnehmen müssen, sodass der schädliche Erfolg mit einer Pflichtwidrigkeit in ursächlichem Zusammenhang steht. Ein geschickter Verteidiger erzielt sicher seine Freisprechung. Kommt es zur Verurtheilung, so kann die Fürsorge leistende Krankenkasse oder Baugewerks-Berufsgenossenschaft Ihren Aufwand noch dazu vom Verurtheilten ersetzt verlangen. — K. H.-e.

Hrn. Bauass. H. St. in Apolda. Wir sind zu unserem Bedauern nicht in der Lage, fortgesetzt das Thema von den schallsicheren Decken zu behandeln, ebenso wenig, wie wir Angaben über Ventilations-Einrichtungen machen können. —

Hrn. G. S. in Berlin. Sie können nichts machen; die Behörde hat freie Wahl unter den Submittenten.

Hrn. Arch. B. in Döbeln und W. G. in Berlin. Ihre Anfragen entziehen sich unserem Arbeitsgebiete.

Inhalt: Schloss Ornontowitz bei Gleiwitz. — Baugewerkschule und Bauhandwerkerschule. — Das Schinkelfest des Architekten-Vereins zu Berlin. — Der Schutz des geistigen Eigenthums an Werken des Architekten. — Vermischtes. — Todtenschaun. — Preisbewerbungen. — Personal-Nachrichten. — Brief- und Fragekasten.

Kommissionsverlag von Ernst Toeche, Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: **Albert Hofmann**, Berlin. Druck von **Wilh. Greve**, Berlin SW.

Verkehrsanlagen wohl nicht zum kleinsten Theil die Wahl des Platzes im Stadttinneren beeinflusst.

Zieht man nun Vergleiche zwischen den verschiedenen Ausstellungen, so zeigen diese nach Inhalt, Anordnung, baulicher Ausgestaltung wesentliche Veränderungen. Die erste Ausstellung war nur eine eigentliche Industrie-Ausstellung, seit 1867 wollte man auch glänzen, den Reichtum, die Kraft des ausstellenden Landes zum Ausdruck bringen, nicht nur belehren, sondern auch auf die Sinne wirken. Das Ausstellungsland selbst tritt mehr in den Vordergrund, die Grossindustrie verdrängt das Kleingewerbe, allmählich überwuchert andererseits vielfach das Nebensächliche zum Schaden des Gesamt-Charakters. Auch in der Heranziehung gelehrter und kulturhistorischer Dinge geht man wohl zu weit, dasselbe gilt von den retrospektiven Ausstellungen. Auch über den Werth der Kongresse in Verbindung mit der Ausstellung lässt sich streiten, denn es fehlt dort doch an der Sammlung zu wirklich wissenschaftlichen Leistungen. Man wird hier zur Einfachheit wieder zurückkehren und dabei wie in Paris sich bestreben müssen, auf der Ausstellung auch Dauerndes zu schaffen, was von Werth für die Stadt bleibt. Ebenso ist man in der Ausdehnung der Ausstellungen an der Grenze des Möglichen angelangt.

Fragt man sich nun, ob die Welt wirklich ausstellungsmüde geworden ist, ob die letzte Ausstellung dieser Art stattgefunden hat, so möchte man dies nach dem Erfolge von Chicago und Paris verneinen, um so mehr, als aus

allen Ausstellungen für die betreffenden Länder Vortheile entstehen, die sich, wenn auch vielleicht nicht unmittelbar in den finanziellen Ergebnissen der Ausstellung selbst, doch in hohem Maasse in der gesteigerten Einnahme der Verkehrsmittel und namentlich der Ausstellungsstadt selbst geltend machen.

„Wohl ausnahmslos dürfte es in unseren Kreisen“ — so schloss der Redner seinen Vortrag — „der Wunsch getheilt werden, dass auch uns die Aufgabe einer deutschen Weltausstellung in Berlin nicht dauernd vorenthalten bleiben möchte. Audaces fortuna juvat. Wie unsere Industrie- und Handelskreise nicht nachstehen werden, in der Erwartung eines vollen Erfolges mit Begeisterung den internationalen Wettkampf auch auf dem heimathlichen Boden aufzunehmen, sofern und sobald der ernsthafte Ruf an sie ergehen sollte, so würden auch wir Fachgenossen mit besonderer Freude unsere volle Kraft an ein Werk ansetzen, das bestimmt und geeignet ist, den Ruhm und die Herrlichkeit unseres Vaterlandes zu mehren und deutscher Kunst und Technik ein bleibendes Denkmal zu setzen.“ —

An den würdigen Festakt schloss sich nach einer Besichtigung der in den anderen Sälen nochmals ausgestellten preisgekrönten Schinkelarbeiten, das Festmahl an, das, gewürzt von Toasten, Gesangs- und scherzhaften Vorträgen, die Theilnehmer in regem Meinungsaustausch und in froher Stimmung noch lange zusammenhielt. —

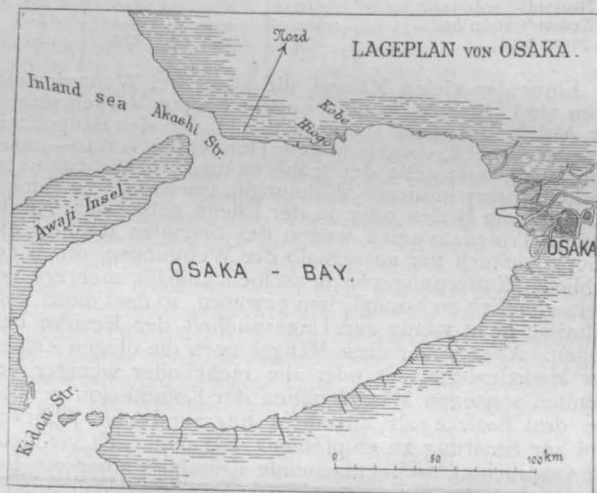
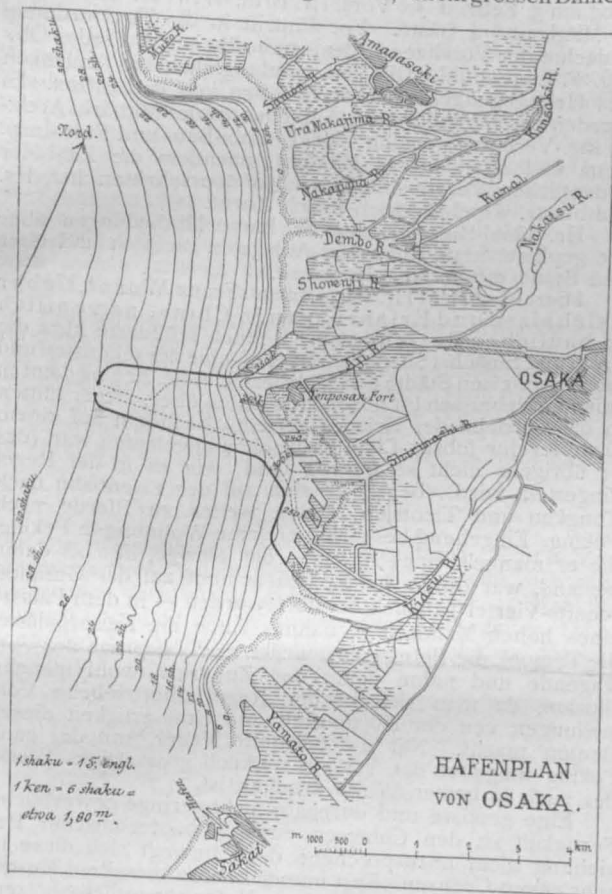
Fr. E.

Hafenentwurf für Osaka (Japan).

In Ergänzung zu unseren Ausführungen in No. 1 der Dtschn. Bztg. d. J. über Hafenbauten in Japan bringen wir beistehend den Lage- und Hafenplan von Osaka, der uns von einem Freunde unseres Blattes zugestellt worden ist. Es geht aus den Plänen die Lage des Hafens an der grossen Osaka-Bucht hervor, die, durch die Awaji-Insel fast ganz vom Meere abgetrennt, einem grossen Binnen-

lich der Stadt Osaka, im Mündungsdelta des Yodogawa, und seine Land- und Kaiflächen in Ausdehnung von etwa 480 ha sollen durch Anschüttung dem Meere abgewonnen werden. Diese Kaiflächen werden durchschnitten von 3 Armen des Yodogawa, die unter sich durch Kanäle mit einander in Verbindung gesetzt werden sollen.

Der Hafen zerfällt in den grossen Aussenhafen, der durch 2 mächtige, bis zu 3 km an dem neuen Ufer vorspringende Molen, die eine 180 m breite Einfahrt zwischen sich frei lassen, eingefasst wird, und in einen südlich an dem ersten liegenden Binnenhafen, der durch einen Wellenbrecher in Verlängerung der Südmole geschützt wird. Der Aussenhafen soll eine Tiefe von rd. 8,50 m bei Niedrigwasser erhalten, während der innere dagegen vorläufig nur für kleine Schiffe von 300—400 t zugänglich zu machen



see von über 100 km Breite bei 250 km Länge gleicht. Aus dem Hafenplan ist ferner die allgemeine Anordnung des Hafens nach völligem Ausbau ersichtlich. Der Hafen liegt west-

ist. An jedem Hafen sollen 4 Docks zur Ausführung kommen, deren Lage aus dem Hafenplane ebenfalls ersichtlich ist. Der nördliche Theil des Aussenhafens ist zum Liegehafen bestimmt.

Mit den Bauarbeiten ist, wie schon erwähnt wurde, 1898 begonnen worden, die Fertigstellung der Hauptanlagen und zweier Docks am Aussenhafen soll bis 1908 erfolgen. Die Kosten dieser Arbeiten sind auf 47,22 Mill. M. geschätzt.

Diese Ausführungen bilden wieder einen Beweis von der ausserordentlichen Thatkraft, mit welcher Japan bemüht ist, die Leistungsfähigkeit des Landes und damit seine Machtstellung nach jeder Richtung zu heben. —

Mittheilungen aus Vereinen.

Arch.- u. Ing.-Verein zu Hamburg. Vers. am 18. Jan. 1901. Vors. Hr. Zimmermann, anwes. 78 Pers. Aufgen. als Mitgl.: Ing. Scheehl und Ziv.-Ing. Diederichsen.

Nach Erledigung innerer Vereinsangelegenheiten erstattet Hr. Gerstner den Jahresbericht über das abgelaufene Vereinsjahr, aus welchem folgende Zahlen von Interesse sein dürften: Die Mitgliederzahl ist von 416 auf 428 gestiegen, dem höchsten bislang erreichten Stand. Die Zahl der regelmässigen Versammlungen, welche nur in den Wintermonaten Oktober bis April allwöchentlich am Freitag stattfanden, betrug 28, an welchen 35 technische Vorträge gehalten wurden. Von diesen bezogen sich 14 auf den Hochbau, 13 auf Gegenstände von gemeinsamem Interesse für den Architekten wie den Ingenieur, 8 auf das Ingenieurwesen. Die höchste Besuchsziffer war 136, die geringste 36; an fünf Abenden hatten sich über 100, nur an vier weniger als 50 Theilnehmer eingefunden. Aus der Durchschnittszahl der Besucher, welche 733 betrug, lässt sich auf die rege Betheiligung der Mitglieder an dem hochentwickelten Vereinsleben schliessen.

Der Vorsitzende bezeichnet in seinen Dankesworten den inhaltreichen, von der Versammlung mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Jahresbericht als den „Schwanengesang“ des Hrn. Gerstner, welcher satzungsgemäss aus dem Vorstande ausscheidet und mit diesem Berichte seine 8 Jahre hindurch mit ebensoviel Hingebung als Geschick geübte Thätigkeit als Schriftführer abschliesst.

Hierauf hält Hr. Olshausen einen Vortrag über die „Sanirung von Hamburg“ durch die beabsichtigte Niederlegung einiger aus engen, langgestreckten Höfen bestehender Wohnviertel in den älteren Stadttheilen, deren Zustände als gesundheitsgefährlich erachtet sind, und Ersatz derselben durch neue Strassenzüge und gesunde Wohnungen. Da über diesen Plan und den Geschäftsfluss desselben bei den Behörden schon mehrfache Veröffentlichungen erschienen sind (auch in der D. Bauztg. No. 42, Jhrg. 1900), beschränkt sich Redner im Wesentlichen auf eine Reihe bemerkenswerther Mittheilungen über die Vorarbeiten zu demselben.

Von dem bekannten Ursprunge des Sanirungs-Gedankens aus den Erhebungen der im Cholerajahre 1892 eingesetzten gemischten Kommission zur Prüfung der Gesundheitsverhältnisse der Stadt ausgehend, erwähnt Redner an Hand von Beispielen den meist überschätzten Einfluss der Wohnung auf die Ausbreitung dieser Epidemie. Die Cholera sei, wie fast alle epidemischen Krankheiten, vorwiegend eine „Armeleute-Krankheit“, und die starke Ausbreitung derselben in den sogen. ungesunden Wohnvierteln nicht allein auf die Wohnungen, sondern auf die ganze Lebenshaltung dieser mangelhaft ernährten und gekleideten, weniger reinlichen Bevölkerungsklassen zurückzuführen. Es sei aber nicht zu leugnen, dass die schlechte Wohnung in Verbindung mit anderen Umständen nachtheilig wirkt, und dass eine Verbesserung der Wohnungsverhältnisse auch auf den allgemeinen Gesundheitszustand einen unmittelbaren guten Einfluss haben muss, abgesehen

von der sittlichen Hebung der Bevölkerung, welche eine Folge der besseren Wohnung ist, und mittelbar ebenfalls die Gesundheit des Volkes fördern hilft.

Die zweite, im Jahre 1897 eingesetzte gemischte Kommission mit dem bestimmten Auftrag, Vorschläge über die Beseitigung ungesunder Wohnungen zu machen, bemühte sich zunächst, festzustellen, welche Stadttheile vorwiegend als „ungesund“ zu bezeichnen seien. Das Ergebniss war bekanntlich die Bezeichnung dreier bestimmt abgegrenzter Häuserviertel in den Stadtbezirken: Altstadt-Nordertheil, Neustadt-Nordertheil (das sogen. Gängeviertel) und Neustadt-Südertheil, welche zur Sanirung vorgeschlagen wurden. Die Sterblichkeit in diesen 3 Bezirken im Vergleich zum Durchschnitt der ganzen Stadt geht aus folgender Tabelle hervor:

	An der Cholera 1892:		Gesamt-Sterblichkeit 1896:	
	erkrankt	gestorben	alle Altersklassen	Säuglinge
	‰	‰	‰	‰
I. Altstadt-Nordertheil . . .	44,4	22,9	21,6	7,3
II. Neustadt-Nordertheil . . .	33,8	14,6	22,0	8,9
III. Neustadt-Südertheil . . .	39,2	19,6	22,4	8,0
Die ganze Stadt	27,3	14,1	17,5	5,9

Einer der vielen Mängel, die allen drei Wohnvierteln eigen sind, besteht in den ungenügenden Vorkehrungen zur Abfuhr. Redner schildert die infolge des Baupolizeigesetzes von 1882 vorgenommene Herstellung von 10—12000 Abortanlagen anstelle der früheren unglaublich primitiven Vorkehrungen in diesen Wohnungen (meist nur ein Eimer, der auf dem Boden oder in der Küche neben dem Herde stand). Trotzdem seien wegen des beengten Raumes die Aborte vielfach nur ausserhalb der Wohnungen, oft in erheblicher Entfernung von denselben und für mehrere gemeinschaftlich zu ermöglichen gewesen, so dass diese Verhältnisse nicht wenig zur Ungesundheit der Bezirke beitragen. Aber weder diese Mängel, noch die obigen Zahlen der Medizinal-Statistik oder die mehr oder weniger bekannten sonstigen Mängel hätten der Kommission genügt, die drei Bezirke als allgemein ungesund zum Abbruch und zur Sanirung zu empfehlen. Sie hielt sich vielmehr für verpflichtet, sich eingehende Kenntniss über die Beschaffenheit der einzelnen Grundstücke und Wohnungen zu erwerben, und zwar, da es sich um Tausende von Wohnungen handelte, mit Hilfe von Vertheilung der Arbeit an Unterkommissionen und Mitwirkung des statistischen Büreaus, des Medizinalamtes und der Baupolizei.

Es folgt eine überaus fesselnde Darstellung der vorgenommenen, zumtheil dreimaligen Besichtigung aller einzelnen Wohnungen in den zu sanirenden Bezirken und der vorgefundenen Zustände, mit humoristischen Seitenblicken auf die gute Natur der Hamburger Bevölkerung, welche immer mit grosser Bereitwilligkeit den Einfluss gestattet habe.

Redner erläutert nunmehr an Hand des Planes den bekannten Entwurf für die Sanirung von Neustadt-Südertheil, welcher von den drei Bezirken als der erste in Angriff genommen werden soll wegen der durch seine tiefe Lage bei Hochwasserständen der Elbe auftretenden besonders ungesunden Ueberschwemmungen von den Sielen aus. (Siehe S. 260, Jahrg. 1900)

Nach einigen Mittheilungen über die unverhältnissmässig hohen Miethen, welche für die elenden Hofwohnungen bezahlt werden und welche sich für 1 qm Fläche weit höher stellen als in den vornehmsten Stadttheilen, folgt eine Erörterung der grossen Schwierigkeiten, welche die anderweite Unterbringung der Bevölkerung bietet, deren Wohnungen abgebrochen werden sollen. Diese Schwierigkeit wird erhöht durch den zunehmenden Mangel an kleinen Wohnungen. Während 1893 noch 9% aller Wohnungen leer standen, sei dieser Satz im Jahre 1899 auf 2,10% gesunken. Im allgemeinen nimmt man in grossen Städten als gesunden Normalzustand an, dass 4% der Wohnungen stets frei sein müssen, wenn nicht in einzelnen Kategorien ein Mangel eintreten soll.

Redner schliesst mit der Bemerkung, dass die Frage noch offen sei, wie nach erfolgter Enteignung und Durchlegung der neuen Strassen die Bebauung der freiwerdenden Flächen geleitet werden solle, und meint, es würde eine dankenswerthe Aufgabe für einen Ausschuss unseres Vereins sein, sich mit der Frage zu beschäftigen, warum es so schwer halte, kleine Wohnungen zu bauen, und mit welchen Mitteln man die Spekulation darin beleben könne. —

Aus der nun folgenden lebhaften Besprechung, an welcher sich die Hrn. Orth, Ruppel, Stein, Rambatz, Stahl, Elvers, Fitschen betheiligen, folgeit Hr. Ols-

hausen, dass seine Anregung auf fruchtbaren Boden gefallen sei. Der Vorsitzende verbindet mit dem Ausdruck des Dankes an den Redner, welcher es verstanden habe, dem spröden Thema die interessantesten Seiten abzugewinnen, die Zusage, die weitere Behandlung der Frage in einem Vereinsausschusse in die Wege leiten zu wollen.

Den Schluss des Abends bilden einige erklärende Worte von Hrn. Haller zu den von ihm ausgestellten Buntdruckblättern nach Aquarellen des Malers Soltau, welche einst dem verstorbenen Lindley als Ehrengabe zu seiner Verheirathung von Hamburger Freunden gestiftet wurden, und welche sowohl als Erinnerungen an Alt-Hamburg, wie durch die Schönheit ihrer Ausführung Interesse bieten. —

Mo.
Arch.- u. Ing.-Verein zu Wiesbaden. IV. ord. Versammlung am 5. Febr. d. J. Vors. Hr. Brth. Winter. Anwesen- 27 Mitgl. und 4 Gäste. Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der Vorsitzende des verstorbenen Mitgliedes Ob- Ing. F. Lugenbühl. Die Versammlung ehrte das Andenken des Heimgegangenen durch Erheben von den Sitzen. Es wurden zu Mitgliedern des Ausschusses des Mittelrh. Arch.- u. Ing.-Vereines gewählt: Hr. Eisenb.-Bau- und Betr.-Insp. Petri und als weiteres Mitglied, nachdem die Zahl der ordentlichen Vereins-Mitglieder 50 überschritten hat, Hr. Stdtbmstr. Thiel-Biebrich durch Zuruf.

Hr. Thiel-Biebrich machte kurze Mittheilungen über die geplante neue Rhein-Kai-Anlage in Biebrich und über den Stand dieser Angelegenheit.

Hierauf spricht Hr. Reg.-Bmstr. Franz Woas „Ueber Erlebnisse und Erfahrungen in China, namentlich in baulicher Beziehung“. Redner schilderte kurz die Fahrt und zunächst Shanghai, das er als eine der schönsten und interessantesten Städte der Welt bezeichnete. Erging dann zu seinen Erlebnissen im nördlichen China über, wo er mitten in das Getriebe des Krieges gerieth. Nachdem auf einem Dampfer der Jeben-Linie Kiautschou angelauten war, (das er übrigens nicht so günstig fand, wie es in der Regel hingestellt wird), begab er sich auf der Eisenbahn nach Tongkou und Tientsien, sowie weiter zu Pferde nach Peking. Eingehend beschrieb er seine Wohnung in Peking, die er mangels eines Hotels — das einzige, das bis dahin bestand, war durch das Bombardement auf das Gesandtschafts-Viertel gänzlich zerstört worden — in dem Palaste eines hohen Mandarinen nahm. Auch die Kaiserpaläste, die Tempel, die Befestigungswerke usw. besprach der Vortragende und nahm damit den Zuhörern wohl manche Illusion, da man sich in der Regel übertriebene Vorstellungen von der Kostbarkeit und Grossartigkeit dieser Bauten macht. Nur die bekannte Mauer, mit der ganz Peking umgeben ist, sei ein wirklich grossartiges Werk, das auch in bester Weise erhalten ist.

Eine gewisse und durchaus nicht geringe gewerbliche Fertigkeit ist den Chinesen auch in bautechnischer Beziehung nicht abzuspochen; doch bewegt sich diese in sehr engen Grenzen. Fast immer kehren dieselben Muster wieder; in ganz Peking scheint z. B. für sämtliche hölzernen Fensterfüllungen nur ein einziges Modell vorhanden zu sein, das ebenso im Hause des Bürgers wie im Palaste des Kaisers verwendet wird. Auf der allertiefsten Stufe steht der Chineser jedoch, was die Verwendung von Maschinen betrifft; er kennt keine Kunstmühlen, keine Pumpen, keine Pflüge unserer Art. Werkzeuge wie der Hobel, der Bohrer usw. sind ihnen so gut wie unbekannt; ja, er weiss nicht einmal etwas von der Schraube und behilft sich mit den allereinfachsten Werkzeugen und Vorrichtungen. Die Verwendung von Eisen bei seinen Bauten beschränkt sich auf das Aeusserste; nur einige Klammern und Bolzen verwendet der Chineser hier und da, um die Holzkonstruktionen zusammen zu halten. Die Häuser wie die Tempel sind zumeist lediglich aus Holz gebaut, dessen Oberfläche allerdings durch Beklebung mit Filz und Pappe sowie durch reiche Bemalung und Lackirung verdeckt ist. Alle öffentlichen Gebäude, die kaiserlichen Paläste nicht ausgenommen, befinden sich in einem trostlosen Zustande grenzenloser Vernachlässigung. So überlegt die ganze Anlage vieler Tempel und Paläste ursprünglich gewesen ist, so ist doch zurzeit auch so gut wie nichts davon mehr in wirklich brauchbarem Zustande. Von den Wänden ist die Verkleidung längst abgebrockelt, auf den Dächern wächst meterhoch das Gras und in den Tempeln nisten unzählige Tauben. Die Stadt Peking ist jetzt zu zwei Drittheilen zerstört; aber bald begann der Chineser, rührig und fleissig wie er ist, sie wieder aufzubauen — leider in derselben unverständigen Weise wie vorher, d. h. ohne Rücksicht auf Entwässerung, Abführung des Unrathes und dergl. So etwas kennt der heutige Chineser eben nicht, während doch die erste Anlage der grossen chinesischen Städte durchweg nach einem wohl überlegten Plane geschehen ist, der sowohl eine Ent- als auch eine Bewässerung

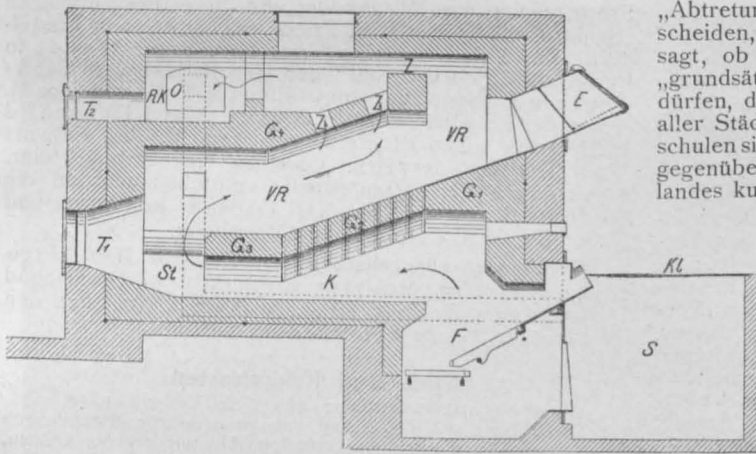
vorsah. Es würde ein Leichtes sein, ganz Peking so aufzubauen, dass es durchaus das Gepräge einer modernen europäischen Stadt hätte. Der Vortragende hat dies bald erkannt und deshalb dem heute mächtigsten Manne in China, Li-Hung-chang, seine Vorschläge unterbreitet. Li-Hung-chang ist auch in wohlwollendster und verständigster Weise darauf eingegangen, und es ist nicht unmöglich, dass sich nach dem Friedensschluss diese Pläne in der einen oder anderen Form verwirklichen werden. —

Zum Schlusse besprach Redner noch die Eisenbahnen und Wasserstrassen Chinas. Leider haben die Engländer bereits die besten Eisenbahnlinien für sich mit Beschlag belegt, doch dürfte für den deutschen Unternehmungsgeist immerhin noch etwas übrig geblieben sein; namentlich aber harret seiner noch der grosse Seekanal von Peking bis ans Meer, dessen Bau der Vortragende gleichfalls Li-Hung-chang persönlich vorgeschlagen hat, indem er sich zugleich als erster Europäer in aller Form um eine Konzession hierzu bewarb. Redner gab dem Wunsche Ausdruck, dass wenigstens dieses Unternehmen Deutschland gesichert werden möge. Der Chinese sei im grossen und ganzen jetzt reif zur Aufnahme europäischer Kultur; deshalb möge die günstige Stunde, die sich Deutschland jetzt bietet, nicht versäumt werden. — Diese hochinteressanten Mittheilungen von einem Augenzeugen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen und gaben zu einem angeregten Meinungs austausche Veranlassung, bei dem Hr. Woos noch manch' ernstes und auch heiteres Erlebnis seiner grossen Reise zum besten gab. — G—.

Dresdener Architekten-Verein. Nach den in der Generalversammlung vom 5. Febr. 1901 und der darauf folgenden ord. Versammlung vom 25. Febr. stattgefundenen Ergänzungswahlen besteht der Vorstand aus den Hrn. Architekten O. Haenel, Vors., R. Schleinitz, stellv. Vors., P. Lätzig, 1. Schriftführer, G. Adam, 2. Schriftf., K. Kraft, Kassirer, O. Fischbach, 1. Bibliothekar, C. Reimer, 2. Bibliothekar.

Vermischtes.

Die Vernichtung von Abfällen durch Kori's Verbrennungs-Oefen hat in den letzten Jahren eine sich stets steigernde Verbreitung gefunden. Ausser in Krankenhäusern finden die Oefen Anwendung in Anatomien, Thierärztlichen Hochschulen, Schlacht- u. Viehhöfen, grossen



in sich abgeschlossenen Anstalten, Markthallen usw., überhaupt überall dort, wo das System der Abfuhr, oder einer anderen Beiseiteschaffung, durch das vom gesundheitlichen Standpunkt allein richtige der Verbrennung ersetzt werden soll.

Aus verschiedenen Beispielen ausgeführter Anlagen geben wir nebenstehend die Darstellung eines Kori'schen Verbrennungs-Ofens für grössere Krankenhäuser. — Der Einwurf der Abfälle (verbrauchtes Verbandmaterial, Thierleichen, Fleischtheile, Kehrlicht usw.) erfolgt durch den Kasten *E* in den langgestreckten Vortrocken- und Verbrennungsraum *VR*, dessen schräge Sohle im mittleren Theil aus dem durchbrochenen Gewölbe *G₂* gebildet wird. Die aus der darunter liegenden Feuerung *F* hochschlagende Flamme zieht z. Th. durch die Spalten des Gewölbes *G₂*, z. Th. durch den Kanal *K* und gelangt über die Abfälle hinweg nach den Oeffnungen *Z* und von dort weiter in die Rauchkammer *RK* und nach dem Abzug *O*. Soweit die Abfälle nicht schon im Verbrennungsraum *VR* vernichtet sind, werden sie im Kanal *K* nochmals der Feuerung *F* ausgesetzt und zuletzt in diese hinabgestossen, wo sie vollständig verzehrt werden.

Wo irgend möglich, wird der Verbrennungs-Ofen an den hohen Dampfkessel-Schornstein angeschlossen, so dass eine zweite Feuerung zum nochmaligen Verbrennen der abziehenden Gase entbehrlich ist. Anderenfalls lässt sich eine solche leicht im Fuchs einbauen. Um bequem zum Einwurf *E* zu gelangen, ist der tiefliegende Schürraum *S* mit einer eisernen Klappe *Kl* abgedeckt.

Ausgeführt sind derartige Oefen u. a. für die medizinischen Institute der Universität Halle a. S., für die Neubauten der königl. Charité in Berlin, für das k. k. Allgemeine Krankenhaus in Wien usw. Dieselben werden auch in kleineren Abmessungen und für alle Bedürfnisse hergestellt, und könnten überall in Berücksichtigung gezogen werden, wo es sich um rationelle Vernichtung von Abfällen handelt. —

Eine süddeutsche Stadt und ihre Technische Hochschule.

In No. 254 (vom 30. Okt. 1900) des in Stuttgart erscheinenden „Neuen Tagblatts“ war zu lesen, dass die Technische Hochschule Stuttgart bei der Stadtverwaltung darum nachgesucht habe, ihr den Hoppenlau-Friedhof zur Anlage eines botanischen Gartens zur Verfügung zu stellen, da der gegenwärtige botanische Garten nicht mehr genüge und in kurzer Zeit durch andere nicht abweisbare Bedürfnisse noch weiter beschnitten werden müsse.

Der Hoppenlau-Friedhof ist ein längst nicht mehr zu Beerdigungen benutzter Platz, der seit einer Reihe von Jahren als öffentlicher Park anzusehen ist und der allerdings eine grössere Zahl von Gräbern bedeutender Württemberger enthält, die jedenfalls erhalten bleiben müssen; doch hat die Stadtverwaltung selbst auf einem Theile dieses Platzes einen städtischen „Schulgarten“ angelegt. In der oben genannten Zeitung werden die Gründe angegeben, aus denen in der Sitzung der städtischen „Abtheilung für innere und ökonomische Verwaltung“ das Gesuch der Technischen Hochschule zurückgewiesen worden ist. Diese Gründe sind z. Th. vollberechtigt, und soweit wäre also die Sache in Ordnung, wenn nicht der doch merkwürdige prinzipielle Zusatz gemacht wäre, „dass die Stadtverwaltung bis jetzt grundsätzlich den Standpunkt eingenommen habe, dass, so wenig die Stadt Tübingen für die Universität solche Opfer zu bringen habe, die Stadt Stuttgart für Zwecke der Technischen Hochschule in Anspruch genommen werden sollte.“ Das Blatt schliesst diesen Abschnitt seines Berichtes mit der Angabe, dass der Gemeinderath den Antrag jener Abtheilung, das Gesuch um „Abtretung“ des Hoppenlau-Friedhofes abschlägig zu bescheiden, einstimmig angenommen habe. Es ist nicht gesagt, ob sich der einstimmige Beschluss auch auf den „grundsätzlichen“ Zusatz bezog; aber man wird wohl sagen dürfen, dass es ein Glück ist, dass nicht die Verwaltungen aller Städte des Deutschen Reiches, die Sitze von Hochschulen sind, diesen Hochschulen mit denselben Gesinnungen gegenüberstehen, wie sie in der Hauptstadt des Schwabenlandes kundgegeben worden sind. —

Besuche deutscher technischer Lehranstalten.

Das Technikum in Ilmenau in Thüringen, eine mittlere Fachschule für Maschinenbau und Elektrotechnik, wird im W.-S. 1900/1901 von 724 Technikern besucht. Eine Erweiterung des Gebäudes ist in Aussicht genommen. — Das Technikum in Hainichen, gleichfalls eine Fachschule für Maschinenbau und Elektrotechnik, wird im ersten Halbjahr seines Bestandes von 85 Schülern besucht. — Das Technikum in Rudolstadt, eine Fachschule für alle Gebiete der Bautechnik, hat im ersten Unterrichtsjahre einen Besuch von 118 Schülern aufzuweisen. Alle diese Anstalten überragt die Baugewerkschule in Holzminden mit 936 Schülern, von welchen 858 Besucher der Fachschule für Bauhandwerker und 78 Schüler der Fachschule für Maschinen- und Mühlenindustrie angehören. —

Die **Kostenanschlags-Formulare der Druckerei Georg Böllert in Duisburg** zeichnen sich durch eine klare und umsichtige Fassung des textlichen Theiles wie auch durch eine übersichtliche Druckanordnung aus. —

Preisbewerbungen.

Der Wettbewerb des Vereins „Lüder von Bentheim“ in Bremen betr. mustergiltige Fassaden für Bremen ist von 120 rechtzeitig eingegangenen Entwürfen besichtigt worden, und zwar mit 47 Entwürfen in der Gruppe A, 44 Entwürfen in der Gruppe B und 29 Entwürfen in der Gruppe C. Für die Beurtheilung des Preisgerichtes war der Grundzug maassgebend, dass Entwürfe, welche sich in der Hauptsache auf eine Wiedergabe vorhandener Bau-

werke beschränken, trotz sonst vorhandener Vorzüge nicht durch einen Preis ausgezeichnet werden könnten. Im übrigen entschied das Preisgericht wie folgt:

Gruppe A. I. Preis Entwurf „Foftein“ des Hrn. Dietr. Luley in Charlottenburg; II. Preis Entwurf „Phantasien in Bremer Giebeln“ der Hrn. Erdmann & Spindler in Berlin; III. Preis Entwurf „Merkur“ des Hrn. Brth. Wesnigk in Verden; IV. Preis Entwurf „Olke belege mi dat“ der Hrn. Fastje & Schaumann in Hannover.

Gruppe B. I. Preis Entwurf „Rheinwein“ des Hrn. Reg.-Bmstr. Ostendorf in Düsseldorf; II. Preis Entwurf „Phantasien in Bremer Giebeln“ der Hrn. Erdmann & Spindler in Berlin; III. Preis Entwurf „Nur eine Gruppe“ des Hrn. Fr. Brantzky in Köln a. Rh.; IV. Preis Entwurf „Nord, Süd, Ost, West, Bremen Best“ der Hrn. Schädler & Müller in Hannover.

Gruppe C. I. Preis Entwurf „Speichergasse“ der Hrn. Reimer & Körte in Berlin; II. Preis Entwurf „Kreuz im Wappen“ des Hrn. Wiggert in Breslau; III. Preis Entwurf „Phantasien in Bremer Giebeln“ der Hrn. Erdmann & Spindler in Berlin; IV. Preis Entwurf „Nord, Süd, Ost, West, Bremen Best“ der Hrn. Schädler & Müller-Hannover.

Zum Ankauf wurden empfohlen in Gruppe A. die Entwürfe der Hrn. Börnstein & Kopp in Friedenau, Ostendorf in Düsseldorf, Reimer & Körte in Berlin, Brurein in Charlottenburg, Stadler in Berlin und Hagerberg in Friedenau; — in Gruppe B. die Entwürfe der Hrn. Grothe in Berlin, Schlicht in Dresden, Wesnigk in Verden, Reimer & Körte in Berlin, R. Schmidt in Freiburg i. Br., Brurein in Charlottenburg, Sasse in Linden bei Hannover, Börnstein & Kopp in Friedenau und Fastje & Schaumann in Hannover; — in Gruppe C. die Entwürfe der Hrn. Sasse in Linden, Wagner in Bremen, Börnstein & Kopp in Friedenau, G. Dinklage in Berlin und Fr. Thyriot in Köln. —

Wettbewerb Stadthalle Remscheid. Als wir in unseren auf diesen Wettbewerb bezüglichen ausführlicheren Mittheilungen S. 116 über einen Zwischenfall berichteten, der auf eine Benutzung vorhandener Arbeiten in unzulässigem Maasse zurückzuführen sei, und als wir unseren Mittheilungen den Schlusssatz anfügten, man könne der Erledigung der leidigen Angelegenheit, wie sie durch das Preisgericht vorgenommen wurde, nur die rückhaltloseste Zustimmung ertheilen, thaten wir dies einmal im Vertrauen auf die leidenschaftlose Beurtheilung, die doch von einem Preisgerichte erwartet werden muss, ferner aufgrund des Protokolles, welches uns in seinem vollen Wortlaute vorgelegen hatte, und endlich aufgrund ausführlicher Mittheilungen über eine Versammlung der Remscheider Stadtverordneten, in welcher die Angelegenheit der Remscheider Stadthalle zur Berathung stand. Wir berichteten auch, dass das Preisgericht mit dem Verfasser des beanstandeten Entwurfes, Hrn. Arch. Alexander Mannes jr. in Remscheid, in Verhandlungen getreten war, um ihn zum Verzicht auf den ihm zugefallenen Preis zu veranlassen, und dass Hr. Mannes sich zu einem solchen Verzicht nicht verstehen wollte. Und daran that er Recht! Er hat in diesen Tagen Gelegenheit genommen, uns sowohl seinen Konkurrenz-Entwurf wie auch den Konkurrenz-Entwurf zur Gelsenkirchener Stadthalle, den er, was die Nordfassade anbelangt, „bis zur fast getreuen Wiedergabe“ benutzt haben sollte, zum Vergleiche vorzulegen, und wir haben nicht ohne schmerzliche Ueerraschung feststellen können, dass nach unserer Ansicht zu einem so schroffen Vorgehen, wie es das Preisgericht beobachtet hat, eine Berechtigung nicht vorlag. Hr. Mannes leugnet nicht, den fraglichen Entwurf zur Gelsenkirchener Stadthalle gekannt zu haben, aber er bestreitet unter allen Umständen, diesen Entwurf benutzt oder gar in unzulässiger Weise benutzt zu haben. Thatsache ist, dass das Preisgericht selbst der Grundrissanordnung des Hrn. Mannes ein uneingeschränktes Lob ertheilte; Thatsache ist allerdings aber auch, dass sowohl in dem Entwurf des Hrn. Mannes wie in dem Entwurf zur Gelsenkirchener Stadthalle sich ein verwandtes Hauptmotiv findet, welches jedoch in gleicher oder ähnlicher Weise bei tausend anderen Gelegenheiten benutzt worden ist, ohne dass man daraus den betreffenden Verfassern einen Vorwurf machen könnte; es ist ein Motiv, von welchem man vielleicht sagen könnte, dass es zum eisernen Bestande des Schatzes an künstlerischen Motiven in der Baukunst gehört, für die ein eigentlicher Urheber nicht angegeben werden kann, will man die Urheberschaft nicht auf die — Römer etwa zurückführen. Schon der Umstand, dass in beiden Entwürfen eine völlig andere Bautechnik angenommen ist — die Gelsenkirchener Stadthalle ist, soweit die Veröffentlichung in den „Deutschen Konkurrenzen“, die auch dem Preisgerichte vorlag, ein Urtheil zulässt, in Ziegelfugenbau für die Architektur, ausserdem mit grossen Putzflächen gedacht,

der Entwurf des Hrn. Mannes dagegen ist durchweg deutscher Fachwerkbau und dem Gelsenkirchener Entwurf in künstlerischer Hinsicht nicht unerheblich überlegen — schon dieser Umstand sollte einen ruhig denkenden Preisrichter vor dem Vorwurfe einer fast getreuen Wiedergabe bewahren, zudem, wenn anerkannt werden muss, dass der Grundriss eine selbständige Lösung darstellt und der Aufbau sich aus dem Grundriss mit organischer Folgerichtigkeit entwickelt. Auch in den meisten übrigen Theilen zeigen die beiden Entwürfe völlige Verschiedenheit bis auf den Dachreiter, welcher in beiden Entwürfen an gleicher Stelle ein Walmdach krönt. Freilich versichert Hr. Mannes, dass der Dachreiter ursprünglich an einer ganz anderen Stelle gesessen habe; aber darauf kommt es nicht an. Dieser Dachreiter! Rechtfertigt er wirklich das ungewöhnliche Vorgehen des Preisgerichtes? Die Antwort kann mit aller Bestimmtheit lauten: Nein!

Der leidige Zwischenfall hat aber noch eine allgemeine Bedeutung und die liegt in Folgendem. Wir sind immer dafür eingetreten, wenn es galt, in ein Preisrichter-Kollegium auch jüngere Kräfte mit jüngeren, nicht in eine bestimmte Schule eingefahrenen Anschauungen zu wählen. Wenn aber mit diesem, gewiss berechtigten und von den Theilnehmern an den Wettbewerbern vielfach und immer wieder geforderten, Verlangen der Nachtheil verbunden sein sollte, dass sich nunmehr im Anschluss an bestimmte und durchaus nicht zu billigende Fälle unzulässiger Nachahmung ein temperamentvoller Uebereifer entwickelt, welcher, wie im vorliegenden Falle, geeignet ist, einen strebsamen jüngeren Fachgenossen in seinen idealen Interessen oder gar in seiner Zukunft empfindlich zu schädigen, dann freilich möchten wir lieber wünschen, dass der alte Zustand fortdauert. Wir glauben, dass für das Preisgericht in dem Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für die Stadthalle in Remscheid die dringende Pflicht vorliegt, Hrn. Alexander Mannes jr., dem ein nach unserer Meinung ganz ungerechtfertigter Vorwurf unzulässiger Benutzung fremden geistigen Eigenthums gemacht wurde, vor seinen Fachgenossen und vor der Oeffentlichkeit zu rehabilitiren. — H. —

Zu dem Wettbewerb betr. Entwürfe für ein neues Rathhaus in Dresden sind, wie wir bereits berichteten, 78 Entwürfe eingelaufen. Das Preisgericht hat von der Ertheilung eines I. Preises Abstand genommen; es hat aus der Summe des I. und der beiden II. Preise drei Preise von je 7000 M. gebildet und diese den Entwürfen „Sankt Michael“ des Hrn. Friedr. Ostendorf in Düsseldorf, „Viel Feind, viel Ehr“ des Hrn. Franz Wendt in Berlin und „Februar 1901“ der Hrn. Lossow & Viehweger in Dresden zuerkannt. Einen II. Preis von 4000 M. errang der Entwurf „Roland“ des Hrn. Alfred Hauschild in Dresden, einen III. Preis von 3000 M. der Entwurf „Fünf Thürme“ der Hrn. Johannes Reichel & Heinr. Kühn in Leipzig. Zum Ankauf empfohlen wurden die Entwürfe „Ring“ des Hrn. Karl Grosser in Breslau und „Elbe“ des Hrn. Karl Roth in Mannheim. —

Wettbewerb evangelische Kirche Koblenz. Den I. Preis errangen die Hrn. Vollmer & Jassoy in Berlin und Stuttgart; den II. Preis Hr. E. Müller in Koblenz; den III. Preis Hr. Georg Frentzen in Aachen. —

Brief- und Fragekasten.

Fragebeantwortungen aus dem Leserkreise.

Zur Anfrage 2 in No. 7 sind uns so zahlreiche Mittheilungen zugegangen, dass wir nur die erste derselben wiedergeben können, während wir uns im übrigen auf die Anführung von Firmen beschränken müssen:

Die in Norddeutschland viel verwendeten wellenförmigen (holländischen) Pfannen werden z. B. in Hannover von fast jeder Ziegelei hergestellt und kosten etwa 40 bis 45 M. das Tausend. Fertig eingedeckt stellt sich 1 qm Dachfläche einschl. Lattung dort auf etwa 1,60 bis 1,80 M., Firste und Grate für das lfd. m 0,80—1,20 M. In Hildesheim sind besonders bei den alten Bauten vielfach Pfannen verwendet, die den holländischen ähnlich, auch die aufgebogene Krimpe zur Ueberdeckung zeigen, im übrigen aber flach sind. Auch diese werden noch jetzt hergestellt.

K. Siebrecht in Berlin.

Von Ziegeleien werden uns genannt: G. Rühmekorf, Nordstemmen; Dampfziegelei Mooshütte in Querum bei Braunschweig; Heithecker in Hasbergen, Herkenhoff und Rethmann in Natrup-Hagen, Wommel & Co. in Aschen bei Dissen und Tapmeyer in Versmold, sämmtlich in der Nähe von Osnabrück; Sörnewitz bei Meissen, Ziegel- und Mühlenwerke Billigheim in Baden; Ziegelei in Lank a. Rh., bei Krefeld usw. — Die Ziegel werden naturroth, blau gedämpft und schwarz glasiert hergestellt. Der oben angegebene Preis dürfte der ersten Sorte entsprechen, die anderen Sorten stellen sich entsprechend höher. —

Inhalt: Hafenentwurf für Osaka. — Mittheilungen aus Vereinen. — Vermischtes. — Preisbewerbungen. — Brief- und Fragekasten.

Kommissionsverlag von Ernst Toebe, Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann, Berlin. Druck von Wilh. Greve, Berlin SW.



D E U T S C H E B A U Z E I T U N G

XXXV. JAHR-
 * BERLIN *
 GANG. * * NO. 24. *
 DEN 23. MÄRZ 1901.

Haus March in Charlottenburg.

Architekt: Königl. Baurath Otto March in Charlottenburg.

(Hierzu die Bildbeilage in No. 25 und die Abbildungen auf S. 144 u. 145.)



Wenn etwas geeignet ist, den Wandel, welcher sich in den letzten Jahrzehnten im Wohnhausbau von Berlin und seiner Umgebung vollzogen hat, und zwar bei dem selben Künstler vollzogen hat, so recht augenscheinlich darzustellen, so ist es die Wohnhausgruppe Sophienstrasse 23—27 in

Charlottenburg, welche dem Architekten kgl. Baurath Otto March in Charlottenburg zu eigener Benutzung ihre Entstehung verdankt. Sie besteht aus dem Doppelhaus No. 23, 25, vor 17 Jahren unter dem Einflusse der nachschinkelschen Schule in Backsteinfugengebäude errichtet und von uns im Jahrg. 1884 No. 54 veröffentlicht, und aus dem im vergangenen Jahre erbauten, zu Weihnachten 1900 bezogenen neuen Wohnhaus No. 26—27. Nicht allein die entwickelteren Bedürfnisse des Familienlebens, auch die künstlerische Weiterbildung des Besitzers öffnen zwischen dem früheren und dem heutigen Wohnhaus des Architekten eine tiefe Kluft, welche in ungemein interessanter und lehrreicher Weise den Fortschritt der Entwicklung im Laufe von nahezu 2 Jahrzehnten darstellt. Räumlich an einander angeschlossen und einander berührend, stehen die Bauwerke künstlerisch so weit von einander entfernt, wie schulmäßige Ueberlieferung und freier Individualismus. Was damals errichtet wurde, war, bei allem Verdienste vom damaligen Standpunkte aus, eine den Wohnbedürfnissen in mehr konventioneller Weise Rechnung tragende, das Persönliche kaum zum Durch-

bruch bringende Anlage, während das, was der Wende des Jahrhunderts seine Entstehung verdankt, auf die persönlichen Ansprüche in praktischer und künstlerischer Hinsicht in weitgehendstem, um nicht zu sagen ausschliesslichem Maasse Rücksicht nimmt. Mit anderen Worten: das, was früher entstand, war nach heutigem Urtheil ein Wohnhaus nach dem Charakter der Allgemeinheit, das, was jetzt entstand, ein Werk individueller künstlerischer Absonderung.

Grundlegend für die S. 144 dargestellte Raumvertheilung des Hauses war der Wunsch des Architekten und Besitzers, das Speisezimmer mit der ihm vorgelagerten bedeckten Veranda nur wenig, nur 30^{cm} etwa, über der Fläche des Gartens anzulegen, einmal, um damit zum Ausdruck zu bringen, dass Haus und Garten nicht zwei von einander getrennte Theile eines Wohnsitzes, sondern dass in der wärmeren Jahreszeit beides gleichwerthige Theile einer Wohnstätte sind. Der Architekt wollte offenbar zeigen, dass in der praktischen Benutzung der Garten lediglich eine Fortsetzung des Hauses ist, eine Zusammengehörigkeit, die in der kalten Jahreszeit durch die umfassenden Ausblicke auf den Garten aus allen Räumen des Hauses ideell hergestellt wird. Zum anderen aber wurde die Fläche der Erdgeschossräume deshalb nur wenig über die Gartenfläche erhoben, um die praktische Benutzung des Gartens möglichst zu erleichtern. Durch diese Höhenlage war die Verlegung der Wirthschaftsräume in das Kellergeschoss, wie sie infolge der Bodentheuerung und des hierdurch hervorgerufenen Rummangels bei Einfamilienhäusern vielfach geübt wird, ausgeschlossen.

Der Architekt ist geneigt, diese Anordnung seinem Hause zum Vorzuge anzurechnen und meint, dass in bürgerlichen Wohnhäusern die Wirthschaftsräume nur im Nothfalle ihren Platz im Kellergeschoss finden dürften. Das ist in praktischer wie in sozialer Hinsicht richtig, wenn es, wie es hier geschehen ist, gelingt, die Wirthschaftsräume von den übrigen Räumen des Erdgeschosses in guter Weise abzusondern. Im übrigen führt diese Anordnung, will oder kann man nicht eine zu grosse Grundfläche bebauen, zu einer Trennung der Raumgruppen, welche im Hinblick auf die von der Etagenwohnung auch auf die Einfamilienhäuser übergegangene Gewohnheit im Gegensatz zu der allgemein üblichen Anordnung steht, aber gewisse Vorzüge hat, die nicht schwinden, wenn die Verbindung der Raumgruppen mit möglichster Sorgfalt bedacht wird. Im Erdgeschoss enthält das Haus zur Linken die Wirthschaftsgruppe mit besonderem Eingang, zur Rechten einen Theil der Wohnraumgruppe. Es liegen links die grosse Küche mit Speisekammer, Anrichterraum, Gesindezimmer; es liegen rechts die Kleiderablage, eine geräumige Vorhalle, auf deren stimmungsvolle Ausstattung besonderer Werth gelegt ist und die wir daher in zwei Ansichten wiedergeben, sowie das Speisezimmer mit Veranda. Das sind die Räume im Erdgeschoss; die eigentlichen Wohnräume liegen getrennt von ihnen im ersten Obergeschoss. Das lässt sich ohne Zwang durchführen, wenn die Stockwerkshöhen nicht zu gross sind und die verbindende Haupttreppe sehr bequem angelegt ist. Beides ist hier der Fall. Das Erdgeschoss ist nur 3,25^m hoch und es ist die Haupttreppe bei bequemer Steigung im Lauf 1,70^m breit. In dieser Weise wird die Lage von Empfangsraum und Speisezimmer im Erdgeschoss und der eigentlichen Wohn- und Gesellschaftsräume im ersten Obergeschoss kaum als eine Trennung empfunden. Die Schlafzimmer befinden sich im zweiten Obergeschoss, die Gast- und Mädchenzimmer im Mansardgeschoss. Hier ist auch eine etwa 7,50^m im Quadrat grosse Malstube für die Gemahlin des Architekten, welche mit Erfolg malerischen Studien obliegt, eingerichtet.

Bei der Gestaltung des Aeusseren war es dem Architekten Richtschnur, dem Charakter der jetzigen Bebauung der schmalen Alleestrasse, der durch die mässige Höhenentwicklung der Wohnhäuser, die hier stehen und durchweg von nur einer Familie bewohnt werden, gegeben ist, nach Möglichkeit zu folgen. Lag darin ein Zwang zur Wahl niedriger Geschosshöhen, so erblickte der Architekt hierin jedoch keineswegs einen Mangel, vielmehr in der allgemeinen Vorliebe

für hohe Geschosse ein Vorurtheil, welchem auf Kosten der Wohnlichkeit zu sehr Rechnung getragen wird. Otto March huldigt der durch die Bauten des Mittelalters und der Renaissance bestätigten und auch sonst vielfach anerkannten Ansicht, dass mässig hohe Wohnräume leichter behaglich und individuell zu gestalten sind und den Möbeln sowie etwa vorhandenen Kunstgegenständen einen vortheilhafteren Rahmen gewähren, als übermässig hohe Räume, in welchen bei voller Verkenntung des Begriffes vielfach eine besondere Vornehmheit gesehen wird.

Für die Aeussererscheinung des Gebäudes war lerner maassgebend, dass in jedem Raum die Fenster nach Zahl, Lage und Grösse so angeordnet sind, wie die räumliche Wirkung es forderte, ziemlich sorglos darum, ob dadurch im Aeusseren eine symmetrische oder mehr malerische Anordnung zu gewinnen sei. In der farbigen Erscheinung wurde das Haus seiner Umgebung, deren Häuser vorwiegend die Thonfarbe zeigen, dadurch anzupassen versucht, dass dem rauhen Putz ein braungelber Kies zugesetzt und für die Architekturtheile eine rothe Sandsteinfarbe gewählt wurde. Dem Strassencharakter und der Gesamtlage entsprechend steht das Gebäude auf der Grenze zwischen Landhaus und Stadtvilla. —

Die Bauarbeiten waren in folgender Weise gegeben: Es führten aus die Maurer- und Zimmerarbeiten Blankenhorn & Waldmann in Berlin; die Tischlerarbeiten Kuhnert und Lommatzsch & Schröder in Berlin, sowie Bembé in Mainz; die Schlosserarbeiten Franz Spengler, Schulz & Holdefleiss und A. Polzin in Berlin. Besondere Sorgfalt wurde durch die Firmen Voltz & Wittmer in Strassburg i. E. und Gorka in Berlin auf die Wasserleitungs-Arbeiten, sowie durch die Firma E. Kelling in Berlin auf die Warmwasserheizung verwendet, durch welche das Haus erwärmt wird. Die Firma Rosenfeld in Berlin führte die Fussböden- und Wandbeläge, die Aktiengesellschaft für Marmorindustrie Kiefer in Kiefersfelden die Marmorarbeiten, J. Odorico in Berlin den Terrazzoboden der Halle mit Mosaikfries aus.

Von den kunstgewerblichen Ausstattungs-Arbeiten ist zu erwähnen, dass die flachen, charakteristischen Schnitzereien von Dochan und die Intarsien von Roggenbau gefertigt wurden. Für einzelne Arbeiten wurden englische Künstler und Kunsthandwerker herangezogen. So sind einzelne der Beleuchtungskörper von N. Dawson in London ausgeführt und es ist das Treppenhausefenster nach der Angabe des Architekten von Oscar Paterson in Glasgow zusammengesetzt worden. Das Fenster der Eintrittshalle im Erdgeschoss

Oberingenieur F. Andreas Meyer †.

Aus Wildungen ist die betrübende Kunde gekommen, dass der in weiten Kreisen des Ingenieurwesens und der Gesundheitspflege wohlbekannte hamburgische Oberingenieur F. Andreas Meyer am 17. März der Krankheit, für deren Hebung er die Heilquelle aufgesucht hatte, unerwartet rasch erlegen ist. Die Stadt Hamburg betrauert in dem Entschlafenen einen ihrer begabtesten Söhne, dem es in fast 4 Jahrzehnten angestrengten Dienstes vergönnt war, eine bedeutende Thätigkeit auf vielen Gebieten des Bauwesens auszuüben und die grossartige Entwicklung seiner Vaterstadt nach manchen Richtungen maassgebend zu beeinflussen. Der in erfolgreicher Arbeit gewonnene weite Blick befähigte ihn indessen, auch ausserhalb der Grenzen der engeren Heimath seine Kräfte zu erproben; Andreas Meyer war nicht allein in den verschiedenen Zweigen des städtischen Bauwesens ein vielfach in Anspruch genommener Gutachter, sondern er hat auch in den grossen Vereinigungen, insbesondere im Verbands Deutscher Architekten und Ingenieur-Vereine und im Verein für öffentliche Gesundheitspflege lange Jahre eine führende Rolle gespielt.

Einer alten Hamburger Familie entstammend, wurde Andreas Meyer am 6. Dezember 1837 geboren. Nachdem er seine Studien auf dem Polytechnikum zu Hannover vollendet hatte, war er kurze Zeit im hannoverschen und bremischen Staatsdienste thätig. 1862 als hamburgischer Wasserbau-Konstrukteur angestellt, war er unter der Leitung des genialen Wasserbaudirekt. Dalmann beim Bau der ersten

Dampfschiffkais thätig und führte dann selbständig eine neue Vermessung der Elbe von Hamburg bis zur Mündung aus. So sehr die Thätigkeit im unmittelbaren Dienste der Hamburgs Entwicklung bestimmenden Seeschifffahrt ihn befriedigen mochte, trat er doch bei Gelegenheit der Reorganisation der Baudeputation zum städtischen Ingenieurwesen über, wo ihm Gelegenheit geboten wurde, rascher zu einer seinen Talenten entsprechenden führenden Stellung zu gelangen. Nachdem er 1868 Abtheilungs-Ingenieur geworden war, wurde er denn auch 1872 in die erledigte Stellung des Oberingenieurs berufen und übernahm damit in verhältnissmässig jungen Jahren nicht allein die Leitung des Tiefbauwesens der Stadt Hamburg, sondern auch die Oberleitung der Wasserwerke. In die drei Jahrzehnte seiner Thätigkeit als Oberingenieur fallen zahlreiche Strassendurchbrüche und sonstige Umgestaltungen in den 1842 vom Brande verschont gebliebenen alten Stadttheilen, und die Bebauung der nunmehr mit der Stadt vereinten Vororte. Durch den Zollanschluss war gleichzeitig die Nothwendigkeit gegeben, eng bebaute Wohngebiete in weiträumige Speicherviertel umzuwandeln, in denen für das Löschen und Laden sowie für die Lagerung der mit Hamburgs Seehandel gewaltig vermehrten Waarenmengen alle Hilfsmittel der Neuzeit in Anwendung zu bringen waren. Es ist in hohem Maasse Andreas Meyer's Verdienst, dass bei diesen Umgestaltungen sowohl die vom Verkehr als auch die vom Standpunkte der Gesundheitspflege geforderten Rücksichten in zweckmässiger Weise beobachtet wurden. In letzterer Beziehung ist namentlich die planmässige Erhöhung der früher den Sturmfluthen ausgesetzten Stadttheile zu erwähnen. Die von William

stammt von H. Hildebrandt-Berlin; die Kartons zu ihm lieferten die Maler Birkle & Thomer-Charlottenburg.

Wem es vergönnt ist, das so ausgestattete Wohnhaus zu besichtigen, wird aus ihm den Eindruck gewinnen, dass es das bevorzugte Heim eines feinsinnigen Künstlers ist, welcher in der behaglichen Wohnlichkeit das oberste Gesetz für die Gestaltung eines bürgerlichen Wohnhauses erblickt. Allenthalben ist auf die

Raumvertheilung und auf die Ausstattung nach den Bedürfnissen und Liebhabereien der Bewohner der Hauptwerth gelegt. Allenthalben ist aber auch erkennbar, dass neben dem Kunstsinne die Empfindung für stille Einfachheit und vornehme Zurückhaltung, die Vorliebe für echte Materialien und für eine gemüthvolle, poetische Umwelt die Gestaltungen beherrscht haben. —

Preussische Ministerial-Verfügung betr. Fürsorge für die Reinhaltung der Gewässer.

Im Jahre 1894 hatte die preussische Staatsregierung den Entwurf eines Wassergesetzes fertig gestellt und der Oeffentlichkeit zur Beurtheilung übergeben, der bestimmt war, in das sehr zersplitterte Wasserrecht Einheit zu bringen, und der unter seinen hauptsächlichsten Aufgaben auch der genügen sollte, die öffentlichen Gewässer vor Verunreinigungen zu schützen, die gesundheitliche Schädigungen des Wassers oder der Luft, erhebliche Belästigungen des Publikums oder endlich die Verbreitung ansteckender Krankheiten bewirken könnten. Dieser Entwurf ist, wie bekannt, Entwurf geblieben, zumeist wohl aus dem Grunde, dass er „neues Recht“ schuf, welches in langjährig bestandene Verhältnisse tief einschneidet, insbesondere aber wohl deswegen, weil bei den grossen Verschiedenheiten der provinziellen und selbst der örtlichen Verhältnisse die Durchführung einheitlicher Gesetzes-Bestimmungen auf allzu grosse Schwierigkeiten gestossen sein würde.

Inzwischen sind 7 Jahre verflossen, ohne dass im Wege der Gesetzgebung irgend etwas Weiteres geschehen wäre; man hat sich ohne Gesetz mit den in dieser Zeit vorgekommenen Einzelfällen so gut oder so schlecht wie es ging, abgefunden. Es würde aber der Wahrheit zuwiderlaufen, wenn man sagen wollte, dass dabei der Schutz der Gewässer oder das Interesse der Städte oder der Industrie Schaden genommen hätte. Dass dies vermieden worden ist, liegt theils an dem unabgeschlossenen Zustande vieler Fragen vom Gebiete der Flussverunreinigung, der den zu Entscheidungen berufenen Behörden und Personen eine gewisse Zurückhaltung auferlegt, theils aber auch an Wechseln der Persönlichkeiten, die inzwischen stattgefunden haben. An die Stelle des vielfach schematischen Vorgehens, das in Fragen der Flussverunreinigung in einer früheren Periode bei der preussischen Verwaltung wahrzunehmen war, ist, seit eine Neubesetzung der betr. Stelle im Kultusministerium stattgefunden hat, erfreulicherweise eine Besonderheiten des Einzelfalles würdigende, die widerstrebenden Interessen möglichst genau abwägende Behandlung der Dinge getreten.

Dürfte bisher noch der Gedanke, dass die gesetzliche Regelung der Frage der Flussverunreinigung zwar aufgeschoben, doch nicht aufgehoben sei, festgehalten werden, so ist derselbe nunmehr vielleicht endgiltig aufzugeben angesichts der Thatsache, dass der Reichs- und

Staatsanzeiger in seiner No. 55 d. J. eine von den Ministern für Landwirtschaft und Domänen, für Handel und Gewerbe, der öffentlichen Arbeiten und der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten unterzeichnete, an die Oberpräsidenten und einige andere Stellen gerichtete, vom 20. Februar d. J. datirte „allgemeine Verfügung betr. Fürsorge für die Reinhaltung der Gewässer“ bringt, welche als Eingang den Satz enthält: dass gegen die früher beabsichtigte landesgesetzliche Regelung der Maassnahmen zur Reinhaltung der Gewässer namentlich aus der Verschiedenartigkeit der örtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse innerhalb der Monarchie, und selbst innerhalb einzelner Provinzen, so erhebliche Bedenken beständen, dass von einem gesetzgeberischen Vorgehen, wenigstens vorläufig, Abstand genommen werden solle. —

Die Ministerial-Verfügung bildet ein umfassendes Schriftstück, das zunächst aus einer Einleitung besteht, in welcher hervorgehoben wird, dass es nothwendig sei, den Uebelständen der Flussverunreinigung aufgrund der bestehenden Gesetze, die für diesen Zweck auch im allgemeinen ausreichend sein dürften, nachdrücklich entgegen zu treten. Den Landespolizei-Behörden wird aber zur Erwägung anheimgestellt: ob etwa eine Abänderung der bestehenden Polizeiverordnungen nothwendig und zweckmässig sei. Aber auch in Fällen, wo polizeiliche Zwangsmaassregeln nach Lage der Gesetzgebung ausgeschlossen sein sollten, dürften die Polizei-Behörden sich nicht unthätig verhalten, sondern müssten es sich angelegen sein lassen, im gütlichen Wege die Besitzer nachtheilig wirkender Anlagen — auf deren Verständniss und Unterstützung wohl gerechnet werden könne — unter sachgemässer Anleitung zu den nöthigen Verbesserungen zu bestimmen. Es folgen alsdann einige Bestimmungen über die Art und Weise, in welcher die Behörden sich über den Zustand der Flüsse laufend in Kenntniss halten sollen: Ausser der Beachtung der Dinge durch die unteren Polizeibeamten sollen Begehungen derjenigen Gewässer, die bereits in erheblicherem Masse verunreinigt sind, oder bei welchen eine solche Verunreinigung zu besorgen ist, in mindestens 2—3jährigen Zeitabständen ausgeführt werden. Zu den Begehungen, die nicht zum voraus bekannt gegeben werden dürfen, sind die Meliorations-Bauinspektoren, Wasser-Bauinspektoren, Kreis-Bauinspektoren, die Gewerbe-Inspektoren, die Medizinal-Beamten und in betr. Fällen die

Lindley in den 40er Jahren in Angriff genommene Entwässerung der Stadt wurde systematisch ausgedehnt, und an die geordnete Reinigung der Strassen hat sich neuerdings eine Unrath-Verbrennungsanstalt angeschlossen, die mustergiltig geworden ist. In der baulichen Durchbildung und künstlerischen Ausgestaltung der Brücken, in der Ausstattung der Ingenieur-Hochbauten und der Promenaden ist zugleich die Schule zu erkennen, die Franz Andreas Meyer gemacht hat. Stein und Eisen werden noch lange Zeit seinen Namen rühmend verkünden und die harmonische Ausbildung der Hamburger Strassenbilder wird auch Denjenigen gefallen, die mit Einzelheiten vielleicht nicht einverstanden sind. Das ist seiner unermüdlichen zielbewussten Thätigkeit und seiner Fähigkeit zu danken, die Kräfte talentvoller Mitarbeiter zu gemeinsamem Schaffen zu vereinigen. Die Bauten in der Umgebung des Zollkanals, die Trostbrücke, die Brücke über die Helgoländer Strasse und die Ausgestaltung der Ufer der Aussenalster mögen aus der grossen Reihe dieser Schöpfungen hervorgehoben werden. Leider haben Schwierigkeiten in der Grunderwerbung es dem Entschlafenen nicht vergönnt, die Ringstrasse um die Aussenalster selbst zu vollenden.

Als Leiter der städtischen Wasserwerke hat Fr. Andr. Meyer lange und dringend auf die Nothwendigkeit aufmerksam gemacht, das Elbwasser den Verbrauchern in filtrirtem Zustande zuzuführen, und als dann das Cholerajahr die aus der Verzögerung erwachsenen Gefahren erkennen liess, ist es seiner Energie gelungen, die zu spät in Angriff genommenen Arbeiten in äusserster Beschleunigung erfolgreich zu beenden. Seinem Ehrgeiz und seiner Schaffenslust war es schmerzlich, die Weiterführung dieser

Arbeiten anderen Kräften überlassen zu müssen. Die wachsenden Aufgaben des städtischen Bauwesens, namentlich der Ausbau des Entwässerungs-Systems, die Schaffung eines allgemeinen Bebauungsplanes, die Aufschliessung der vom grossen Brande wie von den späteren Umgestaltungen verschont gebliebenen, noch aus der Festungszeit stammenden engen Wohnviertel und die Ordnung der Eisenbahnverhältnisse hatten diese Abtrennung indessen nothwendig gemacht. Der nach langen Vorarbeiten zwischen Preussen und Hamburg abgeschlossene Staatsvertrag sichert bekanntlich die Umgestaltung der Fernbahnen und der Hamburg-Altonaer Verbindungsbahn. Die Verhandlungen wegen Schaffung einer Stadt- und Vorortbahn musste der jah seiner Wirksamkeit Entrissene indessen unabgeschlossen verlassen.

Das Bild des Entschlafenen würde an dieser Stelle unvollständig sein, wollten wir nicht seiner langjährigen und segensreichen Thätigkeit im Vorstande und an der Spitze des Hamburger Architekten- und Ingenieur-Vereins, sowie als Leiter des Verbandes Deutscher Architekten und Ingenieur-Vereine gedenken. Wie der Hamburger Verein Fr. Andreas Meyer in dankbarer Anerkennung dieser Thätigkeit zu seinem Ehrenmitgliede ernannte, hat auch die Vaterstadt es sich nicht nehmen lassen, seine aufopfernde Arbeit wiederholt anzuerkennen. Sein Name wird in Hamburg, wie in der deutschen Fachgenossenschaft und in vielen öffentlichen Kreisen Deutschlands dauernd hochgeehrt sein und Viele werden schmerzlich bewegt mit der Gattin und den Kindern an dem Grabe des allzufrüh geschiedenen Freundes trauern. — y.

Deich-Inspektoren bezw. die Bergbehörden zuzuziehen. — Auf die Einleitung folgt eine Aufzählung der gegen Flussverunreinigungen in Anwendung zu bringenden bestehenden Gesetze, Verordnungen usw. und Verweisung auf deren durch die Verwaltungs-Gerichtsbarkeit festgestellte Tragweite. Die Ziele (III. der Verfügung), welche gesichert werden sollen, gelten ohne Rücksicht darauf, ob es sich um öffentliche oder Privatflüsse, um stehende oder fließende, unterirdische oder oberirdische, geschlossene oder nicht geschlossene Gewässer handelt; dieselben sind:

1. Vermeidung der Verbreitung ansteckender Krankheiten oder sonstiger gesundheitschädlicher Folgen, auch im Hinblick auf die Schifffahrt treibende Bevölkerung;

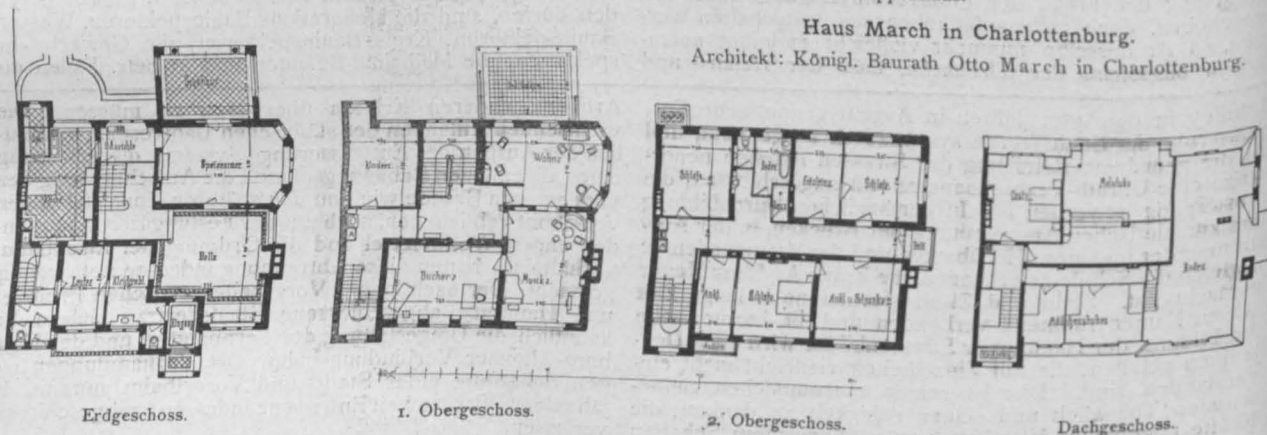
essen überschritten werden. Unter Vermeidung jeder schematischen Behandlung soll von Fall zu Fall nach Maassgabe der obwaltenden örtlichen und wirthschaftlichen Verhältnisse, unter billiger Abwägung widerstrebender Interessen verfahren werden. Denn die Mannichfaltigkeit der Art und des Umfanges der Anlagen, die Verschiedenheit der technischen Möglichkeit und finanziellen Durchführbarkeit der Abwässer-Reinigung, die Beschaffenheit der Gewässer und die Bedürfnisse der näheren oder weiteren Umgegend nach reinem Wasser, sowie die Vielseitigkeit der beteiligten öffentlichen und wirthschaftlichen Interessen bedingen individuelle Behandlung des einzelnen Falles. Hierbei, und namentlich bei den für die Reinigung von Abwässern zu stellenden Forderungen, sind die prak-



Ansicht der Eintrittshalle mit Blick auf Speisesaal und Treppenhaus.

Haus March in Charlottenburg.

Architekt: Königl. Baurath Otto March in Charlottenburg.



Erdgeschoss.

1. Obergeschoss.

2. Obergeschoss.

Dachgeschoss.

2. Reinhaltung des für eine Gegend oder Ortschaft zum Trinken, zum Haus- und Wirthschaftsgebrauch oder zum Tränken des Viehes, sowie zum Betriebe der Landwirtschaft oder zum Gewerbebetriebe erforderlichen Wassers;
3. Schutz gegen erhebliche Belästigungen des Publikums;
4. Schutz des Fischbestandes.

Polizeiliches Vorgehen darf nicht davon abhängig gemacht werden, dass Seitens eines Geschädigten oder sonst Beteiligten Beschwerde erhoben wird, sondern es ist, sobald ein Misstand zur Kenntniss der Behörde gelangt, einzuschreiten. Andererseits ist aber darauf Bedacht zu nehmen, dass bei Anwendung der gesetzlichen Bestimmungen, soweit dieselben nicht zwingenden Rechtes sind, die Grenzen des berechtigten Bedürfnisses nicht zum Schaden überwiegender anderweiter Inter-

tischen Erfahrungen und der jeweilige Stand von Wissenschaft und Technik zu berücksichtigen. Es folgt nach diesem Ausspruch ein Hinweis auf eine Reihe von Grundsätzen, welche für die Einleitung von Abwässern in Vorfluth als Anhalt dienen können; dieselben sind am Schlusse dieser Mittheilung wörtlich zum Abdruck gebracht; Vervollständigungen dieser Grundsätze bleiben vorbehalten.

Von Wichtigkeit ist in dem angegebenen Zusammenhange die Angabe, „dass für die fortlaufende Beobachtung und Verwerthung der Fortschritte auf dem Gebiete der Abwässer-Reinigung und Wasserversorgung am 1. April 1901 eine staatliche Prüfungs- und Untersuchungs-Anstalt in Thätigkeit treten werde, bei der die Behörden sachkundigen Rath einziehen könnten. Ueber die Errichtung



AUS MARCH, SOPHIENSTRASSE 26-27
IN CHARLOTTENBURG * ARCHITEKT:
KÖNIGL. BAURATH OTTO MARCH *
ANSICHT DES TREPPENHAUSES UND
DES OBEREN TREPPEN-VORPLATZES

dieser Behörde und deren Zusammensetzung sind bereits vor einigen Wochen Mittheilungen durch die öffentlichen Blätter gegangen. Wenn die dabei gemachten Angaben: dass in dieser Stelle fast nur Mediziner, Hygieniker von Fach, Chemiker und Verwaltungs-Beamte sitzen und die Technik so gut wie ganz unvertreten ist, sich bewahrheiten sollte, so würde die Befürchtung nur zu nahe liegen, dass die neue Anstalt, so willkommen ihre Einrichtung an sich ist, kaum denjenigen Nutzen für das praktische Handeln der Gesundheitspflege haben könnte, den man sich von derselben sonst versprechen dürfte. Die grossen Erfolge, auf welche der Verein für öffentliche Gesundheitspflege zurückblicken kann, werden wesentlich dem Zusammenwirken von Hygienikern, Verwaltungs-Beamten und Gesundheits-Technikern verdankt. Es wird nicht zu verstehen sein, wenn man nach solchen Erfahrungen bei Schaffung der neuen Anstalt, auf deren Inanspruchnahme auch durch Gemeinde-Behörden und Private gerechnet wird, das technische Element einfach übergehen wollte. Geschieht es dennoch, so wird man sich später nicht wundern können, wenn Städte und grössere gewerbliche Anlagen, bei denen betr. Fragen auftreten, die Anstalt vielleicht zuweilen als eine Versammlung am grünen Tisch betrachten und Rath in praktischen Dingen lieber von Persönlichkeiten einholen, die im praktischen Schaffen stehen, als von der etwas weltentrückten, in der Ferne der Dinge zwischen Aktenschränken tagenden ministeriellen Prüfungs- und Untersuchungsanstalt. Einstweilen vermögen wir deshalb an die von den Blättern gemachten Angaben über die Zusammensetzung derselben noch nicht recht zu glauben.

Unter IV. der Ministerial-Verfügung wird eine Reihe von Gesichtspunkten erörtert, die bei Verfolgung des aufgestellten Zieles maassgebend sein müssen. Dazu Folgendes:

Polizeiliches Einschreiten gegen Verunreinigung von Gewässern ist nicht unbedingt ausgeschlossen, wenn nach bürgerlichem Recht „eine Verunreinigung, die in den Grenzen des Gemeinüblichen“ bleibt, oder eine Benutzung des Gewässers vorliegt, die in den Grenzen des „Gemeingebrauches“ bleibt. Gewässer, die in erster Linie zur Entwässerung, insbesondere zur Aufnahme der Abwässer von Ortschaften und gewerblichen Anlagen benutzt werden, oder deren Ufer mit solchen und anderen baulichen Anlagen besetzt sind, sind bezüglich der Reinhaltung anders zu behandeln als Gewässer, die hauptsächlich Zwecken der Landwirthschaft und der Fischzucht dienen.

Die Einführung verunreinigender Stoffe in die Gewässer ist in der Regel dann zu untersagen, wenn ihre Wassermenge, unter Berücksichtigung des vorhandenen Gefälles, nicht ausreicht, um die Stoffe in unschädlicher Weise aufzunehmen.

Wenn nahe der Einlasstelle erheblicher Mengen schädlicher Abwässer Ortschaften liegen, die auf Benutzung des Wassers, insbesondere zu Trinkzwecken oder für den häuslichen Gebrauch angewiesen sind, so sind Vorkehrungen gegen die Verunreinigung des Gewässers in weit höherem Maasse erforderlich, als wenn die Wohnstätten so weit von der Einlasstelle entfernt sind, dass nach den besonderen Verhältnissen die Uebertragung gesundheitschädlicher Stoffe auf Menschen und Thiere unwahrscheinlich, oder das Gewässer in der Lage ist, sich durch Selbstreinigung der eingeführten schädlichen Stoffe zu entledigen.

Unter Umständen wird mit Rücksicht auf die bisherige thatsächliche Entwicklung der Verhältnisse, die bei manchen Gewässern zu einer erheblichen dauernden Verunreinigung geführt hat, während andere Gewässer noch reines und gutes Wasser enthalten, in der Weise zu unterscheiden sein, dass auf die weitere Reinhaltung letzterer ein besonders grosses Gewicht gelegt, der Einleitung unreiner Stoffe und Abwässer in die Vorfluther der erstgedachten Art aber, so weit es nicht aus gesundheitspolizeilichen Rücksichten geboten ist, weniger streng entgegen getreten wird. Dabei ist indessen darauf Bedacht zu nehmen, dass

nicht durch eine übermässige Verunreinigung des Oberlaufes der noch reine Unterlauf eines Flusses ebenfalls verdorben wird.

Die No. V. der Verfügung handelt von Vorbeugungsmaassregeln gegen Flussverunreinigung durch gewerbliche Anlagen und unterscheidet dabei zwischen Anlagen, die nach § 16 R.-G.-O. konzessionsbedürftig sind — wobei wiederum Neuanlagen und bereits bestehende für sich behandelt werden — und solchen gewerblichen Anlagen, die nicht dem § 16 R.-G.-O. unterstehen.

Bei Neuanlagen erstgedachter Art soll die Prüfung durch den Gewerbe-Inspektor, den zuständigen Baubeamten und den Medizinalbeamten auch auf die Frage erstreckt werden: ob und in wie weit eine Verunreinigung der Gewässer zu befürchten und die Anlage von Klärvorrichtungen erforderlich oder zweckmässig ist. Je nach dem Ausfall des Gutachtens sind die entsprechenden Bedingungen zu stellen, bezw. ist die Genehmigung der Anlage ganz zu versagen. Es wird hierzu auf die technische Anleitung vom 15. Mai 1895 — abgeändert durch die Erlasse vom 9. Januar 1896 und vom 16. März und 1. Juli 1898 Bezug genommen (Minister.-Bl. 95 S. 196; 96 S. 9; 98 S. 187).

Bei bestehenden gewerblichen Anlagen sind die Grenzen des polizeilichen Einschreitens durch die ertheilte Genehmigungs-Urkunde gezogen. Diese Grenzen sind streng einzuhalten; andererseits ist aber einem etwaigen Missbrauch der durch die Genehmigung erworbenen Berechtigungen mit Nachdruck entgegen zu treten. Dazu sind die Anlagen thunlichst einer regelmässigen Aufsicht zu unterstellen, die sich insbesondere auf Prüfung in der Richtung zu erstrecken hat, ob die vorhandenen Klär- und Reinigungs-Vorrichtungen in ordnungsmässigem Zustande erhalten und zweckentsprechend benutzt werden, und ob die Abführung der Klärwasser nicht das durch die Betriebs-Interessen unbedingt gebotene Maass überschreitet. Bei etwa entdeckten Missständen ist zur Abhilfe zunächst der gütliche Weg zu versuchen und erst wenn dieser nicht zum Ziele führt, mit polizeilichen Verfügungen, unt. Umst. Zwangsmaassregeln vorzugehen.

Das Verfahren wie vor, ist auch bestehenden Anlagen gegenüber sinngemäss anzuwenden, die nicht unter § 16 R.-G.-O. fallen. Bei Neuanlagen dieser Art ist es der Polizei unbenommen, bis zu völliger Untersagung einzuschreiten. Um dies jedoch thunlichst zu vermeiden, soll nicht erst abgewartet werden, bis schädigende Anlagen — vielleicht mit erheblichem Kapitalaufwand — ausgeführt sind, sondern es soll der Unternehmer von vornherein auf die Folgen einer unzulässigen Verunreinigung der Wasserläufe aufmerksam gemacht werden. Insbesondere erscheint es zweckmässig, bei der Ertheilung der Bauerlaubniss für Anlagen, mit welchen die Gefahr einer Wasserverunreinigung verbunden ist, den Unternehmer ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass er für eine unschädliche Abführung der unreinen Stoffe und Abwässer Sorge tragen müsse, widrigenfalls polizeilich gegen ihn vorgegangen werden würde.

Unter No. VI. der Verfügung werden Bestimmungen getroffen, die sich auf Maassregeln gegen Wasserverunreinigung durch den Bergbau beziehen. Die Bergbehörden sollen in betr. Fällen gemeinsam mit den Wasserpolizeibehörden handeln, andererseits letztere etwaige Maassregeln — abgesehen von dringenden Fällen — erst nach Anhörung der Bergbehörden ergreifen.

Der Ministerial-Verfügung sind 2 Anlagen grösseren Umfanges beigegeben, von welchen die erste eine Zusammenstellung der geltenden gesetzlichen Vorschriften über die Reinhaltung der Gewässer enthält. Von der Wiedergabe dieser Bestimmungen ist hier abzusehen, wogegen die Anlage II., in der Grundsätze für die Einleitung von Abwässern in Vorfluther mitgetheilt werden, in einer folgenden Nummer dem Wortlaute nach zur Mittheilung kommen sollen. — (Schluss folgt.)

Der Wettbewerb des Vereins „Lüder von Bentheim“ in Bremen.

Der in diesen Tagen entschiedene Wettbewerb des Vereins „Lüder von Bentheim“ in Bremen gehört zu jenen mit ausserordentlichem Danke zu begrüßenden Veranstaltungen, deren Ziel es ist, uns in den Umwälzungen der modernen Kultur die Städtebilder aus der deutschen Vergangenheit, die wir als Spiegelbilder einer grossen Zeit übernommen haben und hüten, mit möglichster Treue zu erhalten und die aus dem modernen Wirthschaftsleben hervorgehenden nothwendigen Umgestaltungen in ihnen so zu leiten, dass sie, ohne ihrem Zwecke untreu zu werden, aber auch ohne sich ängstlich an Vorhandenes anzuschliessen, im Sinne und Geiste des Stadt-

bildes unternommen werden. In dieses Bestreben ist im vergangenen Frühjahr Hildesheim eingetreten und ihm folgt nunmehr Bremen. Wenn der Verein, der hier die Anregung gegeben hat, den Namen des Gestalters der köstlichen Rathhausfassade in Bremen, „des erbaren Rades Stenhowe“, den Namen Lüders von Bentheim gewählt hat, so liegt in dieser Wahl zugleich das Bekenntniss über die Richtung, in welcher der Verein seine Thätigkeit zu entfalten bestrebt ist. Ein hervorragendes Beispiel dieser Thätigkeit ist der inrede stehende Wettbewerb.

Der Wettbewerb, zu dem alle in Deutschland ansässigen Architekten eingeladen waren, war zu dem Zwecke

veranstaltet, für Bauten in der Altstadt Bremen muster-giltige Fassaden zu gewinnen, die sich den in Bremen üblichen alten Stilformen anschliessen. Er hatte zum Gegenstand die Entwürfe zu 12 Fassaden zu Wohn- und Geschäftshäusern, Kontorgebäuden und Speichern oder Packhäusern, für welche die in Bremen üblichen Abmessungen gegeben waren. Die Fassaden waren zu Gruppen von je 4 Häusern zusammengefasst und jeweils in eine Umgebung gedacht, welche die in Bremen möglichen Strassenverhältnisse berücksichtigen sollte. So bestand Gruppe A aus 2 Eckhäusern und 2 Zwischenhäusern an einer 10^m breiten Hauptstrasse. An dieser hatten die Eckhäuser je 8 und 7^m Front, die Zwischenhäuser 10 und 14^m Längsausdehnung. Von den Eckhäusern war das eine an einem 3,3^m breiten Gässchen, das andere an einer 8^m breiten Strasse, in beiden Fällen mit abgeschrägten Ecken, gedacht. In ihnen sollten ein Konfektions-, ein Krämerladen und 2 andere Läden, sowie eine Apotheke Raum finden, zumtheil in die Obergeschosse reichend, also modernen Bedürfnissen entsprechend. — Die zweite Gruppe B bestand aus 4 Häusern an einer 17^m breiten Strasse; die Eckhäuser von 10 und 12^m Front lagen einerseits an einer 10^m breiten Seitenstrasse, andererseits mit einer Front von 15^m an einem freien Platze. Die Zwischenfassaden waren mit 6 und 8^m Front anzunehmen. Es sollten, theils in die Obergeschosse reichend, hier untergebracht werden eine Bierhalle, 2 Läden und ein Café Restaurant. — Die dritte Gruppe C war an einer 9^m breiten Strasse gelegen gedacht. Ein Eckhaus von 13^m Frontentwicklung sollte an einem 3^m breiten Seitengässchen liegen, das andere Eckhaus mit 6^m Fassadenbreite an einem 4^m breiten Gässchen. Die Zwischenfassaden waren mit 8 und 10^m Breite anzunehmen. Die Bestimmung dieser Häusergruppe war durchaus für geschäftliche Zwecke gedacht, sie sollten ausschliesslich und in allen Geschossen Kontor- und Packräume enthalten, während bei den Gruppen A und B die Obergeschosse zu Wohnungen dienen sollten. Man sieht, man war in verständigster Weise bestrebt, den Anforderungen des modernen Wirthschaftslebens nach Möglichkeit Rechnung zu tragen.

Was nun die Ausbildung im Einzelnen anbelangt, so war, unter Berücksichtigung der Bremer Bauordnung, deren infrage kommende Bestimmungen den Theilnehmern des Wettbewerbes mitgetheilt wurden, darauf zu achten, dass die Gebäude den modernen praktischen Bedürfnissen auch durchaus entsprachen, im übrigen aber sich im Aeusseren nach Möglichkeit den in Nord- und Nordwest-Deutschland, namentlich in Bremen vom fünfzehnten bis zum Ende des achtzehnten Jahrhunderts vorkommenden Stilformen anschlossen. Die Wahl des Wortes „anschliessen“ an dieser Stelle schloss die Möglichkeit keineswegs aus, auch Fassaden im sogenannten modernen Stile zur Bewerbung zu stellen und mit Recht hat das Preisgericht dies nicht nur zugelassen, sondern sogar den Entwurf mit dem Kennworte „Warum nicht modern“ des Hrn. Brurein in Charlottenburg zum Ankauf empfohlen. In der That kommt es hier nicht in erster Linie auf die Stilfassung, sondern auf das Feingefühl an, mit welcher

ein Architekt ein Werk in eine vorhandene Umgebung mit ausgesprochenem Charakter setzt.

Im übrigen bestand die Forderung, je nach der Lage der Gebäude die Stockwerkshöhen verschieden anzunehmen, sodass im allgemeinen die an engen Strassen liegenden Fassaden geringere, die an breiten Strassen oder Plätzen gelegenen Fassaden grössere Stockwerkshöhen erhielten. Auch in den einzelnen Gruppen waren gleiche Stockwerkshöhen nach Möglichkeit zu vermeiden, um die Entwicklung malerischer Architekturbilder zu fördern. Zu gleichem Zwecke waren Fachwerkbauten erlaubt.

Ueber den Erfolg dieses dankenswerthen Preisausschreibens haben wir bereits S. 139 berichtet. Er steht im unmittelbaren Verhältniss zu der Anziehungskraft der Aufgabe und zu der Sorgfalt, Umsicht und Rücksichtnahme auf die Theilnehmer des Wettbewerbes, mit welchen das Programm ausgearbeitet war und die Unterlagen herausgegeben wurden. Wir berichteten schon, dass das Preisgericht beschloss, alle die Entwürfe von der Preisvertheilung auszuschliessen, welche sich, trotz sonst vorhandener Vorzüge, in der Hauptsache auf die Wiedergabe vorhandener Bauwerke beschränkten. Das Preisgericht beschloss ferner, nicht nur solche Entwürfe als zur Empfehlung für den Ankauf geeignet anzusehen, welche in ihrer Gesamtheit sich auszeichnen, sondern auch solche, bei welchen einzelne Fassaden durch künstlerische Eigenart hervortreten.

Als Architekten waren bei der Preisentscheidung be-theiligt die Hrn. Geh. Reg.-Rth. Prof. Hehl-Charlottenburg, Prof. Dr. A. Haupt-Hannover und Georg Poppe-Bremen. Es spricht für die Sorgfalt der Programmverfassung, dass neben den Preisrichtern für einen etwaigen Verhinderungsfall gleich die Ersatzmänner namhaft gemacht waren; so trat anstelle des Hrn. Geh. Brth. Prof. Dr. Wallot-Dresden Hr. Prof. Haupt-Hannover. Nach wiederholter Prüfung und der Sichtung der Entwürfe verblieben auf der engeren Wahl in Gruppe A. 21, in Gruppe B. 29 und in Gruppe C. 12 Arbeiten. Nach nochmaliger eingehender Prüfung gelangten auf die engste Wahl in Gruppe A. 7, in Gruppe B. 7 und in Gruppe C. 6 Entwürfe. Unter ihnen wurden die Preisentwürfe gewählt; ausser diesen verblieben auf der engsten Wahl in Gruppe A. die Arbeiten „Mit Gunst“, „Altdeutsch“ und „Triptychon“; in Gruppe B. die Arbeiten „Warum nicht modern“, „Alt-Bremen“ und „Renaissance“, in Gruppe C. die Entwürfe „Hansastadt“ und „Abi in malam crucem“. Der Vorschlag zum Ankauf beschränkte sich jedoch nicht auf die Entwürfe der engsten Wahl, sondern er bezog einen grösseren Kreis von Entwürfen in diese Auszeichnung ein. —

Soviel über den interessanten Wettbewerb, über welchen wir die Mittheilungen auf die vorstehenden Angaben ohne Beigabe von Abbildungen beschränken, weil der Verein „Lüder von Bentheim“ sich vorbehalten hat, die preisgekrönten und angekauften Entwürfe in einem Sammelwerke, auf dessen Erscheinen man gespannt sein darf, zu veröffentlichen und weil wir diese Frucht sorgfältiger und umsichtiger verdienstvoller Mühewaltung nicht beeinträchtigen wollen. —

Mittheilungen aus Vereinen.

Düsseldorfer Architekten- und Ingenieur-Verein. Vers am 15. Jan. 1901. Es hält Hr. Arch. Korn einen Vortrag über „neuere evangelische Kirchenbauten in Düsseldorf.“ Das Wachsthum der Stadt hat die Gründung neuer Pfarrbezirke gezeitigt, welche zur Einrichtung von vier neuen evangelischen Kirchen bzw. Betsaalbauten führten. Die nach den Entwürfen des Arch. Weidenbach in Leipzig in den Jahren 1896—99 errichtete Christuskirche an der Kruppstrasse in Oberbilk, und die Friedenskirche an der Florastrasse bilden hervorragende Zierden der Stadt. Beide sind in frühgothischem Stil in Verblendstein- und rother Sandstein-Architektur unter Leitung des Vortragenden erbaut. Die letztere erhält einen wesentlichen inneren Schmuck durch die Fresko-Gemälde des Prof. von Gebhardt. Beide Kirchen werden von Pfarrgebäuden gleichen Stiles flankirt. Die im Norden der Stadt als Nothkirchen 1898—99 errichteten Betsäle sind in gleicher Weise durch den Vortragenden auf reichlich bemessenen Grundstücken so gebaut, dass für künftige Kirchengebäude Raum genügend verbleibt. Der Gesamtaufwand beträgt 850 000 M. Die durch Bauzeichnungen und Photographien erläuterten Mittheilungen ernteten grossen Beifall. — Hier-auf fand noch eine längere Unterhaltung über die Unzulänglichkeit der sogen. Grafenberger Brücke statt, welche die Grafenberger Strasse über die Gleise des Derendorfer Bahnhofes nach dem in mächtiger Entwicklung begriffenen Grafenberger Stadttheil führt. Der wachsende Strassen-

bahn- und andere Verkehr wird über kurz oder lang eine fluchtlinienmässige Verbreiterung auf 25^m erheischen, während jetzt nur eine Verkehrsbreite von knapp 15^m vorhanden ist. —

Vers. am 26. Febr. 1901. Es theilt Hr. Bauinsp. Platt den bereits in Angriff genommenen Umbau des Düsseldorfer Haupt-Personenbahnhofes mit. Die vor 10 Jahren in Benutzung genommenen Gleis-, Bahnsteig- und Treppen-Zu- und Abgangsanlagen genügen zu Zeiten dem regelmässigen Verkehre nur mangelhaft und dürften für die Beförderung der nach Millionen zu zählenden Ausstellungs-Besucher von 1902 nahezu versagen. Es ist daher geplant, die Bahnsteige durch Einschiebung von Dienstbahnsteigen und Anlegung neuer nach den Quertunneln führenden Treppen nutzbarer und zugänglicher zu machen. Diese Umwandlung, welche durch Umbau der vorhandenen Treppen und Verlängerung der Tunnel, Vermehrung der Bahnsteigsperrren und Fahrkartenschalter ergänzt wird, wird nach Ansicht der Eisenbahnverwaltung nicht nur eine grössere Betriebssicherheit und Erleichterung, sondern auch Leistungsfähigkeit des Bahnhofes herbeiführen, die allen Ansprüchen genügt. Der Vortragende entwickelte an Hand von Plänen den ohne Betriebs-Unterbrechung stattfindenden Bauvorgang und fand lebhaften Dank der Versammlung für die interessanten Ausführungen.

Vers. vom 12. März 1901. Es fand die Aufnahme der Hrn. Stdtbrth. Weigelt und Reg.-Bfhr. Stüve statt. Die Neu-bezw. Ersatzwahl des Vorstandes ergab Hrn. Platt wiederum als Vorsitzenden und die Wiederbestätigung der Hrn.

Fuchs, Tüshaus und Stiller. Nach dem Jahres- und Kassenbericht wurden im Vorjahr 18 Versammlungen abgehalten. Die Mitgliederzahl beträgt gegenwärtig 66 gegen 65 im Vorjahre; die Kassenbilanz 1028,14 M. Dem Kassenswart wurde Entlastung erteilt. Unter „lokale Tagesfragen“ berichtet der Vorstand des Baupolizei-Amtes, Hr. Weigelt, über die Ursachen und Folgen der zeitweiligen Einstellung des Baues des grossen Hotel- und Geschäftshauses der Gesellschaft Hansa am Wilhelmsplatze. Die darauf folgende Aussprache der Versammlung ergab das korrekte Verfahren der Baupolizeibehörde.

Hiernach berichtet Hr. Tharandt über die Differenz zwischen dem Hannover'schen Verein und dem Verbandsvorstand aufgrund der an die Einzelvereine ergangenen Zuschrift des genannten Vorstandes in Sachen der Verbandszeitschrift. Der Verein beschliesst, die Verbandsfrage I. 1 und 2 zu bejahen und den Verbandsvorstand zu ermächtigen, den Streit im Wege der Vereinbarung unter Beobachtung von Billigkeitsrücksichten beizulegen. —

Th.

Preisbewerbungen.

Wettbewerb evangelische Kirche Koblenz. Der Verhandlungsschrift über diesen engeren Wettbewerb (siehe Jahrg. 1900, S. 628) entnehmen wir, dass Hr. Becker-Mainz die Betheiligung abgelehnt hatte und von den nun verbliebenen 6 Bewerbern 7 Entwürfe eingesandt wurden. Von 4 auf die engste Wahl gestellten Arbeiten musste die mit dem Kennzeichen des Hexagrammes des Hrn. Ludwig Hofmann in Herborn „trotz ausdrücklicher Anerkennung des ehrlichen Strebens nach einer protestantischen Kirchenform“ namentlich aus Gründen grosser Kostenüberschreitung ausgeschieden werden. Von den übrigen 3 Entwürfen wurde der I. Preis dem Entwurf „Berlin-Koblenz“ der Hrn. Vollmer & Jassoy in Berlin und Stuttgart, einer „im Rahmen der Bausumme durchführbaren hochkünstlerischen Arbeit, welche fast ohne Aenderung der Ausführung zugrunde gelegt werden kann“, verliehen. Der II. Preis fiel an den Entwurf „Dreipass im Kreis“ des Hrn. E. Müller in Koblenz, der III. Preis an den Entwurf „Skizze“ des Hrn. Prof. G. Frentzen in Aachen. —

Wettbewerb der Firma Seemann & Co. in Leipzig betr. moderne Fassaden-Entwürfe. Die Firma ergänzt die Bedingungen des Wettbewerbes durch die im Einverständniss mit den Preisrichtern vereinbarten Angaben, dass Perspektiven nicht grundsätzlich ausgeschlossen, sondern zulässig sein sollen und dass von Vorgärten abzusehen sei. Zugleich wird die Summe von 150 M. für die zum Ankauf vorgeschlagenen einzelnen Entwürfe als Mindestbetrag bezeichnet. Da nun aber die Bedingung nach wie vor bestehen geblieben ist, dass der Verlag das erste Veröffentlichungsrecht an allen Entwürfen ohne Darbietung einer Gegenleistung für sich in Anspruch nimmt, so können wir eine Betheiligung am Wettbewerb um so weniger empfehlen, als dieser Fall geschäftlicher Ausnutzung des geistigen Eigenthums der Architekten bisher nur vereinzelt dasteht und unbedingt von keinem Fachgenossen unterstützt werden sollte. —

Wettbewerb Rathaus Dresden. Die 77 rechtzeitig, die 3 verspätet eingegangenen Entwürfe und der ausser Wettbewerb gebliebene Entwurf des städtischen Hochbauamtes in Dresden sind vom 17. bis mit 31. März d. J. an Wochentagen von 10—5, an Sonntagen von 11—5 Uhr im Neubau des Krankenhauses Johannstadt, Eingang Fürstenstrasse, öffentlich ausgestellt. —

Der Wettbewerb des Vereins „Lüder von Bentheim“ in Bremen. Eine öffentliche Ausstellung der Entwürfe findet auf die Dauer von etwa 3 Wochen im grossen Saale des Rathhauses in Bremen statt. —

Personal-Nachrichten.

Deutsches Reich. Dem Eisenb.-Baudir., württ. Brth. v. Kapp in Stuttgart ist der Charakter als kais. Geh. Brth. verliehen.

Preussen. Dem Reg.-Bmstr. a. D. Habich in Gemünd i. d. Eifel ist der königl. Kronen-Orden IV. Kl., dem beurl. Eisenb.-Dir. Mackensen der Charakter als Geh. Brth. und dem Bauinsp. Adams in Berlin ist der Charakter als Brth. mit dem persönl. Range der Räte IV. Kl. verliehen.

Der Eisenb.-Bau- u. Betr.-Insp. Christoffel in Elberfeld ist nach Olpe als Vorst. der Bauabth. das. und der Kreisbauinsp. Gutenschwager aus Norden nach Arnsberg versetzt.

Ernannt sind die Reg.-Bmstr.: Gullmann in Kottbus z. Eisenb.-Bau- u. Betr.-Insp. und Fr. Schmidt in Frankfurt a. M. z. Eisenb.-Bauinsp. unt. Verleihung der Stelle des Vorst. der Telegr.-Insp. das. — Dem Reg.-Bmstr. Müller in Liegnitz ist unt. Ernennung z. Bauinsp. die Bauinsp.-Stelle für die Fürstenthümer Waldeck und Pyrmont in Arolsen verliehen.

Die Reg.-Bfhr. Ernst Kossmehl aus Berlin, Frz. Behrens aus Uelzen, Gg. Noack aus Hamburg und Siegm. Brune aus Barbis (Eisenb.-Bfch.) sind zu Reg.-Bmstrn. ernannt.

Den Reg.-Bmstrn. Hans Schütte in Bonn-Poppelsdorf und Rich. Schulz in Münster i. W. ist die nachges. Entlassg. aus dem Staatsdienste erteilt. —

Der vortr. Rath, grossh. hess. Geh. Ob.-Brth. Wetz in Berlin und der grossherz. hess. Eisenb.-Dir. Mülwert in Darmstadt sind gestorben.

Sachsen. Der Reg.-Bmstr. Wahl im hochbautechn. Bür. des Fin.-Minist. ist z. Landbauinsp. ernannt.

Brief- und Fragekasten.

Hrn. H. in Berlin. Nach der Bedingung des § 5 des Preisausschreibens erwarb zwar die Ausschreiberin durch das Zuthellen des Preises das Recht der Vervielfältigung, Veröffentlichung und Benutzung des Entwurfes für Bauausführungen, verlor indess der Verfasser umso weniger das Recht zur Ausführung von Bauten nach seinem Entwurf, nachdem es zu dessen Veröffentlichung gekommen war; denn architektonische Zeichnungen sind nur so lange geschützt, als sie noch nicht allgemein bekannt oder zu ausgeführten Bauten verwertet sind. Es ist gleichgiltig, ob die Veröffentlichung durch die Preisausschreiberin oder mit deren Wissen durch Fachblätter erfolgt war. Nur arglistig darf der Verfasser nicht handeln, indem er z. B. den gekrönten Entwurf eigenmächtig selbst veröffentlicht, um ihn dadurch der Allgemeinheit zugänglich zu machen. K. H.-e.

Hrn. Rud. Th. in Koblenz. Der Bescheid auf das Bauserlaubnisgesuch braucht keineswegs dem Bauherrn, sondern darf dem Nachsuchenden zugestellt werden. Seine Anfechtung ist gleichwohl an eine 14tägige Frist gebunden. Der Empfänger gilt als Beauftragter des Bauherrn, die Zustellung an ihn bewirkt Fristenlauf für den Bauherrn. Versäumt ersterer die Weitergabe oder Benachrichtigung an den Bauherrn, so muss dieser die Folgen der Nachlässigkeit seines Beauftragten durch den Verlust des Rechtsmittels tragen. Dadurch geschieht ihm kein Unrecht, denn er konnte ja durch Selbsteinreichen des Gesuches oder durch Wahl eines gewissenhafteren Bevollmächtigten sich schützen. — Das Rechtsmittel des L.-V.-G. vom 30. Juli 1883 § 133 Abs. 1 gegen die zwangsweise Durchführung einer fristzeitig unangegriffenen Belastung steht auch dann dem Bauherrn offen, wenn die Rechtsmittelfrist gegen die begründete Verfügung ungenutzt geblieben war. Der Verwaltungsrichter hat in einem solchen Falle seine Prüfung auch darauf zu erstrecken, ob die grundlegende Polizeiverfügung berechtigt und zulässig war, darf sich also nicht daran genügen lassen, blos die Zulässigkeit des zu vollziehenden Zwanges zu prüfen. Heute dürfte indess auch die Frist für das letztere Rechtsmittel längst verstrichen sein. — K. H.-e.

Anfragen an den Leserkreis.

Ich habe im verflossenen Jahre in einem Nachbarorte eine Kapelle mit angebautem Klassenzimmer und einer kleinen Wohnung für einen Kastellan erbaut. In dem Schulzimmer, sowie den Wohnzimmern sind Oefen ständig in Benutzung, und ausserdem im Dachgeschoss ein Kochheerd. Jeder Ofen hat ein besonderes Rauchrohr. Der eine der beiden Schornsteine mit drei Röhren liegt in der östlichen Wand des Schulzimmers zwischen diesem und der Kapelle, also fast ganz im Inneren des Hauses. Der zweite liegt in der westlichen Aussenwand. Beide Schornsteine überragen den First des Daches um mehr als 50 cm. Alle Oefen ziehen vorzüglich, wenn der Wind nicht aus Westen kommt. Bei dieser Windrichtung rauchen die Oefen so stark, dass der Unterricht eingestellt werden musste und die Wohnräume verlassen sind. Worin mag die Ursache des Rauchens liegen und wie ist dem Uebel abzuhelfen? Das Haus liegt ringsum frei. Das nächste Gebäude ist mindestens 100 m entfernt. In der Richtung nach Westen liegt keine Bodenerhöhung, wohl im Süden und Osten eine sanfte Anhöhe, welche das Haus um vielleicht 30 m überragt. Dieselbe ist aber mindestens 800 m entfernt. Das Gebäude selbst liegt an einer etwa 4 m tief eingeschnittenen Landstrasse auf einer kleinen Anhöhe. Störende Nachbarschaft ist sonach nicht vorhanden. Zunächst habe ich einen der Schornsteine um 2 m erhöhen lassen, ohne Erfolg. Dann sind alle möglichen Schornsteinaufsätze durchprobt, zuletzt auch der vielgepriesene John'sche Aufsatz — Alles vergeblich. Sobald der Wind aus Westen kommt, nach welcher Richtung eine der Dachflächen sich neigt, dann ist es, als ob der Wind rückwärts in die Ausmündung der Schornsteine stösst. Rauch und Feuer werden ins Zimmer hinein geblasen, so dass Alles flüchten muss. Ein aufgemauerter Kopf nach einem Vorschlage in der Deutschen Bauzeitung vom Jahre 1884 hat ebenso wenig geholfen. Alle Sachverständigen und klugen Leute, vom Schornsteinfeger bis zum ältesten Maurerpolier, haben ihren Rath erteilt, aber geholfen hat keiner. Vielleicht hat die Dtsche. Bztg. einen Leser, der in dieser verzweifelten Lage Rath zu schaffen vermag.

G. K. in Herford.

Fragebeantwortungen aus dem Leserkreise.

Zur Anfrage des Hrn. Th. Tr. in Karlsruhe in No. 12. Ich empfehle die Korkplatten der Delmenhorster Korkwerke in Delmenhorst b. Bremen. Das Material ist sehr elastisch und dabei unverwundlich, auch gegen den Angriff von Feuchtigkeit.

Prof. Walther Lange.

Da die übliche federnde Lagerung auf Lagerhölzern ausgeschlossen ist, wäre vielleicht ein Versuch mit den Mosaik-Gummifliesen von Allut Noodt & Meyer, G. m. b. H., in Berlin und Hamburg zu empfehlen. — tz.

Inhalt: Haus March in Charlottenburg. — Oberingenieur F. Andreas Meyer. — Preussische Ministerial-Verfügung betr. Fürsorge für die Reinhaltung der Gewässer. — Der Wettbewerb des Vereins „Lüder von Bentheim“ in Bremen. — Mittheilungen aus Vereinen. — Preisbewerbungen. — Personal-Nachrichten. — Brief- und Fragekasten. —

Kommissionsverlag von Ernst Toeche, Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann, Berlin. Druck von Wilh. Greve, Berlin SW.

Verband deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine.

Wir erfüllen hiermit die traurige Pflicht, die Mitglieder des Verbandes von dem am 17. d. M. in Wildungen erfolgten unerwarteten Tode unseres langjährigen Mitgliedes

F. Andreas Meyer in Hamburg

geziemend in Kenntniss zu setzen.

In dem Verstorbenen ist ein Mann von reichem Wissen, hohem technischen Können und unermüdlicher Arbeitskraft dahingegangen, dessen hervorragende Verdienste sich nicht allein auf seine engere Heimath Hamburg beschränken, an deren Entwicklung in technischer und sanitärer Beziehung, nach der Richtung der Verkehrsverbesserung und Verschönerung er in führender Stellung einen maassgebenden Einfluss ausgeübt hat, sondern sich weit über diese engeren Grenzen hinaus in Deutschland geltend gemacht haben und anerkannt worden sind.

Der Verband verliert in dem Entschlafenen einen seiner eifrigsten Mitarbeiter, der sowohl als mehrjähriger Vorsitzender, wie auch als Abgeordneter des Hamburger Vereins und als Mitglied der verschiedensten Ausschüsse gern und erfolgreich sein Wissen und Können in den Dienst der Allgemeinheit gestellt hat.

Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren. —
 Dresden-Berlin, den 20. März 1901.

Der Verbands-Vorstand: Waldow. F. Eiselen.

An die deutschen Fachgenossen!

In diesen Tagen findet im Deutschen Reichstage eine Neuberathung des Gesetzes betreffend das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste statt. Es ist damit für die deutsche Architektenschaft der Augenblick gekommen, in welchem sie für die Baukunst die Gleichstellung mit der Malerei und Bildhauerei in Gesetz und Recht wieder erlangen kann, welche sie in früheren Jahrhunderten besessen, aber durch das Gesetz vom 9. Januar 1876 verloren hat.

Der Augenblick ist ernst und von schwerwiegender Bedeutung für das Ansehen der Baukunst in der Oeffentlichkeit für eine lange Zukunft. Es gilt eine seit geraumer Zeit erhobene ideale Forderung für unsere schöne Kunst endlich wieder zu verwirklichen. Es ist für die deutschen Architekten einer jener ernstesten Zeitpunkte im Kulturleben eines Volkes gekommen, in welchem ein langes Unrecht gesühnt werden kann und gesühnt werden muss.

Fachgenossen! Aus dem Aufsatze S. 132 ff. der „Deutschen Bauzeitung“ seid ihr über das Wesentliche der Angelegenheit unterrichtet. Fort mit dem Paragraphen 3 des Gesetzes vom 9. Jan. 1876, welcher die Baukunst ausdrücklich von dem Rechtsschutze, welchen die bildenden Künste in Deutschland bisher genossen, ausschliesst. Fort mit dem eines Kulturstaates, in dem der Grundsatz „Suum cuique“ oberstes Gesetz ist, unwürdigen Zustande, dass ein Nachbildner von der geistigen Arbeit eines Urhebers leben kann und hierin noch vom Gesetze unterstützt wird. Denn thatsächlich besteht der unglaubliche Rechtszustand, dass das Werk der Baukunst ungeschützt ist, die Photographie aber, die es wiedergibt, weitgehenden Rechtsschutz geniesst!

Fachgenossen! Das sind Verhältnisse, die um der Gerechtigkeit und des Staatsansehens willen beseitigt werden müssen. In einem Staatswesen, in welchem gleiches Recht für Alle der leitende Gedanke jeder Gesetzgebung ist, darf nicht ein Stand von den Wohlthaten eines Gesetzes ohne Grund ausgeschlossen werden. Darum erhebet eure Stimme, thut euch zusammen und verlanget eindringlich vom Deutschen Reichstage:

1. Dass der Baukunst in Gesetz und Recht, im öffentlichen Leben der Nation, das Ansehen und die Gleichstellung mit den anderen Künsten eingeräumt werden, die ihr als Mutter der Künste, als Schöpferin der grössten Kultur- und Kunstwerke eines Volkes, als Trägerin der erhabensten Kunstgedanken zukommen.
 2. Dass, wie jeder Arbeiter seines Lohnes werth ist, auch der Baukünstler, und allein dieser, des Lohnes theilhaftig werde, auf den er sich durch seine Arbeit ein ideales Anrecht erworben hat.
- Jedem das Seine! Fort mit dem Paragraphen 3! —

Mittheilungen aus Vereinen.

Vereinigung Berliner Architekten. Die ausserordentliche Versammlung vom 28. Febr. war unter dem Vorsitz des Hrn. Wolfenstein von 45 Mitgliedern besucht. Es standen zwei interessante Vorträge auf der Tagesordnung; es sprachen Hr. O. March über „Wohnen und Wohnhäuser“, Hr. Th. Goecke über „Berliner Städtebaufragen.“ Beide Vorträge wurden mit lebhaftem Beifall entgegen genommen. Den Vortrag des Hrn. Goecke, der sein Thema etwas verallgemeinerte, werden wir später in selbständiger Form bringen. Ueber den Vortrag des Hrn. March, welcher durch eine grössere Reihe von Entwürfen zu Einfamilienhäusern aus dem Atelier des Künstlers illustriert war, bieten wir an anderer Stelle dieser Nummer einen auszugsweisen Bericht.

An die beiden Vorträge, die mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurden, schloss sich eine kurze Besprechung, an welcher die Hrn. Becker, Seeling, Wolfenstein und Töbelmann theilnahmen. —

Architekten-Verein zu Berlin. Vers. v. 25. Febr. 1901. Vors. Hr. Bubendey, Schriftf. Hr. Bückner, anwes. 58 Mitgl., 1 Gast. Unter den Eingängen ist neben interessanten Inventarien-Zeichnungen aus dem Minist. d. öff. Arb. das als Geschenk der Firma W. Ernst & Sohn eingegangene Prachtwerk „Die Marienburg“, ein Rundschreiben des Vorstandes des Verbandes deutsch. Arch.- u. Ing.-Vereine betr. den Bezug des Werkes „Das Bauernhaus im deutschen Reiche und in seinen Grenzgebieten“, auf das wir in No. 21, Seite 125 schon hingewiesen haben, sowie ein Schreiben des Vorstandes der Internationalen Ausstellung für Feuerschutz und Feuerrettungswesen zu erwähnen. In dem letzteren Schreiben wird neben dem Dank an den Verein für seine Mühewaltung gelegentlich des Wettbewerbes für die Gewinnung von Skizzen der Gesamtanlage der Baulichkeiten der Ausstellung auch dem Bedauern Ausdruck gegeben, dass es wegen der besonders schwierigen Verhältnisse, die sich durch die nothwendige Verlegung der Ausstellung nach einem anderen Platze und dementsprechende wesentliche Veränderung der Gesamtanlage ergaben, nicht möglich war, dem Sieger im Wettbewerbe die Ausführung zu übertragen. Zu erwähnen ist ferner noch die Einladung der Kommission für die diesjährige Kunstausstellung in Berlin, durch welche die Vereinsmitglieder aufgefordert werden, sich an der mit dieser Ausstellung verbundenen Architektur-Ausstellung zu betheiligen.

Es sprach sodann Hr. Feit über „Die Berliner Elektrizitäts-Werke und ihre Bauten“. Die mit grossem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Redners gaben ein interessantes Bild von der überraschenden Entwicklung der Berliner Elektrizitätswerke, die ursprünglich nur zur Abgabe von elektrischem Licht bestimmt, später auch die Kraft für den Betrieb elektrischer Motoren lieferten und seit 1896 im besonderen auch Kraft für den Betrieb der städtischen Strassenbahnen abgeben. Namentlich die letzteren erforderten eine sehr erhebliche Erweiterung der vorhandenen Anlagen. 1885 wurde die erste Zentrale der Elektrizitätswerke in der Markgrafen-Strasse erbaut. 1901 waren, einschl. der im Bau befindlichen, 6 Erzeugungsstellen in der Markgrafen-Str., Mauer-Str., Spandauer bzw. Rathaus-Str., Schiffbauerdamm und Louise-Str., an der Ober-

sprees und in Moabit vorhanden. Die Werke an der Obersprees, die ursprünglich nur zur Versorgung der südlichen Vororte bestimmt waren, inzwischen wesentlich erweitert wurden, und dasjenige in Moabit erzeugen im Gegensatz zu den alten Werken, die nur mit Gleichstrom arbeiten, ausschliesslich Drehstrom von 6000 Volt, der nach 7 Unterstationen in äusseren Bezirken der Stadt — Volta-Str., Pallisaden- und Mariannen-Str., Hallesches Thor, Königin-Augusta-Str., Wilhelmshavener Str. — durch Kabel gebracht, dort zunächst auf Drehstrom niedriger Spannung und sodann in Gleichstrom transformiert wird. Das Innere der Stadt wird weiterhin durch die alten Zentralen versorgt.

Von den Zentralen geht ein zweifaches Kabelnetz aus, das eine für die Versorgung der elektrischen Bahnen mit Strom von 550 Volt, das andere, das Lichtnetz, mit 220 Volt. Letzteres wird übrigens neuerdings für 440 Volt umgebaut. In den Zentralen sind entsprechende Maschinen für die beiden Betriebszweige vorhanden, die jedoch so geschaltet werden können, dass sie sich gegenseitig ausheilen.

Redner schildert dann die Ausgestaltung der Zentralen im Einzelnen, die kompensierte Anordnung im Stadttinnern, wo z. Th. der hohen Grunderwerbskosten wegen die Kessel behufs Raumparsniss über das Maschinenhaus gelegt sind, die Versorgung mit Wasser zu Zwecken der Kondensation mit Saugleitungen bzw. wo angängig, unmittelbar aus den offenen Wasserläufen. Der Wasserverbrauch für diese Zwecke ist ungeheuer. So braucht z. B. das Werk Louisestrasse in der Stunde 1000 cbm, die natürlich sofort nach Verwendung zur Dampfkondensation der Spree wieder zugeführt werden. Das neue Werk in Moabit auf dem Gelände des ehemaligen Petroleum-Lagerhofes erfordert sogar 1 cbm in 1 Sekunde, d. i. ebensoviel, wie z. B. das Wasserwerk Tegel liefern kann. Redner ging dann auf die Konstruktionen, die Gründungsarbeiten, die Kohlenlagerung usw. ein, welche letztere namentlich wieder in Moabit in vollkommener Weise ausgebildet ist. Hier wird sowohl die Ausladung aus den Schiffen, die Abstützung auf den Lagerplatz, das Umstechen erhitzter Kohlen und die Verladung in Strassenfuhrwerke zum Versand nach den Zentralen der Innenstadt, alles durch Maschinen bewirkt. An die Mittheilungen des Redners schliessen sich noch eingehendere Erörterungen an, namentlich über die Heberleitungen zur Versorgung der Zentralen der Innenstadt mit Wasser, an welchen die Hrn. Kriesche, Beer, Ritgen, Hacker und Wiebe theilnehmen.

Zum Schlusse verlas der Vorsitzende noch ein während der Sitzung eingegangenes Schreiben des preuss. Hrn. Ministers der geistl. Angelegenheiten, in welchem um etwaige Abänderungsvorschläge zu dem Gesetz über das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste ersucht wird. Da die Frage sehr rasch beantwortet werden muss, wird ein aus den Hrn. Cremer, Eggert und Fr. Körte bestehender Ausschuss mit der Bearbeitung betraut. Schliesslich berichtete dann noch Hr. Cremer über den Monatswettbewerb um den Entwurf zu einem Einzelgrab für einen Künstler, zu welchem 8 Entwürfe eingegangen sind, die leider z. Th. die Aufgabe vollständig falsch aufgefasst haben. Die Arbeit „Brahm's“, Verfasser Reg.-Bmstr. Franz Seeck, erhielt ein Vereinsandenken. —

Haupt-Vers. v. 4. März 1901. Vors. Hr. Bubendey, Schriftf. Hr. Eiselen. Anwes. 152 Mitgl., 6 Gäste.

Seit seiner letzten Sitzung hat der Verein wiederum

Wohnen und Wohnhäuser.

(Nach einem Vortrage des königl. Baurath Otto March in der „Vereinigung Berliner Architekten.“)

Redner stellte an die Spitze seiner Ausführungen den Satz, die Kunst gehe vom Wohnen aus; wo das nicht der Fall sei, sei das Kunstbedürfniss eine Phrase. Indessen können die ästhetischen Anforderungen nur dann eine gesunde Grundlage finden, wenn ein Haus auf das Bewohnen von nur einer Familie eingerichtet ist. Dieses „Alleinwohnen“ findet aber drei Hindernisse: Hindernisse im Grund und Boden, im theueren Bauen und in den geringen Erleichterungen in den baupolizeilichen Vorschriften. Im allgemeinen sei der Deutsche nicht zum Alleinwohnen prädestinirt. Schon das mittelalterliche Befestigungswesen habe ihn zum Zusammenwohnen erzogen. Es werde viel von Natur gesprochen und hieraus ein Alleinwohnen in der freien Natur abgeleitet, aber die meisten Spaziergänge des Deutschen seien nur Umwege ins Wirthshaus.

Von wesentlichem Einfluss auf die Erstellung des Einfamilienhauses in der Stadt sei die Grundstückseinteilung. Das Dreifensterwohnhaus, wie es am Niederrhein, in den Niederlanden und in England eingeführt sei, biete die Möglichkeit, auch auf theuren Geländen das Alleinwohnen zu erstreben. Dazu sei Einfluss auf die gesetzgebenden

Körperschaften in dem Sinne zu nehmen, durch erleichterte baupolizeiliche Bestimmungen eine möglichste Verbilligung des Baues herbeizuführen. Hier sei das Volkswort maassgebend:

„Wenns nur halt

Und mir gefallt,

Und kost' mein eigen Geld,

So muss gefallen es aller Welt!“ —

Bei reicheren Mitteln ist das freistehende Einfamilienhaus das Ideal. Bei seiner Errichtung ist, nachdem die Vorfragen über Lage im allgemeinen, Bodenverhältnisse usw. erledigt sind, die erste Frage die Orientirung des Hauses. Sie ist von dem Belichtungs-Bedürfniss durch die Sonne zu den verschiedenen Stunden des Tages abhängig. Man wird die Küchen- und andere Nebenräume, sowie das Speisezimmer vielleicht nach Norden, bezw. Nordwesten, das Schlafzimmer nach Osten, die Wohnzimmer nach Südosten legen und die Abendsitzplätze in der Richtung nach der untergehenden Sonne anordnen. Grundsatz soll sein, dass die Sonne wenigstens einmal im Tage den betr. Raum berührt. Auch beim Speisezimmer wird man versuchen, durch entsprechende Ausbauten (Erker) die Sonne auf Stunden wenigstens in den Raum zu ziehen. England, das Land des Nebels und der trüben Tage, hat die vielseitigste Ausbildung des Erkers geschaffen. Von England, dessen klimatische Verhältnisse eine Verstärkung der Schattenseiten der unserigen zeigen, können



AUS MARCH, SOPHIENSTRASSE 26-27 IN CHARLOTTEN-
 BURG * ARCHITEKT: KGL. BAURATH OTTO MARCH *
 ANSICHT DER EINTRITTSHALLE MIT BLICK AUF DEN
 KAMIN UND DEN AUSBAU * * * * *
 ≡ DEUTSCHE BAUZEITUNG * XXXV. JAHRG. NO. 25 ≡

2 Mitglieder durch den Tod verloren, den kgl. Baurath a. D. Eduard Petersen, der im Alter von 74 Jahren am 26. Februar 1901 in Landsberg a. W. verstarb, und den kgl. Baurath Wilhelm Haeger, der am 2. d. M. im 67. Lebensjahre in Friedenau vom Tode dahingerafft wurde. Der Verdienste des letzteren als dem langjährigen geschäftlichen Leiter des Reichstags-Neubaubüreaus haben wir schon in No. 20 gedacht. Das Andenken der Verstorbenen wurde durch Erheben von den Sitzen geehrt. —

Nach einigen geschäftlichen Mittheilungen wird die Beurtheilung der eingegangenen Arbeiten des Schinkelwettbewerbes durch die Hrn. Diesel, Eger und Hofmann verlesen. Ueber den günstigen Gesamtausfall haben wir schon an anderer Stelle berichtet. — Fr. E.

Arch.- u. Ing.-Verein zu Hamburg. Vers. am 25. Jan. 1901. Vors. Hr. Classen, anwes. 55 Pers. Nach Erledigung innerer Vereinsangelegenheiten folgt die Verlesung der von den Ausschüssen und vom Vorstand gewählten Vertrauensmänner, sowie der Bericht des Hrn. Kohfahl über die Thätigkeit des Bibliothek-Ausschusses, der für Beschaffung von Werken für den Architekten-Verein i. J. 1900 1919,44 M. ausgab. Er spricht noch besonderen Dank der kgl. Eisenbahn-Direktion in Altona aus für die in Aussicht gestellten Ausfertigungen aller Submissionsvorlagen der beim Bahnhof-Neubau in Hamburg zu erwartenden wichtigeren Bauwerke. Des Weiteren begrüsst er freudig den endlich gelungenen Ankauf der Entwürfe und Zeichnungen aus dem Nachlass des Hamburger Architekten Chateauf, zu welchem die Patriotische Gesellschaft die Hälfte der Kosten beigesteuert hat.

Der nun folgende Vortrag des Hrn. Becker-Altona, Theilhaber der Firma F. H. Schmidt daselbst u. in Hamburg, über den „Bau des Wasserwerkes zu Tsingtau im Kiautschou-Gebiet“, welcher das lebhafteste Interesse der Versammlung erregte und am Schluss den Vorsitzenden zu besonderem Dank veranlasste, wird an anderer Stelle dieses Blattes in Text und Zeichnungen demnächst ausführlicher wiedergegeben werden. — Gbl.

Arch.- u. Ing.-Verein in Stettin. In der Hauptversammlung vom 4. März d. J. wurden in den Vorstand gewählt die Hrn. Ob.-Brth. Tobrén, I. Vors., Geh. Brth. Dublanski, II. Vors., Reg.-Bmstr. Wenzel, I. Schriftf., Stdtbmstr. Schulz, II. Schriftf., Eisenbahndir. Schirmer, Säckelmeister, Stdtbrth. Meyer und Brennhäuser.

Nach Erledigung geschäftlicher Angelegenheiten sprach Hr. Gewerbe-Inspr. Unruh über „Die schlesische Zinkhütten-Industrie, ein Jahrhundert deutscher Industrie-Bestrebungen; a) Geschichtliches, b) Gewinnungs-Methoden und c) die damit verbundenen Gefahren für die Zinkhütten-Arbeiter“. Er führte dabei aus, dass von einer eigentlichen Zinkhütten-Industrie erst mit Ende des 18. Jahrhunderts gesprochen werden könne. Es sind allerdings schon 1674 Galmei und andere Zinkerze in Schlesien gewonnen, aber nicht eigentlich verarbeitet worden. Erst im Jahre 1798 werden grössere Versuche in einer alten Glashütte angestellt, und nachdem diese zu einem gewissen Ergebnisse geführt hatten, wird im folgenden Jahre das erste Zink in Muffeln gewonnen. Die Industrie wächst in den nächsten Jahren und wird trotz der ungünstigen, durch die napoleonischen Kriege veranlassenen Lage zu einer bedeutenden Einnahme-

wir viel lernen. Weniger von den romanischen Völkern. Die Romanen sind keine Wohnvölker, dazu sind ihre klimatischen Bedingungen zu günstig und ihre Beziehungen zur Strasse zu lebhaft.

Was die Gruppierung der einzelnen Räume anbelangt, so erfolge sie nicht nach rein ästhetischen Gesichtspunkten, sondern im Wesentlichen nach den Forderungen der Zweckmässigkeit. Drei Gruppen von Räumen, die der Tageseintheilung der menschlichen Thätigkeit und des Lebens entsprechen, wird man zu unterscheiden haben. Die Forderung: „Acht Stunden Arbeit, acht Stunden Erholung, acht Stunden Schlaf“, könne auch auf die Gruppierung der Räume eines Hauses übertragen werden. Danach ergibt sich die Gruppe der Gesellschaftsräume in passender Verbindung mit den Wirtschaftsgelassen, die Gruppe der Wohnräume und die Gruppe der Gast- und Schlafräume. Wohn- und Schlafräume sollten nicht zusammengelegt werden, da für ihre Benutzung zu verschiedene Stimmungen von Einfluss sind. Eine Lage der Wirtschaftsräume im Keller wird vom Redner wegen der dadurch herbeigeführten schroffen Trennung der Gesellschaftsklassen nicht befürwortet. Liegen die Wohn- und die Wirtschaftsräume im Erdgeschoss, so werden die Schlaf- und die Fremdenzimmer am passendsten in die oberen Geschosse verlegt. Die zu ihnen führende Treppe muss nach den beiden Richtungen bequem sein, dass sie einmal eine

Quelle für Schlesien. Das Metall wird in grösseren Mengen über England nach Indien ausgeführt, wohin bis dahin wohl nur Zink aus China gebracht wurde. Die leichtere Erlangung der Konzessionen im Jahre 1821 und 1822, als die neu eröffneten polnischen Hütten den Handel an sich zu ziehen drohten, bewirkt, dass in diesem Jahre 19 neue Hütten entstehen, so dass zu dieser Zeit 33 Hütten mit 400 Oefen bestanden. Leider folgt sehr bald ein Verfall und schon nach kurzer Zeit sind nur noch 18 Hütten mit 100 Oefen in Betrieb. Augenblicklich wird von 23—25 Hütten jährlich rd. 100 000^t Zink geliefert.

Die Verarbeitung erfolgt, nachdem das taube Gestein durch Aussortiren mit der Hand, Setzkästen, Schlämmen oder dem Drehherd möglichst entfernt ist, in der Rösthütte, wo durch Erhitzen in einem dreistöckigen Ofen dem jetzt in Schlesien ausschliesslich verwendeten Schwefelzinkerz (Zinkblende) der Schwefel entzogen wird. Die anstehende schweflige Säure wird für die Gewinnung von Schwefelsäure aufgefangen. Es wird jetzt die Anlage einer Zinkhütte nur genehmigt, wenn gleichzeitig eine Schwefelsäure-Fabrik mit angelegt wird, um die Abführung der schwefligen Dämpfe in die Luft zu verhindern. Das geröstete Material gelangt in die eigentliche Zinkhütte, wo es in Muffeln erhitzt und, nachdem sich das leicht flüchtige Zink in einer Vorlage als reines Zink niedergeschlagen hat, dieses mit Giesslöffeln in die Barrenform gebracht wird. Die Gefahren, welche die Zinkhüttenarbeiter bedrohen, sind, ausser Verbrennungen, in der Hauptsache die der Bleivergiftungen; Schwindsucht ist bei diesen Arbeitern wenig oder garnicht beobachtet worden, dagegen sehr bei den Muffelarbeitern. Die früheren grossen Muffeln mussten mit der Hand geformt werden, und zwar in einem warmen Raume; man hatte daher allgemein zur Ausnützung der Wärme die Arbeitsstätten über die Oefen verlegt. Die heute immer mehr und mehr sich Eingang verschaffenden kleinen Muffeln, deren Verwendung durch die Anreicherung der Erze erst möglich geworden ist, werden mit Maschinen hergestellt.

Die Schutzmaassregeln für die Arbeiter sind verbessert, die Vorschriften über die Arbeitszeit, die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter und Frauen sind verschärft und die Abmessungen der Räume um die Oefen vergrössert.

Mit dem Vortrage verband Hr. Unruh eine Vorführung von Zeichnungen, Photographien und Erzproben, welche den Einblick in diese für Schlesien so wichtige Industrie erleichterten. — J.

Verein für Eisenbahnkunde zu Berlin. Vers. am 12. März. Der Vorsitzende, Hr. Streckert, theilt den schmerzlichen Verlust mit, den der Verein durch den Tod des Geh. Ob.-Brth. A. Wetz in Berlin erlitten hat, und gedachte des Verstorbenen in warmen, anerkennenden Worten.

Nach Erledigung geschäftlicher Mittheilungen sprach zunächst Hr. Bissinger, techn. Dir. der Elektrizitäts-Akt.-Ges. vorm. Schuckert & Co. in Nürnberg über Stromzuführungs-Einrichtungen elektrischer Strassenbahnen, insbesondere diejenigen mit Oberflächenkontakten. Der Vortragende gab einen Überblick über die bisher in Anwendung gekommenen Stromzuführungs-Einrichtungen, die oberirdische und die unterirdische.

nicht zu grosse Stockhöhe zu überwinden hat und zweitens eine entsprechende Breite bei bequemer Bauart besitzt.

Das Speisezimmer liegt zweckmässig in unmittelbarer Verbindung mit dem Garten, höchstens 2 Stufen über der Fläche desselben; eine gleiche Lage muss die ihm etwa vorgelagerte Terrasse besitzen. Das Speisezimmer liege ferner getrennt von den Wohnräumen; es sei nicht zu gross und nicht zu klein. Es sei nach der Forderung eingerichtet, die der Gourmand Brillat-Savarin in seiner „Physiologie du goût“ aufstellt, nach welcher die Zahl der Gäste nicht unter die der Grazien hinunter gehen, aber auch nicht die Zahl der Musen überschreiten solle.

Ein Zimmer der Dame ist überflüssig. Man lege Werth auf weiträumige Nebenanlagen. Sind diese zu eng, so schädigen sie das Ansehen des Hauses und bleiben dem Gäste in unliebsamer Erinnerung. Verweilt der Gast länger als zu einer Gesellschaft bzw. Mahlzeit im Hause, so sind ihm Räume zur ungehinderten Benutzung anzuweisen, die von den Familienräumen getrennt sind. Nur dann fällt die Wahrheit des Wortes fort:

Am ersten Tag ein Gast,

Am zweiten eine Last.

In England hat man die Wirtschaftsräume in einen besonderen Küchenflügel verwiesen und diesem vielfach eine schräge Richtung zum Wohnhause gegeben. Dass diese schräge Richtung auf eine bestimmte Absicht zurück-

Erstere sei die einfachste; bei ihrer Unterhaltung liessen sich jedoch Störungen des Verkehrs nicht vermeiden; durch herabfallende Drähte könnten Menschen und Thiere verletzt werden, der Fernsprechtbetrieb leide unter dem Geräusch in den Drähten u. a. m. Die unterirdische Einrichtung habe diese Fehler nicht; sie erfordere aber die Herstellung eines Zuführungskanals im Strassenkörper unter Schonung der dort vorhandenen Rohrleitungen usw. und würde dadurch theurer als eine Oberleitung, wozu ferner die Nothwendigkeit trete, den Kanal für die Zuleitung gut zu entwässern zur Verhütung von Leitungsstörungen durch Schnee, Regen usw. Die den genannten beiden Systemen anhaftenden Nachtheile suche man zu vermeiden durch das sogen. Oberflächen-System, bei welchem Kontaktkörper, die mit der Stromleitung in Verbindung stehen, in den Strassendam eingefügt werden. Der Strom wird durch die Kontaktkörper dem Mechanismus im Strassenbahnwagen nur zugeführt, wenn dieser mit seiner Schleifvorrichtung beim Darüberfahren die Kontakte berührt.

Der Vortragende besprach nunmehr die nach diesen Gesichtspunkten bereits konstruirten Systeme, denen alle die vorgenannten Nachtheile nicht anhaften, die aber weit weniger einfach sind als die erstgenannten beiden Systeme, auch grössere Kosten verursachen und dazu nöthigen, mit grossen Stromverlusten zu rechnen. Diese Nachtheile würden jedoch bei Anwendung eines von der Firma Schuckert & Co. in Nürnberg konstruirten Systems wesentlich herabgemindert. Der Vortragende beschrieb dieses System eingehend unter Vorführung von Lichtbildern und kam zu dem Schluss, dass der Stromverbrauch desselben nicht höher sei, als bei der Oberleitung und dass es allen billigen Anforderungen genüge. Fussgänger, Pferde usw. könnten hierbei nicht zu Schaden kommen, da die Kontaktkörper nach dem Darüberfahren des Fahrzeuges sofort wieder stromlos werden. —

Den zweiten Vortrag hielt Hr. Oberstleutnant Gerding über afrikanische Bahnen. In Ergänzung eines früheren Vortrages wurde vornehmlich noch die im Bau begriffene britische Uganda-Bahn besprochen. Sie geht aus von Mombassa und endigt am Victoria Nyanza-See. Bei Durchschreitung des ostafrikanischen Grabens hat sie zwei Höhenzüge von 2300 und 2500 m Meereshöhe zu überwinden. Ihre Länge beträgt etwa 1000 km. Gegenwärtig ist der Bau auf der Sohle des ostafrikanischen Grabens angelangt, etwa 700 km von Mombassa entfernt. Angesichts der vorliegenden Geländeschwierigkeiten seien die Baukosten sehr hoch. Eine solche Höhe brauchten aber die in Deutsch-Ostafrika geplanten Eisenbahnen nicht zu erreichen, da ein so ungünstiges Gelände nicht in Betracht käme.

Zum Schlusse führte Hr. Sumpf aus Kassel einen vom Mechaniker Jacobs konstruirten Apparat vor, der die Sicherung der in Bewegung befindlichen Eisenbahnzüge gegen Unfälle dadurch bezwecken soll, dass diese von irgend einer Stelle der Strecke im Falle einer Gefahr Signale oder Mittheilungen erhalten, oder von dieser Stelle aus jederzeit geben können.

Aufgen. wurde Hr. Geh. Reg.-Rth. C. von Unruh als einh., und Hr. Reg.-Bmstr. H. Backofen in Köln als ausw. ord. Mitglied. —

zuführen ist, beweisen Anordnungen, z. B. von Norman Shaw, in regelmässigen Strassenfluchten. Durch diese Anordnung gewinnen die perspektivischen Linien der Baugruppe vielfach an Weichheit; es ist durch sie ferner möglich, die Sehliesen für das Dienstpersonal auf den Eingang des Hauses zu richten und es kann durch die schräge Lage der Wirthschaftsräume endlich vermieden werden, dass das Dienstpersonal den Hausherrn bei seiner zwanglosen Erholung im Garten beobachtet.

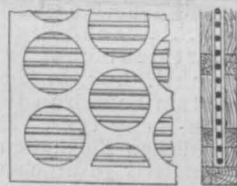
Für die innere Ausstattung des Hauses hatte Redner vorwiegend negative Rathschläge zu geben. Je reifer der Geschmack, desto wählerischer und zurückhaltender ist die Ausstattung. Auch Dekorationen künstlerischer Art verlieren an Eindruck, wenn wir sie täglich sehen. Der Bewohner eines Hauses sollte in allen Räumen Mensch sein und bleiben. Der Raum sei daher nach eigenen Erinnerungen geschmückt, nicht durch einen Uebermenschen. Da wir obnein schon mit schweren Sorgen belastet sind, so seien die Räume licht und heiter.

Der Kamin kann in unserem Klima als Luxus betrachtet werden; in der Verbindung von Kamin und Wasserheizung liegt für den Norddeutschen das Ideal der Heizung. Fenster und Thüren sind jedem Raume besonders anzupassen. Möglichst nur ein Fenster, jedoch so gross wie möglich, möglichst nur eine Thür, jedoch so klein, wie möglich. Unsere Räume besitzen meist 3 Thüren und infolge dessen keinen gesicherten Platz zum Ausruhen.

Vermischtes.

Eine Musterarbeiterstadt ist durch die Stadtvertretung von London der Ausführung nahe gebracht worden. Es handelt sich nicht um Arbeiterkasernen, sondern um eine Villenstadt für 40000 Menschen, allerdings im bescheidenen Sinne des Wortes, wie es sich auf Arbeiterwohnungen anwenden lässt. Der Stadtrath hat ein grosses Gelände von 225 Acker Land erstanden, auf dem zwei der Nordhauptbahnen Stationen besitzen. Die Bahngesellschaften haben sich verpflichtet, zu besonders niedrigen Sätzen Arbeiterzüge regelmässig laufen zu lassen und zwar in solcher Anzahl, dass die Arbeiter dieser Villenstadt ebenso rechtzeitig wie billig morgens sich an die Arbeit begeben und abends von derselben nach Hause zurückkehren können. Ebenso läuft eine besondere Pferdebahnlinie von der City aus, von welcher das Gelände etwa eine deutsche Meile entfernt liegt. Es sollen vier Klassen von „cottages“ gebaut werden und zwar 346 erster Klasse für etwa 3000 Personen, 950 zweiter Klasse für 12000 Personen, 1900 dritter Klasse für 11400 Personen und 336 vierter Klasse für 3360 Personen. Dies giebt allerdings nur 30000 Personen, die Häuser für die übrigen 10000 werden erst in Angriff genommen werden, wenn die ersten 2700 „cottages“ vollendet und bewohnt sind. Jede einzelne cottage hat ihren Garten und Vorgarten, jede ist nur für eine Familie vorgesehen. Nur die Wohnungen vierter Klasse sind in grösseren Blöcken geplant, in denen die Arbeiterfamilien in „Etagen“ wohnen sollen. Im Centrum wird ein grosser Park angelegt, um welchen die nöthigen öffentlichen Gebäude errichtet werden sollen. Eine Hauptstrasse wird die neue Arbeiterstadt durchlaufen und mit „Modell-Läden“ versehen sein, deren Miete allein einen grossen Theil des Kapitals verzinsen soll. Dieses Kapital ist auf 1500000 Pfd St. festgesetzt und dabei eine Amortisation innerhalb 60 Jahren vorgesehen, so dass der ganze Bauplan ohne jede Belastung der Steuerzahler durchgeführt werden kann. Das nöthige Kapital ist bereits gesichert. Die zu erhebende Miete ist für die cottage einschl. Garten auf 6 bis 9 1/2 Schilling für die Woche festgesetzt. —

Eine eigenartige Lichtwirkung wird in einigen chinesischen Tempeln durch die Verwendung gefärbter Glasstäbe, insbesondere blauer, in Form von Glas-Jalousien, erreicht. Das Fenster besteht



aus zwei gleich grossen Holzplatten, die reichlich mit runden Öffnungen versehen sind und so mit einander verbunden sind, dass ein senkrechter Spielraum von etwa 4-5 cm zwischen ihnen verbleibt. Dieser Spielraum wird durch ein Netzwerk wagrecht gehender runder Glasstäbe von 2-3 mm Durchmesser ausgefüllt, welche mittels Drahtflechtung unter einander verbunden sind. Wenn die Sonne durch dieses Netzwerk in das Innere des hohen dunklen Tempels scheint, dann ergeben sich eigenartig schöne Beleuchtungen und Stimmungen. —

Peking, im November 1900.

Franz Woas.

Die Hausthüre sei so beschaffen, dass wenn sie zu ist, das Haus auch geschlossen erscheint. Sie lade nicht durch grosse Spiegelscheiben usw. zum Betreten des Hauses ein. In den Zimmern herrsche Harmonie in der Ausstattung. An die Stelle des Tumultes bei übergrossen Höhen trete die Intimität bei bescheidener Höhenentwicklung. Werke der Griffelkunst dienen diesem Eindrucke mehr, wie Bilder in schreienden Goldrahmen usw.

Das Wohnhaus soll Wohnhaus bleiben. Das Aeusserere sei infolgedessen frei von allen Verzierungen, welche die Wohnlichkeit und die Zweckmässigkeit beeinträchtigen. Das ist die beste Wohnhausfassade, die neugierig macht, was dahinter ist. Thürme sollten nur unter besonderen Verhältnissen zur Verwendung kommen. Das Dach sei einheitlich, nicht farbig zerrissen. Die Umfassungsflächen sind mit der grössten Harmlosigkeit zu behandeln. Rathenower Steine und einfacher Putz, welchen ihre zufälligen Derbheiten gelassen sind, sind zu empfehlen. Ein Haus verliert an Charakter durch zu feine Behandlung seiner Aussenseite. Es stehe ausserdem nicht, wie ein Denkmal, auf hohem Sockel, sondern erscheine wie aus dem Boden gewachsen, die Wohnräume sollten nur wenig über Geländehöhe beginnen. Die Vermeidung aller Horizontalen durch Nichtanwendung der Reisschiene ist ein gutes und vor allen Dingen ein billiges Mittel, den Eindruck der Natürlichkeit zu erhalten. —

Das Korpshaus der „Bavaria“ in München.

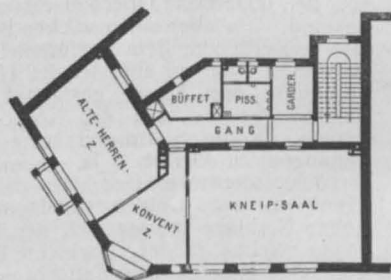
Architekten: Heilmann & Littmann-München.



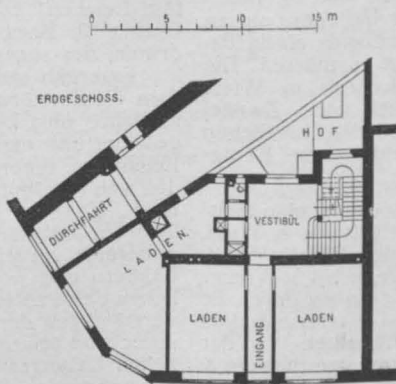
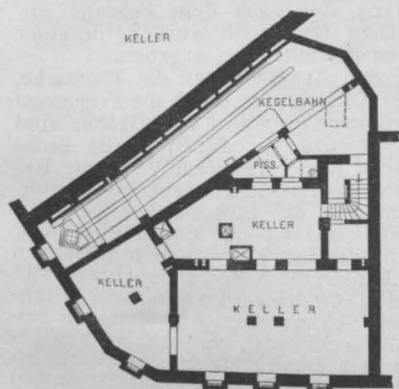
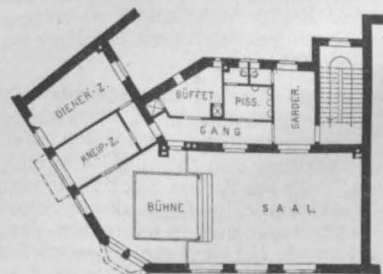
Das Korpshaus der Bavaria in München, am Kostthore, am Eingang zum Platz gelegen, reiht sich der Gruppe der studentischen Bauten der Makaria, Frankonia und Rhenopalatia, die sich hier in geschlossener Reihe erheben, diese Gruppe gegen die Maximilianstrasse zu wirkungsvoll abschliessend, an. Infolge des werthvollen Baugrundes an dieser durch die Nachbarschaft des königl. Hofbräuhauses so ausserordentlich belebten Stelle weicht die Anlage in der Grundrissanordnung von den anderen Korpshäusern nicht unwesentlich ab. Das Erdgeschoss enthält hier neben einer Einfahrt, des besseren Ertragnisses halber, 3 Läden; das I. Obergeschoss die Klubräume einer dramatischen Gesellschaft, bestehend aus Saal mit Bühne und Nebenräumen, das II. Obergeschoss die Kneipzimmer und andere Räume für die Zwecke des Korps, das III. Obergeschoss einen Festsaal mit kleinem Nebensaal und das IV. Obergeschoss den Fechtsaal, die Küche und die Wohnung des Vereinsdieners. Im Kellergeschoss befindet sich ausser den Kellerräumen eine Kegelbahn mit Nebenanlagen. Die beigegebenen Grundrisse zeigen die zweckmässige knappe Raumvertheilung auf der nur bescheidenen Grundfläche.

Für das Aeusserere des Gebäudes ist der Stil der deutschen Renaissance in der Färbung der bayerischen Putzarchitektur gewählt worden. Mit den übrigen Studentenhäusern und mit dem von denselben Architekten herührenden Hofbräuhaus trägt das Haus der Bavaria wesentlich mit zu dem malerischen Architektur-bilde bei, welches das Platz durch die Neubauten der letzten Jahre, unter anderem auch durch den Umbau des die eine Kurzseite des Platzes einnehmenden Orlando di Lasso und durch das gegenüber den Studentenhäusern gelegene schöne im gothisirenden Stile errichtete Geschäftshaus des Architekten Osterrieder gewonnen hat.

2. STOCK.



1. STOCK.



0 5 10 15 m

Baurath Hermann Bücking in Bremen begeht am 1. April d. J. die Feier seines 25jährigen Dienstjubiläums als Baubeamter des bremischen Staates, um dessen bauliche Entwicklung er sich gerade auf demjenigen Gebiete, dessen sachgemässe Ausgestaltung für den wirtschaftlichen Aufschwung Bremens von einschneidendstem Einflusse, ja man kann sagen die Vorbedingung für denselben gewesen ist, d. h. bei der Durchführung des Ausbaues und der Verbesserung der Schifffahrts-Verhältnisse der Unterweser, unter und neben Oberbaudir. Franzius, dem genialen Schöpfer und Förderer der Unterweser-Korrektion, hervorragende und dauernde Verdienste erworben hat.

Bücking wurde am 9. März 1848 in der Nähe von Marburg geboren, erhielt seine technische Vorbildung auf der damaligen „Polytechnischen Schule“ zu Kassel, war dann theils bei Eisenbahnarbeiten, theils bei Brücken- und Wasserbauten beschäftigt, und legte 1874 das Baumeister-Examen in Berlin ab. 1876 trat er in den Dienst der freien Hansestadt Bremen als Bauinspektor ein. In dieser Stellung war er zunächst als Assistent des Ober-Baudirektors vornehmlich bei der Reorganisation des Bauwesens des kleinen, sich gerade damals zu grossen Thaten rüstenden Staatswesens mit thätig und leitete später bis 1886 die Deich- und Wegebau-Inspektion. Mit dem Beginn der Ausführungsarbeiten der Unterweser-Korrektion trat er 1886 in sein eigentliches, verdienstvolles Arbeitsgebiet der Verbesserung der Unter- und Aussenweser ein. Als sich dann Franzius 1895, nachdem die Korrektions-Arbeiten soweit fertig gestellt waren, dass überall in der Weser von Bremen bis zur Mündung eine Mindesttiefe von 5 m vorhanden war, von der unmittelbaren Leitung zurückzog, wurde diese Bücking übertragen, dem gleichzeitig vom Senate der Titel eines Baurathes und ein namhaftes Ehrengeschenk verliehen wurden. In dieser Stellung, welche der Jubilar jetzt noch inne hat, leitete er den unteren Ausbau der korrigirten Stromstrecke, namentlich die Arbeiten für die sorgfältige projektmässige Ausgestaltung des Niedrigwasserbettes. Auch die mehrfachen Erweiterungen des Entwurfes für die Verbesserung des Fahrwassers in der Aussenweser sind in der Hauptsache sein Werk und die Ausführung dieser Arbeiten erfolgt unter seiner Leitung. Möge seine Thatkraft dem Bremer Staate noch lange erhalten bleiben. —

Das berühmte Nassauer Haus in Nürnberg war kürzlich Gegenstand einer geschichtlichen Untersuchung, welche Hr. Archivrath Dr. Mummenhoff im „Verein für Geschichte der Stadt Nürnberg“ unter dem Titel: „Die Besitzungen der Grafen von Nassau in und um Nürnberg u. das sog. Nassauer Haus“ anstellte. Mummenhoff beseitigte alle die erfundenen Geschichten über den grossen Besitz der Nassauer in Nürnberg mit Unterstützung der Urkunden und zeigte, dass auch das sog. Nassauer Haus niemals im Besitze der Grafen war. Er trat dann der Frage näher: „Wann hat das Nassauerhaus seinen eigenthümlichen, mit den vielen Wappen geschmückten Aufbau erhalten?“ Dabei ergaben sich überraschende Mittheilungen. Dass der Löwe, der für den nassauischen gehalten wurde und dem Haus bereits 1600 zu seinem Beinamen verhalf, nicht der nassauische, sondern der böhmische ist, war schon theilweise bekannt. Aber aus dem Wappen von Cilli und dem päpstlichen Wappen konnte M. feststellen, dass der malerische Oberbau erst zwischen 1431 bis 1437 entstand. Um aber einen solchen hervorragenden Bau mit dem kaiserlichen, dem kurfürstlichen Wappen usw. aufzuführen zu können, musste der Hausbesitzer in näherer Beziehung zum Kaiser gestanden haben. Besitzer des Hauses war bis 1442 der Nürnberger Patrizier Ulrich Ortlieb. König Sigismund hatte nun die engsten Beziehungen zu Ortlieb. Ja, er machte mit diesem das geradezu unerhörte Geschäft, dass er ihm 1431 seine Krone um 1500 Gulden verpfändete! In welcher finanziellen Nothlage musste sich der König befinden, um zu einem solchen, in der Geschichte Deutschlands einzig dastehenden Handel seine Zuflucht nehmen zu müssen! Die Originalpfändungsurkunde befindet sich noch in Wien. Aus diesem Verpfändungsakt hat Ortlieb ohne Zweifel das Recht hergeleitet, an seinem Hause den herrlichen wappengeschmückten Oberbau mit Erlaubniss des Königs auszuführen. —

Die Heizung der Rotunde in Wien. Ueber eine Heizanlage grössten Stiles, die Heizung der Rotunde in Wien, jenes gewaltigen Gebäudes, welches der Wiener Weltausstellung von 1873 als Mittelpunkt diente, wird in Wiener Blättern aus Anlass einer Besichtigung der Anlage durch die Fachgruppe für Gesundheitstechnik des Oesterreichischen Ingenieur- und Architekten-Vereins berichtet. In der Rotunde hat sich die grosse Schaustellung von Barnum & Bailey niedergelassen, um dort zu überwintern. Für die

Menagerie der Schaustellung, in welcher sich zahlreiche tropische Thiere befinden, musste, da die Rotunde nicht geheizt werden konnte, eine eigene Heizanlage vorgesehen werden. Nach den von den Besitzern der Schaustellung getroffenen Verfügungen mussten in die Heizanlage eingezeichnet werden: der eigentliche Rundbau mit 102 m lichtigem Durchmesser, 24 m Höhe an der Peripherie und 48 m Höhe in der Mitte; der ringsum laufende 13 m breite Arkadengang, in welchem die Käfige mit den wilden Thieren aufgestellt sind; die vier nach den Himmelsrichtungen gelegenen Transepte, von welchen der westliche als Stall für Kameele, der östliche als Stallung für die Elephanten eingerichtet ist. Die den quadratischen Abschluss des ganzen Rotundenbaues bildenden Gallerien, welche zum Theil als Stallungen für die Pferde benützt werden, sind in die Heizung nicht mit einbezogen. Der Kubikinhalt aller zu heizenden Räumlichkeiten beträgt 422 000 cbm. Die stündlich erforderliche Wärmemenge wurde bei einem grössten Temperaturunterschiede von 30° Celsius mit 5 185 000 Kalorien berechnet. Die Wärmeverluste durch das Dach allein betragen stündlich beinahe 2 000 000 Wärme-Einheiten. Aus diesen Angaben kann ersehen werden, welchen Leistungen überhaupt die Anlage zu entsprechen hatte, ganz abgesehen von den Anforderungen einer gleichmässigen Durchwärmung aller Räume und der vollständigen Vermeidung jeder Zugluft. Allen diesen Anforderungen entspricht die schon mehr als drei Monate in Betriebe stehende Heizanlage, die von der Firma B. & E. Körtling in Wien ausgeführt worden ist, vollkommen. Der zur Beheizung verwendete Dampf wird von fünf Siederohrkesseln zu je 126 qm Heizfläche mit einer Spannung von 4½ Atmosphären geliefert, durch Reduzirventile auf zwei Atmosphären Spannung vermindert und in das Rohrnetz geleitet. Die Hauptvertheilungsleitung liegt am Boden unterhalb der Tribünen, woselbst Rippenheizstränge in acht Gruppen strahlenförmig angeordnet sind. Ausserdem befinden sich Heizkörper in den Fensternischen des Arkadenganges und der vier Transepte; endlich sind auch vier Rippenheizstränge zu je 320 m Länge auf der innerhalb der Rotunde vorhandenen Gallerie in der Höhe von 24 m über dem Fussboden vorhanden, welche aber nur bei grösserer Kälte in Thätigkeit gesetzt werden. Insgesamt sind 8 000 qm Rippenrohrheizflächen zur Aufstellung gelangt. Die ausgeführten Rohrleitungen besitzen eine Länge von zusammen vier Kilometern. Das gesammte Kondenswasser wird in das Kesselhaus zurückgeleitet, woselbst die Kondensstopfbatterie, die Reservoirs, Speisepumpen und sonstigen Einrichtungen liegen. Die ununterbrochen bei Tag und bei Nacht im Betriebe befindliche Heizanlage liefert bei jeder Aussentemperatur + 18° Celsius. Eine unangenehme oder auch nur fühlbare Luftströmung ist nirgends wahrzunehmen. —

Die Kaisergräber im Dom zu Speyer. Vor einiger Zeit hat in München eine Berathung über die Zukunft der Kaisergräber im Dom zu Speyer stattgefunden, an welcher als Vertreter des Baufaches die Hrn. Ob.-Brth. Stempel, Bauamt. Baer in Speyer, Prof. Heinr. von Schmidt und Prof. Gabr. von Seidl in München theilnahmen.

Die vor einiger Zeit vorgenommenen Ausgrabungen haben die irdischen Ueberreste 1. der Kaiser Konrad II., Heinrich III., Heinrich IV. und Heinrich V., der Kaiserin Gisela, der Gemahlin Konrad II. und der Kaiserin Bertha, der ersten Gemahlin Heinrich IV. in der ersten Gräberreihe, der sogenannten Kaiser- oder Salierreihe; 2. von Philipp von Schwaben, Rudolf von Habsburg, Albrecht von Oesterreich, Adolf von Nassau, der Kaiserin Beatrix, Gemahlin Kaiser Friedrich Barbarossa's und der kleinen Prinzessin Agnes, Tochter der Kaiserin Beatrix in der zweiten Gräberreihe, der sogenannten Königsreihe; 3. von fünf Leichen, von denen vier nach dem Befunde der Gräber als Bischofsleichen festgestellt wurden, in einer dritten, der sogenannten Bischofsreihe, ergeben.

Es ergab sich bei den Ausgrabungen die Thatsache, dass die Zerstörung der Kaisergräber durch die Franzosen im Jahre 1689 keine vollständige war. Vier Gräber sind geöffnet und entheilt worden. In diesen waren sechs Leichname untergebracht, Kaiser Heinrich V., König Rudolf von Habsburg, Adolf von Nassau, Albrecht von Oesterreich, Kaiserin Beatrix und die Prinzessin Agnes; die übrigen Grabstätten sind als seit der ersten Bestattung unberührt vorgefunden worden. Die von den zerstörten Gräbern und in dem Bauschutte vorgefundenen menschlichen Ueberreste wurden von den anthropologischen Sachverständigen der ersten (Ausgrabungs-) Kommission entsprechend gesichtet, sodass nunmehr, was noch an menschlichen Ueberresten in den Kaisergräbern des Domes zu Speyer vorhanden war, nach der Zugehörigkeit zu den

einzelnen Leichnamen zusammengestellt ist. Zurzeit ruhen die Leichenreste der Kaiserinnen Bertha und Gisela, der Kaiser Konrad II., Heinrich III. und Heinrich IV. in den Original-Steinsärgen, während die Leichenreste von Heinrich V., Beatrix, Agnes, Philipp von Schwaben, Rudolf von Habsburg und Albrecht von Oesterreich einstweilen in Holzsärgen im Untergeschosse der Sakristei des Domes verwahrt sind. Von den im Bauschutte und bei den Leichenresten in den Gräbern vorgefundenen Gegenständen befindet sich zurzeit ein Theil im kgl. National-Museum in München zur wissenschaftlichen Untersuchung.

Die Kommission beschloss, dass eine Wiederbestattung in der bisherigen Weise nicht zu empfehlen sei und befürwortete die Herstellung einer Gruft unter dem Königsthor zur Aufnahme der Ueberreste der dortselbst bestatteten deutschen Kaiser und Könige, wobei vorbildlich auf verschiedene alte Gräfte, wie die Heinrich I. in Quedlinburg, des Kanzlers Eginhard in Steinach bei Michelstadt und der Merovinger in Soissons hingewiesen wurde. Als Särge für die im Untergeschosse der Sakristei aufbewahrten Leichenreste wurden Sandsteinsärge, ähnlich den erhaltenen Särgen der Salier, empfohlen; weiterhin wurde in Anregung gebracht, zur möglichsten Erhaltung der Leichenüberreste diese in Metallsärge zu verschliessen und erst die Metallsärge in die Originalsteinsärge, bezw. in die neu anzufertigenden Steinsärge zu legen.

Ferner beschloss die Kommission, es möchten die im Bauschutte des Königs-Chores und bei den Leichenresten aufgefundenen Gegenstände, soweit sie von geschichtlicher oder kunstarchäologischer Bedeutung sind, in einem Raume des Domes in pietätvoller Weise zur besonderen Ausstellung gelangen; über die Auswahl und Bestimmung dieser Gegenstände wäre erst dann zu entscheiden, wenn die wissenschaftlichen Untersuchungen der Fundgegenstände beendet sind.

Endlich wurden die Grundsätze, nach welchen die wissenschaftliche Abhandlung des gesamten Materials erfolgen soll, erörtert. —

Todtenschau.

J. J. van Ysendyck †. In Uccle, einem Vororte von Brüssel, ist in diesen Tagen der Architekt van Ysendyck, einer der bedeutendsten Kenner und Meister der mittelalterlichen und Renaissance-Architektur der Niederlande, dahingegangen. Als Sohn des Direktors der Kunstschule des kleinen Städtchens Mons, Antoine van Ysendyck, im Jahre 1836 in Paris geboren, vollzog er seine Studien zum Theil unter dem Einfluss der französischen Architektur-schule, um sich aber in seiner Hauptperiode, veranlasst durch den Charakter seiner Aufträge, durchaus der historischen Architektur Belgiens zuzuwenden. Seine Hauptthätigkeit entfaltete der Verstorbene für die Wiederherstellung der alten Denkmäler Belgiens. Die Kirche Notre-Dame du Sablon in Brüssel, ein Werk des XV. und XVI. Jahrhunderts, die Kirche zu Anderlecht, der Vorstadt Brüssels, das Rathaus dieser Vorstadt und das Rathaus der nordöstlichen Brüsseler Vorstadt Schaerbeek erstanden unter seiner kunstgeübten Hand theils wieder in altem Glanze, theils neu. In Ypern, der grossen Weber- und Hauptstadt Westflanderns, wendete er seine sorgfältige Thätigkeit den berühmten Tuchhallen, 1201 begonnen, 1304 vollendet, zu und stellte die Kathedrale St. Martin, sowie die Peterskirche dieser Stadt wieder her. Grössere von ihm herrührende selbständige Bauten sind der Südbahnhof in Antwerpen und die Gebäude der Universität im Parc Leopold zu Brüssel. Weit über die Grenzen Belgiens hinaus ist Ysendyck bekannt geworden durch sein klassisches Werk: „Documents classés de l'art dans les Pays-Bas, du XI^e au XVIII^e siècle“. Dieses mustergiltige Werk, einzig in seiner Art, giebt eine glänzende Uebersicht über die alten Bauwerke der Niederlande. —

Bücherschau.

Der Burgwart. Zeitschrift für Burgenkunde und das ganze mittelalterliche Befestigungswesen. Organ der Vereinigung zur Erhaltung deutscher Burgen. Erscheint monatlich einmal. 4⁰. 5 Mark jährlich. Verlag von C. A. Krollmann & Co., Berlin W.

Am 21. März 1899 erfolgte die Gründung der „Vereinigung zur Erhaltung deutscher Burgen“. Diese sah bald die Nothwendigkeit an sich herantreten, zur Verbreitung ihrer Bestrebungen ein Organ zu gründen, welches mit dazu beitragen sollte, „zur Rettung so vieler durch Vernachlässigung oder unerfreuliche Veränderung bedrohter Burgen, zur Aufklärung weiter Kreise über den geschichtlichen Werth dieser lange Zeit verkannten Zeugen einer wichtigen Kulturepoche in der Geschichte des deutschen

Volkes, sowie über den künstlerischen und bautechnischen Werth dieser Baureste, fast der einzigen Beispiele der nicht kirchlichen Baukunst aus dem Anfang unseres Jahrtausends und des frühen Mittelalters“.

Der Burgwart hat einen Jahrgang ganz und den zweiten zur Hälfte vollendet. Das Erschienene gestattet einen zutreffenden Schluss über die Art, wie die erwähnten Bestrebungen verfolgt werden. Die Erscheinungsform ist eine schöne und würdige, das illustrative Material reich und durchgehends vortrefflich. Ausser den grösseren Aufsätzen verdienen eine besondere Beachtung die Spalten „Gefährdet“ und „Wiederherstellungen“; in ihnen hauptsächlich kommt die Bewegung zugunsten der deutschen Burgen zu lebendigem Ausdruck. —

Herstellung und Instandhaltung elektrischer Licht- und Kraftanlagen. Ein Leitfaden auch für Nicht-Techniker unter Mitwirkung von O. Görling und Dr. Michalke verfasst und herausgeb. von S. Frhr. v. Gaisberg. Berlin, München. Julius Springer, R. Oldenburg. 1900. Pr. 2 M.

Die Zahl der elektrischen Licht- und Kraftanlagen hat in dem letzten Jahrzehnt in einem Maasse zugenommen, dass die weitesten Kreise mehr oder minder oft in die Lage kommen, sich über diesen oder jenen Punkt der Herstellung und Instandhaltung solcher Anlagen ein eigenes Urtheil zu bilden. Dies gilt nicht zum wenigsten für den Leserkreis dieser Blätter. Es ist ein wirkliches Bedürfniss, welches mit dem vorliegenden handlichen und trefflich ausgestatteten Werkchen des verdienstvollen Herausgebers des in zahlreichen Auflagen weitverbreiteten Taschenbuchs für Monteure elektrischer Beleuchtungsanlagen entgegenkommt.

Dass die langjährigen, im stetigen Zusammenhang mit der Praxis gewonnenen Erfahrungen mit dem Taschenbuch auch dem vorliegenden Schriftchen zugute gekommen sind und demselben einen von der glücklichen Idee unabhängigen, erhöhten Werth verleihen, bedarf kaum der Erwähnung. —

Bn.

Bei der Redaktion d. Bl. eingegangene litterar. Neuheiten:

Autenrieth, Ed., Oberbrth. Technische Mechanik. Ein Lehrbuch der Statik und Dynamik, für Maschinen- u. Bauingenieure. Berlin 1900. Julius Springer. Pr. 12 M.

Beck, Theod., Ing. Beiträge zur Geschichte des Maschinenbaues. Berlin 1900. Julius Springer. Pr. 9 M., geb. 10 M.

Beuhne, Ad., Oberlehrer. Möbel. 20 Blatt Entwürfe im Maassstabe von 1:10. Hamburg 1900. Boysen & Maasch. Pr. 15 M.

Darstellung der Sandsteinziegel nach Schwarz' Verfahren. Zürich 1900. Jean Frey.

Dehio, G., Dr. und G. v. **Bezold.** Die kirchliche Baukunst des Abendlandes. Historisch und systematisch dargestellt. 2. Bd., 1. Hälfte. Pr. 6 M. Atlas 7. Liefgr., Pr. 24 M. — 2. Bd. 2. Hälfte, 1. Liefgr. und Atlas 8. (Schluss-) Liefgr. 1901. Stuttgart 1898. Arnold Bergsträsser.

Effmann, Wilh. Die Karolingisch-Ottonischen Bauten zu Werden. Strassburg 1899. J. H. Ed. Heitz (Heitz & Mündel).

Eichhorn, Alb., Reg.-Bmstr. Ein Hymnus auf das Venusgestirn in Na-Ual-Bilderschrift auf dem Alexander von Humboldt'schen Kalenderstein zu Berlin nebst einem Anhang über die Topik des Na-Ual. Berlin 1901. A. Ascher & Co. Pr. 12 M.

Friedel, Joh. Leitfaden für den Unterricht in der Bau-Konstruktionslehre. Wien 1900. Wilhelm Braumüller. Pr. 20 M.

Landé, Rich., Arch. Moderne Fassaden in farbiger Darstellung. Leipzig 1900. Deutscher Architekturverlag.

Ludwig, L. R. Alfr., Arch. Neue Schulhäuser. Eine Sammlung ausgeführter Entwürfe öffentlicher Schulbauten. 2. Serie. Stuttgart 1900. Konrad Wittwer. Pr. 20 M.

Miethe, Adolf, Dr. Lehrbuch der praktischen Photographie. 2. Aufl., 1. Heft. Halle a. S. 1901. Wilhelm Knapp. Pr. der Liefgr. 1 M. (Vollständig in 9—10 Heften).

Schaefer, Carl, Prof. Die mustergiltigen Kirchenbauten des Mittelalters in Deutschland. 3. u. 4. Liefgr. Berlin 1900. Ernst Wasmuth.

Schipp, Theodor. Der Zimmerbauer der Neuzeit. Leicht ausführbare Decken- und Wandmalereien in modernem Stil. 1. Liefgr. Ravensburg 1900. Otto Maier. Pr. der Liefgr. 1,20 M. (Vollständig in 10 Liefgr.).

Statz, V. & G. **Ungewitter.** Gothisches Musterbuch. 2. Aufl. Neu bearb. von Prof. K. Mohrmann. 1. bis 11. Liefgr. Leipzig 1898. Chr. Herm. Tauchnitz. Pr. der Liefgr. 2,50 M. (Vollständig in 20 Liefgr.).

Schwarzkopf, Jul. Eisenbahn-Handbuch zum Gebrauch für das Publikum, für Beamte und Behörden im Deutschen Reich. Stuttgart 1900. Greiner & Pfeiffer. Pr. 4 M.

Tecklenburg, Th. Handbuch der Tiefbohrkunde. Bd. 1: Das englische, deutsche und kanadische Bohrsystem, sowie neuere Apparate und ausgeführte Tiefbohrungen. 2. Aufl. Berlin 1900. W. & S. Loewenthal. Pr. 14 M., geb. 16 M.

Uebersichtsplan von Berlin. Maassstab 1:4000 in 8 farb. Darstellung. Blatt IV B. Berlin 1901. Julius Straube. Pr. 2 M.

Bebauungsplan der Umgebungen Berlins. 1:4000. Abth. X: Müllerstrasse-Jungfernhaide. Berlin 1900. Dietrich Reimer (Ernst Vohsen). Pr. 2 M.

Preisbewerbungen.

Ein Preisausschreiben zur Erlangung von Skizzen für den Neubau der Viktoria-Luisenschule und den Erweiterungsbau des Rathhauses in Wilmersdorf wird vom dortigen Gemeinde-Vorstand mit Termin zum 1. Juni d. J. für die Architekten Deutschlands ausgeschrieben. Es gelangen ein I. Preis von 4000 und ein II. Preis von 2500 M. zur Vertheilung. 1500 M. stehen zum Ankauf zweier weiterer Entwürfe zur Verfügung. Preisrichter sind die Hrn. Brth. Böckmann, Reg.-Bmstr. Böthke, Dir. Eichmann, Reg.-Bmstr. Gérard, Gemeindevorst. Habermann, Brth. Havestadt, Stdtbrth. Hoffmann, Brth. von der Hude und Geh. Reg.-Rth. Hückels, sämtlich in Berlin-Wilmersdorf. Unterlagen gegen 3 M. durch den Gemeinde-Vorstand. —

Zur Erlangung von Entwürfen für ein neues Stadt-Theater in Dortmund, das mit einem Aufwande von rd. 1,3 Mill. M. errichtet werden soll, ist ein engerer Wettbewerb beabsichtigt. —

Chronik.

Die Führung des Titels „Ingenieur“ in Oesterreich soll nach einer dem Herrenhause zugestellten Regierungsvorlage allen denen zugebilligt werden, welche die Studien an einer inländischen technischen Hochschule ordnungsmässig beendet und die Staats- oder Diplomprüfungen mit Erfolg abgelegt haben. Die bisherigen Zivil-Ingenieure, die behördlich autorisirten Bau-, Kultur-, Bergbau- und Maschinenbau-Ingenieure bleiben berechtigt, den Titel als Bezeichnung ihrer Befugnisse weiter zu führen, auch wenn sie die festgesetzte Befähigung nicht nachzuweisen vermögen. —

Ein Kanal St. Petersburg-Weisses Meer soll nach dem Entwürfe des Ingenieurs Timonow erbaut und in diesem Frühjahr begonnen werden. Der Kanal stellt sich in erster Linie als eine Verbindung der beiden Kriegshäfen Kronstadt und Sorotskaja dar, und damit er den grössten Panzerschiffen die Durchfahrt ermöglicht, soll er eine Tiefe von 9 m, eine Breite von 27 m in der Sohle und 60 m im Wasserspiegel erhalten. Die Länge des Kanals wird 963 km betragen (gegen rd. 1000 km des Nord-Ostsee-Kanals). —

Neubau des Gebäudes des bayerischen Landtages in München. Diese seit längerer Zeit schon spielende Angelegenheit scheint nunmehr zur Entscheidung gebracht werden zu sollen und zwar in dem einem Neubau günstigen Sinne. In einer Landtagsbau-Subkommission wurde am 13. März beschlossen, von einem Umbau des jetzigen Landtagsgebäudes mit einem Kostenaufwande von 1 200 000 M. abzusehen und der Platzfrage zur Errichtung eines Neubaus näher zu treten. —

Die wiederhergestellte St. Philippus-Apostelkirche in Berlin (Architekt: kgl. Brth. Astfalck, Bauleiter: kgl. Brth. Poetsch, Bausumme 30 000 M.) ist am 15. März d. J. feierlich eingeweiht worden. —

Für das zweite städtische Verwaltungsgebäude für Berlin beginnen die Arbeiten am 1. April mit der Niederlegung der Häusergruppe des Gebäudevierecks Kloster-, Juden-, Parochial- und Stralauerstrasse. Für das eine Grundfläche von rd. 10 400 qm (gegen rd. 8900 qm des alten Rathhauses) bedeckende Gebäude wird eine Bausumme von rd. 7 Mill. M. berechnet. —

Ein Denkmal für den Erbauer der Berliner Stadtbahn, den Geheimen Baurath Dirksen, ist auf dem Schmuckstreifen in der Verlängerung der Neustädtischen Kirchstrasse vor der Südseite des Bahnhofes „Friedrichstrasse“ geplant. Ausserdem soll die Strasse „An der Stadtbahn“ in „Dirksenstrasse“ umgetauft werden. —

Eine Ausstellung „München im XVIII. Jahrhundert“, eine Veranstaltung mit kunst- und kulturgeschichtlichem Ziel, soll in den Tagen vom 14. April bis 2. Juni d. J. in den Räumen des Studiengebäudes des neuen Nationalmuseums abgehalten werden. —

Entwässerungsanlage für Büdingen. Die Stadt Büdingen hat die Ausführung einer städtischen Entwässerung beschlossen. Die Anlage soll, der Eigenart der Lage der Stadtentsprechend, nach dem getrennten System erfolgen. Mit der Entwurfsbearbeitung wurde Hr. Reg.-Bmstr. Schmick, Frankfurt a. M., beauftragt. —

Eine Gas- und Wasser-Fachausstellung Wien 1901 wird aus Anlass der im Juni dort tagenden Hauptversammlung des Vereins deutscher Gas- und Wasserfachmänner abgehalten. —

Ein Ingenieur-Museum in Rom wird in der zum National-Denkmal erklärten Engelsburg geplant. Es soll dort eine Sammlung von auf das italienische Geniewesen bezüglichen Waffen, Zeichnungen, Modellen und dergleichen aufgestellt werden. —

Die Stadtgemeinde Kiel hat den Bau eines Handelshafens in der Wiker Bucht beschlossen und 1 100 000 M. zu diesem Zweck bewilligt. —

Zu einem Umbau der gesamten Bahnanlagen von Augsburg, der namentlich auch mit Rücksicht auf den Augsburger Vorortverkehr in Aussicht genommen wird, sind die Vorarbeiten so weit gefördert, dass dem nächsten Landtage eine entsprechende Forderung zugehen kann. —

Die Tieferlegung des Spiegels des Chiemsees durch Ausbaggerung der Alz, die das Wasser des Sees abführt, wird in diesem Frühjahr begonnen. Durch die Senkung des Wasserspiegels hofft man den langjährigen Klagen der Uferanwohner über die Ueberschwemmung von grossen Gebieten des Kulturlandes zu begegnen. —

Berathungen über die Schiffbarmachung des Oberrheins haben vor Kurzem zwischen den beteiligten Staaten (Baden, Bayern, Elsass-Lothringen) in Baden-Baden stattgefunden. Dem Vernehmen nach ist eine Einigung über die Vertheilung der veranschlagten Kosten in Höhe von 12 Mill. M. dahin zustande gekommen, dass Elsass-Lothringen $\frac{2}{10}$, Baden $\frac{4}{10}$, Bayern $\frac{1}{10}$ übernimmt. —

Personal-Nachrichten.

Baden. Versetzt sind die Reg.-Bmstr. Kitiratschky in Mannheim zur Wasser- u. Strassenbauinsp. Freiburg, Wielandt in Karlsruhe z. W.- und Str.-Bauinsp. Emmendingen u. Sprenger in Freiburg zur Rheinbauinsp. Mannheim.

Bayern. Verliehen ist: Dem Ob.-Reg.-Rath Zenger bei der Gen.-Dir. der Staatseisenb. und dem Prof. Hauberrisser in München das Ritterkreuz des Verdienst-Ordens der bayer. Krone; — dem städt. Brth., kgl. wirkl. Rath Niedermayer in München der Verdienst-Orden III. Kl., dem städt. Ob.-Brth. Weber in Nürnberg der Verdienst-Orden IV. Kl. vom hl. Michael; — dem ausserord. Prof. an der Techn. Hochschule Pfann in München die Ludwigs-Medaille, Abth. für Wissenschaft und Kunst; — dem Hofbauinsp. Tauber der Titel u. Rang eines Hofbau-Oberinsp.

Hamburg. Der Ob.-Ing. F. Andreas Meyer ist gestorben.

Hessen. Der preuss. Eisenb.-Bau- u. Betr.-Insp. Wegele in Ostrowo ist z. ord. Prof. der Ingenieurwissenschaften, insbesond. für Eisenbahn- u. Strassenbau, an der Techn. Hochschule in Darmstadt ernannt.

Preussen. Dem Reg.- u. Brth., Geh. Brth. Bayer in Magdeburg, dem Reg.- u. Brth. Reisse in Stralsund und dem Landbauinsp. Stiehl in Koblenz ist der Rothe Adler-Orden IV. Kl.; dem Reg.- u. Brth. Eger in Berlin der kgl. Kronen-Orden III. Kl. verliehen.

Die Erlaubniss zur Annahme und Anlegung der ihnen verliehenen fremdländ. Orden ist ertheilt u. zw.: Dem Geh. Brth. u. vortr. Rath Kieschke in Berlin des Komthurkreuzes des k. u. k. österr.-ungar. Franz Josef-Ordens; dem Ob.-Brth. Dr. zur Nieden in Berlin des persischen Löwen- u. Sonnen-Ordens II. Kl. mit dem Stern (Grossoffizier); dem Reg.-Bfhr. Scheele in Hannover des grossherzl. türk. Osmanie-Ordens IV. Kl. und der grossherzl. türk. Medaille für Gewerbe u. schöne Künste.

Die Reg.-Bfhr. Frz. Timm u. Rich. Buchholz aus Stettin, Phil. Katzenmeier aus Pfaffenbeerfurth und Wilh. Schöniäus aus Ochsenwerder Hohendeich (Wasserbfch.), — Max Seifert aus Starpel u. Karl Rudolph aus Treptow (Hochbfch.), — Gg. Brandt aus Hannover, Gg. Koehler aus Berlin u. Aug. Diedrich aus Hannover (Masch.-Bfch.) sind zu Reg.-Bmstrn. ernannt.

Dem Reg.-Bmstr. Emil Hess aus Göttingen ist die nachges. Entlass. aus dem Staatsdienst ertheilt.

Der Reg.-Bmstr. Paul Trieglaff in Lyck in Ostpr. ist gestorben.

Brief- und Fragekasten.

Hrn. Sch. in Gletwitz. Wir können zu unserem Bedauern nur Fragen von allgemeinem Interesse im Briefkasten behandeln. Anfragen über Firmen und Bezugsquellen müssen wir ein für alle Mal auf unseren Anzeigenthil sowie auf das „Bezugsquellenbuch für das Baugewerks- und Ingenieurwesen“ (München, Ed. Pohl) verweisen. —

Hrn. H. G. in St. Johann. Briefliche Auskunft ertheilen wir nur in ganz besonderen Ausnahmefällen, zu welchen der Ihrige nicht gehört. Ob in der Bezeichnung „Zeichner“ eine Beleidigung zu finden und was ein „Architekt“ ist? Nur weil Sie nahezu 20 Jahre Abonnent unserer Zeitung sind, ertheilen wir Ihnen auf Fragen solcher Art eine Antwort. Ein Architekt ist ein Angehöriger des Bau-faches, der etwas kann. Wo er dieses Können erworben hat, ist ganz gleichgiltig. Wenn Sie einen berühmten Architekten einen Zeichner nennen, so kann darin unter Umständen eine Beleidigung erblickt werden; wenn Sie dagegen mit dieser Bezeichnung einen „jungen Mann“ von 21 Jahren beehren, dessen Ausbildung eine nur untergeordnete ist, so kann darin auch eine Standeserhöhung liegen. —

Hrn. Arch. R. Fr. in Hannover. Wiederholt sei zunächst bemerkt, dass wir schriftliche Antworten nur in ganz besonderen Ausnahmefällen ertheilen. Für die Berechnung des umbauten Raumes lassen sich allgemein gültige Regeln nicht aufstellen. Sie hängt ebenso sehr von der Ausbildung des Kellergeschosses, wie von der mehr oder weniger reichen Ausstattung des Dachgeschosses ab. —

Hrn. Arch. E. M. in Rom. Wir empfehlen Jacob Burckhardt, Cicerone, und das Reisehandbuch von Gsell-Fels. —

Hrn. Arch. Fr. M. in Heidelberg. Wenden Sie sich doch selbst an die betr. Stiftung in Bremen, das müssten wir auch thun. —

Hrn. H. & B. in Hannover. Das Kapitel der Gewerbesteuer der Architekten ist von uns schon so oft und so ausführlich behandelt worden, dass wir Sie bitten müssen, frühere Jahrgänge durchzublättern. Unsere Zeit erlaubt es ein für alle Mal nicht, Auskünfte zu ertheilen, die auch auf anderem Wege erlangt werden können. —

Hrn. K. & L. in Andernach. Sprechen Sie mit einem tüchtigen Blechner. —

Hrn. W. & L. in Heilbronn. Der springende Punkt liegt nicht in der Deckenkonstruktion, sondern im Belag. Verlegen Sie die Mettlacher Platten auf Asphalt, dann erhalten Sie aller Voraussicht nach eine wasserundurchlässige Decke. —

Anfragen an den Leserkreis.

Sind beim kleinen, 1 bis 1½ Geschoss hohen Einfamilienhaus für Arbeiter bei entsprechender Stärke der Umfassungsmauern irgendwo sämtliche Innenwände $\frac{1}{2}$ Stein = 12 cm stark massiv aufgeführt und mit welchem Erfolg? F. W. in Eschweiler.

Inhalt: Verband deutscher Architekten- und Ingenieur-Vereine. — Wohnen und Wohnhäuser. — Mittheilungen aus Vereinen. — Vermischtes. — Das Korpshaus der „Bavaria“ in München. — Todtenschau. — Bücher-schau. — Preisbewerbungen. — Chronik. — Personal-Nachrichten. — Brief- und Fragekasten. —

Hierzu eine Bildbeilage: Haus March in Charlottenburg.

Kommissionsverlag von Ernst Toeche, Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann, Berlin. Druck von Wilh. Greve, Berlin SW.



Entwurf des Hrn. Reg.-Bauführer Franz Wendt in Berlin.

Der Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein neues Rathhaus in Dresden.

(Hierzu die Abbildungen auf S. 160 und 161.)

Die Haupt- und Residenzstadt Dresden des Königreiches Sachsen gehört zu jenen seltenen historischen Städten in deutschen Landen, in welchen seit der Zeit der deutschen Renaissance noch jede bedeutendere geschichtliche Periode auch ein bedeutenderes Baudenkmal uns hinterlassen hat. Wenn unter diesen Baudenkmalern der Vergangenheit die Bauten der Barockperiode vor allem hervorrangen, und zwar sowohl nach Zahl und Umfang, wie auch nach künstlerischem Inhalt hervorrangen, so ist diese Blütheperiode sächsischer Baukunst — mit dieser allgemeineren Bezeichnung darf man sie wohl belegen — zurückzuführen auf die dringenden Forderungen, welche nach der Beendigung des 30jährigen Krieges und nach einem zweimaligen verheerenden Brande, welchem grosse Theile der Stadt zum Opfer fielen, — dem Brande vom Juni des Jahres 1491 und dem Brande vom Jahre 1685 — aus dem Wiedererwachen des Volksgestes heraus, aus der Neubelebung seiner Lust, an öffentlichen Angelegenheiten Theil zu nehmen, sich geltend machten. Mit diesen verjüngten und wieder erstarkten Regungen der Volkskraft ist allerdings der Einfluss, welcher vom Staatsoberhaupt, von Friedrich August I. ausging, unlöslich verbunden. Es waren also durch fürstlichen Grosssinn und durch einen an der französischen Kunst gereiften und geläuterten Kunstgeschmack geleitete volkswirtschaftliche Forderungen, die in jener Zeit zu ihrer Verwirklichung drängten.

Ähnliche Verhältnisse in volkswirtschaftlicher Beziehung leiten die bauliche Umgestaltung der sächsi-

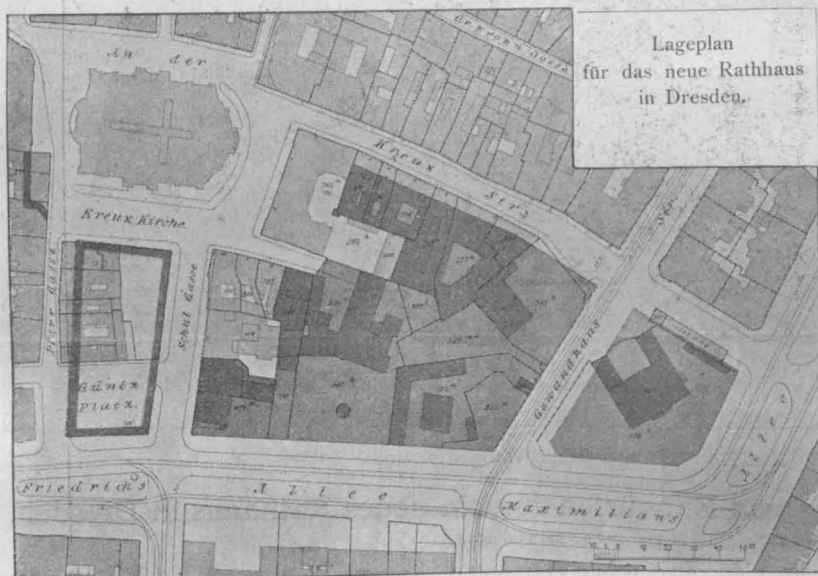
schen Hauptstadt unserer Tage, wenn auch heute die alles überragende und beherrschende Einflussnahme des Staatsoberhauptes ersetzt wird durch die aus der Weiterbildung und Erstarkung der Gesellschaft hervorgegangenen staatlichen und städtischen Körperschaften. Ihnen in erster Linie gehört die Baugeschichte der Hauptstadt Sachsens, wie wir sie in unserer Zeit sich entfalten sehen; sie leiten die aus der ungeheuren volkswirtschaftlichen Entwicklung der Wende des Jahrhunderts hervorgehenden Anforderungen an die baulichen Gestaltungen, sie beeinflussen das bauliche Schaffen unserer Generation. So sahen wir nacheinander die einzelnen sächsischen Ministerien die Hauptstadt mit Monumental-Gebäuden bereichern, ein Prozess, der noch nicht abgeschlossen ist; und ihnen folgt nunmehr auch die städtische Verwaltung, zumtheil beeinflusst durch die unabwiesbaren Forderungen, welche mit ihrer wachsenden Grösse die einzelnen Verwaltungszweige an sie erheben, zumtheil angeregt durch die Rathhausbauten, wie sie die Schwesterstädte, z. B. Leipzig, Frankfurt a. M., Stuttgart usw. in so grossartigem Maasse zu unternehmen begonnen haben.

Das jetzige Rathhaus der Stadt Dresden steht am Altmarkt und nimmt die Ecke der Scheffelgasse ein. Es ist ein in der Mitte des XVIII. Jahrhunderts errichtetes Gebäude, welches aber durch einen zu Beginn der sechziger Jahre des XIX. Jahrhunderts erfolgten Umbau seinen Charakter völlig verloren hat, sodass Dresden keinen Verlust erleidet, wenn das Gebäude nach einem Jahrzehnt vielleicht den kaufmännischen Betrieben der Prager Strasse und ihrer Fortsetzung zur weiteren

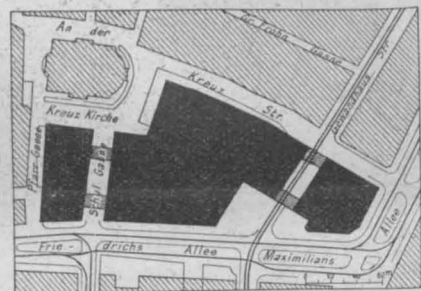
Entfaltung überliefert wird. Dieses Gebäude reicht nun schon seit längerer Zeit in keiner Weise mehr aus, der Ausdehnung der städtischen Verwaltung, wie sie aus dem schnellen Anwachsen Dresdens sich entwickelt hat, zu genügen. Die meisten Verwaltungszweige mussten an anderen Stellen der Stadt untergebracht werden. Es scheint, dass die vielfach erörterte Frage der Dezentralisation der selbständigen städtischen Verwaltungszweige durch die Stadt Dresden nicht aufgenommen wurde, denn nach dem Bauprogramm sollen in dem neuen Gebäude 19 in sich geschlossene Raumgruppen geschaffen werden.

Als Platz für das neue Gebäude ist das Gelände in unmittelbarer Nachbarschaft von Dresdens Hauptkirche, der Kreuzkirche, in Aussicht genommen, welches einerseits durch die Kreuzstrasse, andererseits durch die Maximilians- und die Friedrichs-Allee begrenzt wird. Letztere beiden Alleestrassen sind Theile einer den inneren Stadtkern umziehenden Ringstrasse. Das Gelände für das neue Rathhaus bildet noch einen Theil dieses inneren Stadtkernes, das zukünftige Rathhaus wird also seine überlieferten und allenthalben gewährten Beziehungen zum Stadtkern auch hier erhalten. Die Wahl der Baustelle darf sowohl in dieser Hinsicht, wie auch im Hinblick auf die architekto-

Kreuzkirche und der Schulgasse umgrenzten, gleichfalls in städtischem Besitze befindlichen Platze soll demnächst von der Stadtgemeinde ein Gebäude errichtet werden, welches vorzugsweise zur Aufnahme der Stadtbibliothek und des Stadt-Museums dienen wird. Es ergeben sich somit für das neue Rathhaus interessante Beziehungen einerseits zu dem Stadthause, andererseits zur Kreuzkirche. Aus diesen 3 Bauwerken — wir nehmen an, dass das Gebäude der Superintendentur bald auch der Rathhausgruppe einverleibt wird — eine Baugruppe zu schaffen, hätte eine der anziehendsten architektonischen Aufgaben, welche die neuere Baukunst bisher überhaupt zu stellen gehabt hat, werden können, wenn der Wettbewerb, welchen der Rath zu Dresden zur Erlangung von Skizzen für das neue Rathhaus zum 15. Februar d. J. ausgeschrieben hatte, auf einer anderen Grundlage ausgeschrieben worden wäre, sodass eine umfassendere Beteiligung der hervorragenden deutschen Baukünstler hätte stattfinden können. Wir kommen auf diesen Punkt noch zurück. Das Ergebniss des Wettbewerbes war, dass 77 bewerbungsfähige Entwürfe rechtzeitig, 3 Entwürfe verspätet einliefen. Daneben hatte das städtische Hochbauamt von Dresden einen Entwurf gefertigt, welcher zwar ausser Wettbewerb stand, aber mit zur Ausstellung gelangt war. Es mag auffallen, dass das städtische Hochbauamt diese Stellung zu der Angelegenheit nahm und sein Vorstand sich nicht unmittelbar am Wettbewerbe



Lageplan
für das neue Rathhaus
in Dresden.



betheiligte, wie es in Leipzig geschah, wenn man nicht annehmen will, dass dieser Entwurf des städtischen Hochbauamtes nur zu dem Zwecke angefertigt wurde, bis ins

nische Wirkung des neuen Hauses als eine sehr glückliche bezeichnet werden. Die Maximilians- und die Friedrichs-Allee sind vornehme breite, baumbepflanzte Alleestrassen, welche einen an ihnen errichteten Monumentalbau in ausgezeichnete Weise zur Geltung kommen lassen werden.

Für das Gelände ist die Bedingung gestellt, dass die Gewandhausstrasse als Verkehrsstrasse beizubehalten ist, dass sie jedoch überbaut werden kann. Auf dem vom Güntzplatze, der Pfarrgasse, dem Platze an der

Einzelne genau das Bedürfniss, welchem das neue Haus zu genügen hat, nachzuweisen. Dass aber die Annahme eines solchen Zweckes allein sehr unwahrscheinlich ist, lehrt die ausserordentliche Sorgfalt, mit welcher der Entwurf bis in die kleinsten Einzelheiten bearbeitet ist und lehrt auch der enge äusserliche Anschluss desselben an das Konkurrenz-Programm. Man wird also den Entwurf thatsächlich als einen ausser Wettbewerb gestandenen Wettbewerbs-Entwurf aufzufassen und zu beurtheilen haben. —

(Fortsetzung folgt.)

Schiffshebewerk mit geneigter Ebene bei Foxton in England.

Die englische technische Zeitschrift „Engineering“ bringt in der Nummer vom 25. Januar d. J. eine Mittheilung über die Anlage einer geneigten Ebene, welche bei Foxton, Leicestershire, im „Grand Junction Canal“, anstelle einer dort vorhandenen, dem Verkehr nicht mehr genügenden Schleusentreppe kürzlich zur Ausführung gekommen ist. Der bis jetzt durch eine einfache Schleusenkomplexe von 10 Schleusen überwundene Höhenunterschied der beiden Kanalhaltungen beträgt 22,86 m (75'). Die zu hebenden Kanalfahrzeuge haben allerdings nur sehr geringe Abmessungen und nur ein Ladevermögen von 33 bzw. 70 t, sodass die Anlage wenig umfangreich ist, trotzdem dürften die praktischen Erfolge solcher wenn auch noch so kleinen Anlagen Interesse beanspruchen.

Die schiefe Ebene, deren allgemeine Anordnung wir in der Abbildung 1 wiedergeben, besitzt eine Neigung von 1:4 und ist so eingerichtet, dass gleichzeitig eine Beförderung von Kanalschiffen bergwärts und zu Thal

erfolgen kann. Zu dem Zwecke ist die Anlage mit zwei eisernen Trögen ausgerüstet, von denen jeder gleichzeitig zwei der 33 t oder eines der 70 t-Kanalboote aufzunehmen vermag. Die lichten Maasse der Tröge sind: 24,4 m (80') Länge, 4,6 m (15') Breite bei einer Tiefe von rd. 1,5 m (5'). Jede der beiden für die Bewegung der Tröge bestimmten geneigten Ebenen ist mit 8 Laufschiene, welche paarweise angeordnet sind, ausgerüstet. Jeder Trog bewegt sich auf seinen Laufschiene mittels 8 Radsätzen. Beide Tröge sind miteinander durch 4 Drahtseile verbunden, welche über die am oberen Ende im Maschinenhause liegenden Seiltrommeln laufen. Die Bewegung beider Tröge muss deshalb gleichzeitig erfolgen und gleicht sich das Gewicht während des Auf- und Abstieges auf der schiefen Ebene aus, sodass die maschinelle Anlage nur geringen Kraftaufwand erfordert. Die Längsaxe der schiefen Ebene ist senkrecht zu den beiden parallel laufenden Haltungen des Kanals angeordnet. Damit jeder Trog die

nothwendige gesonderte Verbindung mit den beiden Kanalhaltungen erhalten kann, sind die Endstellungen der Tröge gegeneinander versetzt und es ist die schiefe Ebene in zwei parallel neben einander herlaufende Theile zerlegt.

Am unteren Ende dieser schiefen Ebene tauchen die Tröge in das Wasser der unteren Haltung hinein, sodass eine besondere wasserdichte Verbindung zwischen Trog und Haltung und ein besonderer Abschluss der Kanalhaltung gegen die schiefe Ebene hin überflüssig wird. Die Tröge selbst sind an den, den beiden Kanalhaltungen zugekehrten Schmalseiten durch Hubthore geschlossen. Die Thore werden zur Aus- und Einfahrt von Schiffen mittels Druckwasserzylinder senkrecht angehoben und dabei in einem portalartig über der Ein- und Ausfahrt angeordneten Gerüste geführt. Durch Gegengewichte ist das

den beiden Seiten der Schiffströge. Sobald der betreffende Trog dem die obere Haltung abschliessenden Thor gegenüber angelangt ist, wird er mittels Druckwasser-Pressen gegen einen an der äusseren Abschlusswandung der Haltung angeordneten Rahmen gepresst, sodass eine wasserdichte Verbindung zwischen Trog und Haltung entsteht, worauf die Kanalhaltung und Schiffstrog abschliessenden, Thore gehoben werden und die Kanalschiffe ausfahren können. Die dem „Engineering“ nachgebildeten Abbildungen 2 u. 3 lassen die Anlage der unteren Haltung, der schiefen Ebene, sowie der Tröge deutlich erkennen.

Da die Gewichte der beiden gleichzeitig auf den schiefen Ebenen bewegten Tröge sich gegeneinander ausgleichen, so haben die Maschinen in der Hauptsache nur die Reibungswiderstände zu überwinden. Als Triebkraft ist

eine doppelzylindrige Hochdruck-Dampfmaschine aufgestellt, welche ausser den Seiltrommeln gleichzeitig eine Druckwasser-Doppelpumpe treibt. Durch letztere wird ein Kraftsammler gespeist, dessen Druckwasser zur Bewegung der Thore und für die Pressen zum Anschluss der Tröge an die obere Kanalhaltung verwendet wird.

Um auf dieser schiefen Ebene in jeder Richtung gleichzeitig zwei 33^t-Kanalschiffe zu heben, ist nach der Mittheilung

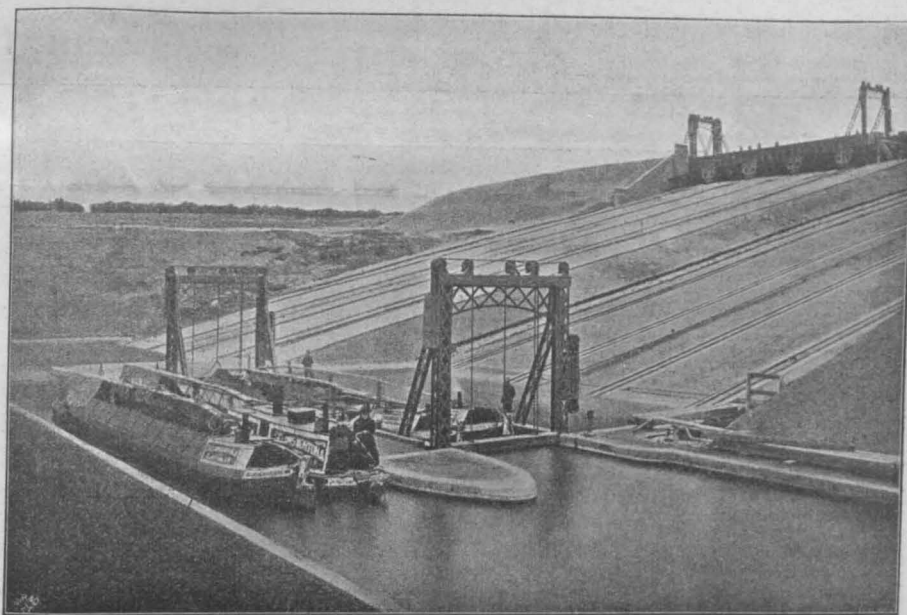
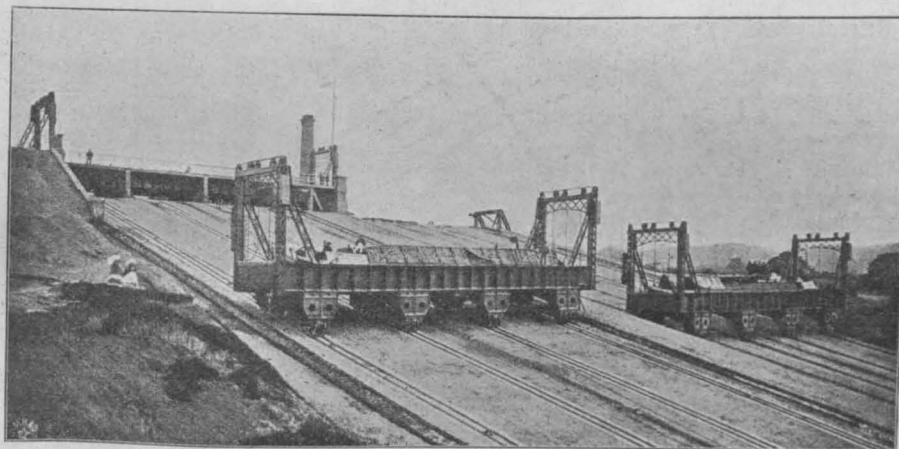
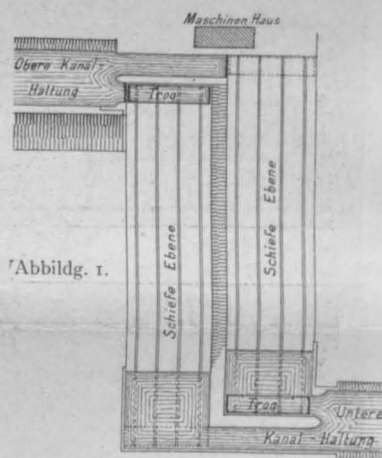


Abbildung 2 u. 3. Schiffshebewerk mit geneigter Ebene bei Foxton.



Abbildg. 1.

des „Engineering“ eine Zeit von nur 12 Minuten erforderlich, wohingegen die Hebung oder Senkung eines dieser Kanalschiffe auf der früheren Schleusentreppe $1\frac{1}{4}$ Stunden, und die gleichzeitig mögliche Hebung oder Senkung eines Paares dieser 33^t-Schiffe $1\frac{1}{3}$ Stunden in Anspruch nimmt.

Die Leistungsfähigkeit der schiefen Ebene mit 2 Trögen stellt sich daher, wenn man einen Zeitraum von 15 Min. zwischen dem Beginn jeder

Hebung und Senkung annimmt, auf 6000^t für den Tag bei 12stündiger Betriebsdauer, oder 3000^t in jeder Richtung. Die Betriebskosten für einen solchen Verkehr würden nach den Erfahrungen der letzten 6 Monate für den Tag etwa 24,50 M. betragen. —

G.

Preussische Ministerial-Verfügung betr. Fürsorge für die Reinhaltung der Gewässer.

(Schluss aus No. 24.)

Grundsätze für die Einleitung von Abwässern in Vorfluthen (Wasserläufe und stehende Gewässer).

1. Die Nutzung der Gewässer erfordert ihre thunlichste Reinhaltung und gebietet im allgemeinen gesundheitlichen und wirthschaftlichen Interesse, Schmutzwasser, wie solche beim Wirtschafts- und Gewerbebetriebe, durch Abflüsse von Abort- und Jauchegruben, Dungstätten u. dergl. erzeugt werden, nach Möglichkeit von den Vorfluthern fernzuhalten oder wenigstens da, wo die Benutzung der Vorfluth zur Ableitung geboten und eine schädigende Ver-

unreinigung zu gewärtigen ist, dieselben nach dem jeweiligen Stande von Wissenschaft und Technik bestmöglich zu reinigen.

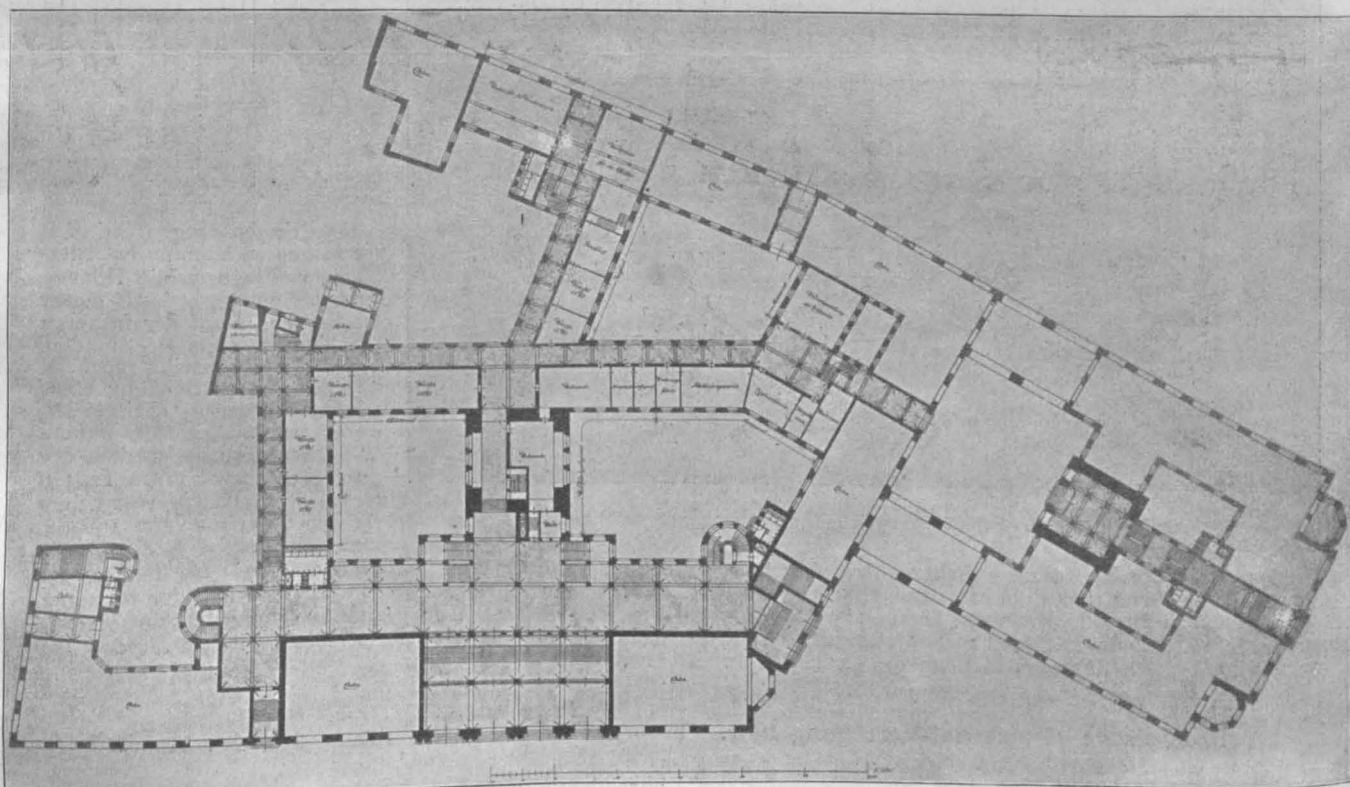
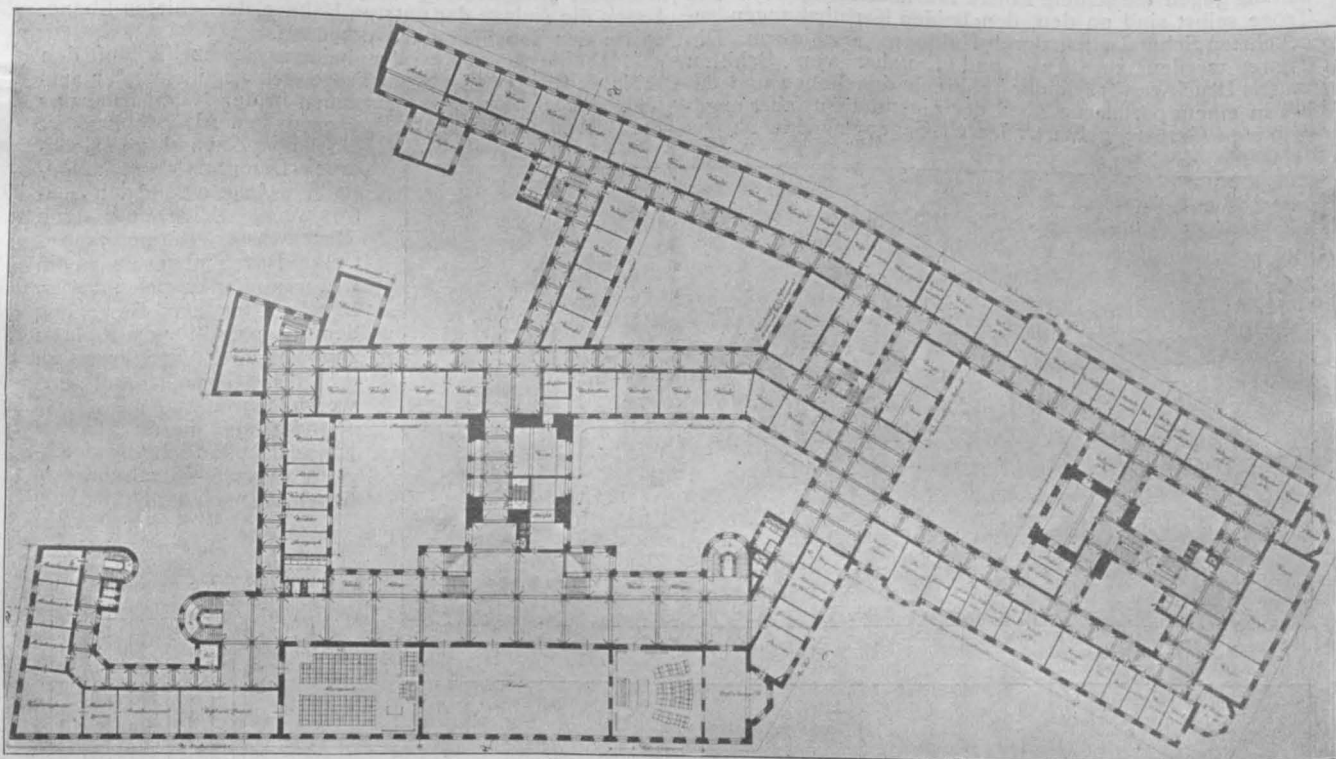
2. Verunreinigungen von Vorfluthern geben zu ästhetischen, wirthschaftlichen und hygienischen Missständen Veranlassung.

Wasser, welche trübe, gefärbt, mit Geruch behaftet und von schlechtem Geschmack sind, erregen ästhetische Bedenken; sie können zugleich wirthschaftliche Schädigungen verursachen, wenn das Wasser unterhalb für gewerbliche Zwecke, zur Bewässerung von Feldern und

Wiesen, zur Viehzucht oder zu Fischereizwecken Verwendung findet. Sie führen auch zu hygienischen Unzulänglichkeiten, wenn Geruchsbelästigungen auftreten, wenn Unterlieger auf den Vorfluth zur Entnahme von Trinkwasser oder Wasser für häusliche oder gewerbliche Zwecke angewiesen sind, und wenn durch Ueberschwemmung oder durch Vermittelung des Grundwassers der Eintritt des Vorfluthwassers in Brunnen möglich ist.

heit der Menschen und Thiere (auch der Fische), sondern auch auf den Pflanzenwuchs schädigend.

3. Bei der Beurtheilung der Zulässigkeit oder Unzulässigkeit der Einführung von Abwässern in die Vorfluth sind an erster Stelle maassgebend die Menge und Beschaffenheit der Abwässer einerseits und die Wasserführung und Beschaffenheit des Vorfluthers andererseits. Allgemein giltige feste Verhältnisszahlen für die Mengen giebt

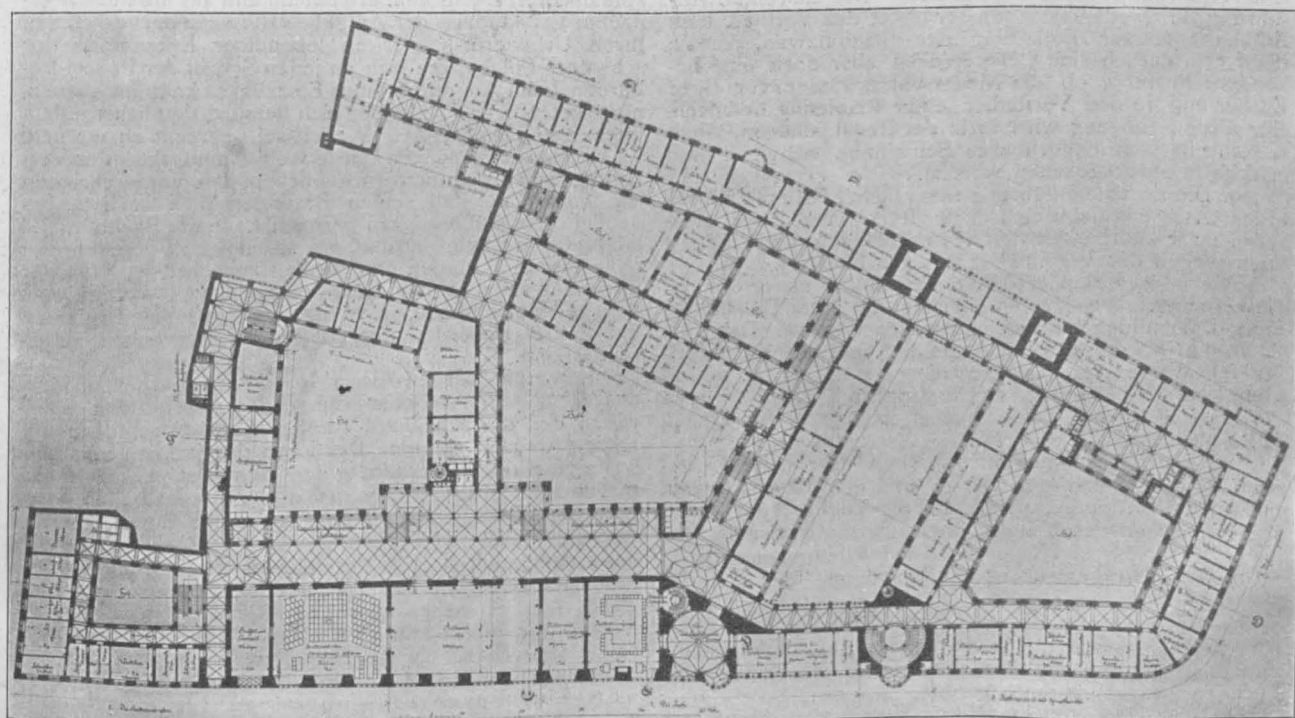
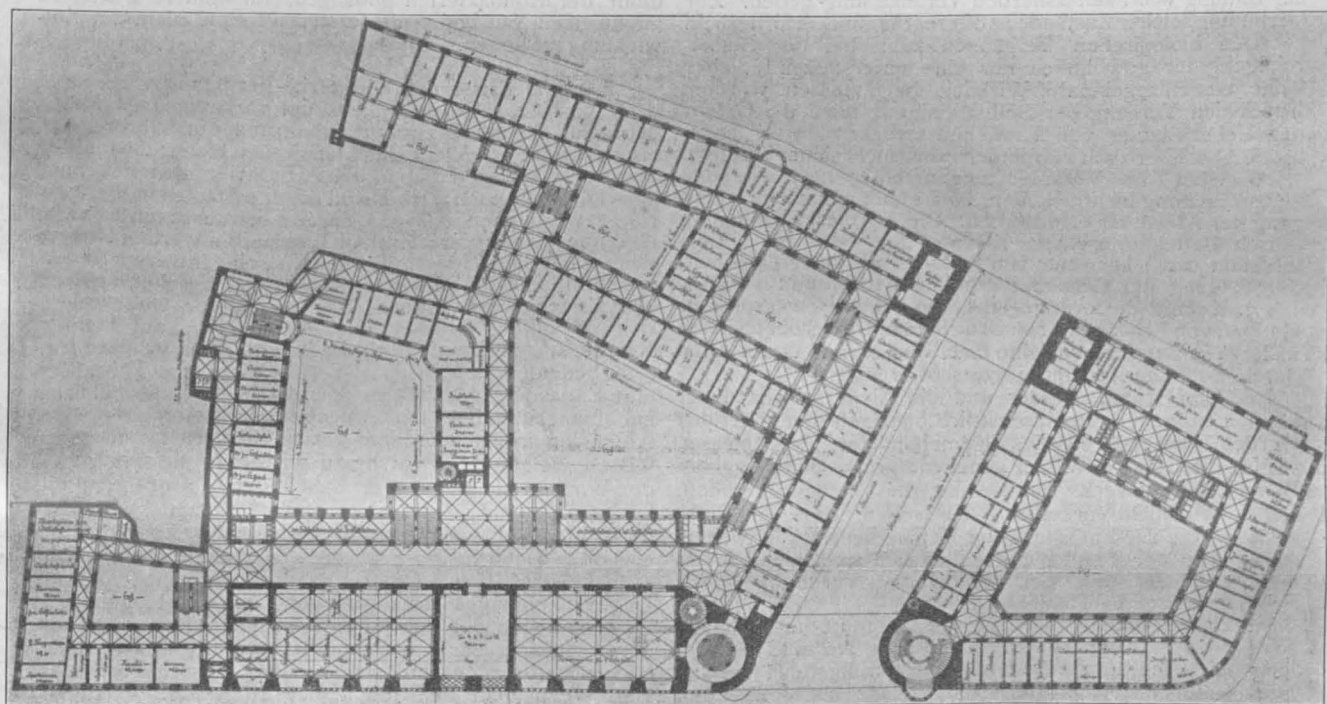
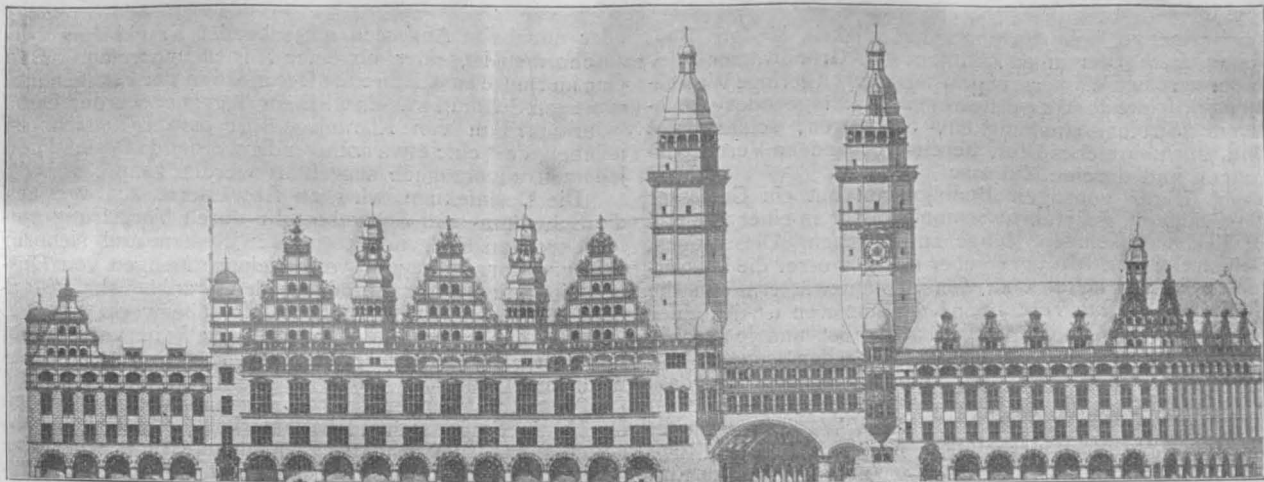


Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein neues Rathhaus in Dresden. Entwurf des Hrn. Reg.-Bfhr. Fr. Wendt in Berlin.

Enthalten die unreinen Wässer Ansteckungskeime, Gifte, oder durch ihre chemischen Bestandtheile nachtheilig wirkende Stoffe, so drohen bestimmte Gesundheits-Schädigungen. Von Ansteckungskeimen kommen für den Menschen namentlich die Erreger des Typhus, der Cholera und anderer Krankheiten des Darmkanales inbetracht, für Thiere diejenigen des Milzbrandes. Gifte und die oben genannten Stoffe wirken unter Umständen nicht nur auf die Gesund-

es nicht und können der Entscheidung nicht zugrunde gelegt werden. Die Entscheidung muss unter Berücksichtigung aller Umstände, insbesondere der grössten Abwässermenge und der geringsten Wassermenge des Vorfluthers, für den gegebenen Fall getroffen werden.

4. Ferner ist zu beachten, dass der Vorfluth für die Aufnahme des Abwassers günstige oder ungünstige Verhältnisse bieten kann. Günstig sind im allgemeinen grosse



Entwurf des Hrn. Reg.-Baumeister Friedr. Ostendorf in Düsseldorf.
Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein neues Rathaus in Dresden.

Wassermenge, hohe Stromgeschwindigkeit, kiesiges Bett, glatte, feste Ufer und Zuflüsse von Grundwasser oder anderen reinen Wässern, ungünstig dagegen geringe Wassermenge, fehlende Wasserbewegung, geringe oder wechselnde Stromgeschwindigkeit, Stauungen, schlammiges Bett, buchtenreiches Ufer, bereits vorhandene Verunreinigungen und unreine Zuflüsse.

5. Unter günstigen Bedingungen hat ein Gewässer die Fähigkeit, zugeführte Schmutzwässer in einer von Fall zu Fall wechselnden Menge zu verdauen. Diese sogen. Selbstreinigung tritt um so eher ein, je grösser die Wassermasse im Verhältniss zu den Schmutzwässern und die dadurch bewirkte Verdünnung der letzteren ist, je reiner die Beschaffenheit der Vorfluthwässer ist, und je rascher und gleichmässiger sich die Mischung der letzteren mit dem Abwasser vollzieht. Deshalb ist es wesentlich, dass die Schmutzwässer nicht am Ufer, und bei Wasserläufen nicht in stilles, sondern in strömendes Wasser eingeleitet werden. Wo diese Verhältnisse nicht gegeben sind, tritt eine Ablagerung der gröberen Bestandtheile an der Einleitungsstelle ein und kann dort zu Verschlämmungen und zur Bildung von Fäulnissherden Veranlassung geben. Zur Verhütung solcher Zustände ist öftere Räumung erforderlich.

Den biologischen Vorgängen kann bei der Selbstreinigung für gewöhnlich nur eine unterstützende, aber keine ausschlaggebende Wirkung beigemessen werden. Durch den Vorgang der Selbstreinigung wird die Gefahr der Uebertragung von Krankheitserregern durch eingeleitete Abwässer zwar vermindert, aber nicht sicher beseitigt.

6. Sind die Voraussetzungen einer ausreichenden Selbstreinigung nicht gegeben, so ist eine künstliche Reinigung der Abwässer erforderlich. Die Art dieser Reinigung (durch Bodenberieselung, Klärung mit oder ohne Desinfektion usw.) kann nur von Fall zu Fall, unter eingehender Prüfung der Gesamtverhältnisse bestimmt werden.

7. Kommt die ordnungsmässige Beseitigung grösserer Mengen von Abwässern aus Ortschaften, Gewerbebetrieben u. dergl. in Betracht, so sollte ihre Reinigung in erster Linie durch Bodenberieselung angestrebt werden.

8. Die Schmutzwässer und die Niederschlagswässer können entweder gemeinschaftlich oder getrennt abgeführt werden. Das erstere ist im allgemeinen dort zweckmässig, wo für die Gesamtwässer genügend grosse und geeignete Bodenflächen zwecks Berieselung zur Verfügung stehen. Dabei ist jedoch Vorkehrung zu treffen, dass die Nothauslässe, die zur Entlastung der Kanäle bei starken Niederschlägen in der Regel nicht entbehrlich sind, nicht zu oft und jedenfalls erst bei genügender Verdünnung der Schmutzwässer in Thätigkeit treten.

Die getrennte Abführung der Schmutz- und Niederschlagswässer kann da von Nutzen sein, wo eine Berieselung bei beschränkten Bodenflächen durchgeführt werden muss, oder von einer Berieselung ganz abgesehen und die Reinigung der Schmutzwässer durch ein anderweites Klärverfahren bewirkt werden soll. Die getrennte Abführung der Niederschlagswässer bietet den Vortheil, dass Nothauslässe zur Entlastung der Schmutzwasserkanäle nicht erforderlich sind. Sie bedingt aber noch eine besondere Prüfung, ob die Niederschlagswässer vor ihrer Einführung in den Vorfluth einer Reinigung bedürfen. Für diese Reinigung wird es in der Regel genügen, wenn die mechanisch entfernbareren Schwimm-, Schweb- und Sinkstoffe zurückgehalten werden.

9. Die Zusammenführung sämtlicher Schmutzwässer eines Ortes empfiehlt sich in der Regel wegen der leichten Durchführbarkeit der Beaufsichtigung und zumeist auch wegen der Verbilligung des Betriebes.

Abwässer besonderer Art, namentlich aus grösseren Gewerbebetrieben, können oder müssen unter Umständen einer Behandlung für sich unterzogen werden. Dabei ist auch die Wärme des in Vorfluth und Kanäle eingeleiteten Wassers zu beachten; dieselbe soll 30° C. im allgemeinen nicht übersteigen. Die Zuführung von wärmeren Abwässern ist nur nach genauer Erwägung des Einzelfalles zuzulassen.

10. Für Ortschaften, in welchen erhebliche Unterschiede hinsichtlich der Menge und der Beschaffenheit zwischen den Abwässern während der Tag- und der Nachtstunden nachgewiesen sind, können ausnahmsweise die Forderungen für Tag und Nacht verschieden bemessen werden.

11. Auf ordnungsmässige Beseitigung der bei der Reinigung sich ergebenden Rückstände und deren thunlichste Verwerthung für landwirthschaftliche Zwecke ist Rücksicht zu nehmen. Hierbei kann vielleicht mit Nutzen eine Vermengung mit dem Hausmüll, Strassenkehricht oder Torf vorgenommen werden.

12. Zur Unschädlichmachung der in den Abwässern etwa enthaltenen Krankheitserreger dient die Desinfektion. Von Fall zu Fall ist zu entscheiden, ob eine solche dauernd

oder nur beim Ausbruch ansteckender Krankheiten vorzuschreiben ist, oder ob einer Ansteckungsgefahr durch eine im Hause auszuführende Desinfektion der Fäkalien und sonstigen Schmutzwässer wirksam begegnet werden kann.

Beim Bau von Kläranlagen ist darauf Bedacht zu nehmen, dass eine etwa nothwendig werdende Desinfektion jederzeit unverzüglich ausgeführt werden kann.

Die Desinfektion wird an Abwässern, aus welchen die Schwimm- und Schwebestoffe durch Vorklärung entfernt worden sind, mit geringeren Kosten und sicherer Wirkung vorgenommen, weil kleinere Mengen von Desinfektionsmitteln zur Abtödtung der Krankheitskeime genügen, auch kann der Erfolg leichter überwacht werden.

Für den praktischen Zweck, die Weiterverbreitung von ansteckenden Krankheiten zu verhüten, ist nach dem heutigen Stande der bakteriologischen Wissenschaft die Desinfektion als ausreichend zu erachten, wenn unter den hierbei in Frage stehenden Bakterien die koliantigen abgetödtet sind. Dieses ist anzunehmen, wenn nach der Aussaat der zu untersuchenden Abwässerprobe auf Jodkalium-Kartoffelgelatine, oder einem anderen für das Wachstum der Kolibakterien günstigen, für andere Bakterien ungünstigen Nährboden die ersten Keime nicht zur Entwicklung gelangen.

Mit dem Erlass der Ministerial-Verfügung v. 20. Febr. d. J. wird eine Angelegenheit zum vorläufigen Abschluss gebracht, die mit Bezug auf Inhalt und Form ihrer Regelung aussergewöhnliche Schwierigkeiten bietet; die meisten Staatsverwaltungen haben diese Schwierigkeiten kennen gelernt. Aber noch stärker sind die den Städten und grösseren gewerblichen Anlagen daraus erwachsenen Schwierigkeiten bisher gewesen. Auch fernerhin werden letztere noch unter den Umständlichkeiten und schweren Lasten, welche ihnen die Abwässer-Beseitigung bereitet, seufzen. Die Lasten werden auch, bei der immer weitergehenden Anhäufung grosser Menschenmengen auf kleinem Raume, unzweifelhaft noch wachsen. Aber in einer Hinsicht bedeutet die Ministerial-Verfügung vom 20. Febr. doch eine Entlastung, nämlich in der, dass Städte usw., die sich zur Inangriffnahme der Aufgabe der Beseitigung ihrer Abwässer anschicken, zum voraus einigermaassen genau wissen, welche Bedingungen mit Bezug auf den Schutz der Vorfluth sie werden erfüllen müssen. Gegen den bisherigen Zustand, bei welchem oft Unkenntniss darüber herrschte, bei welchem die individuelle Ansicht einer einzelnen Behörde oder Instanz, ja einer einzelnen Persönlichkeit oft den Ausschlag gab und bei welchem daher Ungleichheiten des Urtheils mit den daraus hervorgehenden Ungleichheiten der Belastung nicht nur verständlich, sondern vielfach auch entschuldbar waren, bedeutet der neugeschaffene Zustand sicher einen grossen Fortschritt. Und wenn man den Inhalt der Ministerial-Verfügung auf seine Sachlichkeit prüft, wird man nicht umhin können, dieselbe als eine gründliche und aus allseitigem genauem Verständniss der Aufgabe erflossene anzuerkennen. Ihren Urheber hat es an lebendiger Erkenntniss der schweren Folgen, die sich an jeden Schritt der Polizei-Behörden beim Angreifen eines Einzelfalles knüpfen können, nicht gefehlt, und sie haben sich bemüht, thunlichst jedem Interesse, welcher Art es auch sei, gerecht zu werden. Es berührt im höchsten Grade wohlthuend, dass der Verfügung Schematismus fern geblieben, dass vorgeschrieben ist, jeden Einzelfall seinen Besonderheiten nach zu behandeln, dass überall, wo es nach Lage der Sache irgend angezeigt erscheint, anstatt des alsbaldigen Vorgehens mit polizeilichen Verboten und Strafen zunächst der Weg der Verhandlung und der Güte eingeschlagen werden soll, dass gegen das blosse, oft wenig sachverständige Ermessen der Polizei-Behörden überall gewisse Schranken aufgerichtet sind.

Immerhin werden Missgriffe einzelner Instanzen nicht ausgeschlossen, vielmehr, umgekehrt, durch den Spielraum, den die Ministerial-Verfügung lässt, geradezu befördert werden können. Das ist in der grossen und vielseitig gestalteten Verwaltung des preussischen Staates einmal unabänderlich und es ist deshalb verständlich, dass Manche, anstatt eine Ordnung der Sache durch eine allgemeine Ministerial-Verfügung, eine Regelung durch Gesetz oder auch strenge Verwaltungs-Vorschriften mit allgemeiner Gültigkeit den Vorzug geben würden. Verfasser denkt hierbei insbesondere an das von dem deutschen Verein für öffentliche Gesundheitspflege mehrfach verfolgte Bestreben, die Reichsregierung zum Erlass von allgemeinen Normen über den zulässigen Grad von Flussverunreinigungen zu veranlassen, ähnlichen Normen, wie sie z. B. in England, und (in geringerem Maasse) auch in einigen anderen Staaten gesetzlich eingeführt worden sind, in erstgenanntem Lande in

Er giebt der in Preussen durch die Ministerial-Verfügung vom 20. Februar d. J. geschaffenen Regelung bei weitem den Vorzug und hofft, dass die abweichenden Meinungen Anderer sich — wenn es nicht etwa schon geschehen sein sollte — nach und nach ebenfalls dieser Ansicht anschliessen werden. — B. —

deren angeblich ruhiger Gang wohl auf die Uebergangskurven zurückzuführen sei, lernen können.

Nach Erledigung innerer Angelegenheiten des Vereines erhält das Wort Hr. Ohrt über „die Schwebebahn in Elberfeld“. Redner hat Gelegenheit gehabt, im vergangenen Sommer die bis dahin fertiggestellten Theile dieses neuen Verkehrsmittels durch Besichtigung kennen zu lernen, und giebt eine durch zahlreiche Zeichnungen und Photographien sowie Lichtbilder unterstützte Schilderung der gesammten Anlage. Von einer Wiedergabe dieses Vortrages kann hier mit Rücksicht auf die in der Dtschn. Bztg., Jhrg. 1900, über diesen Gegenstand erschienenen Veröffentlichungen Abstand genommen werden.

Anknüpfend an den vom Redner gemachten Hinweis auf eine früher im Verein von Hrn Gleim vorgebrachte Kritik des Schwebebahn-Systems bittet dieser, ihm zu gestatten, seine Meinung über die nunmehrige Ausführung aussprechen zu dürfen. Die jetzt ausgeführte einschienige Bahn sei etwas wesentlich anderes, als die damals von Hrn. Feldmann hier besprochenen Entwürfe für zweischienige Schwebebahnen. Viele der konstruktiven Mängel, welche der letzteren anhaften, seien jetzt vermieden und durch die vortrefflichen Rieppel'schen Konstruktionen beseitigt. Immerhin sei die ausgeführte Bahn ein Bravourstück aufgrund eines Programmes, dessen weitere Verbreitung nicht erwünscht sei. Für die früher vorgeführte Anordnung habe Redner nachweisen können, dass sie in der Konstruktion schwerer ausfallen müsse, als eine Standbahn unter gleichen Bedingungen. Bei dem jetzigen System sei es schwer, ohne Durcharbeitung vergleichender Entwürfe ein sicheres Urtheil abzugeben, er könne sich aber dem Eindruck nicht verschliessen, dass auch die einschienige Bahn noch schwerer ausfalle, als eine Standbahn.

Andere Mängel, wie z. B. der, dass man bei Anwendung des Schwebebahn-Systems gezwungen sei, auf Strecken, wo der Bodenpreis sehr wohl die Führung einer Standbahn auf Dämmen oder in Einschnitten gestatten würde, das theuerere System der Schwebebahn fortzusetzen, haften auch der einschienigen Bahn noch an. Es sei ferner zuzugeben, dass man der Schwierigkeiten, welche bei Konstruktion der Weichen und Haltestellen auftreten, in Elberfeld mit Geschick und Erfindungsgabe Herr geworden sei; aber bei einer Standbahn bedürfe es aller dieser künstlichen Mittel nicht. Schon die Durchführung späterer Aenderungen der Anlage, z. B. die nachträgliche Einschlebung einer Umkehrstation für gewisse Züge, biete bei der Schwebebahn kaum zu überwindende Schwierigkeiten, da dies eine Höherlegung der durchgehenden Gleise über der Strasse erfordere, um die Unterführung der Kehrschleife zu ermöglichen. Die in Elberfeld nothwendig gewordene Hinausschiebung der Eröffnung wegen nachträglich beschlossener Verlängerung einiger Haltestellen, wie sie bei einer Standbahn jederzeit ohne Störung des Betriebes erfolgen könne, sei lehrreich in dieser Hinsicht.

Als ein besonderer Vortheil der Schwebebahn werde immer das angenehme und ruhige Fahren gerühmt. Redner glaubt, dass sich dies bei einer auf eisernem Unterbau gut gelagerten Standbahn ebenso erreichen lasse. Man vergleiche immer das Fahren auf einer gewöhnlichen Eisenbahn, welche auf hölzernen oder eisernen Schwellen auf Dämmen oder in Einschnitten gelagert sei, mit dem Fahren auf dem Schwebebahn-Viadukt. Das Schrägstellen der Wagen in den Krümmungen lässt sich bei einer Standbahn, durch entsprechende Ueberhöhung der äusseren Schiene, den Einwirkungen der Fliehkraft für eine gegebene Geschwindigkeit ebenso gut anpassen, wie es bei einer Schwebebahn selbstthätig geschieht, und auf kleine im Betriebe vorkommende Abweichungen von dieser Geschwindigkeit komme es innerhalb der hier fraglichen Grenzen nicht an. Im Eisenbahnwesen habe man das bisher nicht gethan, weil man das Maass der Ueberhöhung unter anderen Gesichtspunkten bestimmt habe. Trotzdem mache sich nach Ansicht des Redners die Wirkung der Fliehkraft auf das Wohlbefinden der Fahrgäste nicht innerhalb der Krümmungen, sondern beim Uebergange zwischen Kurve und gerader Strecke geltend, da der sorgfältigen Ausführung von Uebergangskurven meistens nicht genügende Beachtung geschenkt werde. In dieser Beziehung werde man von der Schwebebahn,

Sehr zu Ungunsten der Schwebebahn und besonders der einschienigen würde sich aber die Einwirkung des Windes geltend machen, da die Fahrgäste die dadurch entstehenden Schwankungen sehr unangenehm empfinden würden. Den Veröffentlichungen zufolge sei der Winddruck zu $1,1^t$ für jedes Rad berechnet. Es würde also bei einer senkrechten Last von $3,5^t$, oder für leere Wagen $2,6^t$ sich eine Schrägstellung der Wagen bis zu einer Neigung von $1:2,5$ ergeben, und auch bei geringeren Windstärken das stossweise Auftreten an den Kreuzungen von Querstrassen lästig wirken. Auch gegen die unangenehmen Folgen der Stromversagungen sei das Publikum der Schwebebahnen nicht genügend geschützt. Kurz, es sei anzunehmen, dass, wenn man alle Vortheile und Nachtheile des Systems gegen einander abwägen wolle, wenige eigenartige Fälle übrig bleiben würden, für die man sich der Schwebebahn mit Vortheil bedienen könne.

Hr. Caesar bezweifelt die grosse Betriebssicherheit, welche dem Tragebügel der Schwebebahnwagen nachgerühmt werde. Das müsse doch erst durch die Erfahrung erwiesen werden. Ein Bruch dieses Bügels werde im Betriebe, trotz aller getroffenen Vorsichtsmaassregeln, die verhängnisvollsten Folgen haben.

Hr. Ulrich theilt mit, dass die von vielen Seiten gehegte Befürchtung eines scharfen Wettbewerbes der Schwebebahn gegenüber der elektrischen Strassenbahn in Elberfeld von dem Direktor der letzteren nicht getheilt werde. Die Schwebebahn sei dafür zu theuer, und die hohe Lage der Bahnhöfe werde das Publikum von derselben fernhalten.

Hr. Stein wendet sich gegen den von Hrn. Ohrt allen Hochbahnen gemachten Vorwurf, dass sie hässlich seien. Er glaubt, dass dieser Vorwurf auf die Berliner Hochbahn mit ihren künstlerisch durchgeführten Tragekonstruktionen, wenigstens in den breiteren Strassen, nicht anwendbar sei. Bezüglich der vielgerühmten Betriebssicherheit stimmt Redner den von Hrn. Caesar ausgesprochenen Zweifeln zu und macht darauf aufmerksam, dass man bei keinem Bahnsystem auf das völlige Ausbleiben von Unfällen rechnen könne. Wenn auch vielleicht bei der Schwebebahn, dank der vortrefflichen Konstruktion derselben, dem Vorkommen von Unfällen nach Möglichkeit vorgebeugt und deshalb zu erwarten sei, dass der Prozentsatz derselben kleiner ausfallen werde als bei anderen Bahnsystemen, so würden doch mit Sicherheit Unglücksfälle eintreten, die dann aber naturgemäss viel schlimmere Folgen haben würden, wie bei anderen Bahnen.

Hr. Ohrt verwahrt sich dagegen, als ob er für das Schwebebahnssystem habe Propaganda machen wollen. Er habe nur berichtet, was er nach eigener Anschauung wahrgenommen und was er darüber gelesen habe. Er könne sich aber dem Eindruck nicht verschliessen, dass dieses neue Verkehrsmittel doch für manche Zwecke grosse Vortheile bieten würde.

Nach einigen weiteren Bemerkungen der Hrn. Gleim und Filler wird dieser Gegenstand verlassen, doch spricht zuvor Hr. Classen dem Vortragenden den Dank der Versammlung für seine interessanten Mittheilungen aus. —

Hm.

Neuere Kirchenbauten. Am 17. Nov. v. J. ist in Adlershof, einem der neuen Vororte von Berlin, eine Kirche geweiht worden, welche 1000 Sitzplätze enthält. Der Entwurf für diese Kirche, die den Namen „Verklärungskirche“ erhalten hat, ist in der Ministerial-Bau-Kommission von Geh. Brth. Klutmann bearbeitet worden; die Ausführung, welche nur die kurze Dauer von 15 Monaten in Anspruch nahm, lag in den Händen des Reg.-Bmstrs. Leibert. Der Bau ist in den unteren Mauertheilen aus Kalksteinen, in den oberen als Ziegelbau mit grossem Ziegelformat hergestellt. Das Innere der Kirche zeigt eine schiffartige Hallenanlage mit Holzdecke, die über dem Hauptschiff tonnenartig gestaltet ist, mit zwei Seitenschiffen und einer tiefen Orgelempore. Der runde Chorraum ist kuppelförmig überdeckt. Zu den beiden Seiten des Chores liegen bezw. die Sakristei und eine Vorhalle, während im Thurm über dem Haupteingange ein Sitzungssaal für die Gemeinde-Körperschaften angeordnet ist. Die

Kosten des Aufbaues haben nur 105 000 M. betragen; die innere Ausstattung ist einschliesslich der Schenkungen einzelner Theile mit nur 40 000 M. bestritten worden. —

In Schwiebus ist am 11. Dezbr. v. J. als Ersatz einer alten, nicht mehr gebrauchsfähigen Kirche, eine neue nach den Plänen des Geh. Hofbaurathes Möckel in Doberan erbaute Kirche geweiht worden, deren Bauzeit etwa 1½ Jahr erreicht hat. Die Kirche ist in frühgothischen Formen, unter reicher Benutzung von glasirten Ziegeln erbaut. Die Anlage ist dreischiffig, mit hohem, mit schlesischen Zungensteinen gedecktem Mittelschiff und seitlichen Pultdächern, die bis zur Höhe des Hauptgesimses am Mittelbau hinaufreichen. Der Chor ist rechteckig geformt, zu den Seiten desselben liegen die Sakristei und ein Konfirmandensaal. Die drei Schiffe sind überwölbt, die Wölbungen werden von Granitpfeilern getragen. Der Scheitel der Wölbung des 11,75 m weiten Mittelschiffes liegt 13,5 m über Flur. Am Mittelschiff sind Seiten-Emporen angeordnet; es ist ferner eine grössere Orgel-Empore vorhanden. Vor der Westfront steht ein 60 m hoher Thurm mit Haupt-Doppeleingang; ein zweiter Haupteingang findet sich an der Nordseite der Kirche. Die Emporen werden durch 4 Treppenthürme von aussen unmittelbar erreicht, sind aber auch mit dem Inneren der Kirche in Verbindung gebracht. Die Kirche enthält im Schiff 999 und auf den Emporen 478 Sitzplätze. Die Baukosten sind auffallend niedrig, da sie nur 230 000 M. betragen; hiervon war fast der 8. Theil auf Gründungskosten zu verwenden. —

Der Stadtbaumeister von Reutlingen. Im „Schwäbischen Merkur“ erschien im März 1901 mehrfach eine Anzeige, nach der die Stadt Reutlingen in Württemberg die Stelle ihres Stadtbaumeisters zu besetzen hat. Zur Bewerbung werden aber nur Solche aufgefodert, welche die Werkmeister-Prüfung bestanden haben. Also eine Stadt von weit über 20 000 Einwohnern, mit starkem Verkehr und blühendem Gewerbfleiss, giebt die Stelle ihres Stadtbaumeisters nicht einem akademisch gebildeten Techniker, sondern einem aus einer Baugewerkschule hervorgegangenen „Werkmeister“; auch ein hübscher Beitrag zur Werthschätzung der Technik. —

Ehrenbezeugung an Techniker. Durch die Verleihung der preuss. goldenen Medaille für Verdienste um das Bauwesen (gestiftet durch Allerhöchsten Erlass v. 13. Juli 1881) sind Geh. Ob.-Brth. Dresel und Geh. Reg.-Rth. Prof. Müller-Breslau ausgezeichnet worden. Der erstere hat sich um das preuss. Wasserbauwesen, namentlich als Vortrag. Rath im Minist. d. öff. Arbeiten und Dezernent für den Dortmund-Ems-Kanal, besondere Verdienste erworben, während der Name des letzteren, als Lehrer an der Technischen Hochschule zu Charlottenburg und als einer der hervorragendsten Vertreter der modernen Statik in den Kreisen der Fachleute wohl überall bekannt ist. Die entsprechende silberne Medaille wurde an Geh. Brth. Waldow in Dresden verliehen, dem als vortr. Rath im kgl. sächs. Finanzministerium die Ausführung bedeutender Bauten oblag und der für die Hebung des Faches in Sachsen in hervorragender Weise gewirkt hat. Die gleiche Auszeichnung erhielt Geh. Reg.-Rath Prof. O. Mohr, ebenfalls in Dresden, dessen Verdienste um die Entwicklung der technischen Mechanik und Statik bei seinem im Vorjahre erfolgten Ausscheiden aus dem Lehramte, in den Kreisen der Fachleute besonders gefeiert wurden. —

Todtenschau.

Stadtbourath a. D. Theodor Rospatt †. Am 26. d. M. verschied im 70. Lebensjahre Theodor Rospatt, von 1873 bis 1885 Stadtbourath für Tiefbau in Berlin, d. h. also in einer Zeit der lebhaftesten Entwicklung dieses Zweiges des städtischen Bauwesens. Ist auch der Name des Verstorbenen, der sich, seit ihm 1885 J. Hobrecht im Amte folgte, von der technischen Thätigkeit ganz zurückgezogen hat, selbst in Fachkreisen vielleicht in Vergessenheit gerathen, so darf doch nicht übersehen werden, dass er sich grosse Verdienste um die Organisation des städtischen Tiefbauwesens, vor allem um den städtischen Strassenbau erworben hat, der bis zum Januar 1876, d. h. so lange die Strassen, Plätze und Brücken Berlins fiskalisches Eigenthum waren, sehr im Argen gelegen hat. Wenn Berlin, das sich bei seinem Amtsantritt in der Beschaffenheit seines Pflasters kaum von einem kleinen Landstädtchen unterschied, in einem Jahrzehnt nach dem Uebergange der Strassen in städtischen Besitz schon zu den best gepflasterten und gehaltenen Städten der Welt gehörte, so ist das ohne Zweifel zum nicht geringen Theile das Verdienst des Verstorbenen, der die Grundsätze für eine sachgemässe Ausführung und Unterhaltung der Strassen aufstellte, die heute noch im wesentlichen giltig sind. —

Die Nationalgalerie in Berlin hat in diesen Tagen 25 Jahre bestanden. Am 21. März 1876 wurde sie eröffnet. —

Die Errichtung eines Volksbades in Augsburg, nach den Entwürfen des Hrn. Stdtbrth. Steinhäusser und mit einem Kostenaufwande von etwa 870 000 M., ist geplant. Zu dem Bade steht eine Schenkung im Betrage von 365 000 M. zur Verfügung. —

Auf Charlottenburger Gebiet ist die Aufschliessung eines grösseren Geländes für die Bebauung durch die Deutsche Bank in Aussicht genommen. Es handelt sich um ein etwa 500 Morgen grosses Gelände zwischen der Villenkolonie Westend und Lietzensee. Vor kurzem hat die Stadtverordneten-Versammlung zu dem zwischen Stadtgemeinde und Unternehmer abzuschliessenden Verträge ihre Zustimmung ertheilt. —

Zum Bau eines Landkrankenhauses, in der Stadt Meiningen hat der Meiningen'sche Landtag 428 000 M. bewilligt. —

Die Schwebebahn in Elberfeld ist am 1. März d. J. auf einer Strecke von 4,5 km Länge dem Verkehre übergeben worden. —

Die Neuordnung der Heidelberger Bahnverhältnisse, die durch die schweren Vorkommnisse der letzten Zeit als ein dringendes Bedürfniss sich ergeben hat, ist von der grossherz. Regierung in der Weise geplant, dass mit einem Kostenaufwande von etwa 15 Mill. M. der Bahnhof aus einer Kopfstation in eine Durchgangsstation umgewandelt und zu diesem Zwecke weiter vor die Stadt in der Richtung nach Südwesten verlegt werden soll. —

Brief- und Fragekasten.

Hrn. Stdtbmstr. Sch. in L. Bei dem Vorliegen einer dahingehenden schriftlichen Abrede, dass die Gewährsfrist der gelieferten Holzzementdächer eine zehnjährige sein soll, sind die gesetzlichen Bestimmungen über Dauer und Umfang der Gewähr nicht maassgebend. Es kommt vielmehr für den Umfang dessen, was der Gewährpflichtige zu leisten hat, lediglich auf den Inhalt des Vertrages an. Sollte es dort heissen, was aus der Fragestellung wahrscheinlich und überdies üblich ist: „dass sämtliche während der Gewährsfrist notwendigen Ausbesserungen von dem Gewährspflichtigen kostenfrei zu bewirken sind“, so braucht er nicht mehr zu leisten. Nur wenn der Vertrag ausdrücklich mehr verlangen sollte, würde eine Mehrleistung im Klagewege erfolgreich herbeigeführt werden können. Eine Nennung der betr. Fabrik ist keineswegs unbedingt erlaubt oder verboten. Es kommt einfach darauf an, ob aus der Fassung auf die Absicht einer Beleidigung zu schliessen sein wird. Jedenfalls lehnen wir die Nennung unsererseits ab, weil wir jeden Zeitungsstreit vorweg abschneiden wollen. — K. H-e.

Hrn. Arch. R. B. in Berlin. Wenn in den Briefen, durch welche der Vertrag ersetzt worden ist, ein Pauschale von 2500 M. als Entgelt Ihrer Leistungen für die Bauausführung beziffert ist, so steht Ihnen keine Mehrforderung zu, nachdem Sie unterlassen haben, bei Zukommen von Mehrarbeiten den Bauherren darauf aufmerksam zu machen, dass deren Leistung im bedingten Preise nicht einbedungen sei, sondern solche besonders bezahlt verlangt werden würden. Denn der Bauherr würde einer Klage auf Zahlung eines höheren Betrages durch den Einwand der Arglist begegnen und bei dem heutigen Stande der Rechtsprechung damit durchdringen. Dem Bauherrn wird nämlich darin geglaubt werden, dass er durch Ihr Stillschweigen zu dem Irrthum veranlasst worden sei, Sie wollten die Mehrleistung unentgeltlich gewähren, während er bei Kenntniss Ihrer Absicht einer Mehrforderung von der Auftragerweiterung Abstand genommen haben würde. Gleiches gilt von der Uebernahme der Auszahlung ohne gleichzeitigen Hinweis, daraus einen Anlass zu besonderem Anspruch ableiten zu wollen. Mithin sind die Aussichten einer Klage für Sie ungünstig. — K. H-e.

Hrn. Arch. J. F. in Dresden. Zu 1. Auf die Empfehlung bestimmter Firmen unter der grossen Zahl von Fabriken, die sich mit Mörtelbereitungs-Maschinen befassen, können wir uns nicht einlassen, verweisen Sie vielmehr auf das „Bezugsquellenbuch von E. Pohl, München“ bezw. „Joly's Technisches Auskunftsbuch“. Zu 2. Spezialwerke dieser Art giebt es nicht. Sie finden das Nöthige über Konstruktion in jedem Werk über Baukonstruktionslehre, in „Heinzerling, Holzener Brücken“, desgl. Handb. der Ing.-Wissensch. Die Berechnung unterscheidet sich nicht von der eiserner Träger. —

Hrn. Arch. G. L. in Rattibor. Wir sind zu unserem Bedauern nicht in der Lage, Honorarberechnungen zu fertigen. —

Brgmstr. St. Uns ist ein solches Werk leider nicht bekannt. —

Frageantwortungen aus dem Leserkreise.

Zur Anfrage in No. 20. Westfälischer Hüttenkoks liefert für 1 kg 4000—4500, Gaskoks je nach Beschaffenheit 1500—2000 Wärmeeinheiten. Man muss also bei Gaskoks die doppelte Menge verwenden, wodurch die Bedienung der Heizung erschwert wird. Ferner sind, wenn nicht von vornherein bei der Anlage der Heizung darauf Rücksicht genommen wird, die Rostflächen der Kessel für Hüttenkoks eingerichtet, für Gaskoks mithin zu klein. Man verfährt meistens so, dass man an weniger kalten Tagen ein Gemisch von Hütten- und Gaskoks verfeuert, bei sehr kalten Tagen jedoch nur Hüttenkoks. Jedenfalls ist Hüttenkoks das beste Feuerungsmaterial für Zentralheizungen und, wenn die Fracht nicht allzu theuer wegen grosser Entfernung, auch das billigste. — x.

Zur Anfrage G.-F. in B. in No. 14 werden uns genannt: Em. Kolbe, Bildh. in Erfurt; Stegemann & Fischer in Berlin, Potsdamer Strasse 27 b.; Carl Beck in Breslau. —

Inhalt: Der Wettbewerb zur Erlangung von Entwürfen für ein neues Rathhaus in Dresden. — Schiffshöbwerk mit geneigter Ebene bei Foxton. — Preussische Ministerial-Verfügung betr. Fürsorge für die Reinhaltung der Gewässer. — Mittheilungen aus Vereinen. — Vermischtes. — Todtenschau. — Chronik. — Brief- und Fragekasten. —

Kommissionsverlag von Ernst Toeche, Berlin. Für die Redaktion verantwortlich: Albert Hofmann, Berlin. Druck von Wilh. Greve, Berlin SW.